B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

Vorwort

Mit dem vorliegenden Buch wird meine bisherige didaktisch orientierte Arbeit im Bereich der Politischen Ökonomie um einen weiteren Baustein ergänzt und zugleich abgerundet. Zusammen mit den schon früher erstellten Arbeiten ("Politische Ökonomie des Kapitalismus", "Politische Ökonomie des Sozialismus", "Weltmarkt und Entwicklungsländer") ergibt sich daraus eine inhaltlich und didaktisch zusammenhängende Einführung in die Politische Ökonomie.

Die "Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie" ist geschrieben für Studienanfänger im Bereich Ökonomie und Sozialwissenschaften. Damit meine ich nicht nur Studenten innerhalb der Universitäten und Fachhochschulen, sondern auch solche, die sich außerhalb dieser Institutionen mit dem Zusammenhang ökonomischer und sozialer Probleme auseinandersetzen und sich ein Verständnis dieser Zusammenhänge erarbeiten wollen. Ich hoffe sehr, daß es diesem Buch gelingt, das Getto des Uni-Betriebes zu durchbrechen und Impulse auch an diejenigen zu geben, die um ein Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge bemüht sind, aber durch die übliche trockene und abstrakte Wissenschaftssprache und Formalisierung vieler ökonomischer und sozialwissenschaftlicher Bücher in ihrem Interesse nur gebremst, entmutigt und zurückgestoßen werden.

Die Hauptaufgabe dieses Buches sehe ich darin, durch die Erarbeitung eines groben Überblicks über wesentliche Ökonomische und soziale Zusammenhänge dieser Gesellschaft ein Interesse zu wecken an deren tieferer theoretischer Durchdringung. Ein solches Interesse kann bei Studienanfängern nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden. Ist es nicht vorhanden bzw. wird es nicht entfaltet, so kann eine inhaltlich geleitete Motivation nicht entstehen, und an ihre Stelle tritt nur allzu oft eine durch Prüfungsdruck erzwungene Motivation.

Die motivationalen Probleme des Studiums scheinen mir auch in verschiedenen fortschrittlichen Studienreformansätzen nicht hinreichend erkannt. Unter "fortschrittlich" wird vielfach schon die inhaltliche Verankerung gesellschaftskritischer Theorien, im Studium verstanden, wobei sich die Form der Vermittlung von denen des traditionellen Wissenschaftsbetriebs oft nur wenig unterscheidet. Für den Lernprozeß und für die Persönlichkeitsentfaltung der Lernenden macht es aber einen erheblichen Unterschied, ob die Lehrinhalte nur im Hinblick auf die Prüfungen angeeignet werden oder aus einer inhaltlich geleiteten Motivation.

Die didaktische Konzeption dieses Buches (bzw. der Kurse, aus denen heraus dieses Buch entstanden ist) geht davon aus, daß die Studienanfänger in bezug auf ökonomisch-sozialwissenschaftliche Probleme kein unbeschriebenes Blatt sind, auf das der Dozent erst die Weisheiten seiner wissenschaftlichen Disziplin zu schreiben hat, sondern daß jeder von ihnen eine Fülle von Gedanken, Informationen und Erfahrungen aus den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft in sich trägt. jeder ist schließlich in vielfältiger Weise in die ökonomischen und sozialen Zusammenhänge eingebettet und hat - beeinflußt durch Elternhaus, Schule, Freundeskreis, Fernsehen, Zeitungen usw. - irgendwelche Vorstellungen darüber, was in ihm und um ihn herum vorgeht. Diese Gedanken mögen bruchstückhaft und unsystematisch, die Informationen mögen unsortiert und die Erfahrungen unverarbeitet sein, aber sie sind vorhanden und machen einen wesentlichen Teil der Persönlichkeit jedes Einzelnen aus. An ihnen kann angeknüpft werden, sie können zum Ausgangspunkt genommen werden für lebendige Diskussionen, in die sich jeder einbringen bzw. in der sich jeder wiederfinden kann. Die Aufgabe des Dozenten beschränkt sich darauf, durch bestimmte aus einem Gesamtzusammenhang abgeleitete Fragestellungen Impulse für solche Diskussionen zu geben und die dabei heraussprudelnden und oft aufeinanderprallenden Gedanken zu strukturieren und thesenartig zuzuspitzen. Solche kontroversen Diskussionen schaffen häufig erst eine gewisse Spannung und das Bedürfnis nach mehr Information. Insgesamt ergibt sich daraus ein Wechsel zwischen einem spannungsgeladenen Suchprozeß und einer diese Spannung abbauenden Phase von Informationsaufnahme und -verarbeitung.

Ohne einen solchen vorangegangenen Suchprozeß würden dieselben Informationen bei den Lernenden qualitativ etwas ganz anderes bewirken: Ein Großteil der Informationen würde abprallen oder alsbald wieder vergessen sein, oder aber der Prüfungsdruck wird zur entscheidenden Triebkraft, um den Widerwillen gegen ein fremdbestimmtes Lernen niederzukämpfen. Unter solchen Bedingungen wird Lernen zum Streß. In die Stelle der konkreten Lust am Suchen und Entdecken und an dar Erarbeitung bestimmter Fragestellungen tritt die Angst vor dem Versagen., tritt die Jagd nach dem abstrakten Tauschwert von Prüfungsnoten, um derentwillen man sich auch Inhalte einpaukt, zu denen jeder innere Bezug fehlt. Die Verdrängung der konkreten Lust am Lernen durch den abstrakten Tauschwert der Noten ist leider das vorherrschende Prinzip unseres Erziehungssystems (besser: Erdrückungssystems!) auch im Bereich der Hochschule.

Aber es geht auch anders - entgegen allen Auffassungen, die die Möglichkeit eines Lernens ohne Leistungsdruck überhaupt leugnen oder die sich darauf zurückziehen, daß bei Erwachsenen schon zuviel an innerer ("primärer") Lernmotivation verschüttet sei, als daß sie noch ohne äußeren Leistungs- und Prüfungsdruck lernen könnten. Meine Lehrerfahrungen haben mir immer wieder gezeigt, daß Studenten, die in ihrer ganzen Schulzeit nie Spaß am Lernen hatten und nur unter Angst und Druck gelernt haben, im Laufe von zwei bis drei Jahren Studium ein Interesse und ein Selbstvertrauen entwickelt haben, wie sie es selbst nie für möglich gehalten hätten. Und viele von ihnen sehen diese ihre Entwicklung im Zusammenhang mit der "anderen Art des Lernens", wie sie mindestens in einigen Kursen an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin möglich war (und durch die zunehmende Verschulungstendenz leider immer weniger möglich ist).

Vor allem die einsemestrige interdisziplinäre Eingangsphase, die den Charakter einer Problematisierung hat und aus deren Konzeption heraus das vorliegende Buch entstanden ist, hat vielen Studenten wesentliche Impulse für ihr weiteres Studium und für ihre eigene Entwicklung gegeben. Dieser sog. "Orientierungskurs" unter teilt sich in einen

einzelwirtschaftlichen, gesamtwirtschaftlichen, sozialwissenschaftlichen und rechtlichen Teil und wird jeweils von einem Team von vier Dozenten betreut. Dabei sollen wesentliche ökonomische und soziale Konflikte aus den Bereichen "Arbeit und Produktion" "Markt und Konsum" sowie "Staat" unter den Aspekten der einzelnen Teilgebiete diskutiert werden - mit dem Ziel, eine Trennung zwischen den einzelnen Disziplinen von vornherein gar nicht entstehen zu lassen. Ich selbst habe in mehreren dieser Teams vor allem den gesamtwirtschaftlichen Teil des Kurses übernommen und dabei besonderes Gewicht auf die Herausarbeitung von Zusammenhängen zu den einzelwirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Teilen gelegt.

Das vorliegende Buch stellt den Versuch dar, Unterrichtsabläufe, wie sie sich in mehreren meiner Kurse typischerweise ergeben haben, möglichst ausführlich nachzuzeichnen - mit allen Fragen, Zweifeln, mit allem Suchen, Finden und wieder Verwerfen von Lösungen, halt einem Prozess des allmählichen Erschließens ökonomischer und sozialer Zusammenhängen Und des allmählichen Verstehens und Hinterfragens dessen, was ich "marktwirtschaftliche Ideologie" genannt habe: derjenigen Auffassungen und Theorien, die davon ausgehen, dass die Funktionsmechanismen einer Marktwirtschaft (mit mehr oder weniger staatlichen Eingriffen) dazu beitragen, die Produktion in Richtung auf die bestmögliche Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse zu lenken.

Was hier wiedergegeben wird, sind nicht in erster Linie fertige Ergebnisse, sondern ist vor allem der Prozeß des Lernens in seiner konkreten Form anhand Ökonomisch-sozialwissenschaftlicher Fragestellungen. Ich verstehe dieses, Buch nicht nur als einen Beitrag zur Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie, sondern vor allem als ein konkretes Beispiel dafür, wie ein emanzipatorischer Lernprozess gestaltet werden kann, in dem sich Interesse und Motivation entfalten können. Ganz allgemein scheinen.. mir für die Gestaltung eines solchen Lernprozesses mehrere Aspekte wesentlich:

- Die Diskussionen müssen anknüpfen am sprachlichen und inhaltlichen, Vorverständnis bzw. am konkreten Erfahrungshintergrund der Lernenden.

- Der Lernprozess muss zunehmend Zusammenhänge erschließen. und eine Einordnung von einzelnen Teilen in diesen Zusammenhang ermöglichen.

- Die Fragestellungen und Problemlösungen müssen - über die sprachliche Ausdrucksform hinaus - veranschaulicht werden. (Die auch in diesem Buch zugrunde gelegte Methode der grafischen Veranschaulichung habe ich bereits ausführlich in meiner "Politischen Ökonomie des Kapitalismus" erläutert.)

Aus dem Zusammenspiel dieser drei Faktoren können sich im Lernprozeß immer wieder Erfolgserlebnisse ergeben, die zu einer unabdingbaren Voraussetzung werden für das Hinterfragen verinnerlichter Vorurteile und Ideologien und die das Bewußtsein öffnen für andere Erklärungsansätze. Ohne eine solche Phase der Öffnung würde eine kritische Gesellschaftstheorie von vielen entweder von vornherein abgewehrt (weil durch sie die bisherige politische und soziale Identität erschüttert würde), oder aber sie würde lediglich aufgrund von Prüfungs- oder Gruppendruck angenommen und bliebe auf diese Weise aufgesetzt auf eine ansonsten konservative Denk- und Verhaltensstruktur.

Der damit verbundene Bruch in der Persönlichkeit führt entweder zu opportunistischem Anpassungsverhalten oder aber zu einer dogmatischen Erstarrung, die unfähig wird, sich mit Fragen und Zweifeln, die an die eigenen Verdrängungen rühren, noch offen auseinanderzusetzen. Alle drei Varianten - die konservative Abwehrhaltung, die opportunistische Anpassung und die dogmatische Erstarrung - bzw. deren Träger sind aber für eine emanzipatorische Bewegung gleichermaßen verloren, obwohl sie bei behutsamer Auseinandersetzung mindestens teilweise für diese Bewegung gewonnen werden könnten. Das vorliegende Buch versucht, diese auch in fortschrittlichen Kreisen vielfach gemachten Fehler zu vermeiden und versteht sich insofern auch - im Zusammenhang mit meinen drei oben genannten Einführungen - als ein konkretes Beispiel einer emanzipatorischen Didaktik.

B e r n d S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

EINLEITUNG

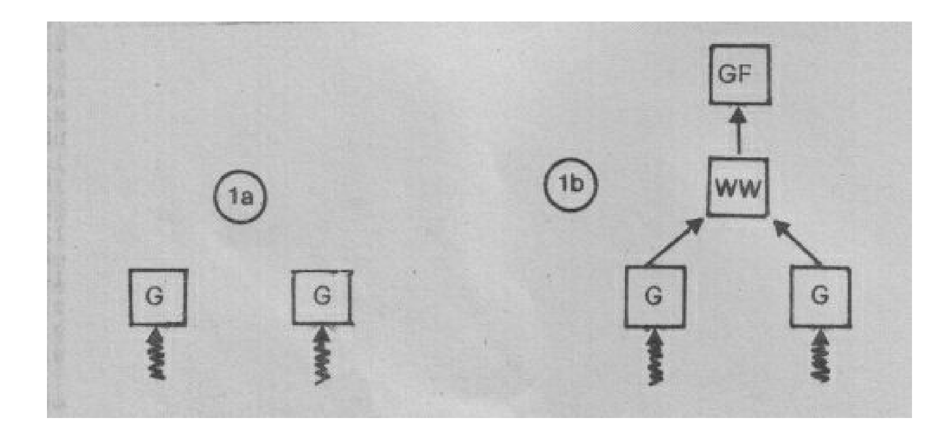
A. UNTERNEHMERGEWINN - MOTOR DES FORTSCHRITTS?

Wir leben in einem Wirtschaftssystem, in dem der Gewinn der Unternehmen eine zentrale Rolle spielt. Wir hören und lesen immer wieder, daß die Gewinne eine grundlegende Voraussetzung bilden für das Wachstum der Produktion und des Lebensstandards und für die Sicherung der Arbeitsplätze: Ohne ausreichende Gewinne habe kein privates Unternehmen Interesse daran, die Produktion aufrechtzuerhalten, und keine Mittel, um die Produktion durch Investitionen zu erweitern oder zu modernisieren. Wirtschaftswachstum und allgemeiner Wohlstand scheinen nur möglich zu sein auf der Grundlage ausreichender Unternehmergewinne. Nicht nur, daß immer mehr Güter für den privaten Konsum produziert werden können und daß sich die Lohnabhängigen über ihr Einkommen einen wachsenden privaten Lebensstandard leisten können; auch der Staat brauche für die Finanzierung seiner Ausgaben ausreichende Einnahmen, die ihrerseits eine gesunde Wirtschaft voraussetzen. Wenn aber insgesamt in der Wirtschaft wenig Gewinne entstehen, wird wenig produziert, werden nur wenig Arbeitskräfte beschäftigt, entstehen wenig Einkommen, können also auch nur wenig Steuern eingenommen werden. Ausreichende Unternehmergewinne scheinen damit indirekt auch Voraussetzung dafür zu sein, daß so dringende öffentliche Ausgaben wahrgenommen werden können wie z.B. der Ausbau des Bildungssystems, die Sanierung der Städte und der Ausbau des Verkehrssystems, die Bewältigung der Umweltprobleme, der Ausbau des Gesundheitswesens und eine immer bessere soziale Versorgung der Bevölkerung.

Was bringt aber die einzelnen Unternehmen überhaupt dazu, nach Gewinnen zu streben? Zunächst einmal die Tatsache, daß Unternehmen ohne Gewinne sich auf die Dauer überhaupt nicht halten können, daß ihnen der Konkurs droht und daß sie damit aus dem Wettbewerb mit den anderen Unternehmen herausgeworfen werden. Es ist also die drohende Strafe des Konkurses, die einen Antrieb bildet in dem Streben nach Gewinn. Daneben existiert aber auch ein positiver Anreiz: die Tatsache nämlich, daß der Unternehmer über den entstandenen Gewinn (nach Abzug der Steuern) frei verfügen kann. Daß er das kann, hängt mit den Eigentumsverhältnissen zusammen: Ihm gehören die Produktionsmittel, d.h. die Werkshallen, die Maschinen und Werkzeuge, das Material usw., und also gehören ihm auch die mit den Produktionsmitteln erwirtschafteten Überschüsse. Ohne daß der einzelne Unternehmer auf das Allgemeinwohl achten muß oder auf irgendwelche gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, ist es einfach die drohende Strafe des Konkurses bzw. die Möglichkeit, über die entstandenen Gewinne verfügen zu können, die ihn dazu bringen, den Gewinn als wesentliche

Orientierungsgröße zu betrachten und das wirtschaftliche Handeln auf dieses Ziel hin auszurichten. Was für einen einzelnen Unternehmer gilt, gilt im Prinzip auch für eine Kapitalgesellschaft, z.B. eine Aktiengesellschaft. Hier sind es die Aktionäre, die darauf dringen, daß ein Gewinn erwirtschaftet wird, sei es, um in Form von Dividenden ausgeschüttet zu werden, sei es, um in das Unternehmen investiert zu werden mit dem Zweck, die Ertragskraft und damit auch den Börsenkurs der Aktien zu steigern.

Gleichgültig also, in welcher Rechtsform die Unternehmen existieren, als Privatunternehmen unterliegen sie der Notwendigkeit, Gewinne zu erzielen. Die Sanktion des drohenden Konkurses einerseits und der Anreiz der Verfügung über die Gewinne andererseits wirkt demnach wie eine Triebfeder, die die einzelnen Unternehmen zu einer Gewinnorientierung treibt, dazu also, daß die Aktivitäten der Unternehmen auf das eine Ziel hin ausgerichtet werden: die Erwirtschaftung eines möglichst hohen Gewinns. (Abb. 1a symbolisiert diesen Sachverhalt für zwei Unternehmen - stellvertretend für alle Unternehmen einer Volkswirtschaft.) Und dieses Streben nach Gewinn (G) soll nun seinerseits zu Wirtschaftswachstum (WW) und zu gesellschaftlichem Fortschritt (GF) führen (symbolisiert durch Abb. 1b).

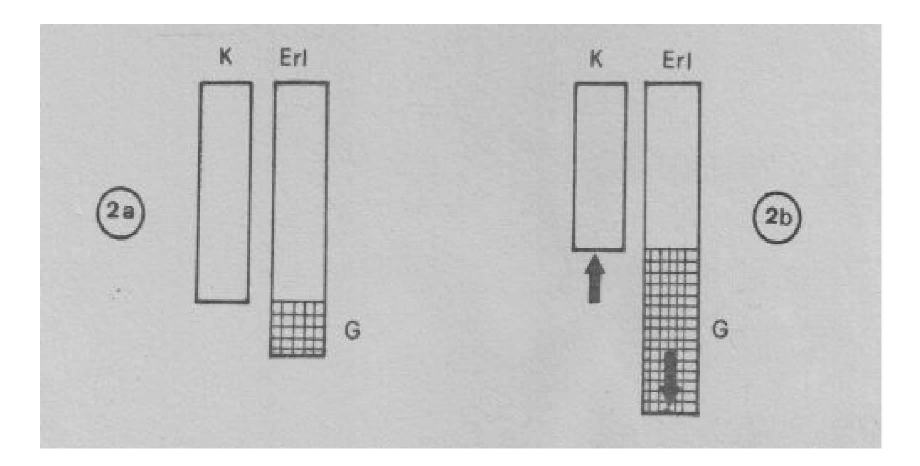


B. GEWINNORIENTIERUNG - ERLÖSSTEIGERUNG UND KOSTENSENKUNG

Was ist das für eine Größe, an der sich die ganzen wirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmen orientieren? Was kommt in dem Gewinn einer Unternehmung eigentlich zum Ausdruck? Und welche Auswirkungen ergeben sich im einzelnen aus dem Gewinnstreben der Unternehmen z.B. auf die Millionen von Konsumenten und Arbeitnehmern? Wir wollen uns im folgenden mit der Aussagekraft dieser zentralen Größe „Gewinn“, von der die Richtung der Produktion und damit die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung ganz entscheidend beeinflußt werden, eingehend auseinandersetzen. Diese Auseinandersetzung wird wesentlich dazu beitragen, daß wir die Struktur des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, in dem wir leben und das „soziale Marktwirtschaft“ genannt wird, näher kennen und verstehen lernen.

Um der Aussagekraft des Gewinns und den Auswirkungen des Gewinnstrebens auf die Spur zu kommen, müssen wir zunächst nach den Bestandteilen fragen, aus denen sich der Gewinn errechnet. Ganz grob können wir sagen, daß sich der Gewinn als Differenz zwischen den Erlösen eines Unternehmens (Erl) und den Kosten (K) innerhalb eines bestimmten Zeitraums (z.B. ein Jahr) ergibt. Die Kosten eines Unternehmens entstehen durch den Einsatz

bestimmter für die Produktion notwendiger Faktoren (Material, Maschinen, Arbeitskräfte), während sich die Erlöse (= Umsätze) durch den Verkauf der hergestellten Produkte ergeben. Gewinne entstehen dann, wenn die Erlöse innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Kosten übersteigen. (Den Gewinn wollen wir im folgenden immer wie in Abb. 2a schraffieren. Die Schraffur kann man sich vorstellen als zusammengesetzt aus lauter Pluszeichen.)



Ein gewinnorientiertes Unternehmen wird demnach bemüht sein, die Differenz zwischen Erlösen und Kosten möglichst groß werden zu lassen, d.h. entweder (bei gegebenen Kosten) die Erlöse in die Höhe zu treiben oder (bei gegebenen Erlösen) die Kosten zu vermindern (symbolisiert durch die zwei Pfeile in Abb. 2b). (Die Aktivitäten eines Unternehmens werden sich allerdings weder nur auf die Kostenseite noch auf die Erlösseite beschränken, sondern an beiden Seiten ansetzen. Worauf es dabei ankommt, ist eine relative Senkung der Kosten im Verhältnis zu den Erlösen.)

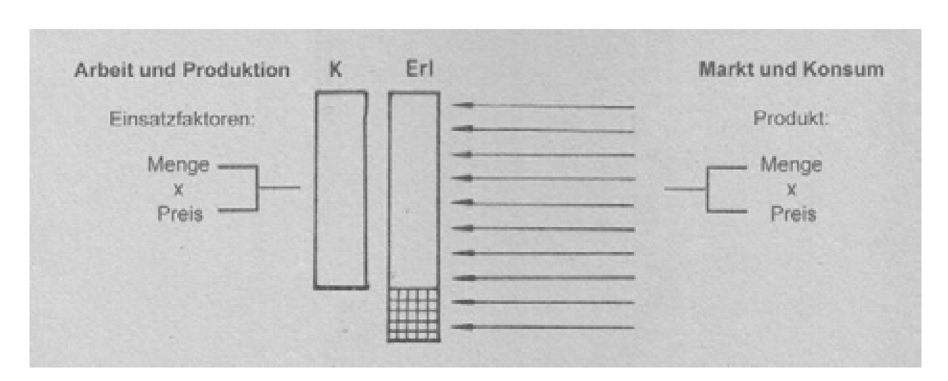
Wovon hängt nun die Höhe der Erlöse einerseits und die der Kosten andererseits ab? Was können die Unternehmen tun, um die Differenz zwischen beiden zu erhöhen?

Betrachten wir zunächst die Erlösseite: damit ein Unternehmen Erlöse macht, muß es seine Produkte am Markt absetzen, muß eine „Nachfrage" nach dem Produkt vorhanden sein. (Die Nachfrage, d.h. die über den Absatz zum Unternehmen strömenden Gelder, stellen wir graphisch wie in Abb. 2c durch die waagerechten Pfeile dar.) Wir werden zu fragen haben, aus welchen Quellen diese Nachfrage stammen kann. Oder anders ausgedrückt: woher die Leute, die das Produkt kaufen, ihrerseits das Geld haben können. Diese Frage führt unmittelbar in die Untersuchung gesamtwirtschaftlicher Kreislaufzusammenhänge.

Wir werden außerdem fragen, wovon es abhängt, ob und in welcher Höhe die Konsumenten ihr Geld für dieses oder jenes Produkt ausgeben und welche Rolle dabei die Preise spielen. Diese Überlegung führt uns zur Untersuchung der Hintergründe und Auswirkungen der Preisbildung, d.h. zur Untersuchung des sogenannten Preismechanismus. Beide Fragestellungen, die des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhangs und die nach der Funktionsweise des Preismechanismus, werden wir im Problembereich „Markt und Konsum" behandeln.

Danach werden wir nach den Faktoren fragen, die die Kosten eines Unternehmens beeinflussen. Rein rechnerisch ergeben sich die Kosten aus der Menge der eingesetzten Faktoren multipliziert mit deren jeweiligem Preis („Faktorpreis"). Die Menge der eingesetzten

Faktoren hängt ihrerseits zusammen mit der Organisation des Produktionsprozesses innerhalb der Unternehmung, mit der dort angewandten Technologie und Arbeitsorganisation. Wir werden deshalb genauer zu untersuchen haben, wie sich unter dem Druck der Gewinnorientierung der Produktions- und Arbeitsprozeß in den Unternehmen entwickelt und welche Auswirkungen davon sowohl auf die Produktivität als auch auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten ausgehen. Die Behandlung dieser Fragen ist Gegenstand des Problembereichs „Arbeit und Produktion“.



C. ZUM METHODISCHEN VORGEHEN

Wenn wir im folgenden die Problembereiche „Markt und Konsum“ und „Arbeit und Produktion“ untersuchen, können wir selbstverständlich nicht mit einem Schlag alle darin auftretenden Probleme erfassen. Schon bei einem einzelnen Unternehmen handelt es sich um ein sehr kompliziertes Gebilde. Noch komplizierter ist der Zusammenhang zwischen den vielen einzelnen Unternehmen, deren Produktion in irgendeiner Weise aufeinander abgestimmt sein muß, wenn gesamtwirtschaftlich nicht das reinste Chaos herauskommen soll. In der Gesamtwirtschaft müssen also irgendwelche Mechanismen wirksam sein, die das wirtschaftliche Geschehen der vielen einzelnen Teile der Gesamtwirtschaft miteinander mehr oder weniger koordinieren.

Wir können uns dem Verständnis dieser komplexen Mechanismen nur dadurch nähern, daß wir zunächst sehr einfache Annahmen über die Struktur einer Wirtschaft machen, daß wir uns ein einfaches „Modell“ wirtschaftlicher Zusammenhänge ausdenken, in dem bestimmte wesentliche Zusammenhänge hervorgehoben sind, während andere - für eine bestimmte Fragestellung weniger wesentliche - Zusammenhänge zunächst ausgeklammert werden. Wie man im geographischen Atlas unterschiedliche modellhafte Darstellungen eines Kontinents findet (einmal unter dem Gesichtspunkt der Verteilung der Bodenschätze, ein anderes Mal unter dem Gesichtspunkt der Verkehrswege, ein drittes Mal nach klimatischen Zonen unterschieden usw.), so werden wir auch unser Untersuchungsobjekt „Wirtschaft“ unter unterschiedlichen Aspekten betrachten. Erst aus der Summe dieser unterschiedlichen Betrachtungen wird sich schließlich immer mehr eine annähernde Vorstellung von der sehr komplizierten wirtschaftlichen Realität herausbilden.

Und ähnlich wie man einen Kontinent erst in seinen groben Umrissen zeichnen kann, um danach auf die einzelnen Länder einzugehen, darin auf einzelne Regionen und einzelne Städte, werden wir auch die Struktur eines Wirtschaftssystems zunächst in ganz grob

vereinfachten Umrissen skizzieren, um im Zuge unserer Überlegungen zu immer detaillierterem modellhaften Umschreibungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit zu kommen.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ERSTER TEIL: Markt und Konsum

A. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE KREISLAUFZUSAMMENHÄNGE

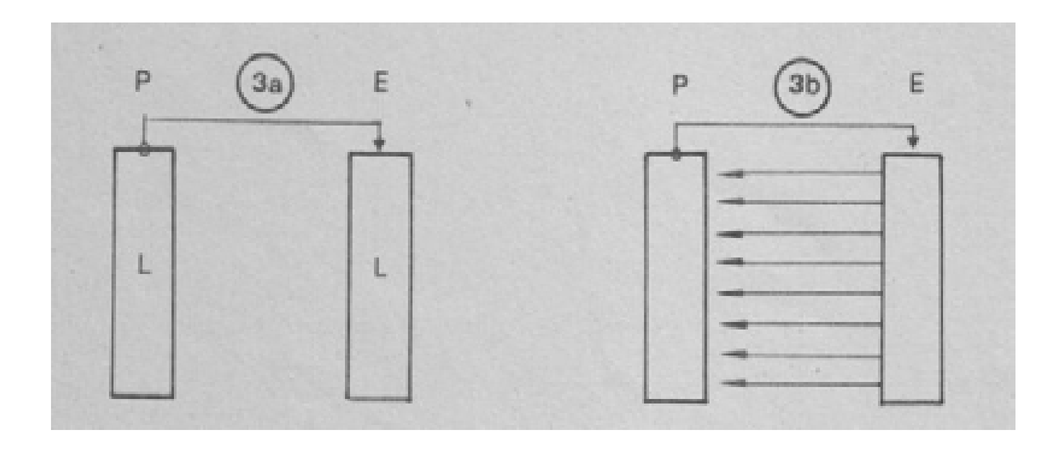
I. Die Quellen der Nachfrage

Beginnen wir mit der Frage, aus welchen Quellen die Nachfrage stammen kann, die sich schließlich bei den Unternehmen in Form von Erlösen niederschlägt. Angenommen, es handele sich bei den angebotenen Waren der Unternehmen um Konsumgüter, die für den Endverbrauch bestimmt sind. Wie kommen die Konsumenten an das zum Kauf dieser Waren notwendige Geld? Z.B. dadurch, daß sie sich in irgendeiner Firma als Lohnabhängige Geld verdienen. Oder daß sie selbst eine Firma haben und einen Teil der darin entstehenden Gewinne für ihren privaten Lebensunterhalt ausgeben, d.h. konsumieren. Oder daß sie Unterstützungszahlungen vom Staat erhalten, z.B. Bafög oder Renten. Oder daß sie die Ersparnisse auflösen oder eine Erbschaft gemacht haben usw..

1. Zusammenhang zwischen Produktion und Einkommen
Gehen wir zunächst von dem Fall aus, daß es sich bei Konsumenten um Lohnabhängige handelt, die ihr Geld aus der Entlohnung ihrer Tätigkeit in einem Unternehmen beziehen. Indem sie in einem Unternehmen arbeiten, tragen sie ihrerseits mit dazu bei, daß bestimmte Produkte hergestellt werden, die dann auf dem Markt angeboten werden. Eine ganze Volkswirtschaft können wir uns nun grob vereinfacht so vorstellen, daß einerseits bei der Produktion in den Unternehmen eine Masse von Produkten (P) hergestellt wird und daß andererseits für die Beschäftigten der Unternehmen Einkommen (E) entstehen (Abb. 3a). Die Blöcke in Abb. 3a beziehen sich dabei nicht auf ein einzelnes Unternehmen, sondern auf die gesamte Volkswirtschaft: alle innerhalb eines bestimmten Zeitraums hergestellten Produkte werden im Block P zusammen gefaßt und alle im gleichen Zeitraum entstandenen Einkommen im Block E.

Was sich aus der Sicht der Beschäftigten als Einkommen darstellt, sind aus der Sicht der Unternehmen Lohnkosten. Wenn wir zunächst - der Einfachheit halber- davon ausgehen, daß die erstellten Produkte zu ihren Kosten bewertet werden und daß die Kosten nur aus Lohnkosten (L) bestehen, so können wir alle hergestellten Produkte - so unterschiedlich sie auch sein mögen - auf den gleichen Nenner (eben den der Kosten) bringen und in einem

Block (P) zusammenfassen, wobei dieser Block P die gleiche Größe aufweist wie die bei der Produktion entstehenden Lohneinkommen.



Gehen wir zunächst von diesem denkbarsten einfachsten Modell einer Volkswirtschaft aus: die bei der Produktion entstandenen Einkommen sind - wie schon weiter oben angedeutet - ihrerseits die Quelle für die Nachfrage nach den Produkten der Unternehmen, die als Waren am Markt angeboten werden. Wenn wir davon ausgehen daß alle bei der Produktion entstandenen Einkommen voll verausgabt werden für den Kauf von Waren, d.h. zu den Unternehmen in Form von Nachrage zurückströmen, dann ergibt sich das denkbar einfachste Modell eines gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs (Abb. 3b). In diesem Modell wäre also die Höhe der zurückströmenden Nachfrage genauso groß wie der Block der angebotenen Produktion. Die insgesamt innerhalb eines Zeitraums in einer Volkswirtschaft entstehenden Nachfrage reicht damit gerade aus, um die in gleichem Zeitraum produzierten Waren zu kaufen. Alle Unternehmen scheinen damit ihre produzierten Waren absetzen zu können. Absatzschwierigkeiten scheint es ebenso wenig zu geben wie einen Angebotsmangel und entsprechende Versorgungskrisen. Das Gleichgewicht zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage scheint einen reibungslosen Ablauf der Wirtschaft zu garantieren.

Nun läßt sich allerdings dieses Bild eines reibungslosen Wirtschaftsablaufs kaum vereinbaren mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit, in der es immer wieder bei einzelnen Unternehmen oder in. ganzen Branchen zu Absatzschwierigkeiten kommt oder in der die ganze Volkswirtschaft wechselnde Phasen von Hochkonjunktur und Wirtschaftskrise durchläuft, mit entsprechenden Störungen wie etwa der Inflation oder der Arbeitslosigkeit. Die wirklichen Verhältnisse müssen deshalb komplizierter sein, als das in diesem einfachen Modell zum Ausdruck kommt. Unsere Aufgabe wird deshalb darin bestehen, dieses Modell auf seine Mängel und Fehler hin abzuklopfen und schrittweise den gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen anzunähern.

Worin liegen die Mängel und die Unvollkommenheiten unseres einfachen Modells? Z.B. darin, daß wir einfach angenommen haben, alle entstandenen Einkommen würden voll für Konsum verausgabt. Tatsächlich wird ja ein bestimmter Teil der Einkommen gespart, und wenn wir diese Tatsache berücksichtigen würden, müßte die zurückströmende Nachfrage geringer ausfallen. Unser vorhin abgeleitetes Ergebnis würde sich insofern verändern. Ein anderer Mangel des Modells liegt darin, daß wir die Produktionskosten einfach nur auf die Lohnkosten zurückgeführt haben. Tatsächlich gibt es ja praktisch kein Produkt, bei dem nicht auch andere Kosten anfallen, z. B. für Material, Maschinen, Energie, Gebäude usw.. Und

wenn wir diese anderen Kosten berücksichtigen, würde der Kostenblock ganz anders ausfallen als in unsrem Ausgangsmodell.

Was wir auch überhaupt nicht berücksichtigt oder mindestens noch nicht erklärt haben, ist die Entstehung der Gewinne. Die Waren werden ja in der Realität nicht einfach zu ihren Produktionskosten angeboten, sondern noch mit einem Gewinnaufschlag. Dadurch würde sich der Block der angebotenen Produktion nochmals verändern. Eine andere Tatsache kommt in dem Modell auch nicht zum Ausdruck: daß nämlich nicht nur die privaten Einkommensbezieher Nachfrage entfalten, sondern auch der Staat mit seinen Staatsaufträgen. Oder auch das Ausland mit seinen Exportaufträgen.

Das sind jetzt nur einige Punkte, die uns auf Anhieb einfallen mögen und die in einem realistischeren Modell der wirtschaftlichen Wirklichkeit berücksichtigt werden müßten. Wir wollen die Liste der Mängel hier nicht vervollständigen. Worauf es ankommt, ist die schrittweise Einbeziehung solcher Gesichtspunkte und damit die schrittweise Veränderung unseres viel zu einfachen Ausgangsmodells.

2. Kostenüberhang - Hintergrund von Absatzkrisen?

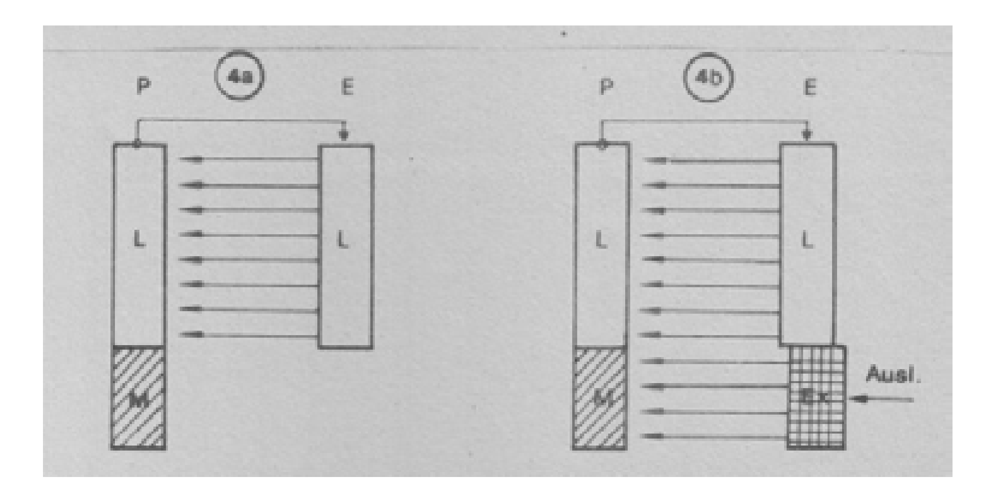
Tun wir also den ersten Schritt und berücksichtigen, daß sich die Produktionskosten nicht nur aus den Lohnkosten ergeben, sondern auch noch andere Kosten umfassen, z.B. für Material und Maschinen (M). Unter Berücksichtigung dieser Tatsache wird der Block der Produktion größer als im Ausgangsmodell. Nicht etwa, das jetzt mehr produziert würde, sondern der gemeinsame Nenner aller Produkte, die Produktionskosten, sind in Wirklichkeit größer, als wir es ursprünglich angenommen hatten. Wenn sich - was wir zunächst annehmen wollen - die Preise der Waren aus den Produktionskosten ergeben, so ist die Summe der Preise aller Waren, d.h. die Größe des gesamtwirtschaftlichen Angebotes, scheinbar notwendig größer als die Summe aller ausgegebenen Einkommen, d.h. als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

In Abb. 4a kommmt das darin zum Ausdruck, daß die zurückströmenden Pfeile der Nachfrage nicht ausreichen, um das Gesamtangebot abzudecken. Eine solche gesamtwirtschaftliche Situation müßte sich notwendigerweise in Absatzkrisen niederschlagen. Entweder hätten alle Unternehmen Schwierigkeiten, über den Absatz ihrer Produkte die Kosten zu decken, oder einige Unternehmen könnten die Kosten nur dadurch decken, daß bei anderen Unternehmen die Nachfrage fehlt und die Absatzkrisen dort umso stärker hervorbrechen. Während im Ausgangsmodell ein zu optimistisches Bild der wirtschaftlichen Realität gezeichnet wurde, scheint dieses erweiterte Modell nun wiederum die Situation schwarzer zu malen, als sie tatsächlich ist. Würde dieses Modell zutreffen, so müßte sich nämlich die Wirtschaft in einer ständigen Krise befinden. Ein Großteil der Unternehmen hätte Schwierigkeiten, seine Kosten zu decken, geschweige denn Gewinne zu machen, und je höher die Material- und Maschinenkosten im Vergleich zu den Lohnkosten sind, umso größer müßte der Anteil dieser „kranken“ Unternehmen sein. In einem solchen Modell bliebe mindestens unverständlich, warum es auch Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Hochkonjunktur gibt. Irgendetwas kann insofern an diesem Modell noch nicht stimmen. Irgendwo muß noch zusätzliche Nachfrage herkommen, gegenüber derjenigen Nachfrage, die wir in Abb. 3b berücksichtigt haben.

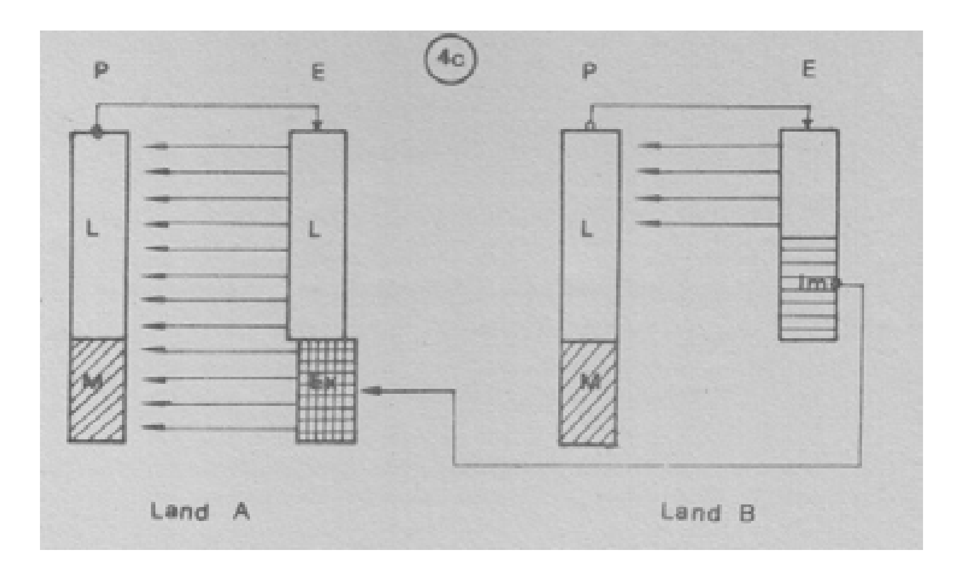
3. Notwendigkeit zusätzlicher Exportnachfrage?

Ist es vielleicht die Nachfrage aus dem Ausland, die sich im Inland in Form von Nachfrage nach Exportgütern, d.h. als Exportnachfrage niederschlägt. (Abb. 4b)? Tatsächlich könnte ja

auf diese Weise die Nachfragelücke im Inland gestopft werden, allerdings nur dann, wenn nicht gleichzeitig inländische Einkommen ins Ausland strömen, um z.B. aus dem Ausland bestimmte Waren zu importieren.



Damit die Nachfragelücke gestopft wird, müßten also die Exporte die Importe um diesen Betrag der Lücke übersteigen, d.h. es müßte eine entsprechend hoher Zahlungsbilanzüberschuß existieren. Wir können an dieser Stelle die Bedeutung von Zahlungsbilanzüberschüssen und Zahlungsbilanzdefiziten noch nicht übersehen. Aber eines läßt sich jetzt schon sagen: was im Inland (Land A) über den Außenhandel und zusätzlicher Nachfrage einströmt, fehlt in gleicher Höhe an Nachfrage im Ausland (Land B in Abb. 4c).

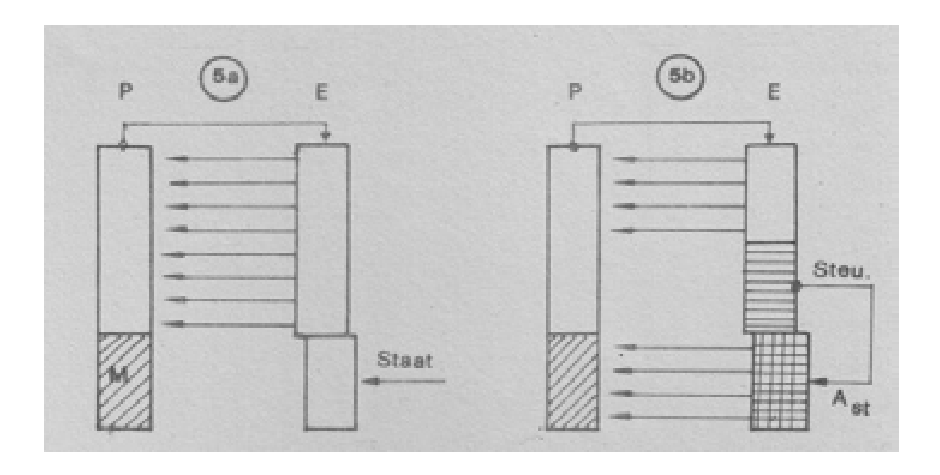


Da die Probleme zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage in beiden Ländern prinzipiell ähnlich gelagert sind, könnte die Nachfragelücke Inland A über den Export nur gestopft werden, wenn die ohnehin schon vorhandene Nachfragelücke in Land B sich entsprechend vergrößern würde. Beide Länder zusammengenommen, bliebe die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach wie vor geringer als das gesamtwirtschaftliche Angebot. Und daß sich über den Außenhandel auf jeden Fall ein Land auf Kosten eines anderen Landes saniert, scheint auch nicht ganz der Realität zu entsprechen. Zumal dies unter den hier unterstellten Bedingungen auf die Dauer auch gar

nicht ginge, weil Land B in eine immer tiefere Krise stürzen würde und schließlich gar keine Mittel mehr für den Import zur Verfügung hätte.

Wir sollten auch mindestens in der ersten Phase unserer Überlegungen gar nicht erst versuchen, alle theoretischen Probleme *innerhalb* einer Volkswirtschaft durch die Einbeziehung des Auslandes lösen zu wollen. Nicht, daß wir die außenwirtschaftlichen Einflüsse ganz aus der Betrachtung ausklammern wollen; aber ehe wir sie mit in unsere Überlegungen einbeziehen, sollten wir vorher hinreichend Klarheit über die Strukturen, Mechanismen und Probleme *innerhalb* einer Volkswirtschaft entwickelt haben. Und dies gelingt uns nur, wenn wir der Einfachheit halber zunächst modellhaft davon ausgehen, daß außenwirtschaftliche Einflüsse nicht existieren. Man spricht in diesem Zusammenhang vom Modell einer „geschlossenen Volkswirtschaft". Erst in einer zweiten Phase können wir dann übergehen zur Berücksichtigung außenwirtschaftlicher Beziehungen, d.h. zum Modell einer „offenen Volkswirtschaft". Bis dahin ist aber noch viel theoretische Arbeit zu leisten, und wir sollten uns darauf einigen, für die weiteren Untersuchungen die außenwirtschaftlichen Einflüsse zunächst auszuklammern.

4. Notwendigkeit zusätzlicher Staatsnachfrage?
Woher könnte stattdessen die zusätzliche Nachfrage kommen, die in unserem Modell noch fehlt, um die Gesamtnachfrage auf die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Angebots zu heben? Kommt hier vielleicht die Rolle des Staates zum Tragen, der auf dem Weg über Staatsaufträge an die Wirtschaft die Nachfragelücke schließt? (Abb. 5a will diese Überlegung darstellen.) Ist dies der Hintergrund dafür, daß der Staat in das Wirtschaftsgeschehen eingreift? Würde ohne diese Staatsausgaben die Gesamtnachfrage notwendigerweise immer hinter dem Gesamtangebot zurückbleiben? Aber wie erklärt es sich dann, daß die Staatsausgaben in früheren Zeiten, etwa am Anfang dieses Jahrhunderts oder gar im letzten Jahrhundert, nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Gesamtnachfrage eine viel geringere Rolle gespielt haben als heute: Wenn der Staat früher in nur viel geringerem Maße als Nachfrager aufgetreten ist, hätte es doch früher viel größere Absatzkrisen geben müssen als heute. Abgesehen von der großen Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren kann davon aber nicht die Rede sein.



Und im übrigen: wo nimmt der Staat eigentlich seine Mittel her, um seine Staatsausgaben zu finanzieren. In Abb. 5a haben wir ja einfach angenommen, daß die Staatsnachfrage zusätzlich in den Wirtschaftskreislauf einfließt. Tatsächlich aber muß doch der Staat, um seine Ausgaben zu finanzieren, Mittel an anderer Stelle abziehen, z.B. über Steuern. Und dieser

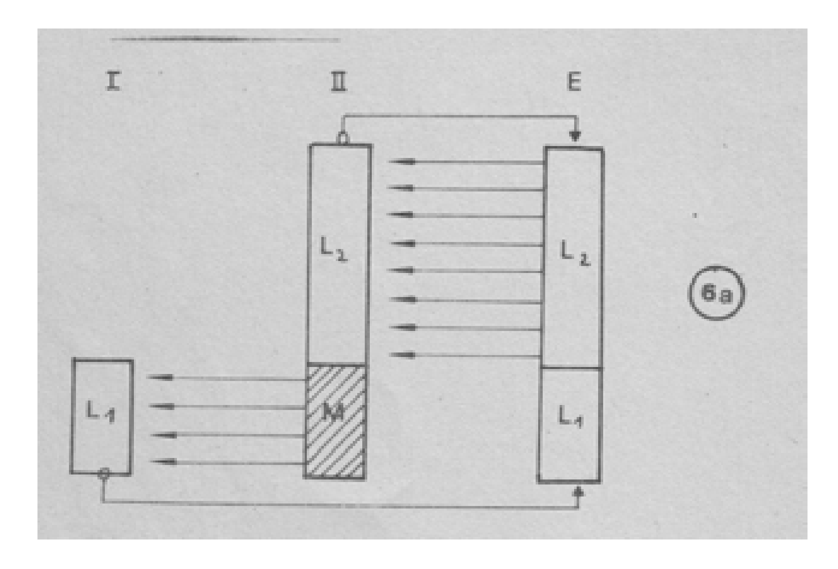
Abzug von Geldern von anderer Stelle kann nicht ohne Auswirkungen bleiben auf die Konsumnachfrage. Wenn wir weiterhin davon ausgehen, daß alle entstandenen Einkommen konsumiert werden, so führt eine Besteuerung der Einkommen zu einer gleich hohen Verminderung der Konsumnachfrage (Abb. 5b).

Was auf der einen Seite über die Staatsausgaben an zusätzlicher Nachfrage entsteht, tritt also an anderer Stelle als Nachfrageminderung auf. An der Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hat sich auf diese Weise nichts geändert; sie ist nach wie vor zu gering, um das gesamtwirtschaftliche Angebot zu kaufen. Lediglich die Struktur der Nachfrage hat sich verschoben: weniger private Nachfrage und stattdessen mehr Staatsnachfrage.

Wie wir uns drehen und wenden, es scheint kein Weg an dem Ergebnis vorbeizuführen, daß - unter Berücksichtigung der Material- und Maschinenkosten - das gesamtwirtschaftliche Angebot (gemessen in der Summe der Warenpreise) zu groß ausfällt im Vergleich zu den bei der Produktion entstandenen Einkommen und der daraus sich ableitenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. In jedem Fall scheint es zu Absatzkrisen kommen zu müssen, ein Ergebnis, das sich aber wie gesagt nicht mit der Tatsache zwischenzeitlicher Hochkonjunkturen vereinbaren läßt. Irgendwo muß in unserem Modell noch ein Denkfehler liegen.

5. Einkommensentstehung in vorgelagerten Sektoren

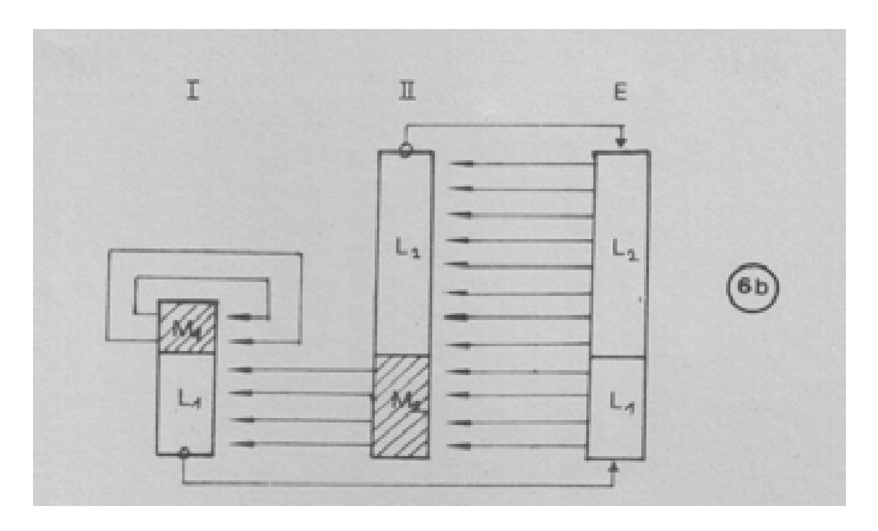
Was wir in unserem Modell bisher noch nicht berücksichtigt haben, ist die Tatsache, daß die Kosten für Material und Maschinen an anderer Stelle, nämlich bei den das Material und Maschinen liefernden Betrieben zu entsprechenden Erlösen führen und daß aus diesen Erlösen wiederum Einkommen der dort Beschäftigten bezahlt werden können. Die Konsumgüter produzierenden Unternehmen z.B. werden in der Produktionsmittelindustrie Maschinen nachfragen. Bei der Produktion der Maschinen entstehen für die in der Produktionsmittelindustrie beschäftigten Arbeiter Einkommen, die ihrerseits ebenfalls - zusätzlich zu den in der, Konsumgüterindustrie entstandenen Einkommen - zur Quelle gesamtwirtschaftlicher Nachfrage werden können. Abb. 6a stellt diesen Zusammenhang graphisch dar.



Sektor 1 bedeutet dabei Produktionsmittelindustrie, Sektor 2 stellt die Konsumgüterindustrie dar. Die Gesamteinkommen und die daraus abgeleitete gesamtwirtschaftliche Nachfrage

erreicht allerdings nur dann die Höhe des Konsumgüterangebots von Sektor 2, wenn alle Erlöse des Sektors 1 in Form von Löhnen ausgezahlt werden. Diese Annahme erscheint nun auch wieder unrealistisch. Denn wieso sollte Sektor 2 neben den Lohnkosten auch noch andere Kosten haben, Sektor 1 aber nicht? Wenn wir also auch bei Sektor 1 zusätzlich zu den Lohnkosten die Material- und Maschinenkosten M berücksichtigen, scheint sich das Problem der Absatzkrise, was für Sektor 2 nunmehr gelöst scheint, in gleicher Weise auf einmal für Sektor 1 zu stellen: Um den Betrag M liegt die Preissumme des Angebots in Sektor 1 höher als die Nachfrage nach Produktionsmitteln in Sektor 1.

Dieses Problem löst sich allerdings dann, wenn wir bedenken, daß die Produktionsmittel des Sektors 1 nicht nur von Unternehmen aus Sektor 2 nachgefragt werden, sondern auch von jeweils anderen Unternehmen der Produktionsmittelindustrie selbst. In Höhe des Betrages, zu dem in Sektor 1 Material- und Maschinenkosten anfallen (M_1), werden - in der Regel bei anderen Unternehmen desselben Sektors - entsprechend Erlöse anfallen, d.h. Nachfrage auftreten. Zu der Produktionsmittelnachfrage aus dem Bereich der Konsumgüterindustrie (M_2) kommt insofern die Nachfrage nach Produktionsmitteln aus dem Bereich der Produktionsmittelindustrie selbst (M_1) (Abb. 6 b).



Was wir vorhin also in unserem Modell vernachlässigt hatten, waren die gesamtwirtschaftlichen Kreislaufbeziehungen. Wir hatten nicht gesehen, daß die Material- und Maschinenkosten einen weiteren Kreislauf durchlaufen, nämlich zu Erlösen in der Produktionsmittelindustrie werden und von dort aus wiederum zu Lohneinkommen als Quelle zusätzlicher Nachfrage. Die Vernachlässigung dieser Kreislaufbeziehungen hatte uns auf mehrere Irrwege geführt, und das Problem des notwendigen Auseinanderklaffens zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage sowie die daraus abgeleitete Notwendigkeit einer Absatzkrise war insofern nur ein Scheinproblem. Damit soll nicht gesagt werden, daß die ökonomische Krise überhaupt ein Scheinproblem ist. Sie ist im Gegenteil ein schwerwiegendes reales Problem unseres Wirtschaftssystems und tritt in bestimmten Zeiten schärfer hervor als in anderen. Aber unsere Überlegungen haben gezeigt, daß eine Krise nicht allein aus der Existenz von Kosten erklärt werden kann, die zusätzlich zu den Lohnkosten anfallen. Vielmehr kann - auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Kostenfaktoren - der gesamtwirtschaftliche Kreislauf in sich geschlossen sein, so daß die insgesamt - in der Konsumgüterindustrie und in der Produktionsmittelindustrie - entstehenden Einkommen ausreichen, um das gesamte Konsumgüterangebot zu kaufen. Und auch das Angebot der

Produktionsmittelindustrie kann unter den zugrunde gelegten Bedingungen vollständigen Absatz finden.

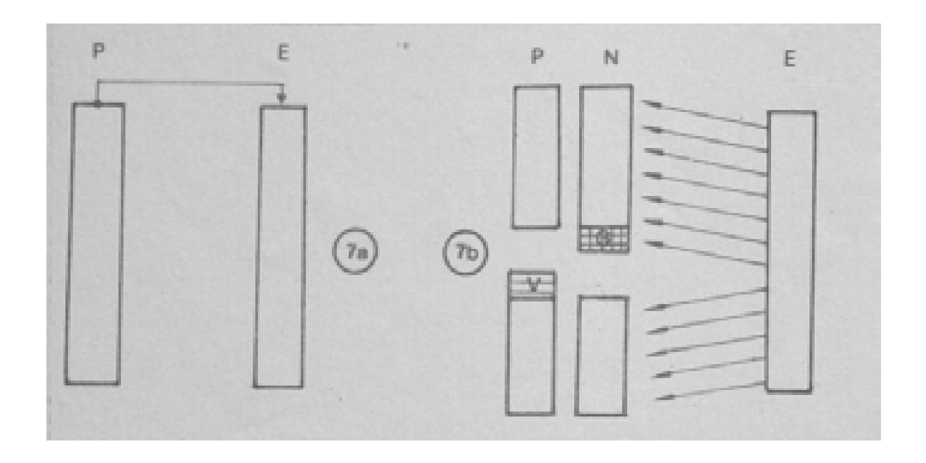
6. Gewinneinkommen als Nachfragequelle?
Die modellhafte Unterteilung der Gesamtwirtschaft in 2 Sektoren war an dieser Stelle notwendig, um den besonderen Kreislauf der Material- und Maschinenkosten im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang herauszuarbeiten. Nun handelt es sich bei der Unterteilung in 2 Sektoren schon um ein relativ kompliziertes Modell, das - würden wir es weiter verfeinern - zunehmend unübersichtlich würde. Nachdem wir nun wissen, daß unter Berücksichtigung der Kreislaufbeziehungen die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage durchaus ausreichen kann, um das Gesamtangebot zu kaufen, können wir - für die Diskussion anderer Probleme - getrost zu dem einfacheren Modell zurückkehren, in dem die Produktion der gesamten Volkswirtschaft in nur einem Block dargestellt wird (Abb. 7 a).

Im Block P kommen nun nicht mehr nur die Lohnkosten zum Ausdruck, sondern auch die Material- und Maschinenkosten (stellvertretend für alle anderen Kosten). Der Block drückt damit die Summe der in einem bestimmten Zeitraum produzierten Waren aus, wobei die unterschiedlichen Waren auf den gemeinsamen Nenner ihrer jeweiligen Produktionskosten gebracht sind. Die zurückströmende gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist also gerade so groß, daß diese Waren zu ihren Produktionskosten abgesetzt werden können.

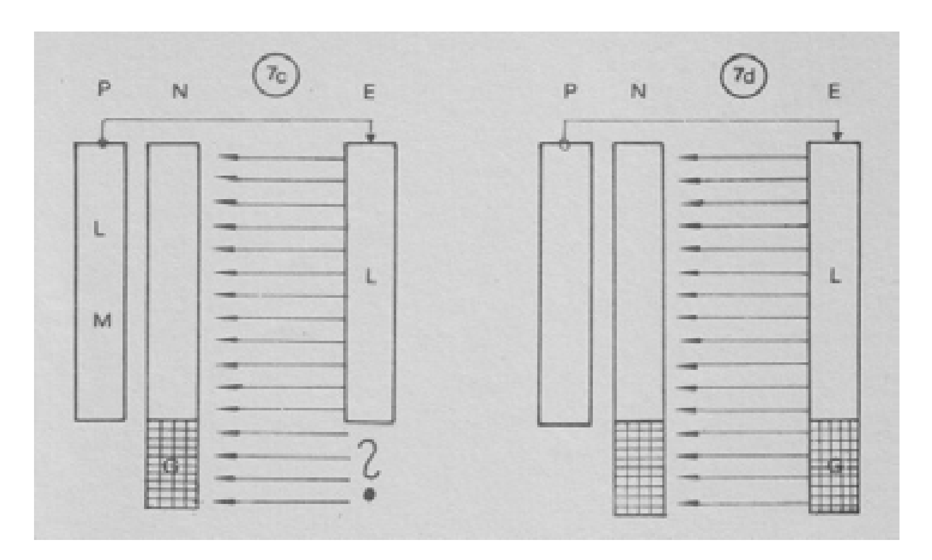
Aber wo bleibt unter diesen Bedingungen der Gewinn der Unternehmen? Hatten wir nicht am Anfang gesagt, daß der Gewinn die entscheidende Zielgröße ist, an der sich die Entscheidungen der Unternehmen orientieren? Ist nicht das Gewinnstreben der treibende Motor des wirtschaftlichen Handelns im Wirtschaftssystem der Marktwirtschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln? Und müßte in einem solchen System die Produktion nicht vollständig zusammenbrechen, wenn sich für die Unternehmen gar kein Gewinn erzielen ließe?

Jeder von uns weiß, daß dem nicht so ist, daß es auch in der Krise immer noch Unternehmen gibt, die Gewinne machen. Und daß es zwischendurch immer wieder Zeiten von Hochkonjunktur gibt, in denen die Gewinne der Unternehmen ansteigen. Wir waren weiter oben schon einmal auf dieses Problem gestoßen, als die Gesamtnachfrage gerade einmal auszureichen schien, um die Lohnkosten der Unternehmen abzudecken. Mittlerweile sind wir in unseren Überlegungen einen Schritt weiter gekommen und haben erkannt, daß auch die Material- und Maschinekosten von der Gesamtnachfrage abgedeckt werden können. Aber wieso überhaupt Gewinne entstehen können, bleibt nach wie vor rätselhaft.

Nach den bis jetzt von uns herausgearbeiteten Zusammenhängen könnten Gewinne allenfalls in einem Teil der Unternehmen entstehen, allerdings nur dann, wenn bei anderen Unternehmen die gleiche Höhe Verluste auftreten. Abb. 7b will diesen von uns schon früher erwähnten Gedanken noch einmal darstellen. Die Produktionsseite ist hier noch einmal in zwei Teile unterteilt, wobei es sich hier nicht um zwei verschiedene Sektoren handeln soll, sondern einmal um gewinnbringende Unternehmen und das andere Mal um Verlustunternehmen. Die zurückströmende Nachfrage (die in Abb. 7b noch einmal gesondert als Block dem jeweiligen Angebot gegenübergestellt wird) verteilt sich so auf die Unternehmen, daß die G-Unternehmen höhere Erlöse als Kosten haben, während es bei den V-Unternehmen genau umgekehrt ist. (Die Schraffur des V-Blocks, der die Höhe der Verluste darstellt, kann man sich als lauter Minuszeichen vorstellen.)



Grob gesagt müßte also in einer Volkswirtschaft die eine Hälfte der Unternehmen immer mit Verlusten arbeiten, damit die andere Hälfte überhaupt Gewinne erwirtschaften kann. Dies entspricht in keinster Weise der Realität - nicht einmal in Krisenzeiten. Irgendwie müssen - gerade in einem Wirtschaftssystem, das auf dem Gewinnprinzip als dem treibenden Motor wirtschaftlichen Handelns beruht - auch gesamtwirtschaftlich Gewinne entstehen, muß also die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage insgesamt größer sein als die Summe der Produktionskosten (Abb. 7c). Aber wo soll diese zusätzliche Nachfrage herkommen, wenn doch die in der Produktion entstehenden Einkommen und die daraus abgeleitete Nachfrage gerade mal ausreichen, um die Summe der Produktionskosten zu decken? Kommen wir an dieser Stelle nicht wieder mit der Auslandsnachfrage oder mit der Staatsnachfrage! Daß sich mit diesen Faktoren das Problem nicht klären läßt, hatten wir schon im Zusammenhang mit den Material- und Maschinenkosten diskutiert. Die Erklärung muß woanders gesucht werden.



Wenn wir bisher von Einkommen geredet haben, haben wir immer nur die Lohneinkommen gemeint, d.h. die Einkommen der abhängig Beschäftigten. Dass es darüber hinaus auch noch andere Einkommensarten geben kann, war bisher aus unserer Betrachtung völlig ausgeklammert. Wenn wir aber neben den Lohneinkommen auch noch die Einkommen der Selbständigen, also die Gewinneinkommen berücksichtigen, wird der Einkommensblock insgesamt so groß, daß die daraus abgeleitete Nachfrage auch die Produktionskosten der Gesamtwirtschaft übersteigen kann, daß also gesamtwirtschaftlich Gewinne entstehen können. D.h. auch, daß bei den einzelnen Unternehmen Gewinne gemacht werden können, ohne daß bei anderen Unternehmen notwendigerweise Verluste auftreten müssen. Die

Verausgabung von Gewinneinkommen scheint also die notwendige Voraussetzung dafür zu sein, daß die Erlöse bei den Unternehmen deren Kosten übersteigen (Abb. 7d). Neu stellt sich allerdings gleich die Frage, woher denn die Gewinneinkommen ihrerseits stammen, deren Verausgabung dann erst die Entstehung von Gewinnen ermöglicht. Setzen wir hier nicht etwas als gegeben voraus, was gerade erst erklärt werden soll? Erklären wir in Wirklichkeit die Entstehung von Gewinneinkommen heute mit der Existenz der Gewinneinkommen von gestern? Und wie sind dann die Gewinneinkommen von gestern entstanden? Durch die Verausgabung der Gewinneinkommen von vorgestern? Es scheint, daß wir das Problem auf diese Weise nicht klären, sondern die Erklärung nur immer weiter zeitlich zurückverlagern, ähnlich dem Problem mit der Henne und dem Ei: wer von beiden war zuerst da, die Henne oder das Ei?

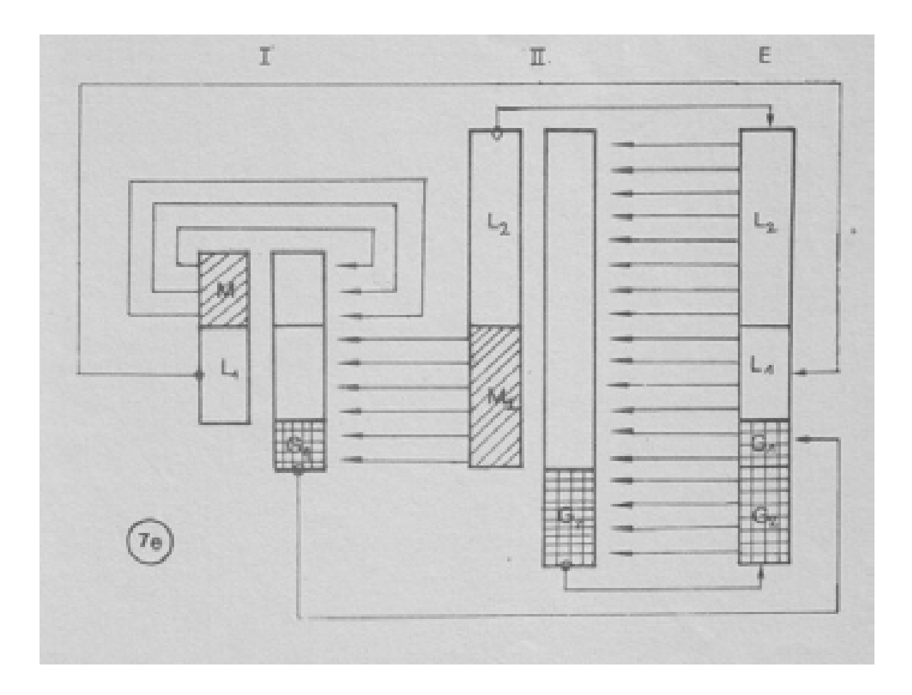
Die gleiche Frage hätten wir uns allerdings auch schon bei den Löhnen stellen können: können überhaupt Löhne ausgezahlt werden, bevor nicht Erlöse entstehen aus der Verausgabung der entstandenen Löhne? Und handelt es sich hierbei also nicht um ein spezielles Problem der Gewinne, sondern um ein Problem der zeitlichen Verschiebung zwischen der Entstehung von Produktion und Einkommen und der Verausgabung von Einkommen? - Teilweise entsteht das Problem durch die Art unserer Modellbildung und graphischen Darstellung: es sieht ja so aus, als müßten erst Gewinneinkommen in Höhe des L-Blocks oder des G-Blocks entstanden sein, bevor sie verausgabt werden können. Tatsächlich aber wird ja in dem Block jeweils die Summe aller Einkommen erfaßt, die innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, z.B. eines Jahres, entstehen, Die Verausgabung dieser Einkommen erfolgt aber nicht erst nach Ablauf dieses Jahres, sondern tagtäglich: ausgezahlte Löhne oder aufgelöste Ersparnisse strömen täglich als Erlöse zu den Unternehmen zurück und werden dort wieder zur Grundlage neuer Lohnzahlungen. Die Prozesse der Verausgabung der Löhne und der Lohnzahlungen sind also zeitlich ineinander verzahnt und überlagern sich.

Für den Fall, daß - z.B. bei Unternehmensneugründungen noch gar keine Erlöse angefallen sind (weil die Produktion erst anläuft), wohl aber schon Kosten anfallen, kann das zeitliche Auseinanderfallen zwischen Kosten und Erlösen durch Kredite überbrückt werden. (Wie das Kreditsystem im einzelnen funktioniert, wollen wir an dieser Stelle nicht erörtern. Wir werden das später noch im einzelnen untersuchen.) Ganz ähnlich liegen die Zusammenhänge im Bezug auf die Gewinne.

Wenn wir diese Überlegungen in Rechnung stellen, können wir sagen, daß die Verausgabung von Lohneinkommen und Gewinneinkommen insgesamt ausreichen kann, um das gesamte Angebot der Unternehmen nicht nur kostendeckend, sondern mit einem Gewinnaufschlag abzusetzen. Damit ist allerdings nichts darüber ausgesagt, wovon die Aufteilung in Löhne und Gewinne abhängt und wovon es abhängt, wie hoch der Gewinnaufschlag auf die Produktionskosten der Waren im einzelnen sein wird. Aber es läßt sich immerhin soviel sagen, daß es vom gesamtwirtschaftlichen Kreislauf und dem sich daraus ergebenden Verhältnis zwischen gesamtwirtschaftlichen Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nach unseren bisherigen Erkenntnissen nicht notwendig zu Absatzkrisen kommen muß, wenn sowohl entstandene Löhne wie auch entstandene Gewinne voll verausgabt werden, d.h. als Nachfrage auftreten.

Nun haben wir allerdings wieder den vereinfachten Kreislauf zugrundegelegt, wo die Produktionsseite in nur einem Sektor dargestellt ist. Wir wollen schnell die Entstehung und Verausgabung von Gewinneinkommen in unser komplizierteres, dafür aber genaueres Modell

mit 2 Sektoren einbauen. Abb. 7e stellt den Fall dar, daß die Gewinneinkommen voll in Sektor II, d.h. für Konsumgüter verausgabt werden, wobei in diesem Sektor nicht nur die Lohnkosten L_2 und die Material- und Maschinenkosten M abgedeckt werden, sondern auch ein Gewinn G_2 realisiert werden kann. Die Kosten für Material und Maschinen M werden nun ihrerseits zur Nachfrage nach Produktionsmitteln in Sektor 1; hinzu kommt die Nachfrage nach Produktionsmitteln von Seiten der Unternehmen der Produktionsmittelindustrie selbst (M_1), so daß die Gesamtnachfrage in Sektor 1 ausreicht, um über die Abdeckung der Kosten $M_1 + L_1$ hinaus ein Gewinn G_1 entstehen lassen.



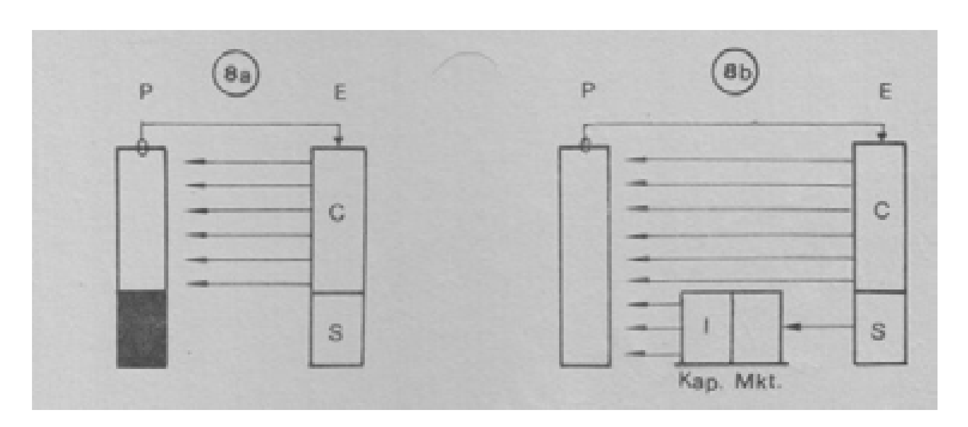
Dies ist nun schon ein sehr komplexes Modell, und wir könnten es ohne weiteres weiter abwandeln, in der Richtung z.B., daß die Gewinneinkommen auch verausgabt werden für. Produkte des Sektors I, d.h. für Produktionsmittel. Aber wir wollen es einstweilen dabei belassen. Für unseren Zusammenhang war wichtig herauszuarbeiten, daß unter Berücksichtigung der Kreislaufzusammenhänge und unter Einbeziehung der Material- und Maschinenkosten die Nachfrage in beiden Sektoren ausreichen kann, um die Produkte beider Sektoren gewinnbringend abzusetzen. Voraussetzung dafür ist, daß die entstandenen Lohn- und Gewinneinkommen vollständig verausgabt werden, und damit als Nachfrage in den Kreislauf zurückströmen.

II Sparen, Investieren und makroökonomisches Gleichgewicht

1. Sparen als gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall

Was ist nun aber, wenn nicht alle entstandenen Einkommen konsumiert werden? (Der nicht konsumierte Teil wird als „Sparen“ bezeichnet.) Fällt dann nicht ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage weg, und muß es dann nicht zur Absatzkrise kommen, auch wenn wir alle bisher abgeleiteten Aspekte berücksichtigen? Wie läßt sich aber dies vereinbaren mit der These, Sparen sei volkswirtschaftlich die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum? Wie also sollen wir die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sparens beurteilen? Um dieser Frage nachzugehen, kehren wir wieder zurück zu unserem einfachen Kreislaufmodell. Damit sollen die gesamten abgeleiteten Zusammenhänge über die Rolle von

Material- und Maschinenkosten sowie über die Gewinne nicht aus dem Auge verloren werden, sie verschwinden nur für eine Weile aus dem Vordergrund unserer Betrachtung. Ähnlich einem Beobachter am Mikroskop, der, jeweils bestimmte Teile des Untersuchungsobjekts mit dem Objektiv scharf einstellt und andere Teile verschwimmen läßt, um dann wieder andere Teile schärfer hervorzuheben, werden auch wir die bei unserer Untersuchung herausgearbeiteten Aspekte wieder im Hintergrund verschwimmen lassen und dafür andere in den Vordergrund rücken. Nicht, um die ersteren zu vergessen, sondern um der Fülle der Einzeluntersuchungen unterschiedlicher Teile zunehmend eine Vorstellung vom gesamten Untersuchungsobjekt zu bekommen, in unserem Fall einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem mit Privateigentum an Produktionsmitteln und Gewinnorientierung. Verändern wir also das Objektiv unserer Betrachtung und rücken wir die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sparens in den Brennpunkt unserer Untersuchung.



In Abb. 8a wird dargestellt, daß nur ein Teil der entstandenen Einkommen konsumiert wird (C), während der andere Teil gespart wird (S). Die notwendige Folge des gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfalls, scheint tatsächlich ein entsprechender Angebotsüberhang auf der Seite der Produktion zu sein. Wenn wir allerdings berücksichtigen, daß die gesparten Gelder nicht einfach ungenutzt herumliegen, sondern in irgendeiner Form angelegt werden, z.B. auf Sparkonten oder in Wertpapieren (kurz auf dem Kapitalmarkt), so werden sie ihrerseits zur Quelle zusätzlicher Nachfrage von anderer Stelle: aus den Sparkonten z.B. können die Geschäftsbanken Kredite ausleihen, sei es an Konsumenten (Konsumentenkredite), sei es an Unternehmen, die mit diesen Geldern Produktionsmittel, d.h. Investitionsgüter kaufen (Investitionskredite). In jedem Fall treten diese ausgeliehenen Kredite wieder als Nachfrage im Wirtschaftkreislauf auf. Der Nachfrageausfall, der durch das Sparen zunächst entstanden ist, kann also durch die zusätzliche kreditfinanzierte Nachfrage wieder ausgeglichen werden, so daß gesamtwirtschaftlich keine Nachfragelücke entstehen muß. (Abb. 8b stellt den Fall dar, daß die Spargelder in voller Höhe als Investitionskredite ausgeliehen werden.)

Ganz ähnlich liegen die Dinge, wenn mit den gesparten Geldern z.B. fest verzinsliche Wertpapiere (Obligationen) gekauft werden. Auch hier wird von den Käufern der Wertpapiere - meist unter Zwischenschaltung des Bankensystems - ein Kredit an die Industrieunternehmen gegeben. Etwas anders liegen die Dinge beim Kauf von Aktien. Bei neu ausgegebenen Aktien (Neuemission) verschafft sich das ausgebende Unternehmen zwar ebenfalls Finanzierungsmittel von den Aktienkäufern, aber die Aktien enthalten keinen Rückzahlungsanspruch, sondern verschaffen dem Inhaber einen Anteil am Unternehmen. (Investitionen können übrigens nicht nur über Kredite bzw. Aktien finanziert werden, sondern

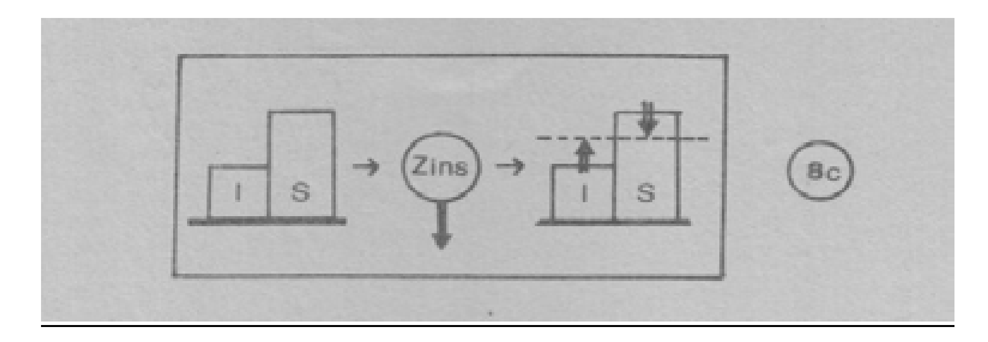
auch aus den Gewinnen der Unternehmen. In diesem Fall läuft die Finanzierung nicht über den Kapitalmarkt, fällt aber volkswirtschaftlich dennoch unter den Begriff des Sparens. Denn Sparen wird volkswirtschaftlich verstanden als Nicht-Konsum.) In welcher Form auch immer die Finanzierungsmittel von den Unternehmen beschafft werden, ihre Verausgabung führt zu zusätzlicher Nachfrage, die den durch Sparen entstandenen Nachfrageausfall wieder ausgleicht.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen ist es verständlich, daß volkswirtschaftlich Sparen als notwendige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum angesehen wird: denn wenn durch das Ausleihen der gesparten Gelder die Vergabe von Investitionskrediten und damit die Finanzierung von Investitionen möglich wird, kann sich auf diese Weise der volkswirtschaftliche Bestand an Maschinen, Fabrikgebäuden usw., d.h. die Produktionskapazität erhöhen und kann also in Zukunft auch mehr produziert werden. Von daher muß Sparen also nicht - wie es auf den ersten Blick schien - in die Krise führen, sondern wird im Gegenteil zur Grundlage des Wirtschaftswachstums.

2. Zinsmechanismus und Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren

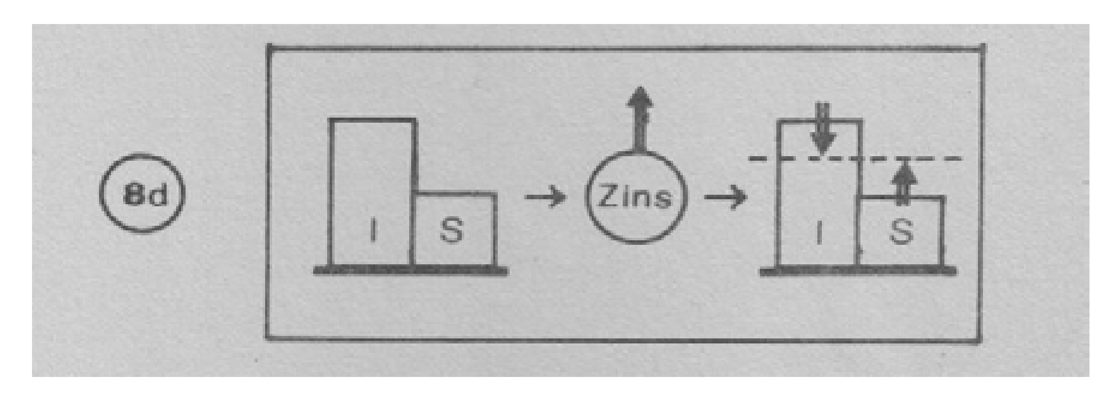
Das Gleichgewicht zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage stellt sich allerdings nur unter einer Bedingung ein: daß nämlich die zusätzliche Nachfrage (in unserem Fall Investitionsnachfrage) die gleiche Höhe erreicht wie der durch Sparen verursachte Nachfrageausfall. Würden z. B. vom Bankensystem weniger Kredite ausgeliehen, als umgekehrt Spargelder in das Bankensystem geflossen sind, so entstände ein gesamtwirtschaftlicher Nachfragemangel. Umgekehrt würde ein Nachfrageüberhang eintreten, wenn die ausgeliehenen Kredite größer wären als die hereingeflossenen Spargelder (was man sich zunächst kaum vorstellen kann). Wir müssen also fragen, ob irgendetwas dafür spricht, daß Sparen und Investieren immer die gleiche Höhe annehmen, oder ob es auch vorkommen kann, daß beide in ihrer Höhe voneinander abweichen.

Wenn wir uns klar machen, daß die Sparentscheidungen in der Regel von ganz anderen Leuten getroffen werden als die Investitionsentscheidungen (jedenfalls bei Finanzierung der Investitionen über den Kapitalmarkt), wäre es eigentlich reiner Zufall, wenn die Summe aller Sparvorhaben auf einmal den gleichen Betrag annehmen würde wie die Summe aller Investitionsvorhaben. Die Regel wird vielmehr die sein, daß beide Grössen voneinander abweichen. Z.B., daß die Investitionsvorhaben in ihrer Summe geringer sind als das Sparen (Abb. 8c).

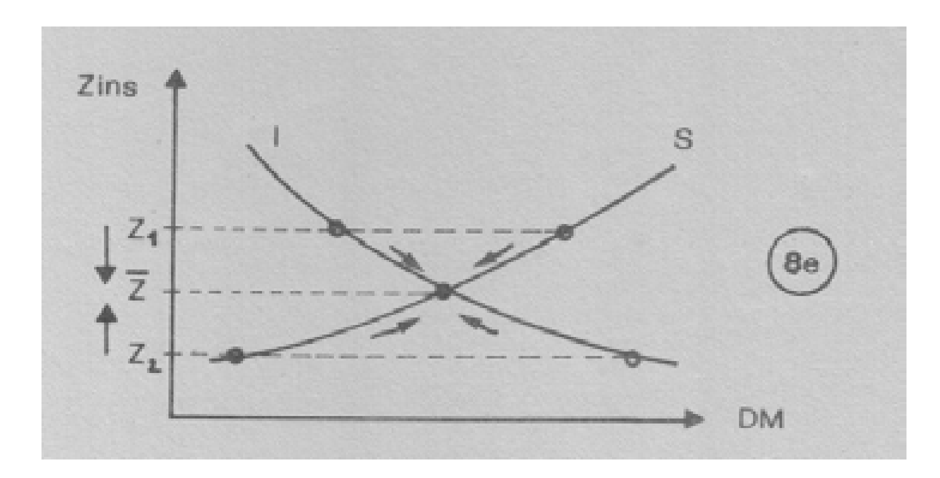


Unter diesen Bedingungen könnten die Banken die bei ihnen angelegten Spargelder nicht in voller Höhe ausleihen, sondern blieben gewissermaßen auf einem Teil der Spargelder sitzen, für die sie ihrerseits an die Sparer Zinsen zahlen müssen. Auf eine solche Situation werden

die Banken mit einer Senkung der Sparzinsen reagieren. Wenn die Sparer ihre Sparentscheidungen an der Höhe des Zinses orientieren, werden daraufhin die Spareinlagen zurückgehen. Andererseits werden die Banken durch die Senkung des Sparzinses in die Lageversetzt, auch die Kreditzinsen zu senken, d.h. Investitionskredite billiger anzubieten. Wenn die Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen an der Höhe des Zinssatzes orientieren, werden als Folge der billigeren Kredite die Investitionen in ihrer Höhe ansteigen. Die ursprünglich voneinander abweichenden Größen des Sparens und des Investierens nähern sich auf diese Weise aneinander an und pendeln sich schließlich auf dem gleichen Niveau ein. Der Zinssatz, bei dem dieses Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren eintritt, wird „Gleichgewichtzins" genannt.



Wir können auch schnell den umgekehrten Fall durchspielen: in Abb. 8d übersteigen die Investitionsvorhaben die Höhe der gesparten Gelder. Die damit verbundene überhängende Nachfrage nach Investitionskrediten ermöglicht es den Banken, den Kreditzins anzuheben, was sie wiederum in die Lage versetzt, gegenüber den Sparern auch höhere Sparzinsen zu zahlen. Durch die Erhöhung des Kreditzinses werden einerseits einige Unternehmen ihre Investitionsvorhaben aufgeben, andererseits wird der erhöhte Sparzins Spareinlagen anwachsen lassen, so daß sich auch hier wieder eine Tendenz zur Angleichung zwischen Sparen und Investieren ergibt.



Wenn diese Überlegungen richtig sind, wirkt also über die Veränderung von Spar- und Kreditzinsen ein Mechanismus, der die ursprünglich voneinander abweichenden Größen der Spar- und Investitionsvorhaben in Übereinstimmung miteinander bringt, der sogenannte „Zinsmechanismus". Abb. 8e stellt die Wirkungsweise dieses Zinsmechanismus noch einmal in anderer Form graphisch dar: auf der senkrechten Achse ist die Höhe des Zinssatzes

abgetragen. (Wir unterscheiden hier nicht zwischen Sparzins und Kreditzins, da sich beide i.d.R. ohnehin in der gleichen Richtung verändern. Nehmen wir an, der hier abgetragene Zins sei die Mitte zwischen Spar- und Kreditzins.)

Die I-Kurve stellt die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Abhängigkeit vom Zinssatz dar, die S-Kurve entsprechend das volkswirtschaftliche Sparen. Der Verlauf der Kurve deutet an, daß die Investitionen ausgedrückt in DM umso geringer sind, je höher der Zinssatz ist. Der Verlauf der Sparkurve hingegen besagt umgekehrt, dass das Sparen mit wachsendem Zinssatz ansteigt. In dem Verlauf der Kurven kommen also die Annahmen zum Ausdruck, die wir vorhin bezüglich der Zinsabhängigkeit von Sparen und Investieren unterstellt hatten. Beim Zinssatz z_1 z.B. läge der Fall vor, daß die Investitionsvorhaben geringer sind als das Sparen, was unserem Beispiel in 8c entspricht. Wir hatten herausgearbeitet, daß in einem solchen Fall eine Zinssenkung eintreten wird mit der Folge eines Anstiegs der Investitionen und eines Absinkens des Sparens (dargestellt durch die entsprechenden Pfeile entlang der I-Kurve bzw. S-Kurve). Bei z_2 hingegen übersteigen die Investitionsvorhaben das Sparen, was eine Zinserhöhung nach sich zieht, mit der Folge eines in DM ausgedrückten Anstiegs des Sparens und eines Absinkens der Investitionen. Im einen wie im anderen Fall tendiert der Zinssatz - einmal von oben, einmal von unten - dem Niveau z entgegen, bei dem Sparen und Investieren unter den zugrunde gelegten Bedingungen gerade zum Ausgleich kommen. Der Gleichgewichtszinssatz z ergibt sich in dieser Graphik demnach aus dem Schnittpunkt zwischen I-Kurve und S-Kurve, anders ausgedrückt: aus dem Schnittpunkt zwischen Kreditnachfrage (von Seiten der Unternehmen) und Kreditangebot (von Seiten der Sparer).

3. Makroökonomisches Gleichgewicht als gesamtwirtschaftliches Ziel?

Wenn also der Zinsmechanismus funktioniert, bedeutet das für die Gesamtwirtschaft, daß der durch Sparen zunächst entstehende Nachfrageausfall gerade ausgeglichen wird durch die über Kredite finanzierte zusätzliche Nachfrage, so daß dem Gesamtangebot an produzierten Waren eine ausreichende Gesamtnachfrage gegenübersteht. Der Ökonom spricht in diesem Zusammenhang von einem „makroökonomischen Gleichgewicht“ Im Gegensatz zu „mikroökonomisch“, wo es um die Entscheidungen einzelner Unternehmen und Haushalte geht, spricht man von „makroökonomisch“ dann, wenn die Ergebnisse der Einzelentscheidungen in einer Volkswirtschaft zu Gesamtgrößen zusammengefasst werden: z.B. gesamtwirtschaftliche Produktion, gesamtwirtschaftliches Einkommen, gesamtwirtschaftlicher Konsum, gesamtwirtschaftliche Investition usw.) Was kommt nun in einem solchen makroökonomischen Gleichgewicht zum Ausdruck? Bedeutet seine Existenz, daß die gesamte Produktion aller Unternehmen gewinnbringend abgesetzt wird und daß Vollbeschäftigung herrscht? oder kann auch ein makroökonomisches Gleichgewicht mit bestimmten wirtschaftlichen Störungen verbunden sein?

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

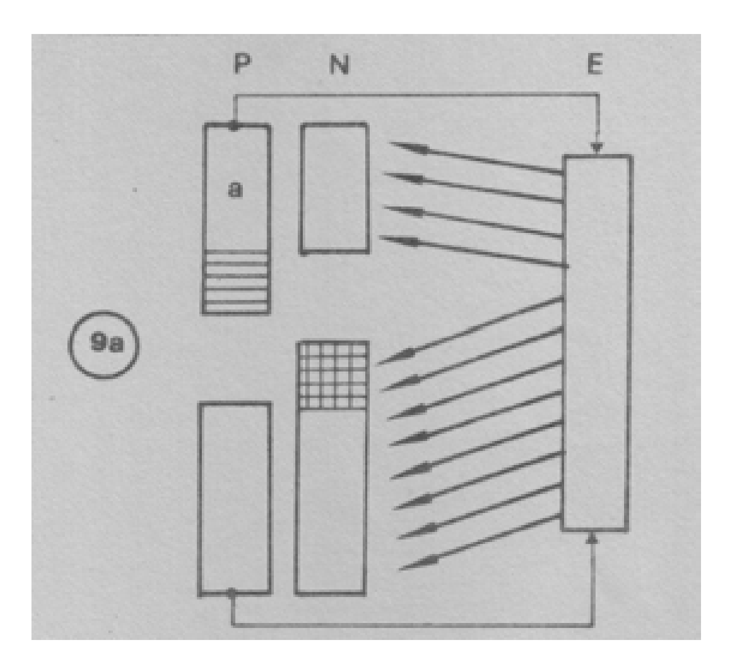
(Berlin 1980)

ERSTER TEIL: Markt und Konsum

B. MARKTMECHANISMEN UND ALLOKATION

I. Strukturelles Ungleichgewicht und Preismechanismus

1. Strukturelles Ungleichgewicht trotz makroökonomischem Gleichgewicht
Zunächst einmal besagt die Existenz eines makroökonomischen Gleichgewichts ja nur, daß die Gesamtgrößen (Gesamtnachfrage und Gesamtangebot) übereinstimmen. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Struktur dieser beiden Größen voneinander abweicht. Abb. 9a soll diese Möglichkeit verdeutlichen: die Produktionsseite ist hier modellhaft in zwei Sektoren unterteilt, wobei in einem Sektor die Ware a und im anderen die Ware b hergestellt wird. Die in beiden Sektoren entstehenden Einkommen werden unter E aufgeführt. Die als Nachfrage in die einzelnen Sektoren zurückströmenden Einkommen sind unter N dargestellt.



Obwohl die Gesamteinkommen mit der Summe der Produktion in a und b übereinstimmen und obwohl alle entstandenen Einkommen nachfragewirksam werden, d.h. als Nachfrage auftreten, kommt es bei a zu einem Nachfragemangel und bei b zu einem Nachfrageüberhang. in beiden Sektoren, entstehen also Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage, obwohl makroökonomisch ein Gleichgewicht gegeben ist. Der Hintergrund liegt darin, daß

die Struktur des Angebots zwischen a und b nicht übereinstimmt mit der Struktur der Nachfrage nach a bzw. b. Die Ökonomen sprechen deshalb in diesem Fall von einem „strukturellen Ungleichgewicht".

Unser Beispiel macht deutlich, daß ein strukturelles Ungleichgewicht mit den entsprechenden Störungen in den einzelnen Sektoren auch dann vorliegen kann, wenn makroökonomisches Gleichgewicht herrscht. Obwohl es eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, muß dennoch immer wieder darauf hingewiesen werden: die Übereinstimmung von Gesamtgrößen, von „globalen" Größen, sagt über die Lösung von Strukturproblemen nicht das geringste aus. Man kann nur folgendes sagen: wenn nicht einmal die Gesamtgrößen übereinstimmen, wenn also z.B. die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geringer ist als das gesamtwirtschaftliche Angebot, dann muß es auf jeden Fall irgendwo in der Wirtschaft zu Absatzkrisen kommen. Umgekehrt gilt aber nicht, daß bei makroökonomischen Gleichgewicht keine strukturellen Krisen auftreten könnten (des makroökonomische Gleichgewicht ist insofern zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für das Gleichgewicht in allen Sektoren.)

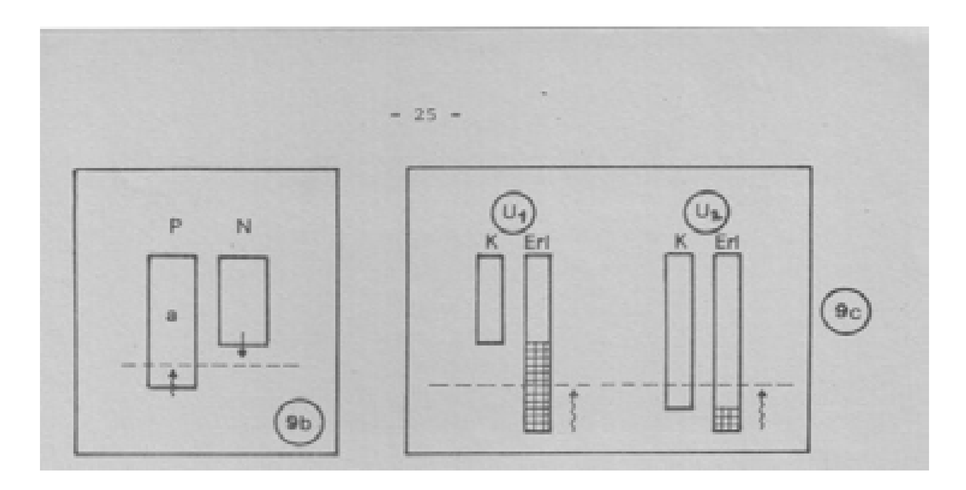
Gehen wir also von dem Modell in Abb. 9a und dem darin zum Ausdruck kommenden strukturellen Ungleichgewicht aus und fragen uns, welche Probleme mit einem solchen Ungleichgewicht verbunden sind. Zunächst einmal ist festzustellen, daß in einer Marktwirtschaft derartige Ungleichgewichte eigentlich die Regel sein müßten. Denn die Entscheidungen über die Produktion werden schließlich an ganz anderer Stelle getroffen als die Entscheidungen etwa über die Konsumausgaben. Über die Produktion entscheiden die Unternehmen, die sich dabei nicht mal untereinander koordinieren müssen, sondern sich lediglich an ihrem privatwirtschaftlichem Gewinn orientieren, während auf der anderen Seite die Konsumentscheidungen von Millionen von Einzelhaushalten getroffen werden, die sich erst recht nicht untereinander koordinieren. Es wäre der reinste Zufall, wenn unter solchen Bedingungen, wo die wirtschaftlichen Entscheidungen dezentral, an ganz verschiedenen Stellen und voneinander unabhängig getroffen werden, im Ergebnis sich auf einmal eine Übereinstimmung von Nachfrage und Angebot in allen Sektoren oder gar bei allen Unternehmen einstellen würde. Ein strukturelles Ungleichgewicht wird deshalb in einer Marktwirtschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln einerseits und mit freien Konsumentscheidungen andererseits nicht die Ausnahme, sondern vielmehr die Regel sein.

Wenn dem so ist, muß es dann nicht zu ständigen Störungen in allen Bereichen der Wirtschaft kommen? Müßten nicht überall entweder Absatzkrisen oder Versorgungslücken auftreten, müßte sich die Wirtschaft nicht in einem ständigen Chaos befinden? Oder existieren irgendwelche Mechanismen, ähnlich dem Zinsmechanismus auf dem Kapitalmarkt, die die zwischenzeitlich auftretenden Ungleichgewichte automatisch beseitigen?

2. Auswirkungen eines sektoralen Nachfragemangels

Kommen wir zur Diskussion dieser Fragen auf unser Modell in Abb. 9a zurück und betrachten die Situation in den einzelnen Sektoren: wie wird sich z.B. der Nachfragemangel in Sektor a auswirken? Die Nachfrage reicht in diesem Fall nicht mehr aus, um allen Unternehmen einen Absatz ihrer Ware a zu den geplanten Preisen (einschließlich Gewinnaufschlag) zu ermöglichen. Angesichts des Nachfragemangels könnten einige Unternehmen z.B. versuchen, über Preissenkungen mehr Nachfrage auf sich zu ziehen. Wollen die anderen Unternehmen nicht ins Hintertreffen geraten, werden sie gezwungen, ihrerseits mit den Preissenkungen nachzuziehen oder aber die Preise sogar noch weiter zu unterbieten. Auf diese Weise würde bei funktionierender Konkurrenz der Preis der Ware a

immer weiter sinken. Diese Preissenkung könnte auf der anderen Seite die Konsumenten veranlassen, ihrerseits mehr a und weniger b nachzufragen, daß auch von der Nachfrageseite her eine Angleichung stattfinden würde. Die Preissumme von a würde schließlich auf ein Maß zusammenschrumpfen, das der Größe der Nachfrage nach a entsprechen würde. (Das preisliche Zusammenschrumpfen, bei dem die Menge der angebotenen Waren unverändert bleibt, symbolisieren wir mit einem geschlängelten Pfeil, während die mengenmäßige Ausdehnung mit einem geraden Pfeil dargestellt wird - Abb. 9 b)



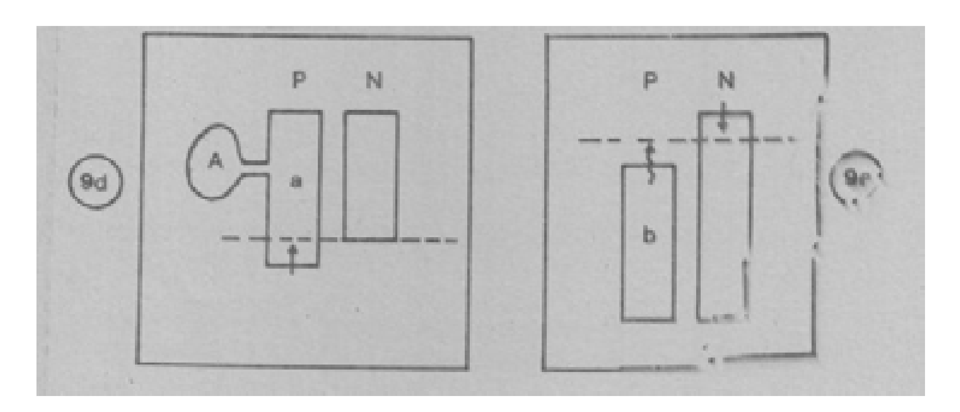
Die Preissenkung bei a bedeutet für den Sektor insgesamt – gemessen an den ursprünglich geplanten Preisen - selbstverständlich eine Erlösschmälerung. Auf die einzelnen Unternehmen wird sich diese Erlösminderung je nach Kostensituation unterschiedlich stark auswirken. Es mag Unternehmen geben, deren Kosten so niedrig liegen, daß sie eine Preissenkung ohne weiteres verkraften können und immer noch Gewinne machen, wenn auch weniger als ursprünglich geplant (U_1 in Abb. 9c). Bei anderen Unternehmen, deren Kostensituation ungünstiger ist, kann hingegen der Erlösrückgang dazu führen, daß nicht einmal mehr die Kosten gedeckt werden können, daß die Unternehmen also Verluste machen (U_2 in Abb. 9c).

Entweder gelingt es ihnen, ihre Kosten ebenfalls zu senken, oder aber sie fallen längerfristig aus dem Konkurrenzkampf heraus: würden sie ihre Preise über den Kosten ansetzen, so würden sie preismäßig hinter die Konkurrenz zurückfallen und ihre Nachfrager verlieren; würden sie hingegen die Preissenkung mitmachen, um überhaupt Absatz zu finden, so würde der Absatz nur noch mit Verlusten verbunden sein. Der einzige Ausweg sind tatsächlich ausreichende Kostensenkungen, was aber für viele Unternehmen leichter gesagt als getan ist.

Zunächst werden sie vielleicht versuchen, über Kurzarbeit oder über Entlassungen von Arbeitskräften die Lohnkosten zu vermindern und die Produktion auf die zurückgegangene Nachfrage einzustellen. Vielleicht gelingt es ihnen aber auch, neue und billigere Produktionsverfahren einzuführen, wozu aber i.d.R. entsprechende Mittel für Investitionen erforderlich sind. Gerade die kostenmäßig schwächeren Unternehmen werden es in einer solchen Situation schwer haben, an Investitionskredite heranzukommen, und aufgrund ihrer relativ schlechten Gewinnsituation werden sie auch kaum auf eigene Gewinne zurückgreifen können, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren.

Die Folge wird also sein, daß ein Teil der Unternehmen, deren Kostensituation und deren Produktivität schlechter sind als der Branchendurchschnitt, sich nicht mehr wird halten können. Wenn die in unserem Modell skizzierte Situation anhält, werden sie übel längere Zeit

Verluste machen und schließlich in Konkurs gehen. Durch, den Ausfall dieser Unternehmen vermindert sich nicht nur das Angebot der Ware a, sondern es werden auch Arbeitskräfte freigesetzt (nicht erst im Konkursfall, sondern meist schon vorher durch Kurzarbeit und Entlassungen). (Abb. 9d symbolisiert diese Freisetzung von Arbeitskräften durch den Ballon A. Je mehr sich die Produktion des Sektors a mengenmäßig vermindert, dargestellt durch den geraden Pfeil, um so mehr wird der Ballon de Arbeitslosen „aufgeblasen".)



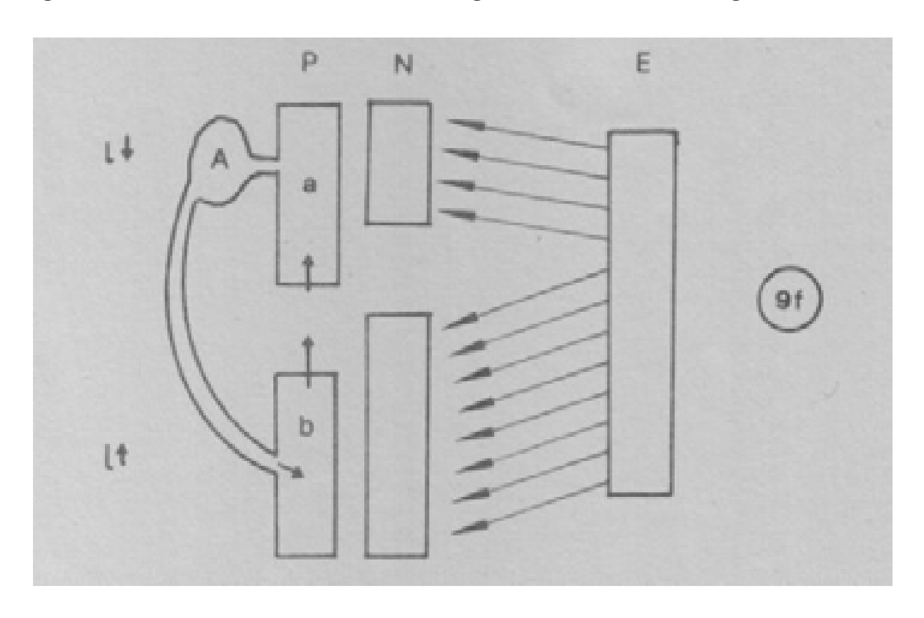
3. Auswirkungen eines sektoralen Nachfrageüberhangs

Wie sieht es demgegenüber im Sektor b aus, wo entsprechend unserem Modell Abb. 9a ein Nachfrageüberhang entstand. Hier werden die Unternehmen ihre Waren auch noch zu höheren als den ursprünglich geplanten Preisen los, so daß die erste Reaktion auf den Nachfrageüberhang in steigenden Preisen bestehen wird. Ohne dass die angebotene Menge ausgedehnt wird, bläht sich dennoch die Preissumme aller b-Waren aus (angedeutet durch den geschlängelten Pfeil in Abb. 9e). Wie die Nachfrage im einzelnen auf Preiserhöhungen reagiert hängt davon ab, inwieweit die Konsumenten auf den Kauf der entsprechenden Ware verzichten können. Wir wollen annehmen die Konsumenten könnten von Ware b auf Ware a ausweichen (in der Fachsprache: b wird durch a „substituiert"), und die Nachfrage würde insofern empfindlich („elastisch") reagieren. Durch die Aufblähung der Preise einerseits und Rückgang der Nachfrage anderseits kommt es auch hier schließlich zu einem Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Ein Teil der ursprünglichen überhängenden Nachfrage nach b weicht auf a aus, und eine anderer wird durch die Preiserhöhungen bei b angesaugt.

Dadurch, daß sich die gleiche Menge b nunmehr zu höheren Preisen absetzten läßt, steigen die Erlöse und die Gewinne der b-Unternehmen. Die Produktion ist bei erhöhten Preisen lohnender geworden Und das wird dazu führen, daß die Unternehmen - zunächst im Rahmen vorhandener Kapazitäten - ihre Produktion ausweiten und zusätzliche Arbeitskräfte einstellen werden. Sind die Kapazitäten voll ausgelastet, so kann eine Produktionsausweitung nur noch über Investitionen erfolgen. Da die Gewinnsituation in dieser Branche günstig ist, werden die b-Unternehmen relativ leicht an Kredite herankommen, und auf der Grundlage erweiteter Kapazitäten wird sich schließlich auch das Angebot an b vergrößern. In dem Maß, wie sich das Angebot vergrößert, werden sich bei funktionierender Konkurrenz die hohen Preise nicht mehr halten lassen: der zwischenzeitlich angestiegene Preis von b wird wieder absinken, und die zwischenzeitlich überhöhten Gewinne werden wieder auf ein durchschnittliches Maß zurückfallen.

Abb. 9f stellt die Reaktionen von Sektor a und Sektor b noch einmal im Zusammenhang dar: als Folge des Nachfragemangels in a trat - nach den anfänglichen Preissenkungen - eine Verminderung der Produktion und: des Angebots ein, verbunden mit Freisetzung von

Arbeitskräften. In b hingegen ergab sich als Folge des Nachfrageüberhangs zunächst eine Preissteigerung und anschließend eine Produktionsausweitung, wozu entsprechend zusätzliche Arbeitskräfte erforderlich waren. Auf diese Weise konnten die in Sektor a freigesetzten Arbeitskräfte in Sektor b Beschäftigung finden, konnten von Sektor b gewissermaßen angesaugt werden(in Abb. 9f dargestellt durch den vom Arbeitslosen-Ballon ausgehenden und zu b sich hinführenden Schlauch). Die Arbeitslosigkeit in Sektor a als Folge der Freisetzung wäre demnach nur eine vorübergehende Erscheinung.



4. Preismechanismus als Knappheitsmesser und Lenkungsinstrument

Wenn wir uns das Ergebnis unserer Überlegungen noch einmal im Zusammenhang betrachten, können wir folgendes feststellen: das (trotz makroökonomischen Gleichgewichts) vorhandene strukturelle Ungleichgewicht führt in den einzelnen Sektoren zu bestimmten Anpassungsprozessen, die dahin tendieren, das Ungleichgewicht wieder zu beseitigen: der Nachfragemangel in a führt schließlich über die sinkenden Preise zu einer Produktionseinschränkung und Angebotsverminderung, während der Nachfrageüberhang in b entsprechend umgekehrt über Preissteigerungen eine Angebotsausweitung nach sich zieht. Die Preise spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion. Zunächst signalisiert das Absinken der Preise bei a einen Nachfragemangel bzw. ein Angebotsüberhang, während das Ansteigen der Preise bei b einen Nachfrageüberhang bzw. eine Angebotslücke anzeigt. Veränderungen der Preise haben also den Charakter eines Gradmessers für Warenüberschuß bzw. Warenknappheit - jeweils im Verhältnis zur Nachfrage, kurz: den Charakter eines Knappheitsmessers.

Nicht nur das: indem sie nämlich bei a einen Warenüberschuß und bei b einen Warenmangel anzeigen, veranlassen sie über den Mechanismus der Konkurrenz die einzelnen gewinnorientierten Unternehmen, die Produktion und das Angebot zu verändern: bei a in Richtung Produktionseinschränkung und bei b in Richtung Produktionsausweitung. Auf diese Weise wird das ursprüngliche strukturelle Ungleichgewicht beseitigt: dort , wo im Verhältnis zur Nachfrage zuviel produziert wurde, geht die Produktion zurück, und wo zuwenig Angebot vorhanden war, wird die Produktion ausgedehnt. Die Preise und ihre Veränderungen zeigen also nicht nur die Knappheitsverhältnisse bei den einzelnen Märkten an, sondern setzen auch ökonomische Prozesse in Gang, die auf eine Beseitigung von überschüssiger Produktion einerseits bzw. von Angebotslücken andererseits hinwirken. Der Preismechanismus erfüllt

insofern die Funktion eines Lenkungsinstruments, daß die volkswirtschaftliche Produktion in bestimmte Bahnen lenkt.

5. Konsumentensouveränität und optimale Allokation der Ressourcen
Wenn unsere bisherigen Überlegungen richtig sind, scheint also der Preismechanismus die Produktion der Volkswirtschaft automatisch in solche Bahnen zu lenken, wie sie von der Struktur der Nachfrage her vorgegeben sind. Er scheint dafür zu sorgen, daß sich die Produktion der Unternehmen an der Struktur der Nachfrage orientiert, auch wenn die einzelnen Unternehmen letztlich nur ihr Gewinninteresse im Auge haben. Und wenn in der Nachfrage die freien Konsumentscheidungen der Konsumenten zum Ausdruck kommen, dann scheint der Preismechanismus die Produktion in Richtung auf die Konsumentenwünsche zu lenken. Die Struktur der Produktion würde demnach letztlich durch die Konsumenten bestimmt, und die Unternehmen wären nur ausführende Organe des Konsumentenwillens. (Die Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von „Konsumentensouveränität“).

Und nicht nur die Richtung der Produktion würde durch den Konsumentenwillen bestimmt, sondern damit verbunden auch die Richtung des Arbeitskräfteeinsatzes und des Einsatzes von Material und Maschinen, kurz: des Einsatzes an volkswirtschaftlichen Ressourcen. Der Preismechanismus scheint zu gewährleisten, daß die volkswirtschaftlichen Ressourcen auf Dauer nicht in Sektoren fließen, deren Waren überhaupt nicht nachgefragt werden, daß also keine Ressourcen verschwendet werden, sondern daß sie sich stattdessen entsprechend der Struktur der Nachfrage auf die einzelnen Sektoren verteilen. Und innerhalb der Sektoren sorgt der Preismechanismus dafür, daß sich die weniger produktiven Unternehmen langfristig nicht halten können, so daß die Ressourcen nur zu produktiveren Unternehmen strömen. Diese Eigenschaften des Preismechanismus sind gemeint, wenn von der „optimalen Allokation der Ressourcen“ (d.h. von der bestmöglichen volkswirtschaftlichen Lenkung von Arbeitskräften, Material und Maschinen in bestimmte Bahnen der Produktion) die Rede ist

II. Arbeitsmarkt und Lohnmechanismus

Neben dem Zinsmechanismus und dem Preismechanismus sei noch kurz auf einen Marktmechanismus eingegangen, der bei der Lenkung der Arbeitskräfte wirksam werden kann, nämlich der „Lohnmechanismus“. Wir hatten vorhin in unserem Modell in Abb. 9f gesehen, daß durch den Rückgang der Produktion in Sektor a Arbeitskräfte freigesetzt werden, während in Sektor b zusätzliche Arbeitskräfte benötigt wurden. Dieser Prozeß der Umsetzung müßte sich nicht über Entlassungen durchsetzen, sondern könnte sich auch über Lohnveränderungen und freiwilligen Arbeitsplatzwechsel vollziehen. In unserem Modell kann z.B. die verschlechterte Gewinnsituation in Sektor b dazu führen, daß die Unternehmen zum Zweck der Kosteneinsparung die Lohnsätze (1) senken (bzw. vorher gezahlte übertarifliche Löhne abbauen). Die Unternehmen des Sektors b hingegen werden am Arbeitsmarkt um zusätzliche Arbeitskräfte konkurrieren und die Lohnsätze in die Höhe treiben. Auf diese Weise kann es für Arbeitskräfte des Sektors a attraktiv werden, ihre Stelle freiwillig aufzugeben und in den Bereich b überzuwechseln. Was hier für die Konkurrenz zwischen den Sektoren aufgezeigt ist, gilt selbstverständlich auch für die Konkurrenz der Unternehmen innerhalb eines Sektors: die Unternehmen mit den höchsten Gewinnen können am Arbeitsmarkt den schwächeren Unternehmen die Arbeitskräfte abwerben.

III. Marktmechanismen und Selbstregulierung der Marktwirtschaft

Wenn wir alle Überlegungen zum Zinsmechanismus, Preismechanismus und Lohnmechanismus noch einmal zusammenfassen, ergibt sich folgendes Bild: ein funktionierender Zinsmechanismus bringt in der Tendenz die gesamtwirtschaftliche Sparsumme und die gesamtwirtschaftliche Investitionssumme zur Übereinstimmung und sorgt auf diese Weise dafür, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage größenmäßig zur Deckung gebracht wird mit dem gesamtwirtschaftlichem Angebot. Damit sind allerdings strukturelle Ungleichgewichte nicht ausgeschlossen. Ein funktionierender Preismechanismus zeigt derartige strukturelle Ungleichgewichte nicht nur an, sondern besorgt in der Tendenz auch deren Beseitigung und lenkt die Produktion in Bahnen, wie sie von der Struktur der Nachfrage, d.h. durch die Konsumentscheidungen vorgegeben sind, ein funktionierender Lohnmechanismus versorgt die einzelnen Sektoren mit den Arbeitskräften, die für ihre nachfrageorientierte Produktion erforderlich sind.

Das Zusammenwirken aller drei Marktmechanismen (am Kapitalmarkt, am Gütermarkt und am Arbeitsmarkt) scheint - bei funktionierender Konkurrenz auf allen drei Märkten - eine optimale Allokation der Ressourcen und damit eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die Marktwirtschaft scheint sich über diesen Mechanismus zum Wohle aller selbst zu regulieren. Wenn diese drei Mechanismen wirken, scheint es tatsächlich auszureichen, daß sich die Unternehmen an ihrem privatwirtschaftlichen Gewinn orientieren. Auch wenn sie nicht das geringste Interesse am Allgemeinwohl haben, führen doch die Marktmechanismen scheinbar automatisch dazu, daß die Unternehmen ihre Produktion bestmöglich an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten.

Wenn sich die Preise an den Märkten frei einspielen können, entsprechend dem jeweiligen Verhältnis von Angebot und Nachfrage, scheint die Gewinnorientierung der Unternehmen im Rahmen einer „freien Marktwirtschaft" Wirtschaftswachstum und wachsenden Wohlstand der Gesellschaft zu garantieren. Zwischen privatem Gewinn einerseits und gesellschaftlichen Interessen andererseits gäbe es demnach keinen Widerspruch, sondern eine Harmonie, eine Übereinstimmung: der Gewinn eines Unternehmens scheint demnach ein Gradmesser zu sein für den Beitrag, den dieses Unternehmen zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt und zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse geleistet hat. So gesehen haben tatsächlich Unternehmen, die keinen Gewinn machen, keine Existenzberechtigung, während andererseits Unternehmen mit hohem Gewinn legitimerweise die Möglichkeit zur Ausdehnung haben (über entsprechende Investitionen). Es scheint voll im Interesse der Gesamtgesellschaft zu liegen, daß die schwächeren Unternehmen über den Konkurs aussortiert werden und nur die stärkeren überleben.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ERSTER TEIL: Markt und Konsum

C. DIE GRUNDGEDANKEN DES ÖKONOMISCHEN LIBERALISMUS

Was wir bis jetzt an Überlegungen bezüglich des Gewinns, der Kreislaufzusammenhänge und der Marktmechanismen zusammengetragen haben, entspricht im wesentlichen dem Gedankengut des sogenannten „ökonomischen Liberalismus“, dessen Hauptvertreter Adam Smith gewesen ist. Zu einer Zeit, als sich die Märkte erst in Ansätzen entfaltet hatten, als der freie Zugang zu bestimmten Produktionen noch durch Gewerbeschranken versperrt war, als die Preise sich noch nicht frei einspielen konnten, sondern durch eine Fülle von staatlichen Reglementierungen künstlich festgelegt wurden, forderte Smith die Verwirklichung ökonomischer Freiheiten als Voraussetzung der individuellen Freiheit aller. Smith:

> „Räumt man also alle Systeme der Begünstigung oder der Beschränkung völlig aus dem Wege, so stellt sich das klare und einfache System der Freiheit von selbst her. Jeder Mensch hat, solange er nicht die Gesetze der Gerechtigkeit verletzt, vollkommene Freiheit, sein eigenes Interesse auf seine eigene Weise zu verfolgen und seinen Fleiß sowie sein Kapital mit dem aller anderen in Wettbewerb zu bringen. Das Staatsoberhaupt wird dadurch gänzlich einer Pflicht enthoben, bei deren Ausübung es immer unzähligen Täuschungen ausgesetzt sein muß und zu deren richtiger Erfüllung keine menschliche Weisheit und Kenntnis hinreichen würde: der Pflicht nämlich, den Gewerbefleiß der Privatleute zu überwachen und ihn auf das Gemeinwohl hinzulenken.“ (A.Smith: An Inquiry into the Natur and Courses of the Wealth of Nations, London 1976, zitiert nach W. Hofmann: Wert- und Preislehre, Berlin 1964, S.53)

Der Staat soll sich nach diesen Überlegungen weitgehend aus dem Wirtschaftgeschehen heraushalten und die Preisbildung auf den Märkten ebenso wie den Zugang zu den einzelnen Gewerben sich selbst überlassen. Die Marktmechanismen würden - wie eine „unsichtbare Hand“ das ökonomische Geschehen einer ganzen Gesellschaft regulieren, wenn sie nur frei von äußeren, insbesondere staatlichen Eingriffen bleiben, Die Befreiung der ökonomischen Abläufe von allen reglementierenden und beschränkenden Einflüssen, die „Liberalisierung der Märkte“ führt nach diesen Vorstellungen zur Selbstregulierung der Marktwirtschaft, wobei der Egoismus der einzelnen über das Gewinnstreben in gesellschaftlich sinnvolle Bahnen, nämlich in Richtung Anhebung des allgemeinen Wohlstands gelenkt wird.

Obwohl die Smith'schen Gedanken mittlerweile schon über 200 Jahre alt sind, finden sie sich auch heute immer wieder in Diskussionen um das Funktionieren einer Marktwirtschaft. Die

folgend Textstelle soll dafür nur ein Beispiel sein, das durch 1000 andere Beispiele aus Schulbüchern, Zeitungen oder Rundfunk- und Fernsehsendungen beliebig ergänzt werden könnte. Die Textstelle stammt aus einem Buch von A. Mahr: Der unbewältigte Wohlstand, Probleme der modernen Industriegesellschaft, Berlin 1964, S. 13:

> „Die reine Marktwirtschaft ist auf dem Grundsatz der vollen Selbstverantwortung und wirtschaftlichen Handlungsfreiheit der Individuen aufgebaut. Hier gibt es eine Unzahl von selbständig wirtschaftenden Menschen, die alle trachten, ihre Bedürfnisse so weit als möglich zu befriedigen, und alle wenigstens über ihre Arbeitskraft im Prinzip frei verfügen können, zum Teil aber auch sachliche Produktionsmittel, wie Kapital oder Grund und Boden besitzen, über die sie gleichfalls disponieren können. Der Staat greift keineswegs in das freie Spiel der Kräfte ein, der einzelne kann im Bereich der Wirtschaft tun und lassen, was er will, wofern er nicht mit dem Strafgesetz in Konflikt kommt. Jeder kann seine Arbeitskraft verwenden, wie es ihm beliebt, aber es bleibt ihm überlassen, die entsprechende Gelegenheit zu finden; wenn er Kapital besitzt, darf er es nach seinem Gutdünken anlegen, er darf eine Fabrik errichten, Kaufmannsgeschäft eröffnen, Ackerbau und Viehzucht betreiben usw.; er darf für Güter und Leistungen, die er anbietet, beliebige Preise fordern, vorausgesetzt, daß er zu diesen Preisen Abnehmer findet. Es herrscht völlige Freiheit des Konsums, jeder kann die Güter und Mengen verbrauchen, die er begehrt, natürlich soweit sein Einkommen dazu ausreicht. - Auf den ersten Blick scheint es wohl, daß es sich hier um eine geradezu chaotische Form der gesellschaftlichen Wirtschaft handelt. In Wahrheit gibt es jedoch einen Regulator: das ist her Markt und die sich auf ihm vollziehende Preisbildung."

Wie läßt sich nun dieses Bild von der sich selbst regulierenden Marktwirtschaft vereinbaren mit den krisenhaften Erscheinungen , die wir auch in der Bundesrepublik seit Ende der 60er Jahre immer deutlicher zu spüren bekommen und die sich unter anderem in Arbeitslosigkeit und Inflation niederschlagen. Und nicht nur die BRD ist von derartigen Krisenerscheinungen betroffen; anderen westlichen Ländern gell es in dieser Hinsicht nicht besser, im Gegenteil. Und auch früher gab es bereits Wirtschaftskrisen, die größte davon als Weltwirtschaftskrise 1929 mit einer ungeheueren, lange sich hinziehenden. Massenarbeitslosigkeit. Hängen derartige Wirtschaftskrisen damit zusammen, daß die Prinzipien der freien Marktwirtschaft durch irgendwelche künstlichen, z.B. staatlichen Eingriffe an ihrer Entfaltung gehindert werden, daß also die Märkte noch nicht hinreichend liberalisiert sind, oder ergeben sich die krisenhaften Erscheinungen auch und gerade aus der Wirkungsweise der Marktwirkenden ökonomischen Gesetze selbst? Auf jeden Fall können wir bei unseren bisherigen Überlegungen zur Funktionsweise einer Marktwirtschaft nicht stehen bleiben, weil aus ihnen z.B. das Problem der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht verständlich wird. Irgendwo müssen in unseren bisherigen Modellen noch Denkfehler verborgen sein, oder die Modelle müssen zum Teil von grundlegend falschen Annahmen ausgehen. Dies im Zusammenhang mit der Frage nach den Hintergründen von Arbeitslosigkeit und Inflation zu überprüfen, wird Aufgabe unserer folgenden Überlegungen sein.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ERSTER TEIL: Markt und Konsum

D. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE KREISLAUFSTÖRUNGEN UND STÖRUNGEN DES ZINSMECHANISMUS

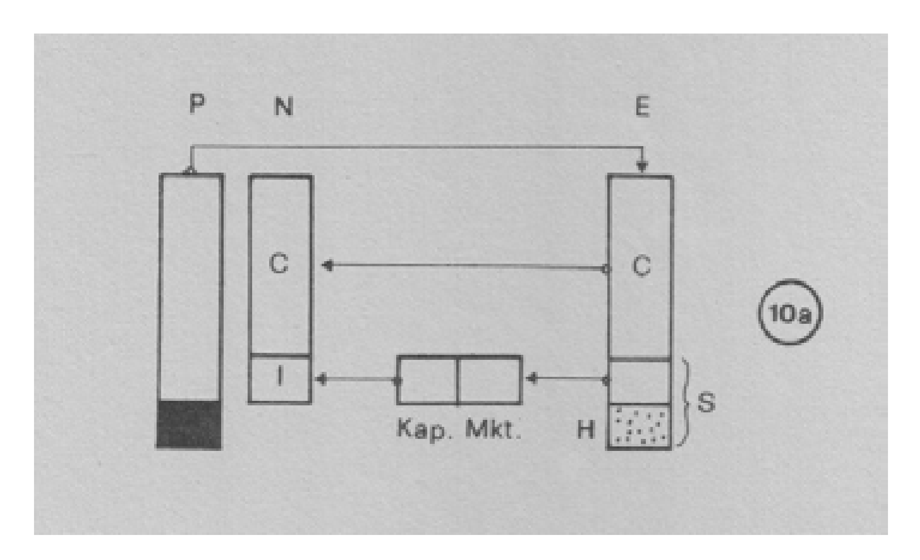
Kommen wir deshalb zurück auf unser erstes grundlegendes Ergebnis im Zusammenhang mit der Erörterung der Marktmechanismen: wir hatten herausgearbeitet, daß der Zinsmechanismus für einen Ausgleich zwischen volkswirtschaftlichem Sparen und Investieren führt und auf diese Weise die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in größenmäßige Übereinstimmung mit dem gesamtwirtschaftlichen Angebot bringt. Dem zugrunde lag die Annahme, daß sich sowohl die Sparentscheidungen der Einkommensbezieher als auch die Investitionsentscheidungen der Unternehmen an der Höhe des Zinssatzes orientieren. Sehen wir uns diese Annahme noch einmal etwas genauer an: Ist es wirklich so, daß z.B. bei den Haushalten die Höhe des gesparten Einkommensteils vom Zins beeinflußt wird? Daß - je höher der Zins ist - umso mehr gespart wird und umgekehrt? Ist es nicht vielmehr so, daß die gesparten Beträge mehr als Rest übrig bleiben, nachdem über die Konsumausgaben entschieden wurde? Oder daß man auf einen bestimmten Zweck hin spart (z.B. eine größere Anschaffung, Vorsorge für das Alter usw.), wobei die Erhöhung des Zinses auf die gesparten Beträge kaum einen Einfluß hat? Und kann es nicht auch sein, daß selbst die gesparten Gelder gar nicht alle dem Kapitalmarkt zufließen und auf Sparkonten oder in Wertpapieren angelegt werden, sondern zu Hause oder in den Kassen der Unternehmen aufbewahrt („gehortet") werden? In allen diesen Fällen würde von der Seite des Sparens her die Wirkungsweise des Zinsmechanismus durchbrochen.

I. Gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall durch Horten

Gehen wir z.B. auf den letzten Gedanken ein, der in Abb.10 veranschaulicht wird. Wenn von den gesparten Geldern nur ein Teil auf dem Kapitalmarkt angelegt wird und von dort aus als Investitionskredit an die Unternehmen fließt, während ein anderer Teil gehortet wird (H), so entsteht gesamtwirtschaftlich eine Nachfragelücke und ein entsprechender Angebotsüberhang. In Höhe der gehorteten Beträge werden die Gelder, die als Einkommen entstanden sind, dem Wirtschaftskreislauf entzogen und werden auf diese Weise nicht nachfragewirksam.

Hinter dem Zurückhalten von Geldern können sich ja die unterschiedlichsten Motive verbergen, angefangen beim Sparstrumpf bis hin zu spekulativen Überlegungen, die Gelder möglichst flüssig zu halten, um jederzeit in spekulative Geschäfte einsteigen zu können (Währungsspekulationen), deren Erträge höher sein mögen als das Anlegen am Kapitalmarkt.

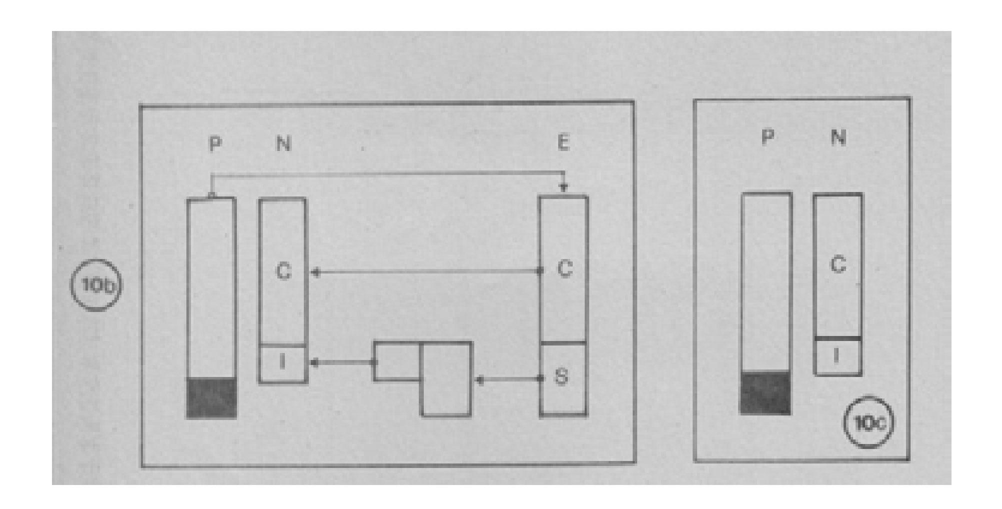
Was auch immer im einzelnen an Motiven dahinter stecken mag, in jedem Fall ist nicht auszuschließen, daß Teile der gesparten Einkommen nicht (auch nicht indirekt) in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Von daher besteht - entgegen unseren bisherigen Überlegungen - durchaus die Möglichkeit, daß es auch längerfristig zu einem Abweichen zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage kommt, konkret: zu einem gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangel bzw. Angebotsüberhang.



II. Gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall durch Investitionslücke

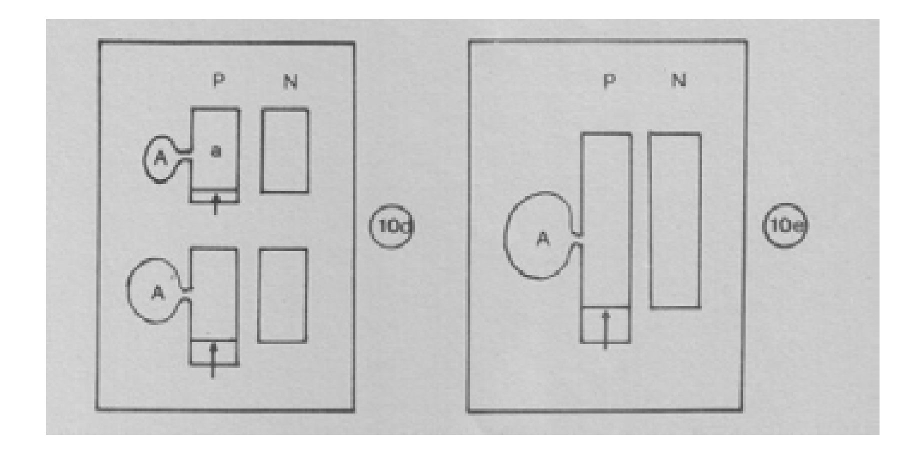
Was wir hier von der Seite des Sparens aufgerollt haben, läßt sich ähnlich von der Seite der Investitionen her untersuchen. Der Zinssatz mag noch so niedrig sein, insbesondere in Zeiten der Krise mit Absatzschwierigkeiten und schlechten Gewinnerwartungen werden die Unternehmen kaum Investitionen vornehmen. Was nützen schließlich niedrige Kreditkosten, wenn die erwarteten Erlöse insgesamt gering sind bzw. wenn andere Kostenbestandteile stärker ins Gewicht fallen? In bestimmten Zeiten mag zwar der Zinssatz den letzten Ausschlag dafür geben, ob eine Investition vorgenommen wird oder nicht. Es sind aber auch Zeiten denkbar, wo die Höhe des Zinssatzes für die Investitionsentscheidung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Wenn wir diesen Sachverhalt in unseren Überlegungen berücksichtigen, kann es durchaus Situationen geben, in denen das vorhandene Kreditangebot durch die Kreditnachfrage für Investitionszwecke nicht annähernd ausgeschöpft wird („Investitionslücke“) und in denen eine Zinssenkung der Banken weder die Investitionsnachfrage ausreichend anhebt noch das Sparen der Einkommensbezieher ausreichend vermindert.

Sowohl auf der Seite des Sparens als auch auf der Seite des Investierens können also Faktoren wirksam werden, die das Zustandekommen eines Ausgleichs zwischen Sparen und Investieren über den Zinsmechanismus verhindern. Die Folge wäre ein „makroökonomisches Ungleichgewicht“ zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage. In unserem Fall werde die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage (Konsumnachfrage C + Investitionsnachfrage I) geringer als die gesamtwirtschaftliche Produktion (P).



III. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen eines Nachfragemangels

Was wäre die Folge eines solchen gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels? Ohne auf die Situation in einzelnen Sektoren einzugehen, können wir sagen, daß es unter diesen Bedingungen in irgendwelchen Bereichen der Wirtschaft zu Absatzkrisen kommen muß. In welchen Bereichen diese Krisen stärker und in welchen sie schwächer hervortreten, hängt selbstverständlich von der Verteilung der Gesamtnachfrage auf die einzelnen Sektoren, d.h. von der Struktur der Gesamtnachfrage im Verhältnis zur Struktur des Angebots ab. Aber der Preismechanismus, der die Funktion der Beseitigung struktureller Ungleichgewichte haben soll, mag noch so gut funktionieren, er kann an einem Sachverhalt nicht vorbei: daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht ausreicht, um das gesamtwirtschaftliche Angebot zu den geplanten Preisen zu kaufen.



Anders als im früher betrachteten Fall, wo wir von einem strukturellen Ungleichgewicht bei gleichzeitigem makroökonomischem Gleichgewicht ausgegangen waren, steht diesmal einem Nachfragemangel in einem Sektor a nicht automatisch ein entsprechender Nachfrageüberhang in einem anderem Sektor b gegenüber. Vielmehr sind von dem gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangel mehr oder weniger alle Sektoren betroffen (Abb. 10d). Die in Sektor a freigesetzten Arbeitskräfte finden deshalb - anders als in Abb. 9f - keine Beschäftigung im Sektor b. Vielmehr finden auch in Sektor b Entlassungen statt, so daß die Freisetzung von Arbeitskräften nicht mehr nur ein strukturelles Problem ist, sondern nunmehr ein gesamtwirtschaftliches. Hinter dem (globalen) Problem kann sich natürlich zusätzlich noch

ein strukturelles Beschäftigungsproblem verbergen, was sich darin äußern würde, daß einzelne Sektoren überdurchschnittlich stark von der Krise betroffen sind. Auf die strukturellen Probleme wollen wir aber an dieser Stelle nicht eingehen. Beschränken wir uns vielmehr auf die globale Betrachtung der Auswirkungen eines gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels (Abb. 10e).

Die als Folge des Absatzrückgangs und der Produktionseinschränkung entlassenen Arbeitskräfte verlieren auf diese Weise die Grundlage ihrer Einkommen, was sich gesamtwirtschaftlich in einem Rückgang der Einkommen niederschlägt. Weniger Einkommen ermöglichen weniger Nachfrage, so daß in der zweiten Runde zusätzliche Absatzschwierigkeiten entstehen mit der Folge zusätzlicher Entlassungen usw. Die Gesamtwirtschaft gerät auf diese Weise in eine immer stärker werdende Krise. Auf der einen Seite bleiben vorhandene Produktionskapazitäten brach liegen, auf der anderen Seite gibt es eine Masse von Arbeitslosen, die kein Geld haben, um sich die benötigten Waren zu kaufen. Produktionsmöglichkeiten sind gesamtwirtschaftlich zwar vorhanden, aber sie werden nicht genutzt, und dies nicht etwa in einer Situation des Überflusses, sondern - mindestens für die Masse der Arbeitslosen - in einer Situation des Mangels.

Die Krise und der verschärfte Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen wird auch einhergehen mit einer wachsenden Welle von Firmenzusammenbrüchen, wobei technisch noch funktionsfähige Produktionsanlagen vielfach einfach verschrottet oder zu Schleuderpreisen verkauft werden. Jede Wirtschaftskrise bringt insofern nicht nur die Vernichtung ökonomischer Existenzgrundlagen für viele Lohnabhängige und Selbständige mit sich, sondern auch die Vernichtung von den in den Produktionsanlagen und Warenlagern steckenden Werten. Darüber hinaus bleiben volkswirtschaftliche Produktionsmöglichkeiten, die in der Arbeitskraft der Arbeitslosen sowie in den brachliegenden Produktionskapazitäten stecken, über längere Zeit ungenutzt. So gesehen ist die Wirtschaftskrise eine volkswirtschaftliche Verschwendung von Ressourcen in großem Maßstab. Angesichts dieser Verschwendung und auch angesichts des mit der Arbeitslosigkeit verbundenen sozialen Elends kann von einer „optimalen Allokation der Ressourcen“ kaum mehr die Rede sein.

IV. Krisenproblematik und ökonomische Theorie

l. Vernachlässigung des Krisenproblems bei A. Smith

Es muß allerdings gesagt werden, daß die ersten Wirtschaftskrisen erst auftraten, lange nachdem A. Smith seine Gedanken veröffentlicht hatte.

(Die erste größere Wirtschaftskrise trat in England 1825 auf.) Von daher mag verständlich sein, daß Smith selbst die Krise nicht als Problem gesehen hat. Solange die Wirtschaftsentwicklung ständig aufwärts ging, war auch kaum vorstellbar, daß die Unternehmen Investitionskredite zu niedrigen Zinsen nicht aufnehmen würden, und ebensowenig war daran zu denken, daß Spargelder, wenn sie einen genügend hohen Zins erbringen, aus irgendwelchen spekulativen Gründen zurückgehalten wurden. Das Spekulationsgeschäft blüht ja erst in dem Maße auf, wie es sich um ein Auf und Ab wirtschaftlicher Größen handelt (z.B. Währungsschwankungen, Schwankungen der Aktienkurse usw.). Solange es aber konjunkturelle Schwankungen und Krisen nicht gab, war das spekulative Horten von Geldern kein reales Problem, und es ist A. Smith nachträglich kaum anzulasten, daß er seinerzeit diese Möglichkeit des Nachfrageausfalls nicht mit in seine Theorie einbezogen hat.

2. Die Krisentheorie

Was aber bemerkenswert ist, ist die Tatsache, daß an der klassisch-liberalen Theorie von Smith und an der darin enthaltenen Vorstellung von einer störungsfreien Selbstregulierung der Marktwirtschaft in Kreisen der herrschenden ökonomischen Wissenschaft auch dann noch festgehalten wurde, als die realen ökonomischen Verhältnisse sich längst gründlich verändert hatten. Die stürmische Industrialisierung in England z.B. hatte nicht nur unglaubliches soziales Elend für die Masse der Lohnabhängigen hervorgebracht, sondern ging auch zunehmend einher mit konjunkturellen Schwankungen, d.h. mit einem Wechsel zwischen Wirtschaftsaufschwung und Wirtschaftskrise.

Zwar hatte Karl Marx - insbesondere in seinem Hauptwerk „Das Kapital" schon 1870 eine Theorie entwickelt, die unter anderen eine Erklärung für den Wechsel zwischen Wirtschaftskrise und -aufschwung enthielt und die die ständig wiederkehrenden -und sich verschärfenden Krisen als notwendige Begleiterscheinung eines kapitalistischen Systems ableitete. Aber diese Theorie wurde von der herrschenden Wissenschaft entweder überhaupt nicht aufgenommen, oder aber man gab sie in entstellter Form wieder, um sie auf dieser Grundlage zu „widerlegen". Eine wirkliche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Marx'schen Theorie hat von Seiten der herrschenden Wissenschaft nie wirklich stattgefunden.

Wir können die Marx'sche Krisentheorie an dieser Stelle nicht wiedergeben, weil das Verständnis dieser Theorie eine umfangreiche theoretische Vorarbeit erfordert. (Vgl. hierzu im einzelnen B. Senf: Politische Ökonomie des Kapitalismus, eine didaktisch orientierte Einführung in die marxistische politische Ökonomie, Berlin 1978) Wir wollen nur darauf hinweisen, daß längst vor Ausbruch der großen Weltwirtschaftskrise 1929 eine Theorie über die sich verschärfende Krise des Kapitalismus existierte, die allerdings von der herrschenden ökonomischen Theorie ebenso wie vom „öffentlichen Bewusstsein" vollständig ignoriert wurde.

Bis in die 30er Jahre dieses Jahrhunderts war die herrschende Auffassung über die Marktwirtschaft geprägt durch die klassisch-liberalen Vorstellungen einer Harmonie zwischen Einzel- und Gesamtinteresse und einer störungsfreien Selbstregulierung der Marktwirtschaft. Daß es ein ständiges Auf und Ab wirtschaftlicher Entwicklung in Form von Konjunkturschwankungen gab, konnte selbstverständlich auch die herrschende Wissenschaft nicht leugnen, weil diese Erscheinungen für jeden offensichtlich waren. Es gab mittlerweile auch eine Fülle von Konjunkturtheorien (bis hin zu solchen, die die Ursache für Konjunkturschwankungen in natürlichen Vorgängen sahen, z.B. in regelmäßig wiederkehrenden Sonnenflecken, in denen die Ursache für klimatische Schwankungen und daraus folgend Ernteschwankungen gesehen wurde).

Keine dieser Theorien brachte allerdings die Schwankungen in Zusammenhang mit der Struktur des kapitalistischen Systems, insbesondere mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln (wie dies bei Marx der Fall war), und keine dieser Theorien kamen - wie Marx - zu dem Ergebnis, daß sich die Krisen immer weiter verschärfen müßten. Vielmehr ging man davon aus, daß auf jeden Abschwung automatisch selbstregulierend der nächste Aufschwung folgen werde und daß die Krise eine Art Reinigungsfunktion für das ökonomische System habe: die schwächeren und unproduktiveren Unternehmen auszusortieren. Die Krise wurde von daher insgesamt als durchaus positiv eingeschätzt, weil

sie mit dazu beitrage, die Produktivität der Gesamtwirtschaft anzuheben und damit das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand aller zu fördern.

3. Der Schock der Weltwirtschaftskrise 1929

Vor dem Hintergrund dieses weitverbreiteten Verständnisses (besser: Unverständnisses) mußte es auch auf den herrschenden Wissenschaftsbetrieb wie ein Schock wirken, als die Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre nicht die geringsten Anzeichen eines sich selbstregulierenden Wiederaufschwungs erkennen ließ. Die Krise zog sich in allen Ländern der westlichen Welt über Jahre hin, und die Massenarbeitslosigkeit nahm immer katastrophalere Ausmaße an. Die Analyse von Marx, daß der Kapitalismus immer schärfere Krisen hervorbringe und schließlich in eine ökonomische Katastrophe steuern werde, aus der es keinen anderen Ausweg geben könne als die Überwindung des Kapitalismus und die Abschaffung des Privateigentums zugunsten gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln, diese Analyse schien nun eine volle Bestätigung zu erfahren. Das System der Marktwirtschaft auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln war in die größte Katastrophe seiner Geschichte hineingeraten.

4. Die "Keynes'sche Revolution" im ökonomischen Denken

Die optimistischen Prognosen des A. Smith bzw. das Festhalten an den klassisch-liberalen Theorien mußten zu dieser Zeit immer mehr als Zynismus erscheinen. Die Vorstellung von einer störungsfreien Selbstregulierung der Marktwirtschaft war angesichts solcher dramatisch sich zuspitzenden Entwicklungen sowohl in der ökonomischen Wissenschaft als auch im öffentlichen Bewußtsein immer weniger aufrechtzuerhalten. In diese Zeit fiel nun die Entwicklung einer neuen Theorie des Engländers J. M. Keynes, der mit dem Dogma der Selbstregulierung der Marktwirtschaft brach und Gründe für die Möglichkeit herausarbeitete, daß eine sich selbst überlassene Marktwirtschaft in eine langanhaltende Krise hineingerät. Auch die Keynes'sche Theorie können wir an dieser Stelle nicht ausführlich behandeln. (Siehe hierzu im einzelnen B. Senf / D. Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen - eine kritische Einführung, Band 1, 4.Teil, Bonn-Bad Godesberg 1971).

Wir haben aber immerhin in unseren Überlegungen zum makroökonomischen Ungleichgewicht schon selbst einige Keynes'sche Gedanken diskutiert: Der Gedanke nämlich, daß es zwischen Sparen und Investieren auch auf längere Sicht zu einem Ungleichgewicht kommen kann und daß der Zinsmechanismus nicht notwendig den Ausgleich zwischen beiden besorgen muß, ist ein wesentliches Element der Keynes'schen Theorie. Auch der Gedanke, daß das Horten spekulative Hintergründe haben kann und daß sich die Investitionen nicht nur am Zins, sondern auch den Gewinnerwartungen orientieren können und der Zins insoweit eine untergeordnete Rolle bei Investitionsentscheidungen spielen kann, sind wesentliche Elemente seiner Theorie. Insofern haben wir vorhin - ohne es zu wissen - selbst schon keynesianisch argumentiert. Für die damalige ökonomische Theorie waren diese Gedanken und die damit verbundene Konsequenz so umwerfend, daß man sogar von der „Keynes'schen Revolution im ökonomischen Denken“ gesprochen hat.

Keynes ist nun nicht nur bei der; Analyse möglicher Hintergründe für die langanhaltende Krise stehen geblieben, sondern hat darüber hinaus Möglichkeiten skizziert, wie mit Hilfe staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf, d.h. unter Einsatz bestimmter wirtschaftspolitischer Mittel, ein Ausweg aus der Krise gefunden werden könnte. Die Keynes'schen wirtschaftspolitischen Vorstellungen haben später einen starken Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der westlichen Länder bekommen. Was der wesentliche Inhalt dieser

Vorstellungen von Keynes war, soll aber nicht an dieser Stelle diskutiert werden, sondern erst in einem späteren Kapitel, wenn es um den Zusammenhang und das Verhältnis zwischen „Staat und Wirtschaft“ geht.

Halten wir fürs erste fest, daß sowohl nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise als auch nach den Erkenntnissen der Keynes'schen Theorie im Rahmen einer kapitalistischen Marktwirtschaft die Möglichkeit zu einer langanhaltenden Krise mit Massenarbeitslosigkeit und unausgenutzten Produktionskapazitäten gegeben ist, wobei Keynes eine solche Krise auf einen Mangel an volkswirtschaftlicher Gesamtnachfrage zurückgeführt hat.

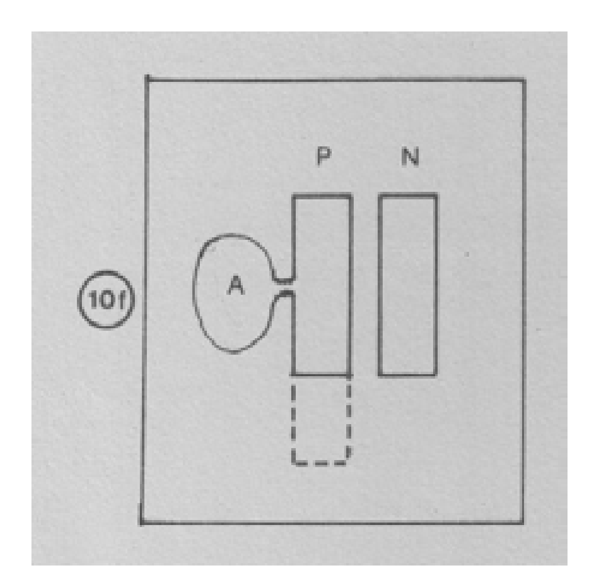


Abb. 10f will diese gesamtwirtschaftliche Situation noch einmal symbolisieren: der gestrichelte Block stellt die unausgelasteten Kapazitäten dar; anders ausgedrückt: bei Vollauslastung der Kapazitäten könnte die Produktion um den entsprechenden Betrag erhöht werden. Aus Abb. 10f wird deutlich, daß auch in einer Situation der Massenarbeitslosigkeit ein makroökonomisches Gleichgewicht zwischen Gesamtproduktion und Gesamtnachfrage existieren kann (ein sogenanntes „Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung“): denn bei Nichtauslastung der Produktionskapazitäten wird weit weniger produziert, als volkswirtschaftlich möglich wäre, viele Arbeitskräfte bleiben unbeschäftigt und beziehen kein Einkommen, sodaß die insgesamt entstehenden Einkommen viel geringer sind als bei Vollbeschäftigung; und entsprechend ist die aus den niedrigen Einkommen entspringende volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage relativ gering, sodaß von ihr aus auch keine Impulse zu einer Ausweitung der Produktion ausgehen. An diesen Überlegungen wird deutlich, daß der Begriff „makroökonomisches Gleichgewicht“ über einen irgendwie erstrebenswerten Zustand der Volkswirtschaft nichts aussagt. Er bedeutet lediglich, daß aufgrund der Übereinstimmung von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage von der Nachfrageseite keine Impulse für eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Produktion und Beschäftigung ausgehen. Selbst wenn in Abb. 10f gleichzeitig auch strukturelles Gleichgewicht in den einzelnen Sektoren gegeben wäre, läge dennoch eine Situation der Massenarbeitslosigkeit vor.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

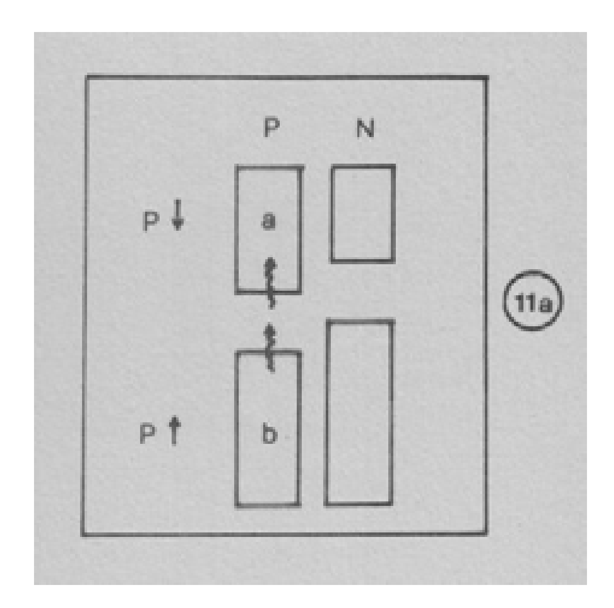
Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ERSTER TEIL: Markt und Konsum

E. STÖRUNGEN DES PREISMECHANISMUS

Nachdem wir nun die Möglichkeit eines gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels und die davon ausgehenden Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Produktion und Beschäftigung diskutiert haben, wollen wir - entsprechend unserem methodischen Vorgehen der wechselnden Schwerpunkte - das Problem des gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels wieder im Hintergrund unserer Betrachtung verschwimmen lassen, um uns anderen Problemen zuzuwenden. Gehen wir deswegen für unsere folgenden Betrachtungen wieder von einer Situation aus, in der nicht der gesamtwirtschaftliche Nachfragemangel das Problem darstellt, sondern das strukturelle Ungleichgewicht (Abb. 11a). Wir hatten in unseren früheren Überlegungen abgeleitet, daß der Preismechanismus für eine tendenzielle Beseitigung des Ungleichgewichts in den einzelnen Sektoren sorgt: bei Sektor a über Preissenkung (p mit einem nach unten zeigenden Pfeil) und davon ausgelösten Produktionseinschränkung, in Sektor b durch Preiserhöhung (p mit einem daneben gestellten aufwärts zeigenden Pfeil) und entsprechender Produktionsausweitung; auf Seiten der Nachfrage durch eine teilweise Umschichtung in Richtung weniger b und mehr a.



I. <u>Wirtschaftliche Konzentration und Marktvermachtung</u>

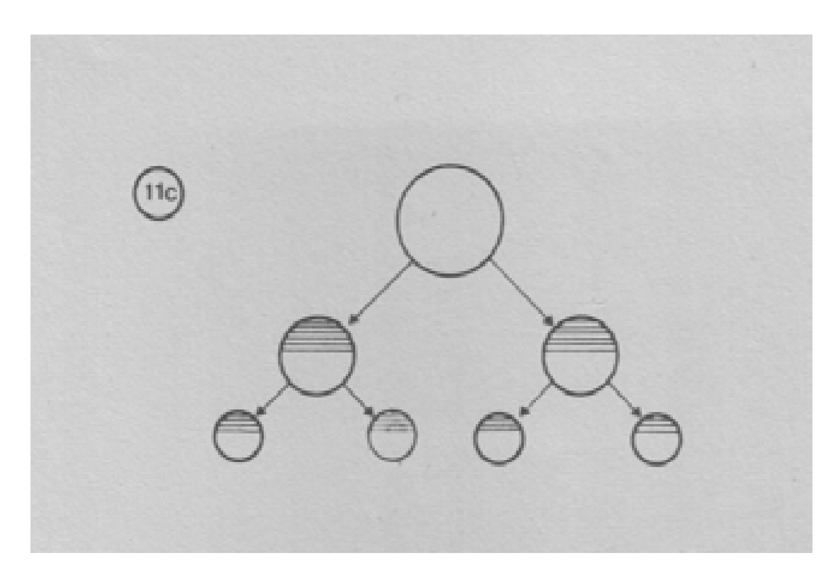
Bei der Ableitung dieses Preismechanismus waren wir unter anderem davon ausgegangen, daß sich in Sektor a die Unternehmen gegenseitig im Preis herunterkonkurrieren, daß es sich also um eine Vielzahl von Unternehmen handelt, die gegeneinander in Konkurrenz stehen und zwischen denen die Konkurrenz mit den Mitteln der gegenseitigen Preisunterbietung ausgetragen wird („Preiskonkurrenz"). Was wir dabei überhaupt nicht diskutiert hatten, war die Frage, ob derartige Konkurrenzmechanismen heute überhaupt noch funktionieren.

1. Zur Bedeutung der Unternehmensgröße

Wenn wir uns nämlich die heutige Wirtschaft ansehen, so stellen wir fest, daß wesentliche Bereiche von wenigen großen Unternehmen und Konzernen geprägt sind und daß die große Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen gesamtwirtschaftlich nur eine untergeordnete Rolle spielt - gemessen am Umsatzvolumen bzw. an der Zahl der Beschäftigten. Die folgende Graphik soll hier nur kurz die relativ unbedeutende Rolle der vielen kleinen und mittleren Unternehmen in der BRD veranschaulichen. (Siehe hierzu im einzelnen: Gahlen u.a.: Volkswirtschaftslehre, 5. Aufl., München 1973, Abschnitt "Konzentration")

2. Aktiengesellschaft - Kapitalverflechtung - Konzern

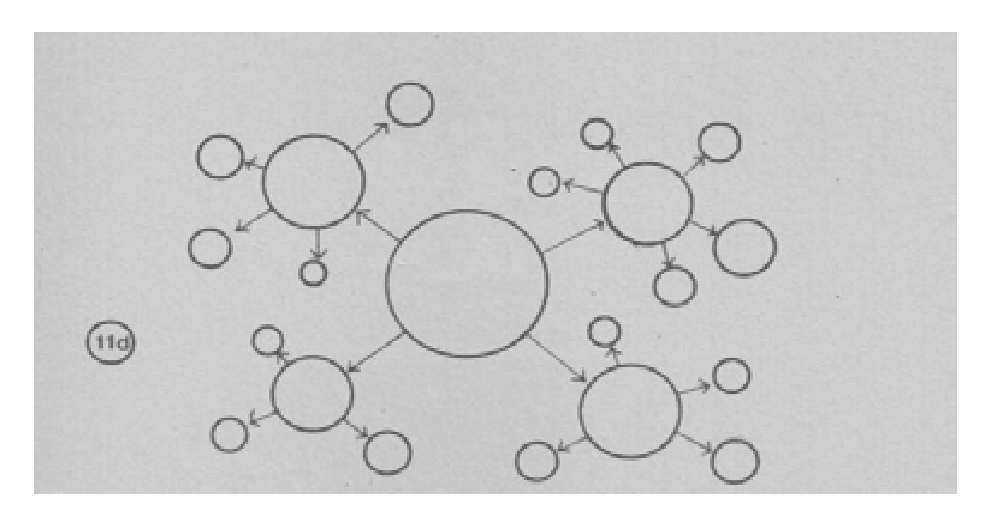
Die ökonomische Bedeutung und Stärke der Großunternehmen kommt aber in den Umsatz- und Beschäftigtenzahlen nur sehr unzureichend zum Ausdruck. Was sich darin nämlich nicht niederschlägt, ist die Tatsache, daß die Unternehmen mit anderen Unternehmen in bestimmter Weise verflochten sind. Eine Form der Verflechtung ist z.B. die Kapitalbeteiligung, die etwa in der Rechtsform der Aktiengesellschaft möglich ist. Indem ein Unternehmen U_1 Aktien eines anderen Unternehmens U_2 erwirbt, kann es sich Einfluß Auf U_2, verschaffen. 50 % Aktienanteile reichen in jedem Fall aus, um das entsprechende Unternehmen total zu beherrschen, d.h. dessen Geschäftspolitik vollständig zu bestimmen. Hält U_2 seinerseits wieder Aktien an anderen Unternehmen, so ergibt sich für U_1 die Möglichkeit einen ganzen Komplex von Unternehmen direkt bzw. indirekt über die „Tochtergesellschaften" zu steuern. Abb. 11 c symbolisiert einen solchen Konzern mit U_1 als Konzernspitze und jeweils 50 % igen Aktienanteilen.



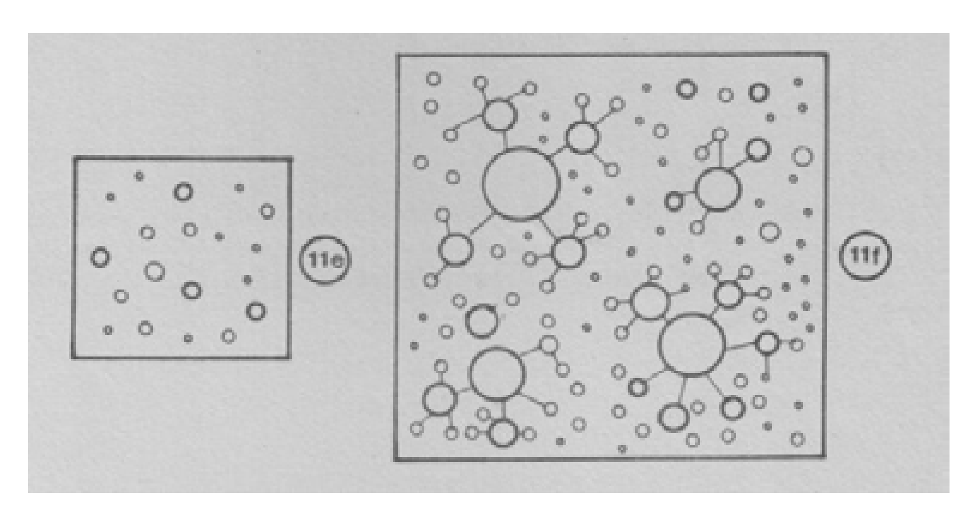
In der Regel reichen allerdings schon wesentlich geringere Aktienanteile aus, um die Geschäftspolitik anderer Unternehmen zu bestimmen und sie total zu beherrschen. Denn

entscheidend ist nicht der Aktienanteil als solcher, sondern der Stimmenanteil in der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft. Und wenn die übrigen Aktien breit gestreut sind und ein Großteil der Aktionäre gar nicht erst auf der Hauptversammlung erscheint, kann ein Aktienpaket von 20 oder 30 % auf der Hauptversammlung die absolute Mehrheit der Stimmen verkörpern.

Wenn nun die Tochtergesellschaften ihrerseits wiederum Kapitalbeteiligungen an anderen Unternehmen halten und ebenfalls nur relativ geringe Aktienanteile benötigen, läßt sich mit einem relativ geringen Kapitalaufwand ein im Verhältnis dazu riesiger Komplex von Unternehmen zentral steuern. Abb. 11d stellt diese Grundstruktur eines Konzerns noch einmal graphisch dar. Die Konzernspitze ist gewissermaßen der Kristallisationspunkt, um den herum sich über direkte und indirekte Kapitalverflechtungen eine Vielzahl anderer abhängiger Unternehmen gruppiert, die alle der Strategie der Konzernspitze unterworfen werden können.



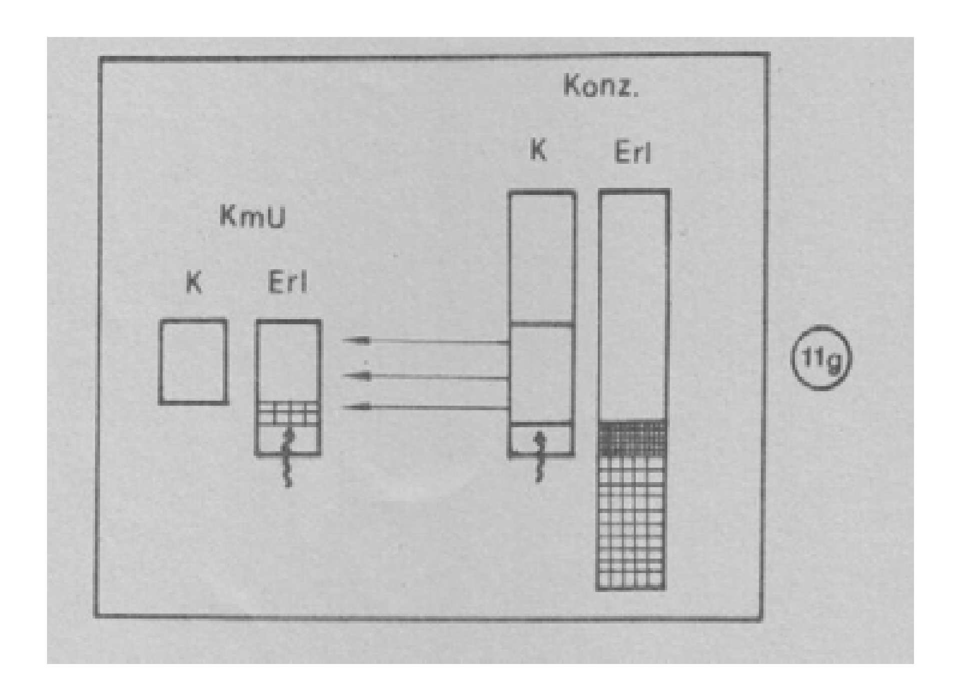
Die Struktur der heutigen kapitalistischen Marktwirtschaften ist demnach nicht mehr annähernd zu beschreiben als ein Nebeneinander von vielen kleinen und mittleren Unternehmen (symbolisiert durch die Bläschen in Abb. 11e), sondern kommt eher in Abb. 11f zum Ausdruck, wo die großen Konzerne die Struktur prägen und die kleinen und mittleren Unternehmen - groß an der Zahl, aber in ihrer Größe vergleichsweise unbedeutend - quasi die Poren dieser Struktur ausfüllen.



3. Konzerne und ökonomische Abhängigkeit der Zulieferbetriebe

Obwohl die kleinen und mittleren Unternehmen formal-rechtlich selbständig sein können, sind sie in vielen Fällen dennoch ökonomisch mehr oder weniger vollständig abhängig von den Konzernen. Wenn z.B. ein Automobilkonzern Zehntausende kleiner Zulieferer hat, die sich in ihrer Produktion mehr oder weniger ausschließlich auf die Herstellung eines speziellen Autoteils dieses Konzerns spezialisiert haben, so ist das Wohl und Wehe dieser kleinen Firmen abhängig von den Konzernaufträgen. Allein der drohende Auftragsentzug macht die kleinen Unternehmen gegenüber den Preisforderungen eines Konzerns so gefügig, daß sie ihre Waren auch noch zu Preisen liefern, die bei weitem nicht den volkswirtschaftlich durchschnittlichen Gewinn garantieren.

Aus diesen wenigen Überlegungen wird bereits deutlich, daß die Konzerne aufgrund ihrer ökonomischen Stärke über Möglichkeiten verfügen, die Bezugspreise insbesondere gegenüber kleinen und mittleren Lieferanten zu drücken. Was sich dort als Gewinneinbuße niederschlägt, führt bei den Konzernen zu einer entsprechenden Gewinnsteigerung. Abb. 11g stellt diesen Zusammenhang noch einmal graphisch dar. Rechts sind die Konzerne dargestellt, die die Produkte der zuliefernden kleinen und mittleren Unternehmen (KmU) nachfragen. Das durch Marktmacht der Konzerne bedingte Herunterdrücken der Lieferpreise (geschlängelter Pfeil) erhöht den Gewinn der Konzerne in dem Maße, wie es den Gewinn der kleinen und mittleren Unternehmen schmälert.

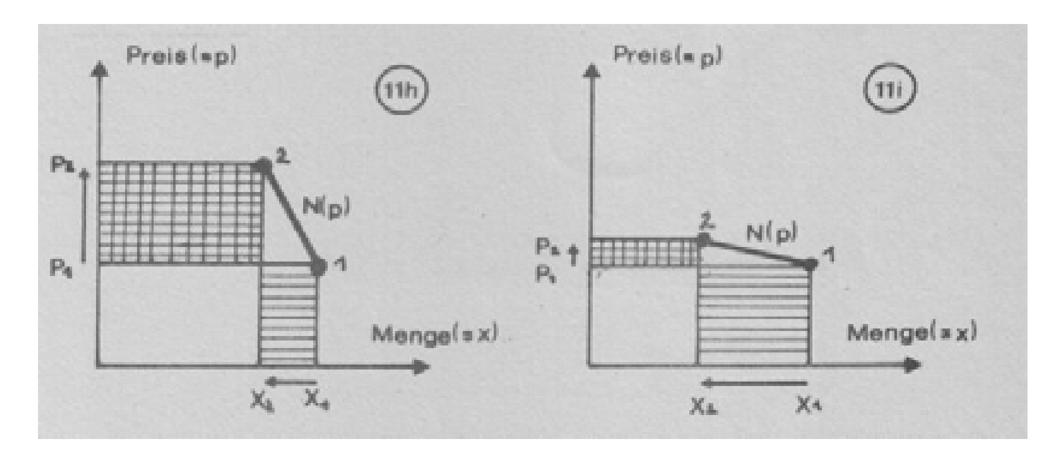


4. Absatzmarkt und Monopolpreisbildung

Wie sieht es mit der Preisbildung auf den Absatzmärkten der großen Konzerne aus? Gehen wir zunächst von dem Extremfall aus, daß. auf einem Markt nur noch ein einziger Anbieter auftritt (die Ökonomen sprechen in diesem Fall von einem „Monopol“). Wodurch unterscheidet sich die Preisbildung beim Monopol von derjenigen unter Konkurrenzbedingung?

Bei der Konkurrenz vieler Anbieter kann das einzelne Unternehmen den Preis seiner Waren nicht beliebig hoch setzen. Liegt der Preis über demjenigen der Konkurrenzunternehmen, so würden sich die Nachfrager abwenden und stattdessen bei der Konkurrenz kaufen. Hierbei

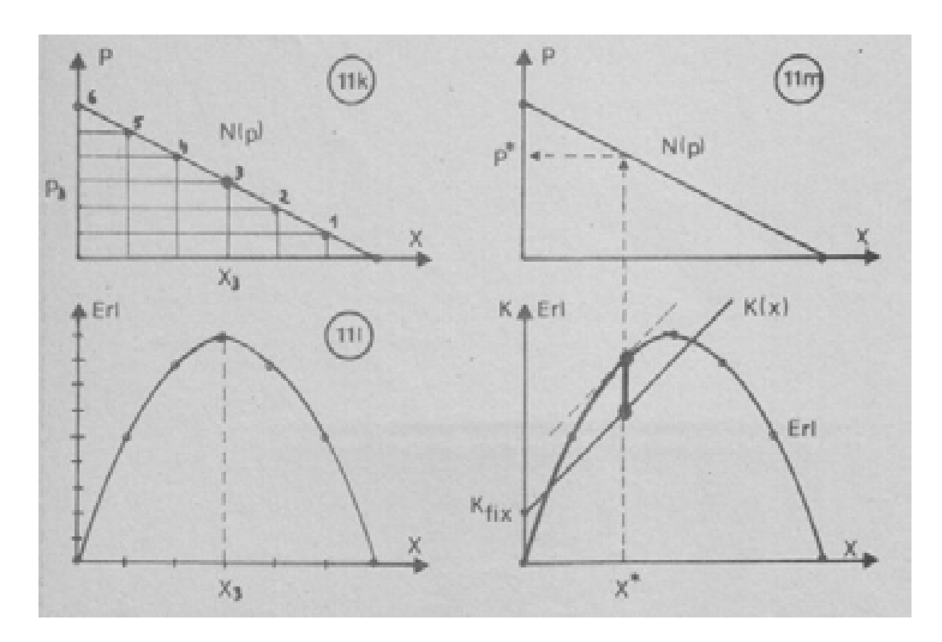
mag es zwar gewisse Verzögerungen und Hemmnisse geben, z.B. dadurch, daß sich die Käufer schon an ein bestimmtes Unternehmen gewöhnt haben, oder dadurch, daß das Unternehmen (z.B. ein Einzelhandelsgeschäft) näher liegt als andere usw.. Irgendwo ist aber die Schwelle erreicht, wo der überhöhte Preis zu einem Abwandern der Nachfrage führen wird. Ein Konkurrenzunternehmen muß sich dementsprechend immer auch am Preis der Konkurrenten orientieren und kann auf die Dauer nicht wesentlich darüber liegen. Eher wird es noch versuchen, den Preis der anderen zu unterbieten, um Nachfrage auf sich zu ziehen, aber auch nur insoweit es diese Nachfrage mit seinen Produktionskapazitäten bedienen kann.
Anders liegen die Dinge im Falle eines Monopols: wenn es sich bei einem Monopolunternehmen um den einzigen Anbieter einer Ware handelt, braucht das Unternehmen bei seiner Preisgestaltung keine Rücksicht auf irgendwelche Konkurrenten zu nehmen. Daraus scheint zu folgen, daß ein Monopolunternehmen den Preis beliebig überhöhen kann. Ganz so liegen die Dinge aber nicht. Denn das Monopolunternehmen muß berücksichtigen, wie die Nachfrager auf die Preiserhöhungen reagieren. Die Nachfrager können in diesem Fall zwar nicht zur Konkurrenz abwandern, aber sie können dennoch - je nach Art der Ware - ihre Nachfrage mehr oder weniger einschränken. Würde z.B. bei einer Preiserhöhung von 10% die Nachfrage nur um 1% zurückgehen, dann scheint sich eine solche Preiserhöhung auf jeden Fall zu lohnen. Würde dagegen die Nachfrage als Folge der Preiserhöhung um 20% absinken, so wäre die Preiserhöhung im Interesse des Monopols sehr problematisch: denn was pro Stück an höherem Gewinn hereingeholt wird, wird durch den starken Absatzrückgang mehr als aufgefressen. Was nützen dem Monopol die höchsten Preise, wenn dafür nur eine geringe Menge abgesetzt wird? Der für das Monopolunternehmen günstigste Preis hängt also irgendwie zusammen mit der Empfindlichkeit der Nachfrage gegenüber Preiserhöhungen. Die folgenden Graphiken sollen uns dazu dienen, diesen Zusammenhang etwas genauer zu untersuchen.



In Abb. 11h stellt der Punkt 1 mit den Koordinaten (x_1/p_1) diejenige Menge x dar, die das Monopolunternehmen beim Preis p_1 absetzen kann. Wir wollen auch annehmen, daß p_1, der Preis sei, der sich bei einem für die Volkswirtschaft durchschnittlichen Gewinnaufschlag ergeben würde. Wenn nun der Preis auf p_2 angehoben wird, geht die Nachfrage auf x_2 zurück. - Wenn wir Abb. 11h mit Abb. 11i vergleichen, führt im ersteren Fall eine starke Preiserhöhung zu einem relativ geringem Nachfragerückgang, während im zweiten Fall eine nur geringe Preiserhöhung einen relativ großen Nachfragerückgang nach sich zieht. Im zweiten Fall reagieren also die Nachfrager - aus welchen Gründen auch immer - ziemlich „sauer“. (Die Ökonomen sagen in diesem Fall: die Nachfrage reagiert „elastisch“.)

Wie wirkt sich die Preiserhöhung jeweils auf die Erlöse aus? Wenn wir bedenken, daß sich die Erlöse jeweils aus den Preisen multipliziert mit den dabei abgesetzten Mengen ergeben (also p_1x_1 bzw. p_2x_2), so läßt sich die Größe der Erlöse graphisch ablesen an der Flächengröße der Rechtecke mit den Seiten p_1.und x_1 bzw. p_2 und x_2. Vergleichen wir in Abb. 11h die beiden Rechtecke miteinander so fällt das Rechteck 2 größer aus als das Rechteck 1. Was durch die Preiserhöhung an Erlösen hinzukommt (mit + schraffiert), ist größer als das, was durch Absatzrückgang verloren geht (mit - schraffiert). Genau umgekehrt liegt es bei Abb. 11i. Hier würde die Preiserhöhung zu einer Erlösminderung führen. Darin kommt nichts anderes zum Ausdruck, als daß überhöhte Preise umso schwerer durchzusetzen sind, je empfindlicher die Nachfrage auf Preiserhöhungen reagiert, oder anders herum: daß Preiserhöhungen umso leichter möglich sind, je weniger Nachfrage zurückgeht (sei es, weil die Nachfrager auf die entsprechende Ware nicht verzichten können oder nicht verzichten wollen).

Angenommen einmal, die Monopolunternehmen sei für die unterschiedlichsten Preise (aufgrund von Marktforschungen) die jeweils zu erwartende Nachfrage bekannt, und der Zusammenhang zwischen Preis und Absatzmenge sei wie in Abb. 11k durch die Nachfragekurve N(p) (ist gleich Nachfrage N in Abhängigkeit von Preis p) darzustellen. Die für die unterschiedlichsten Preise sich jeweils ergebenden Erlöse kommen in den Rechtecken unter der Nachfragekurve zum Ausdruck, Während - ausgehend vom Rechteck 1, eine Preiserhöhung zunächst die Erlöse ansteigen läßt (bis Rechteck 3), führen weitere Preiserhöhungen schließlich zu einem Rückgang der Erlöse. Bei Rechteck 5 ist zwar der Preis sehr hoch, aber die abgesetzte Menge mittlerweile so gering, daß das Produkt aus Preis mal Menge ebenfalls gering ausfällt. Bei einem Preis von 6 wird schließlich überhaupt nichts mehr abgesetzt, und ein noch so hoher Preis multipliziert mit der Menge 0 ergibt ebenfalls 0. Für das Monopolunternehmen gibt es also unter gegebenen Nachfragebedingungen einen bestimmten Preis, bei dem die größtmöglichen Erlöse erzielt werden. Die Kurve in Abb. 11l stellt noch einmal gesondert die Veränderung der Erlöse bei unterschiedlichen Absatzmengen dar.



Nun sind allerdings die höchsten Erlöse nicht gleichzusetzen mit den höchsten Gewinnen. Denn die Gewinne ergeben sich schließlich erst aus der Differenz zwischen Erlösen und

Kosten. Wenn es also um die Ermittlung desjenigen Preises geht, bei dem das Monopolunternehmen die höchsten Gewinne macht, müssen zusätzlich noch die Kosten in die Betrachtung einbezogen werden. Wir haben uns nun bisher überhaupt noch nicht mit den Bestimmungsgründen der Kosten eines Unternehmens auseinandergesetzt und wollen es an dieser Stelle auch nicht tun. Hier sei der einfache Fall angenommen, daß sich die Kosten des Unternehmens in Abhängigkeit von der produzierten und abgesetzten Menge x so verändern, wie es in der geraden K(x) dargestellt ist: auch bei einer Produktion von 0 würden bestimmte (sogenannte „fixe") Kosten anfallen, z.B. für die Fabrikgebäude und Maschinen, und mit wachsender Produktion steigen die Kosten (z.B. aufgrund anfallender Material- und Lohnkosten) linear an.

Abb. 11m macht deutlich, daß die größte Differenz (der größte senkrechte Abstand) zwischen der Erlöskurve und der Kostengerade, d.h. der größte Gewinn, nicht an der Stelle des größten Erlöses liegt, sondern links davon, dort nämlich, wo die Kostengerade die gleiche Steigung hat wie die Erlöskurve. (Die Steigung der Erlöskurve kommt in der gestrichelten Tangente zum Ausdruck.) Bei der Absatzmenge von x* entsteht also unter den gegebenen Bedingungen der größtmögliche Gewinn. Um aber diese Menge ansetzen zu können, muß entsprechend der Nachfragekurve der Preis auf p* gesetzt werden. p* ist demnach der gewinnmaximale Monopolpreis. Er ergibt sich ganz allgemein bei derjenigen Absatzmenge, wo die Steigung der Kostenkurve (die sogenannten „Grenzkosten") gleich ist der Steigung der Erlöskurve (dem sogenannten „Grenzerlös"). (Die beiden Begriffe „Grenzkosten" und „Grenzerlöse" spielen eine große Rolle in der betriebswirtschaftlichen Produktions- und Kostentheorie bzw. in der volkswirtschaftlichen Preistheorie.)

5. Voraussetzungen für den Aufbau von Marktmacht

Was können wir nun für unsere Diskussion mit diesem Modell anfangen? Es zeigt sich, daß bei gegebener Nachfragekurve, d.h. bei vorgegebenem Käuferverhalten, ein bestimmter Preis existiert, der zum größtmöglichen Gewinn führt. Andererseits hatten wir herausgearbeitet, daß der Spielraum für Preiserhöhungen umso größer ist, je unempfindlicher die Nachfrage darauf reagiert, d.h. je weniger die Käufer auf andere Produkte ausweichen wollen oder ausweichen können. Daraus wird verständlich, daß die Marktmacht von Monopolen und die Möglichkeit zu überhöhten Gewinnen umso größer ist, je mehr die Nachfrage auf entsprechende Produkte - aus welchen Gründen auch immer - angewiesen sind.

Worin können Gründe für eine solche Abhängigkeit der Käufer liegen? Darin z.B., daß es sich um Grundstoffe handelt, die in vielen Bereichen der Weiterverarbeitung als Material oder Energie gebraucht werden. Oder darin, daß - nach der letzten Stufe der Weiterverarbeitung - die Konsumenten abhängig geworden sind von bestimmten Produkten, es ist demnach verständlich, daß gerade im Bereich der unverzichtbaren Rohstoffe (Erdöl- Kohle, Eisen usw.) und Grundprodukte (auch chemische Grundprodukte, Stahl usw.) die Möglichkeit zum Aufbau von Marktmacht besonders groß ist.

Ebenso verständlich ist es, daß im Bereich der Konsumgüterproduktion die Unternehmen und Konzerne versuchen werden, die Käufer von ihrem Produkt abhängig zu machen und die Nachfrage auf ihr jeweiliges Produkt festzulegen, z.B. mit den Mitteln der Werbung. Für den Aufbau von Marktmacht reicht es nun allerdings nicht aus, daß es sich um lebensnotwendige Güter handelt. Grundnahrungsmittel z.B. oder Kleidung gehören zu den lebensnotwendigen Gütern, und dennoch wird es hier - aufgrund der großen Zahl von Anbietern - nicht zum Aufbau von Marktmacht kommen. Anders sieht es aber in Bereichen aus, wo die

Produktionsprozesse nur unter riesigen Kapitalaufwendungen organisiert werden können, wo also eine wirtschaftliche Konzentration Voraussetzung dafür ist, um rationell zu produzieren (z.B. Stahlindustrie, chemische Industrie, Automobilindustrie usw.). In solchen Branchen, wo sich aufgrund technologischer Bedingungen auf die Dauer nur große Unternehmen halten können, ist die Tendenz zur Marktvermachtung viel stärker als in anderen Bereichen.

6. <u>Der Konzentrationsgrad einzelner Branchen</u>
Die folgende Tabelle soll nur einen groben Einblick darüber vermitteln, wie weit in der Bundesrepublik der Konzentrationsprozeß in einzelnen Branchen bereits fortgeschritten ist.
In einigen Branchen haben die vier größten Unternehmen bereits einen Marktanteil (Anteil am Branchenumsatz) von über 80 % erreicht. Wenn man darüber hinaus bedenkt, daß die Großunternehmen vielfach über Kapitalbeteiligungen direkt oder indirekt miteinander verflochten sind, ergibt sich in er Realität ein noch höherer Konzentrationsgrad, als er in solchen Statistiken zum Ausdruck kommt. Daß allerdings eine ganze Branche von einem einzigen Monopolunternehmen total beherrscht wird, kann sicherlich nicht als die Regel angesehen werden.

Tabelle 11: Umsatzanteile von Großunternehmen in verschiedenen Branchen – BRD 1960 und 1966

Branche	vier Unternehmen			acht Unternehmen		
	1960	1966	Änderung	1960	1966	Änderung
Montanindustrie	22,5	32,9	+ 10,4	37,6	46,9	+ 9,3
Mineralöl und Erdgas	70,2	83,7	+ 13,5	–	–	–
Stahl-, Leichtmetall-, Maschinenbau	9,2	8,3	– 0,9	13,0	12,5	– 0,5
Fahrzeugbau	71,2	81,3	+ 10,1	81,5	90,4	+ 8,9
Schiffsbau	48,4	54,2	+ 5,8	–	–	–
Elektrotechnik	43,3	47,4	+ 4,1	54,7	61,9	+ 7,2
Chemie	40,0	49,0	+ 9,0	47,0	57,3	+ 10,3
Textil und Bekleidung	6,3	8,1	+ 1,8	8,8	10,9	+ 2,1
Elektrizität	46,6	49,5	+ 2,9	61,1	63,7	+ 2,6
Gummi und Asbest	42,6	45,0	+ 2,4	–	–	–

Tabelle 11 zeigt, daß der Konzentrationsgrad in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich ist.
1966 betrug der Umsatzanteil der 4 größten Unternehmen in der Fahrzeugbranche 81 v. H., im Bereich "Mineralöl und Erdgas" sogar knapp 84 v. H. Demgegenüber liegt der Anteil in zwei Branchen, im "Stahl-, Leichtmetall- und Maschinenbau" und im Bereich "Textil und Bekleidung", unter 10 v. H.

– Bei einem Vergleich der Umsatzanteile im Jahre 1960 und 1966 zeigte sich, daß die "concentration ratio" nur in einem Falle, im Maschinenbausektor, zurückgegangen ist; in allen anderen hier genannten Branchen hat die Konzentration in der Periode 1960 bis 1966 zugenommen.

Ist deshalb die Theorie der Monopolpreisbildung auf diese Branchen überhaupt nicht anwendbar? Ist es nicht vielleicht vielmehr umgekehrt, daß der Wettbewerb zwischen wenigen Großunternehmen und Konzernen viel intensiver ist als zwischen kleinen? Über diese Frage hat es unter den Ökonomen heftige Diskussionen gegeben. Es ging immer wieder um die Frage, wie der Konzentrationsprozeß gesamtwirtschaftlich überhaupt zu beurteilen sei: als ein Fortschritt oder als eine Gefahr. Wir wollen hier nur einige Argumente aus der Diskussion erwähnen, ohne an dieser Stelle auf Einzelheiten eingehen zu können.

II. Die Diskussion um Wettbewerb und Konzentration

1. Der Ordo-Liberalismus

Eine theoretische Richtung innerhalb der Ökonomie, der sogenannte „Ordo-Liberalismus" (der Begründer dieser Richtung ist Walter Eucken) hat gegenüber den klassischen Liberalen erkannt, daß die Marktmechanismen die Tendenz haben, sich im Zuge der wirtschaftlichen Konzentration in ihrer Funktionsfähigkeit zunehmend selbst zu zerstören. Nicht nur, daß auf diese Weise die Preise ihre Funktion als Knappheitsmesser immer mehr einbüßen, sondern daß sie auch ihre lenkende Funktion für eine „optimale Allokation der Ressourcen" verlieren. Wir können diese Überlegungen schnell nachvollziehen: wenn einzelne Unternehmen und Konzerne durch die Ausnutzung ihrer Marktmacht überhöhte Preise durchsetzen und damit auf die Dauer überdurchschnittliche Gewinne machen, haben sie dadurch die Möglichkeit zu größeren Investitionen, zu stärkerer Expansion und zu weiterem Ausbau ihrer Marktmacht usw.. Einmal in Gang gesetzt, verstärkt sich auf diese Weise der Prozeß der wirtschaftlichen Konzentration von selbst. Die Gewinne der Unternehmen sind unter solchen Bedingungen immer weniger Ausdruck einer nachfrageorientierten Produktion, vielmehr sind sie mehr und mehr Ergebnis der Ausnutzung von Marktmacht sei es gegenüber den Abnehmern oder sei es auch gegenüber den Lieferanten, deren Abgabepreise gedrückt werden.

Die Ordo-Liberalen haben aber noch einen anderen Aspekt betont, nämlich den freiheitlichen Gedanken des Wettbewerbs vieler kleiner und mittlerer Unternehmen. Nicht nur, daß der Wettbewerb eine ökonomisch optimale Allokation herbeiführe, sondern daß er auch für eine Vielzahl von Individuen eine freie wirtschaftliche Betätigung, einen freien Wettbewerb ermögliche. Und diese Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung, diese Möglichkeit, „sich selbständig zu machen", wird von den Ordo-Liberalen als ein wesentliches Freiheitsideal verteidigt. Daraus folgt auch die Skepsis der Ordo-Liberalen gegenüber wirtschaftlichen Konzentrationstendenzen, deren Gefahren für eine freie Marktwirtschaft sie immer wieder hervorgehoben haben. Die Konsequenz ihrer Überlegungen - und hierin unterscheiden sie sich von den klassischen Liberalen - liegen in der Forderung nach staatlicher Absicherung des Wettbewerbs in allen Bereichen der Wirtschaft, d.h. nach Schaffung einer sogenannten „Wettbewerbsordnung" (daher der Name Ordo-Liberalismus), die durch staatliche Gesetze und Kontrollbehörden das Entstehen und Ausnutzen von Marktmacht verhindern soll.

Die ordo-liberalen Ideen haben in den Anfängen der BRD eine weite Verbreitung gefunden. Ludwig Erhard, der immer wieder als einer der Schöpfer der „sozialen Marktwirtschaft" und als Vater des „Deutschen Wirtschaftswunders" bezeichnet wurde, war z.B. ein Ordo-Liberaler. Durch Drängen der Ordo-Liberalen wurde auch ein „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung" („Kartellgesetz") diskutiert und nach jahrelangem Tauziehen schließlich 1958 verabschiedet. Der Konzentrationsprozeß konnte durch dieses Gesetz allerdings in keiner Weise aufgehalten werden.

2. Die neue Wettbewerbstheorie (Kantzenbach)

Interessant ist nun, daß mittlerweile die Ordo-Liberalen Argumente in der Diskussion weitgehend in den Hintergrund getreten sind und stattdessen andere Argumente eine Rolle spielen, die den Konzentrationsprozeß unter ganz anderen als den ursprünglichen Gesichtspunkten, beurteilen, nämlich in erster Linie unter dem Aspekt der „wirtschaftlichen Effizienz", der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Während früher die ökonomische Freiheit der vielen kleinen und mittleren Unternehmen als Freiheitsideal an sich angesehen wurde, wird von der „neuen Wettbewerbstheorie" (deren Hauptvertreter E. Kantzenbach ist)

die „Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs“ im Hinblick auf die Produktivitätssteigerung in den Vordergrund gestellt. Die These läuft darauf hinaus, daß der Wettbewerb zwischen wenigen Großunternehmen viel intensiver sein kann und einen viel stärkeren Anstoß zum technischen Fortschritt liefert als der Wettbewerb zwischen vielen kleinen Unternehmen, die gar nicht über ausreichende Mittel für die Finanzierung größerer Investitionen und für die Durchführung größerer Forschungen verfügen können. Im Interesse einer gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung und einer allgemeinen Wohlstandssteigerung gelte es deshalb, den wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß bis zu einem gewissen Grade zuzulassen und sogar staatlich zu fördern, um zur Herausbildung großer und rationeller Produktionseinheiten zu gelangen. Erst wenn der scharfe Wettbewerb zwischen wenigen Großunternehmen durch Kartellabsprachen unterhöhlt wird, solle der Staat eingreifen.

3. Hintergründe für den Wandel der Wettbewerbstheorie und Wettbewerbspolitik

Was steckt hinter dieser veränderten Beurteilung des Konzentrationsprozeßes? Zunächst einmal, daß die ursprüngliche Begründung für den Wettbewerb, nämlich die individuelle wirtschaftliche Freiheit, auf einmal in der Argumentation keine Rolle mehr spielt, sondern ersetzt wird durch den Maßstab der Produktivitätssteigerung. Die Produktivitätssteigerung soll zwar auch allen zugute kommen z.B. in erhöhtem Konsum, aber das Verständnis von Wohlstand wird damit eben reduziert auf den Kauf von Waren und enthält nicht mehr ein darüber hinaus gehendes Freiheitsideal, eben das liberale Ideal einer freien wirtschaftlichen Betätigung.

Wir können an dieser Stelle die Bedeutung dieser veränderten Denk- und Argumentationsweise noch nicht voll erfassen, weil dazu eine viel gründlichere Auseinandersetzung mit den einzelnen Ansätzen und mit der realen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklung in der BRD erforderlich wäre. (Vgl. hierzu im einzelnen: J. Hufschmid: Die Politik des Kapitals - Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1969). Immerhin sollen wenigstens einige Andeutungen gemacht werden, in welcher Richtung die Erklärung für den Wandel in der offiziellen Begründung der Wettbewerbs- bzw. Konzentrationspolitik gesucht werden kann. In den Anfängen der BRD war das Bewußtsein über die Problematik wirtschaftlicher Konzentration in der Bevölkerung weit verbreitet. Es war bekannt, daß die großen Konzerne in der Zeit des Faschismus an der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkriegs wesentlich Anteil hatten und daß eine enge Interessenverbindung zwischen den Spitzen der Wirtschaft und dem Hitlerregime bestanden hatte. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen und die Jagd der großen Konzerne nach Profiten schien in den Augen vieler mitverantwortlich zu sein für die Aggressionspolitik des Hitlerfaschismus. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach grundlegender Veränderung des ökonomischen Systems, das in eine solche Katastrophe hineingeführt hatte, war weit verbreitet. In allen Parteiprogrammen einschließlich dem der CDU (Ahlener Programm) waren deshalb Forderungen nach Überwindung des kapitalistischen Systems aufgenommen.

In dieser Situation bestand aus der Sicht der großen Konzerne die akute Gefahr einer grundlegenden Veränderung in Richtung Sozialisierung der Produktionsmittel. Vor dem Hintergrund dieser Situation erfüllte nun die ordo-liberale Lehre eine wesentliche ideologische Funktion. In ihrer Forderung nach sozialer Marktwirtschaft und wirtschaftlicher Freiheit aller grenzte sie sich einerseits deutlich ab von den wirtschaftlichen Vermachtungen, wie sie sich unter dem Faschismus (schon vorher) herausgebildet hatten. Andererseits grenzte sie sich auch ab von sozialistischen Tendenzen, in dem sie dem Modell der sozialen

Marktwirtschaft dasjenige der Zentralverwaltungswirtschaft als einem System der totalen Kontrolle gegenüberstellte. Zentralverwaltungswirtschaft (oder „Planwirtschaft“) wurde gleichgesetzt mit totaler Kontrolle des Individuums in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen, mit zentraler und bürokratischer Planung der Wirtschaft und mit Verschwendung von Ressourcen. Sowohl Sozialismus als auch Hitlerfaschismus wurden in dieser Theorie als Beispiele von Zentralverwaltungswirtschaften hingestellt. Auf diese Weise konnten die schrecklichen Erinnerungen der Bevölkerung an den Hitlerfaschismus und die damit verbundenen Ängste umgelenkt werden in eine Angst vor sozialistischen Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die ordo-liberale Ideologie wurde somit in der BRD zu einem wesentlichen ideologischen Kampfmittel gegen die sozialistische Bewegung, die in den Anfängen der BRD relativ stark war, und zu einem wesentlichen ideologischen Instrument zur Anheizung des Antikommunismus. Der folgende Schulbuchtext gibt nur ein Beispiel dafür wie sich die ordo-liberale Ideologie in bestimmten Argumentationsketten wiederfindet. Sie stammt aus einem 1967 erschienen Lehrbuch für 17 - 19jährige Oberschüler:

> „In der Marktwirtschaft kann der Einkommensträger frei darüber entscheiden, welchen Teil des Einkommens er verbrauchen und welchen er sparen will. - Im Gegensatz dazu wird in einer Planwirtschaft der Einkommensträger durch Befehl oder zwingende Propaganda gehalten, bestimmte Teile seines Einkommens für gerade geplante Vorhaben „eisern“ zu sparen, wobei die gesparten Beträge meist nicht individuellen, sondern kollektiven Zwecken dienen. Soweit der Sparer dabei nicht schlicht um einen Teil seines Einkommens betrogen wird, bevormundet man ihn, was ebenfalls eine Art Freiheitsberaubung bedeutet.... eine Marktwirtschaft ohne Konkurrenz und freie Preisbildung würde ihren Namen nicht verdienen. Der sich durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage bildende Preis lenkt die Wirtschaft. Durch ihn wird, wie schon des öfteren bewiesen, Investition, Arbeitseinsatz und Einkommensverwendung auf den tatsächlichen Bedarf der wirtschaftlichen Menschen abgestimmt. Jeder Kauf auf dem Markte ist letztlich eine individuelle Stimmabgabe, die ja oder nein zu den Dispositionen der Produzenten sagt. Ändern sich die Wünsche der Konsumenten, dann muß sich die Wirtschaft anpassen. Die Unternehmer werben und kämpfen dabei um die Gunst der Kunden und wetteifern untereinander um die beste Leistung. Dieses Bemühen ist auch ein stetes Motiv für die Anpassung an den technischen Fortschritt.... der kardinale Irrtum der Vertreter der Planwirtschaft liegt darin, daß sie glauben, man könne durch die Einführung eines Systems zentraler Planung zu einer gerechteren Verteilung der produzierten Güter und zu einem besseren Lebensstandard der einzelnen gelangen als in der Marktwirtschaft... wer soll das wirtschaften besorgen? Die zahlreichen großen und kleinen Unternehmen unter der steten Kontrolle des alle Menschen umfassenden Marktes oder ein wie auch immer gearteter Planungsapparat, dessen Funktionäre nie sicher in ihren Dispositionen sein können, es sei denn, sie unterwerfen auch Leib und Seele der Menschen ihrer diktatorischen Planung und machen sie so zu Sklaven statt zu Herren der Wirtschaft.“ (A. Rittmannsberger: ausgewählte Kapitel der Volkswirtschaftlehre für den Unterricht an höheren Lehranstalten, 4. Auflage, Stuttgart 1967, S. 131, zitiert nach Gahlen und andere: Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, München 1971, S. 5 f)

Indem der Ordo-Liberalismus unter Gleichsetzung von Hitlerfaschismus und sozialistischer Planwirtschaft eine sozialistische Veränderung der BRD-Gesellschaft als Schreckensvision zeichnete und mit dem Modell der sozialen Marktwirtschaft das Bild einer freieren und sozialeren Gesellschaft schuf, tut er wesentlich dazu bei, der Tendenz zu einer sozialistischen Veränderung die Spitze zu brechen und große Teile der Bevölkerung für die Unterstützung der „sozialen Marktwirtschaft" zu gewinnen.

Interessant ist nun, daß sich hinter der Fassade dieser offiziellen Ideologie von der individuellen Freiheit aller längst ein Prozeß der wirtschaftlichen Konzentration vollzogen hatte, durch den die individuelle wirtschaftliche Freiheit und Selbständigkeit vieler kleiner und mittlerer Unternehmer immer mehr vernichtet wurde. Nachdem also die Macht der großen Konzerne sich wieder etabliert hatte, bedurfte es schließlich einer Rechtfertigung für die immer stürmischer voranschreitende wirtschaftliche Konzentration. Die Betonung des ordo-liberalen Freiheitsideals und der daraus abgeleiteten Forderung nach staatlicher Bekämpfung von Marktvermachtung wurde unter diesem Gesichtspunkt immer unbrauchbarer und geriet in immer größeren Widerspruch zu der tatsächlichen Konzentrationsentwicklung und den Interessen der großen Konzerne. Von daher erscheint es nicht als Zufall, daß die ordo-liberale Ideologie schließlich abgelöst wurde durch die neue Wettbewerbstheorie, die den Konzentrationsprozeß mit dem Hinweis auf die steigende Produktivität im wesentlichen rechtfertigt und als positiv im Interesse der Gesamtgesellschaft hinstellt. Daß sich eine bestimmte theoretische Richtung durchsetzt liegt demnach nicht unbedingt an ihren besseren Argumenten, sondern daran, daß sie zu bestimmten Zeiten den Bedürfnissen bestimmter herrschender Gruppen mehr entspricht als andere Theorien. Wir haben hier zum ersten Mal ein Beispiel für die ideologische Funktion von Wissenschaft, d.h. für die wissenschaftliche Rechtfertigung bestimmter Herrschaftsinteressen.

III. Kartelle und Oligopole

1. Formen von Kartellen

Kommen wir zurück nach der Frage nach Mechanismen der Preisbildung. Wir hatten zwar gesagt, daß das Modell der Monopolpreisbildung für den Extremfall gilt, daß ein einziger Anbieter den ganzen Markt beherrscht. Aber wir können uns vorstellen, daß die Existenz von ganz wenigen Großunternehmen mindestens die Möglichkeit bietet, daß sich diese Unternehmen gegenseitig bezüglich ihrer Preisbildung absprechen und insoweit gemeinsam handeln wie ein Monopolist. Solche Preisabsprachen nennt man „Preiskartell". Auch wenn sie offiziell durch eine entsprechende Gesetzgebung (in der BRD durch das „Kartellgesetz") verboten sind, ist es in der Praxis kaum möglich, den Konzernen geheime Preisabsprachen nachzuweisen.

Neben dem Preiskartell gibt es noch verschiedene andere Formen von Absprachen, z.B. über die Aufteilung der Absatzmärkte nach bestimmten Regionen („Gebietskartell") oder über die von den einzelnen Kartellmitgliedern jeweils zu produzierenden Mengen („Produktionskartell") oder über die Einführung oder Nichteinführung neuer technischer Verfahren ("Rationalisierungskartell"). So kann es z.B. auch zu Absprachen darüber kommen, bestimmte technische Verfahren deshalb nicht einzuführen, weil sich dadurch entweder schlagartig die alten Produktionsanlagen entwerten würden oder der Absatz gefährdet wäre. Bekannt ist das Beispiel für den letzteren Fall ist das Glühlampenkartell: obwohl es technisch längst möglich wäre, unbegrenzt haltbare Glühlampen zu produzieren, haben sich die

Mitglieder des internationalen Glühlampenkartells verpflichtet, diese technischen Verfahren nicht anzuwenden, um sich auch langfristig ihre Absatzmöglichkeiten zu sichern.

Was wir aus allen diesen Überlegungen folgern können, ist die Erkenntnis, daß bei einem hohen Grad an wirtschaftlicher Konzentration der Preismechanismus nicht mehr in der Weise funktioniert wie unter den Bedingungen der Konkurrenz vieler kleiner Anbieter. Und wenn innerhalb einer Branche nur wenige Großunternehmen bzw. Konzerne übrig bleiben, besteht mindestens die Möglichkeit, daß sie sich ähnlich verhalten wie ein Monopolist.

2. Marktverhalten von Oligopolen

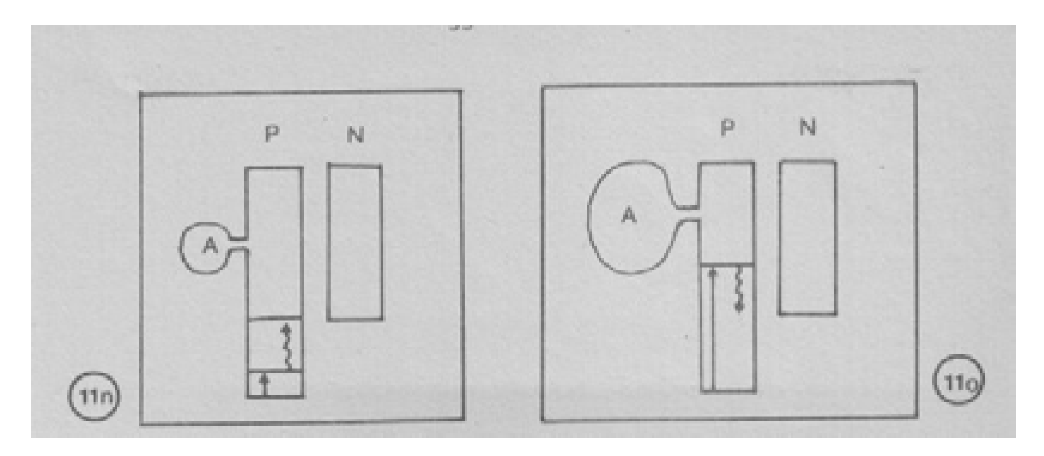
Aber auch dann, wenn die großen Unternehmen. sich nicht gegenseitig absprechen und miteinander in Konkurrenz stehen (die Ökonomen sprechen hier von „Oligopolen“), wird sich erfahrungsgemäß diese Konkurrenz kaum auf der Ebene der Preise abspielen, sondern sich auf andere Ebenen verlagern. Denn die gegenseitige Preisunterbietung ist bei Oligopolen ein viel zu großes Risiko: keines der Unternehmen weiß in der Regel genau über die Kostensituation des anderen Unternehmens bescheid, und eine Preisunterbietung wird den Konkurrenten zu entsprechenden Gegenmaßnahmen veranlassen. Die Folge wäre ein Preiskampf, in dem sich schließlich der Preis immer tiefer schaukelt und der zum ökonomischen Untergang eigener Großunternehmen führen kann. Wenn aber unsicher ist, welche Unternehmen schließlich auf der Strecke bleiben werden, wird man einen solchen Preiskampf gar nicht erst eröffnen. Im Sinne der Oligopole viel rationaler ist es, sich auf der Ebene der Preise gegenseitig in Ruhe zu lassen, d.h. gemeinsam möglichst hohe Preise durchzusetzen, und die Konkurrenz stattdessen z.B. auf der Ebene der übrigen Absatzstrategien (Produktgestaltung, Werbung, Service usw.) bzw. auf der Ebene der Kosten (Kostenersparung durch Rationalisierung usw.) auszutragen. (Baran / Sweezy haben dies für die amerikanische Wirtschaft im einzelnen untersucht in ihrem Buch „Monopolkapital“, Frankfurt 1967, insbesondere Abschnitt V.)

Es läßt sich auch beobachten, daß große Konzerne vielfach auf eine zurückgehende Nachfrage nicht - wie im Modell der vollkommenen Konkurrenz angenommen - mit einer Preissenkung reagieren, sondern genau umgekehrt mit einer Preiserhöhung. Sie begründen dieses Vorgehen damit, daß sie unabhängig von der Menge der produzierten und abgesetzten Waren einen hohen Betrag an Fixkosten abdecken müssen. Geht nun der Absatz zurück, so müssen über eine geringere Stückmenge die gleichen Fixkosten hereingeholt werden, d.h. mit sinkendem Absatz steigen die Stückkosten an. Wenn darüber hinaus auch die ursprüngliche Gewinnsumme erhalten bleiben soll, muß sich auch der aufgeschlagene Stückgewinn erhöhen, sodass der Preis durch diese beiden Faktoren bedingt angehoben werden müsse. Während es einem kleinen Unternehmen wenig hilft, darauf hinzuweisen, daß die sinkenden Preise und Erlöse nicht mehr seine Kosten decken und daß deswegen höhere Preise gerechtfertigt wären, können große Unternehmen solche Preiserhöhungen aufgrund, ihrer Marktmacht durchsetzen.

3. Konzentration und gesamtwirtschaftliche Krise

Während also bei funktionierender Preiskonkurrenz der Nachfragerückgang teilweise durch Preissenkungen aufgefangen wird und nur teilweise zu Produktionseinschränkungen und Entlassungen führt, schlägt gerade bei der diskutierten Preispolitik großer Konzerne ein Nachfragerückgang voll auf die Drosselung der Produktion durch und zieht entsprechend viel stärkere Entlassungen nach sich. Abb. 11n,o will diese unterschiedlichen Auswirkungen von

funktionierender Preiskonkurrenz und oligopolistischer Preispolitik auf die Beschäftigung symbolisieren:



Der mengenmäßige Rückgang der Produktion (dargestellt durch den geraden Pfeil) und die daraus folgende Freisetzung von Arbeitskräften (dargestellt durch den Ballon) sind im Falle der Konkurrenz (Abb. 11n) geringer als im Fall der Oligopole (Abb. 11o). Dies deshalb, weil die Anpassung an die zurückgegangene Nachfrage im ersten Fall auch über das Zusammenschrumpfen der Preise (geschlängelter Pfeil) erfolgt, während im zweiten. Fall die Preise sich sogar noch aufblähen.

Beschränkt sich der Nachfragerückgang nicht nur auf einzelne Sektoren, handelt es sich also nicht nur um ein strukturelles Ungleichgewicht, sondern um einen gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangel, so wird in dem Bereich mit hoher wirtschaftlicher Konzentration nicht mit Preissenkungen sondern umgekehrt mit steigenden Preisen bei gleichzeitiger Produktionsdrosselung und steigenden Entlassungen reagiert. (Die Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Stagflation“ = Stagnation + Inflation, d.h. Stockung von Produktion und Absatz bei gleichzeitiger Preissteigerung.) Daraus wird deutlich, daß der Preismechanismus, wie er in der liberalen Ökonomie als Knappheitsmesser und als Lenkungsinstrument abgeleitet wurde, in der heutigen wirtschaftlichen Realität in immer mehr Bereichen nicht mehr in der ursprünglich angenommenen Weise funktioniert.

4. Marktmacht und Verzerrung der Gewinne

Für die Aussagekraft der Gewinne, die sich aus dem mit Preisen bewerteten Erlösen bzw. Kosten errechnen, ergeben sich daraus weitreichende Konsequenzen. Der Gewinn kann auf diesen Überlegungen nicht mehr einfach angesehen werden als ein Maßstab dafür, welchen Beitrag ein Unternehmen zum gesamtwirtschaftlichen Produkt und zum gesellschaftlichen Wohlstand geleistet hat. Vielmehr spiegelt sich in der Höhe des Gewinns auch wieder, in welchem Grad es einem Unternehmen gelungen ist, Marktmacht zu entfalten und gegenüber den Lieferanten bzw. den Abnehmern auszunutzen. Damit wird der Gewinn mindestens zum Teil zu einer Art Prämie für den Aufbau von Marktmacht. je rigoroser sich ein Unternehmen oder Konzern am Markt durchsetzt, je mehr es ihm gelingt, Lieferanten wie Abnehmer in Abhängigkeit zu bringen und deren Abhängigkeit auszunutzen, um so größer fällt schließlich der Gewinn aus, und um so mehr kann sich dieses Unternehmen wiederum ausdehnen und seine Marktmacht ausbauen.

Die dabei sich bildenden Preise und daraus folgenden Gewinne lenken zwar nach wie vor die Produktion in bestimmte Bahnen, aber in ganz andere, als sie sich unter Konkurrenzbedingungen ergeben würden: die großen Konzerne werden durch die überhöhten Gewinne verstärkt in die Lage versetzt, sich die Kontrolle über Arbeitskräfte und Ressourcen zu verschaffen und ihre Macht immer weiter zu entfalten und schließlich auch zunehmend Einfluß auf die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu nehmen. Von einer „optimalen Allokation der Ressourcen" kann unter solchen Umständen kaum gesprochen werden. Die von der ordo-liberalen Ideologie betonten individuellen Freiheiten bleiben angesichts zunehmender Vermachtung der Wirtschaft jedenfalls immer mehr auf der Strecke. Das schlägt sich unter anderem nieder in der massenhaften ökonomischen Vernichtung von kleinen und mittleren Betrieben. Die Zahl der Selbständigen wird auf diese Weise immer weiter vermindert zugunsten eines Anwachsens der Lohnabhängigen. Und wenn wir darüber hinaus den Gedanken über den Zusammenhang zwischen oligopolitischer Preispolitik und Arbeitslosigkeit berücksichtigen, trägt die wirtschaftliche Konzentration auch noch dazu bei, daß sich die gesamtwirtschaftlichen Krisen verschärfen.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ERSTER TEIL: Markt und Konsum

F. STÖRUNGEN DES LOHNMECHANISMUS

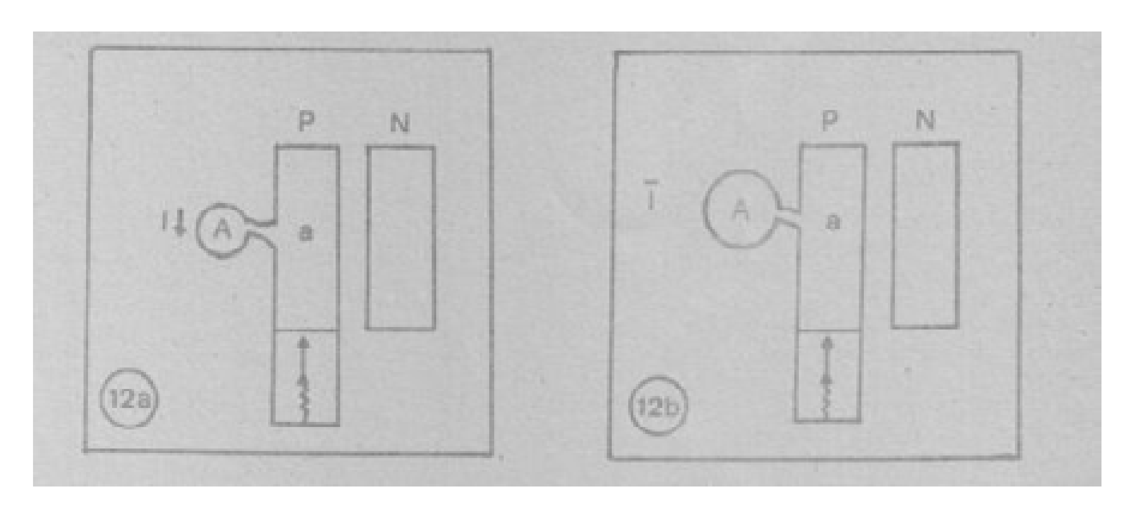
Lassen wir den Aspekt der wirtschaftlichen Konzentration und die Störung des Preismechanismus für eine Weile aus den Augen und wenden uns dem dritten Marktmechanismus, dem Lohnmechanismus am Arbeitsmarkt zu. Wir hatten in unserem Modell in Abb. 9f unterstellt, daß es in Sektor a aufgrund des Nachfragemangels nicht nur zu Preissenkungen und Produktionseinschränkungen, sondern auch zu Lohnsenkungen kommt, während umgekehrt in Sektor b durch den Nachfrageüberhang zusätzlicher Arbeitskräftebedarf entsteht und die Löhne in diesem Sektor steigen. Die über Lohnsenkungen und Entlassungen in Sektor a freigesetzten Arbeitskräfte schienen auf diese Weise von Sektor b aufgenommen zu werden, so daß keine Arbeitslosigkeit zu entstehen brauchte. Wenn wir uns allerdings die wirtschaftliche Wirklichkeit ansehen, so ist es mit der Umlenkung der Arbeitskräfte aus einem Sektor in einen anderen so einfach nicht.

1. Soziales Elend und Entstehen von Gewerkschaften
Zunächst einmal sind Lohnsenkungen vonseiten der Unternehmen nicht mehr so einfach durchzusetzen wie noch in Zeiten des Frühkapitalismus. Damals gab es ein Heer von Arbeitssuchenden, deren einzige Existenzgrundlage der Verkauf ihrer Arbeitskraft war. Irgendwelche staatlichen Unterstützungsmaßnahmen gab es nicht, und wer keine Arbeit fand, war von Hunger, Elend und Tod bedroht. Kein Wunder, daß unter solchen Bedingungen die Arbeiter bereit waren, auch zu niedrigsten Löhnen zu arbeiten, und wenn z.B. der Lohn des Familienvaters alleine nicht ausreichte,

Gingen auch Frau und Kinder in die Fabriken und unterwarfen sich den dortigen unmenschlichen Arbeitsbedingungen . Die Unternehmen konnten damals extrem niedrige Löhne durchsetzen, weil sich Arbeiter in ihrer verzweifelten Suche nach einer Existenzgrundlage gegenseitig unterboten. Aus diesem massenweisen ökonomischen und sozialen Elend heraus entwickelten sich organisierte Kämpfe der Arbeiter gegen ihre Ausbeutung aus denen schließlich die Gewerkschaften hervorgingen.

Wir wollen hier nicht auf Einzelheiten des Entstehungsprozesses der Gewerkschaften eingehen. Für unseren Zusammenhang soll nur deutlich werden, daß durch die Existenz der Gewerkschaften der Lohnmechanismus am Arbeitsmarkt nicht mehr in der Weise

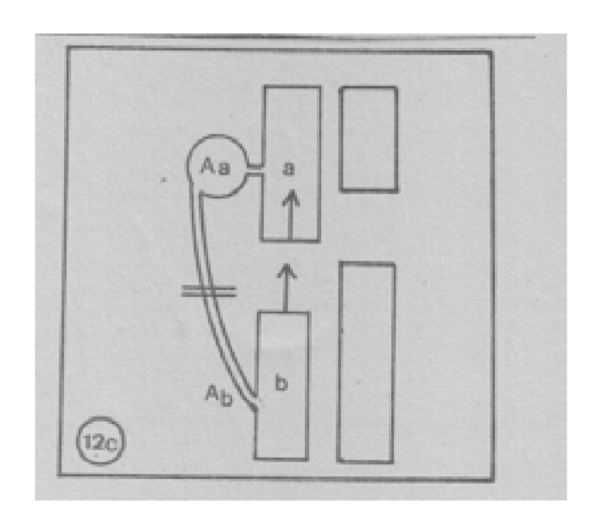
funktionieren kann, wie das die klassisch liberale Ökonomie unterstellt. Je nach dem Organisationsgrad, der Stärke und der Kampfbereitschaft der einzelnen Gewerkschaften lassen sich Lohnsenkungen vonseiten der Unternehmen nur gegen mehr oder weniger, großen Widerstand oder überhaupt nicht durchzusetzen. Das hat zur Folge, daß die Lohnkosten in dem vom Nachfragemangel betroffenen Sektor nicht mehr durch Herabsetzung der Lohnsätze gesenkt werden können, sondern nur noch durch Entlassungen, Abb. 12a,b will die unterschiedlichen Auswirkungen darstellen:



In Abb. 12a geht die Senkung der Preise und der Produktion einher mit einer Senkung der Löhne, so daß nur relativ wenig Arbeitskräfte freigesetzt werden. In Abb. 12b bleiben die Löhne starr , so daß die gleiche Kostensenkung nur über eine stärkere Freisetzung von Arbeitkräften erreicht werden kann.

II. Mangelnde Mobilität der Arbeitskraft

Nun ist nach liberaler Theorie die Freisetzung von Arbeitskräften in einem Sektor ja nicht weiter schlimm, weil davon ausgegangen wird, dass die freigesetzten Arbeitskräfte in anderen Sekttoren mit Nachfrageüberhang und Arbeitskräftebedarf Beschäftigung finden können (in unserem Beispiel in Sektor b). Aber ist das Umlenken von Arbeitskräften aus einem Sektor in einen anderen tatsächlich so problemlos, wie es sich in der liberalen Theorie darstellt, oder kann es nicht vielmehr auch hier zu Störungen kommen?



Denken wir einmal daran, daß in den Arbeitslosenstatistiken nicht nur die Rede von Arbeitslosen, sondern auch und gleichzeitig von offenen Stellen ist. Offene Stellen bedeutet, daß Arbeitskräfte gesucht werden, und trotzdem gibt es auf der anderen Seite Arbeitslose - obwohl den Arbeitsämtern oft beide, die Arbeitskräfte suchenden Firmen und die Stellen suchenden Arbeitslosen bekannt sind. Und dennoch können die Arbeitskräfte nicht vermittelt werden. Das Hereinströmen der Arbeitslosen aus einem Bereich in die offenen Stellen eines Bereiches wird durch irgendwelche Umstände mehr oder weniger blockiert. (Abb. 12c) will diese Blockierung symbolisieren.)

1. Qualifikationsmässige Immobilität

Ein Grund für die Blockierung kann z.B. darin liegen, daß die Qualifikation der Arbeitslosen eine ganz andere ist, als für die Besetzung der offenen Stellen gesucht wird. Wenn also die Qualifikation der freigesetzten Arbeitskräfte sich unterscheidet von derjenigen Qualifikation die für die offenen Stellen erforderlich ist, finden die freigesetzten Arbeitskräfte keine neue Beschäftigung, solange jedenfalls nicht, wie sie sich nicht auf die geforderte Qualifikation umstellen, z.B. durch entsprechende Umschulung. Die Beweglichkeit der Arbeitskräfte, aus der einen in die andere Stelle überzuwechseln, ist insofern mehr oder weniger beschränkt. Die Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von einer „beschränkten Mobilität der Arbeitskraft“, in diesem Fall bedingt durch die Qualifikationsanforderungen. Die Mobilität der Arbeitskraft wird unterschiedlich sein je nach Art der Qualifikation:

Ungelernte Hilfsarbeiter können relativ schnell in Tätigkeiten mit geringer Anlernzeit eingesetzt werden. Es macht z.B. keinen großen Unterschied, ob der Arbeiter an einem Fließband für Radiogeräte oder an einem Fließband für Waschmaschinen arbeitet, wenn ihm ohnehin nur die Durchführung eines Handgriffs übertragen ist. Anders sieht es aber im Falle von Facharbeitern, die eine langjährige spezielle Berufsausbildung durchlaufen haben. Werden sie arbeitslos, weil die ganze Branche schrumpft oder weil ihre bisherige Tätigkeit durch Maschinen ersetzt wird, so können sie mit ihrer Qualifikation in anderen Bereichen unter Umständen nichts mehr anfangen. Entweder finden sie nur noch eine Stelle, wenn sie sich mit Funktion und der Entlohnung von Hilfsarbeitern begnügen, oder aber sie sind gezwungen, eine neue und zusätzliche Berufsausbildung zu durchlaufen, deren Qualifikation am Arbeitsmarkt stärker gefragt ist. Ihre Mobilität in qualifikationsmäßiger Hinsicht ist demnach wesentlicher geringer als diejenige der ungelernten Arbeiter.

2. Regionale Immobilität

Neben dem Problem der qualifikationsmäßigen Immobilität kann auch noch das Problem der regionalen Immobilität auftreten:
Aufgrund regional unterschiedlicher Wirtschafts- und Branchenentwicklung mag es vorkommen, daß in einer Region Arbeitskräfte freigesetzt werden mit einer Qualifikation, wie sie in anderen Regionen gesucht wird. Dennoch werden die offenen Stellen nicht ohne weiteres besetzt, weil die Arbeitskräfte nicht ohne weiteres aus dem einen in das andere - unter Umständen weit entfernte - Gebiet ziehen. Ganz abgesehen davon, daß jeder Umzug mit mehr oder weniger großen Mühen und Kosten verbunden ist, bedeutet ein Ortswechsel auch immer ein Herausreißen aus den gewohnten sozialen Zusammenhängen, und dies nicht nur für den Betroffenen selbst, sondern auch für den Partner bzw. für die Kinder. im konkreten Fall kann der Ortswechsel in eine ungeahnte soziale Umgebung mit so vielen Härten verbunden sein, daß die Arbeitslosen darauf verzichten und stattdessen weiterhin nach einer

Beschäftigung an ihrem Ort suchen und unter Umständen zur Not lieber eine (an ihrer Qualifikation gemessen) unterbezahlte Stelle annehmen.

3. Der segmentierte Arbeitsmarkt

Qualifikationsmäßige bzw. regionale Immobilität können also der Grund dafür sein, daß die Arbeitskräfte nicht ohne weiteres aus einem Bereich in andere Bereiche umgelenkt werden können. Mindestens vollzieht sich eine Umlenkung nicht so flüssig, wie es in der Darstellung der liberalen Theorie erschien. Sie kann sich im konkreten Fall über Jahre erstrecken und für die Arbeitssuchenden mit großen sozialen Härten verbunden sein oder sogar auf unüberwindliche Hindernisse stoßen. Den Arbeitsmarkt kann man sich demnach nicht einfach vorstellen als ein globales Zusammentreffen von Arbeitskräfteangebot und Nachfrage nach Arbeitskräften, sondern als ein vielfach unverbundenes Nebeneinander unterschiedlicher Teilmärkte, wobei ein Arbeitskräfteüberschuß bezüglich einer bestimmten Qualifikation zur Behebung des Arbeitskräftemangels in anderen Bereichen unter Umständen gar nichts beitragen kann. Insofern zerfällt der Arbeitsmarkt in einzelne mehr oder weniger gegeneinander abgeschottete Teile, in unterschiedliche Segmente. (Die Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von einem „segmentierten Arbeitsmarkt“. Je größer insgesamt der Anteil an spezialisierten Fachkräften gegenüber den ungelernten Arbeitern, desto mehr tritt das Problem des segmentierten Arbeitsmarktes in den Vordergrund.

Je geringer die qualifikationsmäßige bzw. regionale Mobilität der Arbeitskraft, umso eher kann es vorkommen, daß auch bei ausreichender Zahl an offenen Stellen dennoch Arbeitslosigkeit herrscht. Wenn die qualifikationsmäßige oder regionale Struktur des Arbeitskräfteangebots nicht mit der Struktur der Arbeitskräftenachfrage übereinstimmt, wenn also auch am Arbeitsmarkt ein strukturelles Ungleichgewicht herrscht bei geringer Mobilität der Arbeitskraft, dann kann sich das in unserem Modell unterstellte strukturelle Ungleichgewicht am Gütermarkt zwischen den Sektoren a und b nicht mehr ohne weiteres herstellen. Damit haben wir einen weiteren Störfaktor herausgearbeitet, der die Vorstellung von der krisenfreien Selbstregulierung einer Marktwirtschaft in Frage stellt und der zu einem immer größeren Problem in der BRD geworden ist.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ERSTER TEIL: Markt und Konsum

G. DAS SCHEITERN DER MARKTWIRTSCHAFTLICHEN SELBSTREGULIERUNG

Wenn wir unsere Überlegungen zur Funktionsweise der Marktmechanismen zusammenfassen, kommen wir zu dem Ergebnis, daß weder der Zinsmechanismus noch der Preismechanismus noch der Lohnmechanismus so unproblematisch funktionieren, wie sich dies in der klassisch liberalen Theorie darstellt und wie es sich auch heute noch in vielen Argumentationen wiederfindet. Vielmehr kommt es in den heutigen kapitalistischen Marktwirtschaften in allen drei Bereichen zu mehr oder weniger großen Störungen, wenn die Marktmechanismen sich selbst Überlassen bleiben. Der <u>Zinsmechanismus</u> bewirkt nicht mehr automatisch den Ausgleich zwischen Sparen und Investieren und kann insofern das Eintreten globaler (konjunktureller) Wirtschaftskrisen nicht verhindern. Der durch Marktmacht verzerrte <u>Preismechanismus</u> und die daraus sich ergebende Verzerrung der Gewinne führen zu einer entsprechenden fehlgeleiteten Allokation, durch die sich die Vermachtungstendenzen immer weiter verstärken und durch die der freie Wettbewerb und die damit zusammenhängende wirtschaftlich freie Betätigung einer großen Zahl von Menschen immer weiter eingeschränkt werden, Im übrigen verstärken sich durch die Marktmacht die krisenhaften Tendenzen, Indem auf Nachfrageüberhang nicht mehr mit Preissenkung, sondern stattdessen mit Entlassungen reagiert wird.

Und auch der <u>Lohmechanismus</u> bewirkt nicht die reibungslose Lenkung der Arbeitskräfte in die Bereiche ihrer gesamtwirtschaftlich "optimalen" Verwendung, sondern ist in seiner Wirkung mehr oder weniger blockiert durch das Aufkommen der Gewerkschaften, die sich als Reaktion auf soziales Elend herausgebildet haben. Darüber hinaus bewirkt die qualifikationsmäßige und regionale Immobilität der Arbeitskraft, daß es zu mehr oder weniger großen Reibungen ("Friktionen") bei der Umlenkung der Arbeitskräfte aus dem einen in den anderen Bereich kommt und daß auch dadurch längere Arbeitslosigkeit entstehen kann (friktionelle Arbeitslosigkeit").

Eine sich selbst überlassene Marktwirtschaft würde insofern unter heutigen Bedingungen eine Fülle von Krisen und Fehlentwicklungen hervorbringen, entgegen denjenigen Äußerungen, die auch heute noch auf die Selbstregulierungskräfte der Marktwirtschaft vertrauen und die davon ausgehen, daß die Gewinnorientierung der Unternehmen automatisch für eine Produktion sorgt, die sich bestmöglichst an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert,

Mindestens unter den heutigen Bedingungen können die Marktmechanismen allein eine optimale Allokation der Ressourcen nicht gewährleisten, weil sie in ihrer Funktionsfähigkeit mehr oder weniger gestört sind, und zwar nicht durch äußere Faktoren, sondern durch Faktoren die aus der Entwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft selbst entstanden sind.

Es stellt sich dabei natürlich die Frage, ob sich gewissermaßen das Rad der Geschichte zurückdrehen läßt und ob sich die heutigen Störfaktoren beseitigen lassen oder ob sich aus den veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen veränderte Anforderungen an ein ökonomisches System ergeben. Die Ordo-Liberalen neigen mehr zu der ersten Auffassung und gehen davon aus, daß sowohl die Marktvermachtung und wirtschaftliche Konzentration der Unternehmen als auch die Funktion der Gewerkschaften eingeschränkt werden sollten, um wieder "ideale Wettbewerbsbedingungen" am Gütermarkt und am Arbeitsmarkt herzustellen. In dieser Auffassung erscheint eine Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb auf allen Märkten als das ideal. Das soziale Elend allerdings, daß die Marktwirtschaft der freien Konkurrenz im Frühkapitalismus hervorgebracht hat, sollte vermieden werden durch staatliche Maßnahmen im Bereich der Sozialpolitik ("soziale Marktwirtschaft"). Die Marxisten hingegen vertreten die Auffassung, daß nicht das Rad der Geschichte zurückgedreht werden kann, sondern daß die veränderten ökonomischen Bedingungen nach einer Veränderung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems drängen; einer Veränderung, die diesen Bedingungen besser gerecht wird als das System des Kapitalismus. Es ist an dieser stelle sicherlich zu früh, sich ein abschließendes Urteil über die eine oder die andere Auffassung zu bilden.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ERSTER TEIL: Markt und Konsum

H. DER MARKT ALS ZERRBILD GESELLSCHAFTLICHER BEDÜRFNISSE

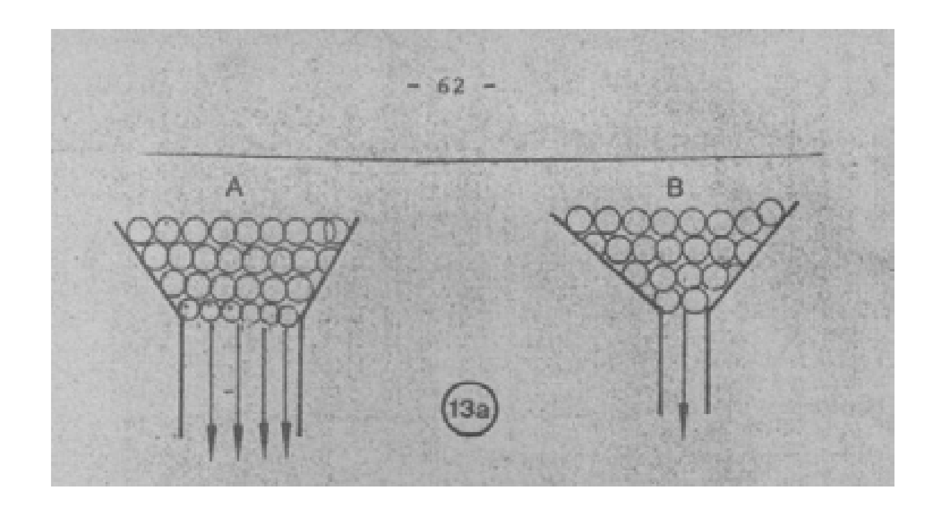
Nachdem wir im einzelnen die Funktionsweisen und die möglichen Störungen der Marktmechanismen diskutiert haben, wollen wir im folgenden der Frage nachgehen, ob eine "am Markt orientierte Produktion" gleich zusetzen ist mit einer Produktion für die Bedürfnisse der Gesellschaft. Nehmen wir ruhig den günstigsten - von den klassischen liberalen Ökonomen unterstellten - Fall an, daß die Marktmechanismen tatsächlich eine reibungslose Lenkung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Richtung der Nachfragestruktur besorgen und daß Vollbeschäftigung herrscht.
Hätte das Wirtschaftssystem wenigstens unter solchen Bedingungen sein Aufgabe erfüllt, die Bedürfnisse der Bevölkerung bestmöglichst zu befriedigen?

I. Zur Bedeutung der Einkommensverteilung

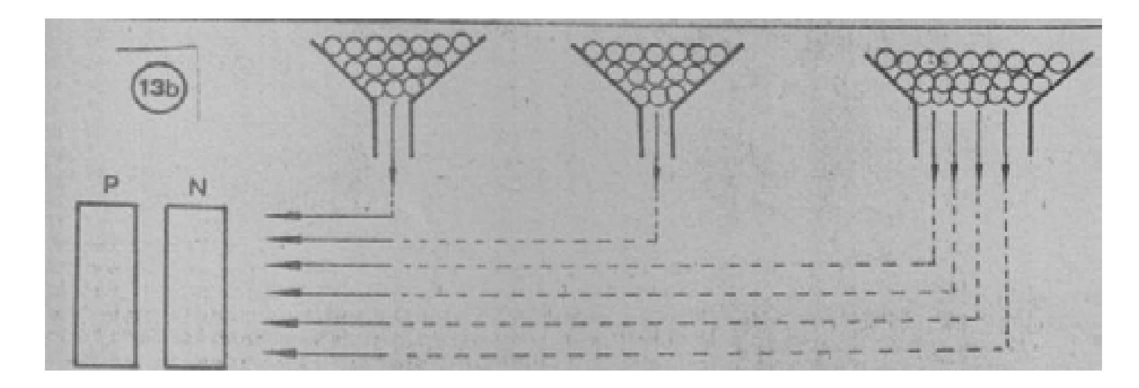
1. Einkommensverteilung und unterschiedliche Kaufkraft

Hierzu muß gesagt werden , daß am Markt, d.h. in der Nachfrage, nicht unmittelbar und im vollen Ausmaß die Bedürfnisse der Konsumenten zum Ausdruck kommen, sondern nur indirekt und nur in dem Maße, wie die Konsumenten über entsprechende Kaufkraft verfügen. Anders ausgedrückt: Die unterschiedliche Kaufkraft begrenzt die Kaufmöglichkeiten der einzelnen mehr oder weniger stark, engt also die Befriedigung der Kaufbedürfnisse mehr oder weniger ein. Zwei Individuen mögen die gleichen Bedürfnisse haben und die gleichen Wünsche, sich ihre Bedürfnisse über den Kauf bestimmter waren zu befriedigen; demjenigen mit dem höheren Einkommen sind in dieser Hinsicht weniger Grenzen gesetzt als demjenigen mit niedrigem Einkommen. Abb. 13a will diesen Sachverhalt symbolisieren:

Die in die Trichter gefüllten Kugeln stellen die Bedürfnisse zweier Individuen (bzw. Haushalte) A und B dar, während der Durchmesser des Trichterhalses die unterschiedliche Kaufkraft symbolisiert. Durch den Trichterhals A können mehr Kugeln fallen als durch denjenigen von B. Das bedeutet: Aufgrund der größeren Kaufkraft kann A seine Bedürfnisse in stärkerem Maße in Nachfrage umsetzen als B, seine Bedürfnisse werden in stärkerem Maße "nachfragewirksam".



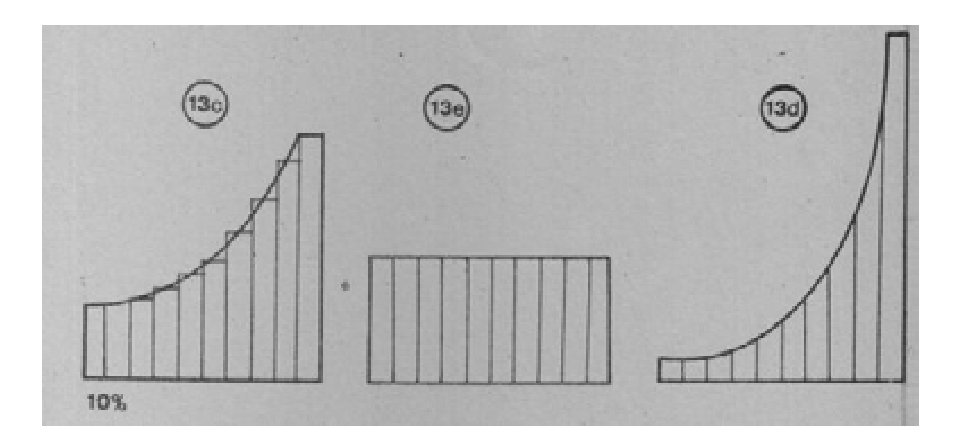
In der Nachfrage, wie sie bei den Unternehmen ankommt, ist schließlich nicht mehr erkennbar, was hinter den Kulissen der unterschiedlichen Einkommen an Bedürfnissen zurückgestaut bleibt, weil die Bedürfnisse am Markt in dem Maße "unter den Tisch fallen", wie die Individuen keine ausreichende Kaufkraft verfügen. Abb. 13b will diesen Zusammenhang noch einmal symbolisieren.



2. Kaufkraftorientierung statt Bedürfnisorientierung

Warum betonen wir diese Selbstverständlichkeit? Weil in der Diskussion um die Marktwirtschaft Immer wieder der Eindruck erweckt wird, als sei eine Produktion für den Markt schon gleichzusetzen mit einer Produktion für die Bedürfnisse der Gesellschaft. So ist es wie wir gerade gesehen haben - eben nicht. Sondern eine marktorientierte Produktion berücksichtigt die Bedürfnisse der Konsumenten nur in dem Maß, wie die Konsumenten über Kaufkraft verfügen und insofern Nachfrage entfalten können. Das heißt aber auch: In einer Gesellschaft, in der die Verteilung der Einkommen sehr ungleichmäßig ist, bedeutet marktorientierte Produktion in erster Linie eine Produktion für die Reichen. (Ganz krass liegen die Dinge in dieser Hinsicht in den meisten Entwicklungsländern, wo eine dünne Oberschicht über einen Großteil des gesamten Volkseinkommens verfügt und die Masse der Bevölkerung nur minimale Geldeinkommen bezieht. Marktorientierte Produktion heißt hier in erster Linie Luxusproduktion für die Oberschicht, während auf der anderen Seite die Massen im absoluten Elend leben. Der Ökonom würde nichtsdestoweniger von einer "optimalen Allokation der Ressourcen" sprechen, wobei man sich die Frage stellen muß, für wen eine solche Allokation eigentlich "optimal" ist. Sicherlich nicht gleichermaßen für alle Teile der Bevölkerung.

Wir wollen die Struktur der Einkommensverteilung in einer Gesellschaft mit einer Graphik wie in Abb. 13c darstellen: Die Größe der Blöcke stellt jeweils das Pro-Kopf- Einkommen einzelner Einkommensschichten dar, wobei der erste Block die 10% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen bedeutet, der zweite Block die 10% mit dem nächst höheren Pro-Kopf-Einkommen usw., und der 10. Block die 10% mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen. In der Fläche der Blöcke kommt jeweils das Gesamteinkommen einer bestimmten Einkommensschicht zum Ausdruck, und in der Summe aller Flächeninhalte (d.h. annähernd in der Fläche unter der Kurve) drückt sich entsprechend das gesamte Volkseinkommen aus. Wenn wir dementsprechend Abb. 13c mit Abb. 13d vergleichen, so kommt in der letzteren eine weit ungleichmäßigere Verteilung der Einkommen zum Ausdruck als in Abb. 13c. Ein Bild wie in Abb.13e würde sich hingegen ergeben, wenn die Einkommen einer Gesellschaft vollkommen gleich verteilt wären.



Damit am Markt, d.h. in der Nachfrage, die Bedürfnisse der Bevölkerung zum Ausdruck kommen, müßten im Grunde die Einkommen gleich verteilt sein. Zwar werden dann immer noch nicht alle Bedürfnisse nachfragewirksam, aber mindestens hätten alle die Möglichkeit, innerhalb eines bestimmten gleichen Rahmens von Kaufkraft ihre Bedürfnisse in der Nachfrage nach Waren zum Ausdruck zu bringen. Nur unter solchen Bedingungen wäre die Nachfragestruktur ein Abbild der Bedürfnisstruktur einer Gesellschaft. Je urgleicher aber die Einkommen verteilt sind, umso mehr wird der Markt (die Nachfragestruktur) zum Zerrbild der gesellschaftlichen Bedürfnisstruktur.

Wir wollen hier nicht auf die Einkommensstruktur und deren Entwicklung in der BRD eingehen, sondern verweisen auf entsprechende Literatur, in der dieses Problem ausführlich behandelt ist (z.B. J. Huffschmid: Die Politik des Kapitals, Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1969, Kapitel I; Gahlen u.a.: Volkswirtschaftslehre, München 1971, Abschnitt "Verteilung"; Osterland u.a.: Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt 1973, Abschnitt 4). Immerhin kann hier soviel gesagt werden, daß die Verteilung der Einkommen auch in der BRD sehr ungleichmäßig ist.

3. Die Rechtfertigung der ungleichen Einkommensverteilung

Wodurch läßt sich - angesichts unserer oben angestellten Überlegungen - eine ungleiche Einkommensverteilung überhaupt noch rechtfertigen? Und hätten nicht auch die Liberalen sehen müssen, daß unter den Bedingungen ungleicher Einkommensverteilung der Markt zu einem verzerrten Abbild gesellschaftlicher Bedürfnisse wird und also eine marktorientierte

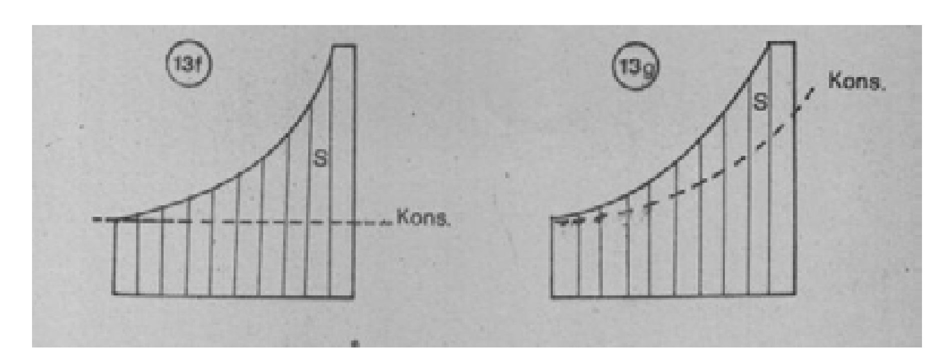
Produktion nicht gleichzusetzen ist mit einer Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse, also auch nicht mit "optimaler Allokation der Ressourcen"? Haben sie das Problem der Einkommensverteilung ganz übersehen?

Durchaus nicht. Aber die Liberalen - ebenso übrigens wie alle anderen Richtungen der ökonomischen Theorie, die die Marktwirtschaft verteidigen - gehen davon aus, daß die ungleichen Einkommen Ergebnis unterschiedlicher Leistungen der Individuen sind, Ergebnis eines unterschiedlichen produktiven Beitrags zum Gesamtprodukt einer Gesellschaft, zum Sozialprodukt. Eine leistungsgerechte Entlohnung müsse notwendig zu unterschiedlichen Einkommen führen und damit zu einem unterschiedlichen Anspruch auf Teile des Sozialprodukts. Aber darin wird gerade der Vorteil gesehen: Denn jeder habe die Möglichkeit, über seine Leistung frei zu entscheiden und damit indirekt seine Einkommenshöhe zu bestimmen. Wer mehr konsumieren wolle, müsse eben mehr Geld verdienen, und dazu müsse er mehr leisten. Wer also über wenig Einkommen verfügt, der hat sich eben für weniger Leistung entschieden, z.B. für eine geringere Arbeitszeit, weil ihm andere Dinge wichtiger sind, z.B. die Freizeit.

Auch die Tatsache, ob ein Mensch Unternehmer oder Lohnabhängiger ist, wird als Ergebnis seiner individuellen freien Entscheidung gesehen: Prinzipiell habe in einer Marktwirtschaft jeder die Chance, Unternehmer zu werden, aufgrund der Möglichkeit zur freien wirtschaftlichen Betätigung. Um sich selbständig zu machen, müßten eben bestimmte Teile des Einkommens gespart werden, und aus den angesammelten Beträgen kann schließlich eine Firma aufgemacht werden. Die daraus fließenden Gewinne sind dann letztlich auch Ergebnis dieser früheren freien Entscheidung zum Sparen. Wer nie spart und stattdessen alles konsumiert, dessen Bedürfnis sei es eben, lieber gleich alles auszugeben, anstatt vorübergehend auf einen Teil des Konsums zu verzichten, um später umso mehr konsumieren zu können. Sind also die höheren. Einkommen tatsächlich Ausdruck und Belohnung der Leistung des Tüchtigeren und Sparsameren? Und die niedrigen Einkommen Ergebnis von freien Entscheidungen, lieber weniger zu leisten und weniger zu sparen?

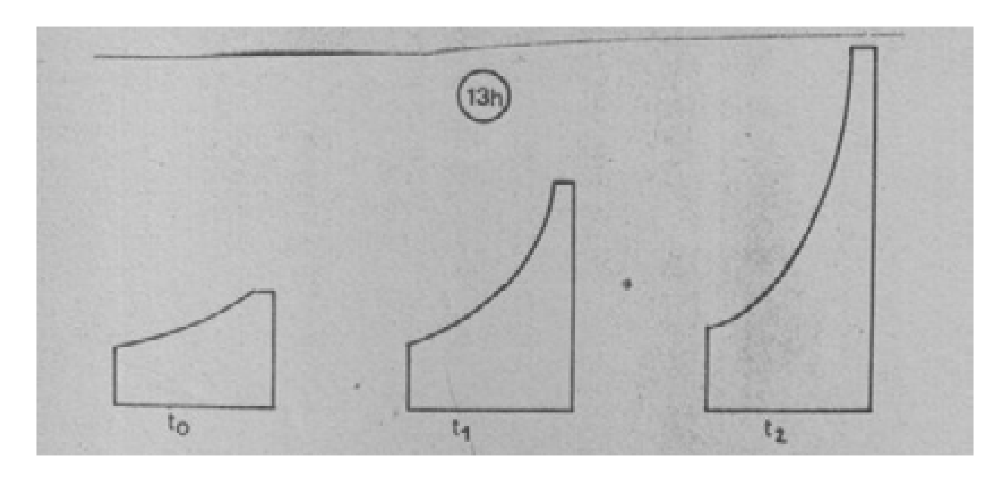
4. Der Prozeß der Konzentration von Einkommen und Vermögen.

Bleiben wir zunächst beim Sparen: Wie soll man überhaupt bei niedrigen Einkommen sparen, wenn das gesamte Einkommen für den Lebensunterhalt gerade ausreicht? Hier von "Sparwilligkeit" oder Freiwilligkeit zu reden, lenkt ganz einfach von der Tatsache ab, dass die Sparmöglichkeit bei niedrigen Einkommen geringer ist als bei hohen Einkommen. Wenn wir der Einfachheit halber zunächst einmal von einem gleichen Konsumniveau aller Einkommensschichten ausgehen, bleibt für Sparzwecke bei den höheren Einkommen viel mehr übrig (die Flächen über der waagerechten Knsumlinie in Abb. 13f).



Aber selbst wenn wir realistischerweise unterstellen, daß die höheren Einkommensschichten einen höheren Lebensstandard und also auch höhere Konsumausgaben haben (ansteigende gestrichelte Konsumlinie in Abb. 13g), ist bei ihnen - trotz höherem Konsum - die Möglichkeit zum Sparen größer als bei den niedrigen Einkommen. Wenn sie mehr sparen (und zwar nicht nur absolut, sondern auch relativ im Verhältnis zu ihrem Einkommen), dann ist das eben nicht Ergebnis einer größeren "Neigung zum Sparen" (wie das bei Keynes genannt wird), sondern Ergebnis besserer Ausgangsbedingungen.

Sind also die Einkommen in einer Ausgangssituation schon ungleich verteilt, so ist auch die Sparmöglichkeit der einzelnen Einkommensschichten unterschiedlich groß. Wer nicht viel hat, kann auch nicht viel sparen und also auch kein Vermögen bilden, und wer bereits über ein hohes Einkommen verfügt, kann durch Sparen und Anlegen von Geldern nicht nur ein Vermögen ansammeln, sondern auch zusätzlich sein ohnehin schon hohes Einkommen vergrößern. Denn das Anlegen von Geld wirft seinerseits zusätzliche Einkommen ab in Form von Zinsen, Mieten, Dividenden oder Gewinne. Hinzu kommt, daß die kleinen Sparer bei weitem nicht über die Möglichkeiten verfügen, ihr Geld mit hohen Erträgen anzulegen, wie die großen Kapitalanleger. "Wo viel Geld ist, kommt Geld hinzu; wo wenig ist, kommt nichts hinzu." Dieser Mechanismus, einmal in Gang gesetzt, funktioniert automatisch ohne besondere Leistung der einzelnen und beinhaltet, die Tendenz zu einer immer stärkeren Auseinanderentwicklung, zu einer "Polarisierung" der Einkommen und Vermögen (Abb. 13h).



Das stärkere Anwachsen der ohnehin schon hohen Einkommen und Vermögen hat insofern mit einer größeren individuellen Leistung nichts mehr zu tun, sondern ist Ergebnis einer ökonomischen und gesellschaftlichen Struktur, in der sich Vermögen vor allen Dingen in Form von Privateigentum an Produktionsmitteln ansammelt. Die Vermögenskonzentration in der BRD war schon vor 10 Jahren so weit fortgeschritten, daß 1,7% der Bevölkerung über 70% des Produktivvermögens verfügten!

5. Gründung der BRD: Gleiche Startbedingungen für alle?

Wenn sich nun schon der Prozeß der Polarisierung der Einkommen bzw. Vermögen, d.h. die Konzentration von wachsenden Einkommen und Vermögen in immer weniger Händen, verselbständigt und einer Eigendynamik unterliegt, waren dann nicht mindestens die anfänglichen Einkommensunterschiede Ergebnis unterschiedlicher Leistungen? Wenn dem so wäre, warum sollte dann nicht der besonders Tüchtige damit belohnt werden, daß sein höheres

Einkommen automatisch - auch ohne sein Zutun - schneller wächst? Schließlich hatte jeder andere auch die Chance, sich diese Vorteile zu eigen zu machen. Und war es nicht so, daß bei Gründung der BRD die Ausgangsbedingungen für alle wirklich gleich waren? Dadurch nämlich, daß nach Entwertung der alten Währung jedem der gleiche Betrag von 40 DM als Anfangsausstattung auf die Hand gegeben wurde? War hier nicht absolute Chancengleichheit gegeben, und die einen haben aufgrund ihres Fleißes und ihrer, Leistung mehr daraus gemacht als andere?

Diese Legende ist immer wieder zu hören, wenn es um die Rechtfertigung der ungleichen Einkommens- und Vermögensstrukturen geht. Es ist zwar richtig, daß im Zuge der Währungsreform die Geldvermögen im Verhältnis 10 zu 1 abgewertet und damit weitgehend entwertet wurden. Die Hauptbetroffenen davon waren allerdings die Sparer, deren Geldvermögen auf diese Weise fast vollständig vernichtet wurde. Durch die Abwertung der Schulden im gleichen Verhältnis waren gleichzeitig alle diejenigen, die Kredite aufgenommen hatten, ihrer Rückzahlungspflicht weitgehend enthoben. Und das waren in erster Linie die Unternehmen, die sich über Kredite finanziert hatten, bzw. deren Eigentümer. Hinzu kam, daß das Realvermögen, d.h. das Eigentum an Produktionsmitteln oder an Grund und Boden (einschließlich Mietshäuser), durch die Währungsreform nicht entwertet wurde, sondern in voller Höhe in der Hand der ursprünglichen Eigentümer blieb. Die Eigentümer von Realvermögen kamen auf diese Weise ungeschoren über die Währungsreform und wurden zudem ihrer Schulden entledigt.

Die Ausstattung mit Realvermögen, das die Quelle von Gewinneinkommen, Pacht und Mieteinkommen ist, war demnach in der BRD von Anfang an ungleich. Diese anfängliche Ungleichheit wurde noch dadurch verstärkt, daß die Unternehmen und damit die Eigentümer an Produktionsmitteln in den ersten Jahren der BRD aufgrund besonders hoher Abschreibungsvergünstigungen praktisch kaum Steuern zahlen mußten und ihre Gewinne fast vollständig investieren konnten. Das heißt aber nichts anderes, als daß sich das Eigentum in den Händen der Unternehmer und Kapitalbesitzer - durch staatliche Maßnahmen gefördert - dadurch vergrößern konnte, daß in der Hauptsache die Lohnabhängigen zur Finanzierung des Staatshaushaltes herangezogen wurden.

Die Ausführungen dieses Kapitels haben zwar deutlich werden lassen, daß die These von den gleichen Startbedingungen in der BRD nicht der Wirklichkeit entspricht. Was damit aber immer noch nicht geklärt ist, ist die Frage nach der Entstehung der Einkommens- und Vermögensunterschiede vor Gründung der BRD. Wie ist es denn davor überhaupt zur Anhäufung von großen Vermögen in wenigen Händen gekommen, und wie erklärt es sich, daß auf der anderen Seite die große Masse der Lohnabhängigen über keinerlei Produktivvermögen und oft auch nur über ein geringes Privatvermögen verfügt? War es nicht doch der Fleiß und die besondere Erfindungsgabe einzelner Personen, die sie schließlich zu großen Unternehmern werden ließen? War es nicht doch ihrer eigenen Hände und ihres eigenen Kopfes Arbeit, die schließlich zur Herausbildung großen Privatvermögens führten? Und ist es nicht legitim, daß sie ihr Vermögen vererben konnten an ihre Söhne und Enkel? Hätte nicht jeder andere - mindestens damals in den Anfängen der Industrialisierung - die gleichen Chancen gehabt wie diejenigen, die schließlich zu den großen Pionieren der Industrialisierung wurden? Diese Fragen führen uns zurück bis an die Anfänge der Industrialisierung, und wir sollten im folgenden einige Gedanken darauf verwenden, wie dieser Prozeß der Industrialisierung überhaupt in Gang kommen konnte.

II. Die Historische Herausbildung der Märkte und der kapitalistischen Warenproduktion

Wo kamen die Geldsummen her, die in Anfängen des Kapitalismus für die Unternehmer notwendig waren, die Arbeitskräfte zu bezahlen? Wie kam es dazu, daß auf einmal viele Menschen in die Manufakturen und Fabriken arbeiten gingen, während die Masse der Menschen vorher ihren Lebensunterhalt auf ganz andere Weise bestreiten konnte, z.B. als Handwerker in den Zünften organisiert oder als Kleinbauer in der leibeigenen Abhängigkeit vom Feudalherren? Und wie kam es Überhaupt dazu, daß sich die vorkapitalistische Produktionsweine auflöste und sich stattdessen eine historisch neue, die kapitalistische Produktionsweise herausbildete, bei der sich das Kapital der Unternehmer und die Arbeitskraft der Lohnabhängigen in den Manufakturen und Fabriken gegenübertraten und im Produktionsprozeß miteinander kombiniert wurden?

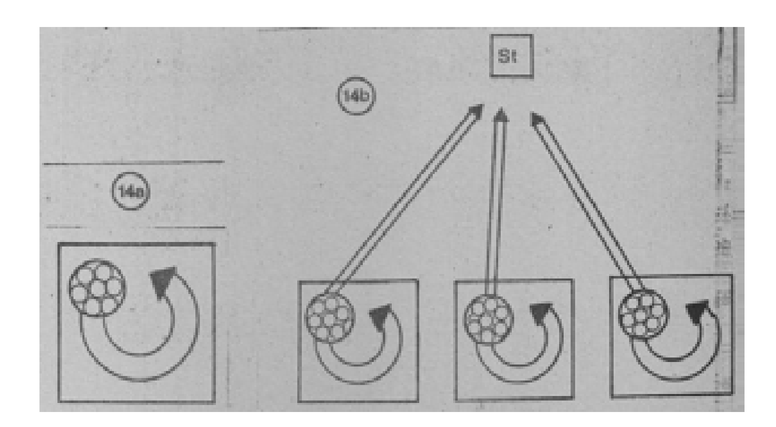
Diese Formen von kapitalistischem Privateigentum an Produktionsmitteln einerseits und von Lohnarbeit andererseits hat es in der Geschichte nicht immer und nicht überall gegeben. Ganz im Gegenteil: Der weit überwiegende Teil der Menschheitsgeschichte ist durch ganz andere Produktionsweisen geprägt. Wie sahen diese anderen Produktionsweisen aus, und wodurch unterschieden sie sich im wesentlichen vom Kapitalismus? Diesen Fragen wollen wir im folgenden mindestens in groben Zügen nachgehen, um uns daraus ein Bild zu machen über den historischen Entstehungsprozeß der Märkte und der kapitalistischen Produktionsweise.

1. Die "asiatische" Produktionsweise

Der überwiegende Teil der Menschheitsgeschichte war geprägt durch Produktionsweisen, in denen es kein Privateigentum an Produktionsmitteln und keine Märkte gab. Die Produktion erfolgte vielmehr unter gemeinschaftlicher Nutzung der Produktionsmittel, insbesondere des Bodens, und diente überwiegend der Selbstversorgung der Gemeinschaften. Eine Produktion für den Austausch, eine sog. Warenproduktion, war in diesen Produktionsweisen unbekannt. Abb.14a will diese gemeinwirtschaftliche Produktionsweise symbolisieren: Das Quadrat stellt die Produktionsmittel einer Gemeinschaft dar, die Gemeinschaft selbst wird durch den großen Kreis symbolisiert, der die Summe der Individuen (kleine Kreise) in sich vereinigt. Die von der Gemeinschaft hergestellten Produkte kommen in dem Pfeilstrom, zum Ausdruck und die Richtung dieses Stromes deutet an, dass die Produkte der Gemeinschaft selbst zufliessen und nicht in den Austausch gehen, d.h. als Waren am Markt verkauft werden. Ebenso wie die Produktion gemeinschaftlich geregelt wird, so auch die Verteilung der hergestellten Produkte. Es handelt sich also um in sich weitgehend abgeschlossene gemeinschaftlich betriebene Produktions- und Konsumtionseinheiten, etwa in Form von Dorfgemeinschaften oder Stämmen.
Abb. 14b stellt das isolierte Nebeneinander solcher Gemeinschaften dar, die durch keinerlei ökonomische Beziehungen miteinander in Verbindung stehen. Diese dezentral-gemeinschaftliche Produktionsweise auf der Basis der naturalwirtschaftlichen Selbstversorgung fand in den meisten Gesellschaften allerdings ihre Ergänzung in einer stark zentralisierten Instanz, die vor allem für die Sicherstellung übergreifender allgemeiner Produktionsvoraussetzungen der Gemeinschaften, verantwortlich war (z.B. für den Bau von Bewässerungssystemen und für die Verteidigung gegenüber äußeren Angreifern).

Zur Bewältigung dieser Aufgaben hatte diese zentrale Instanz dieser "Staat", Zugriff zu einem bestimmten Teil der Arbeitsleistung der Gemeinschaften (zur Durchführung übergreifender

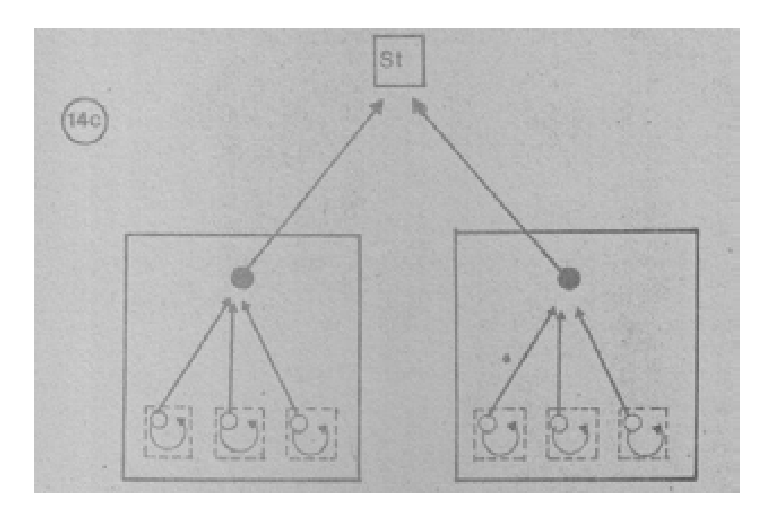
Projekte) bzw. zu einem bestimmten Teil der in den Gemeinschaften hergestellten Produkte (für den Lebensunterhalt der nicht in der Produktion tätigen Mitglieder der staatlichen Bürokratie). Diese Abgaben der Gemeinschaften an den zentralen Staat kommen in Abb. 14b in den nach oben gerichteten Pfeilströmen zum Ausdruck.



In dieser sog. "asiatischen Produktionsweisen" (die sich allerdings keinesfalls auf Asien beschränkte, sondern über weite Teile der Welt verbreitet war), gab es also ein Nebeneinander von dezentralgemeinschaftlicher Produktion einerseits und einen stark, zentralisierten Staatsapparat andererseits. Die starke Zentralisierung verschaffte den Inhabern der Staatsgewalt auf der einen Seite eine große Macht, die sie oft brutal und despotisch einsetzten ("asiatischer Despotismus"), auf der anderen Seite aber waren die Dorfgemeinschaften in der Regelung ihrer Produktion und Konsumtion autonom.

2. Die feudalistische Produktionsweise

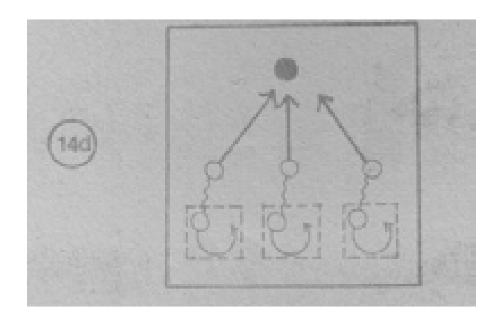
In Europa hat sich im Mittelalter eine andere Produktionsweise herausgebildet in der sich zwischen den Staat und die Bauern noch die Klasse der Feudalherren schob. Als Belohnung z.B. für die treue Gefolgschaft im Krieg wurde ihnen vom Kaiser das eroberte Land als Lehen, d.h. als Privateigentum überlassen, und die dort produzierenden Bauern wurden zu Leibeigenen der Feudalherren. Als Leibeigene gehörten Bauern zum Grund und Boden wie das Inventar. Sie waren an die Scholle gebunden und zu Abgaben an die Feudalherren gezwungen. Abb. 14c symbolisiert diese feudale Struktur.



Die Feudalherren (schwarze Kreise) sind die Eigentümer des Bodens (große Quadrate), während den Kleinbauern lediglich die Nutzung kleiner Landstücke überlassen bleibt

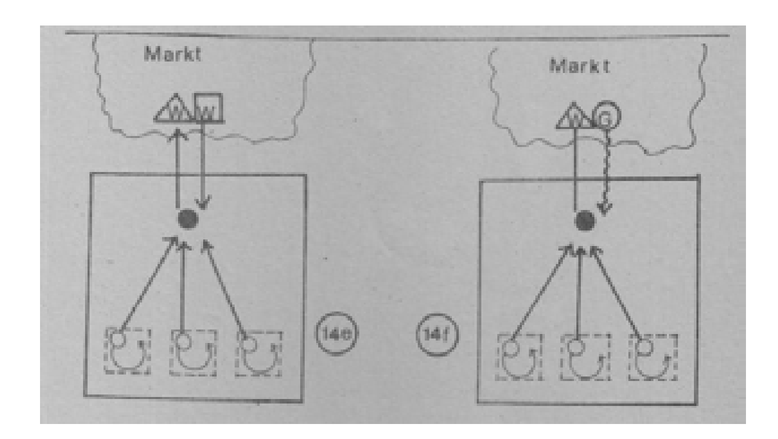
(gestrichelte Quadrate). Diese Nutzung erfolgt nicht mehr kollektiv, sondern isoliert die Bauern gegen einander und bringt sie in Abhängigkeit vom Feudalherren. Ein Teil der Produktion dient ihrer Selbstversorgung, den anderen Teil müssen sie an den Feudalherren abliefern. Die Feudalherren ihrerseits leisten daraus wiederum Abgaben an den Staat (den Kaiser), dessen Bedeutung mit zunehmender Erstarkung der Feudalklasse in den Hintergrund tritt. Die feudalistische Produktionsweise bringt demnach einerseits Privateigentum an Großgrundbesitz hervor, andererseits aber zersplitterte Formen der Bodennutzung durch leibeigene Kleinbauern, von denen jeder einzelne zu Abgaben gegenüber dem Feudalherren verpflichtet ist.

Die Abgaben konnten nun unterschiedliche Formen annehmen, auf die wir im folgenden eingehen wollen. Eine Form besteht darin, dass die leibeigenen Kleinbauern einen bestimmten Teil ihrer Arbeitszeit auf dem ihnen überlassenen Acker verbringen und einen anderen Teil auf dem Acker des Feudalherren (symbolisiert in Abb. 14d).



Die Früchte des ersten Ackers gehören unter diesen Umständen ihnen, die des zweiten Ackers gehören automatisch dem Grundherrn. Oder die Bauern müssen einen Teil ihrer Arbeitszeit dem Feudalherrn in Form handwerklicher Dienste zur Verfügung stellen. (Diese Form der Abgaben in Form von Arbeitszeit, von Fronarbeit, nennt man "Arbeitsrente", wobei der Ausdruck "Rente" nichts anderes bedeutet als regelmäßige Abgabe.)

Eine andere Form der Abgabe ist die sog. "Produktenrente". In diesem Fall ist der Bauer zur Abgabe einer bestimmten Menge an Produkten verpflichtet, die er auf dem ihm überlassenen Acker erntet (Abb.14e). Wenn es sich um eine festgesetzte Menge handelt, fällt das Risiko von Ernteschwankungen voll dem Bauern zu: Der Feudalherr kommt auf diese Weise in den Besitz einer großen Menge von Lebensmitteln, die seinen eigenen Bedarf weit übersteigen können.



3. Die Trennung von Stadt und Land und die Herausbildung von Märkten

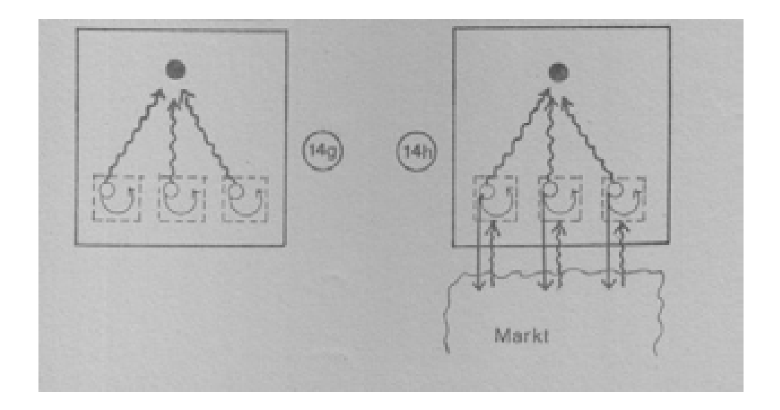
In dem Maße, wie sich allmählich eine Abspaltung der handwerklichen Tätigkeit von der landwirtschaftlichen Produktion herausgebildet hat, d.h. auch eine allmähliche Herausbildung von Städten, in denen sich das Handwerk konzentrierte, entsteht ein Warenaustausch zwischen Stadt und Land: Die Feudalherren können einen Teil der Überschüsse an Agrarprodukten an die Stadt verkaufen (wovon sich die Handwerker in den Städten ernähren können) und erhalten im Austausch dafür handwerkliche Produkte. Die ursprünglich mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundene und auf dem Land durchgeführte handwerkliche Tätigkeit sondert sich auf diese Weise immer mehr ab. Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land und die Herausbildung von Märkten treiben sich - einmal in Gang gekommen - wechselseitig immer weiter an.

Findet der Austausch in den ersten Anfängen noch in Form von Naturaltausch (Ware Dreieck W gegen Ware Quadrat W) statt, so bildet sich mit zunehmendem Warentausch ein allgemeines Tauschmittel und schließlich so etwas wie Geld heraus, das die Abwicklung des Warenaustausch vereinfacht. Unter diesen Bedingungen erhält der Feudalherr für den Verkauf der Ware W zunächst Geld G (dargestellt durch den geschlängelten Pfeil in Abb.14f), mit dem er sich auf den Märkten wiederum andere Waren kaufen kann.

Mit der Herausbildung der Märkte und des Geldes entsteht eine neue Tätigkeit, nämlich diejenige des Handels, der sich zwischen die Produktion und den Konsum der Waren schiebt. Sein Geschäft besteht darin, mit Geld Waren einzukaufen und für teureres Geld wieder zu verkaufen, was in der folgenden Tauschkette zum Ausdruck kommen soll:

$$G \rightarrow W \rightarrow G$$

Wobei es dem Handel im Prinzip gleichgültig ist, um welche konkreten Waren es sich dabei handelt. Entscheidend ist, daß am Schluß mehr Geld dabei herauskommt. Unabhängig von den konkreten "Gebrauchswerten" der Waren setzt auf diese Weise für den Handel die Jagd nach dem "abstrakten Tauschwert", nach dem Geld ein.



Mit der zunehmenden Bedeutung des Geldes wird es schließlich auch für die Feudalherren sinnvoll, die regelmäßigen Abgaben der Bauern in Geldform zu verlangen ("Geldrente", in Abb.14g dargestellt durch die geschlängelten Pfeile). Auf diese Weise sind sie der Notwendigkeit enthoben, die Produkte erst zu verkaufen und das Risiko von Preisschwankungen tragen zu müssen. Stattdessen müssen sich die Bauern nun selbst um den Absatz eines Teils ihrer Produkte kümmern, um die Geldrente zahlen zu können. Hatten sie

bisher überhaupt keinen Anlaß, mit ihren Produkten in einen Austausch zu treten, d.h. sie am Markt zu verkaufen, so wird dies nunmehr zu einer notwendigen Existenzbedingung. Sie werden auf diese Weise aus der naturalwirtschaftlichen Produktion herausgerissen und allmählich zu Warenproduzenten, d.h. ein Teil ihrer Produkte wird von vornherein für den Austausch, für den Markt hergestellt (Abb.14h).

4. Die Entstehung des Handelskapitals

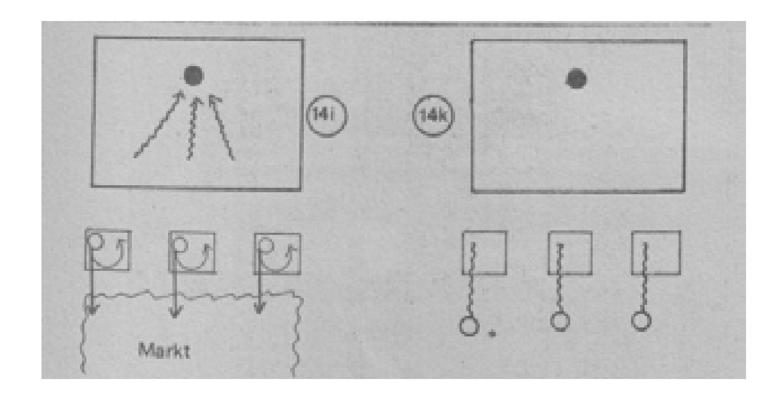
Mit der Entdeckung und dem Ausbau der Handelswege in ferne Länder kamen zunehmend Waren nach Europa, die die Luxusbedürfnisse der Feudalklasse anstachelten. Während die sich herausbildenden Handelskompanien in den fernen Ländern unter Anwendung brutalster Gewalt regelrechte Raubzüge veranstalteten bzw. - wenn überhaupt - die Waren weit unter ihrem Wert einkauften, konnten sie in Europa diese Waren aufgrund ihres Handelsmonopols zu weit überhöhten Preisen verkaufen und sich auf diese Weise ungeheure Reichtümer ansammeln. Das so sich bildende Handelskapital, das zur Grundlage des Reichtums in den Handelsstädten wurde, war wesentlich gegründet auf der Anwendung offener Gewalt in den fernen Ländern und auf die Ausnutzung monopolistischer Marktmacht in den Mutterländern.

Dieses Handelskapital, die Ansammlung riesiger Reichtümer und Geldsummen in den Händen der Handelskompanien, wurde historisch zu einer wesentlichen Grundlage für die Finanzierung der Manufakturen und für die Bezahlung der Lohnarbeiter, sozusagen zu einer Keimzelle für die allmähliche Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise. Unklar ist noch, wodurch die andere Keimzelle kapitalistischer Produktion, nämlich die Lohnarbeit selbst, entstanden ist. Denn erst die Verschmelzung beider Keimzellen, Lohnarbeit einerseits und Kapital andererseits, läßt ja diese historisch neue Produktionsweise heranwachsen. Wenden wir uns im Folgenden also der Frage zu, wie es historisch zur Herausbildung von Lohnarbeit gekommen ist. Bis jetzt befinden wir uns in unserer Ableitung noch in einer Phase, in der die unmittelbaren Produzenten, seien es die Bauern auf dem Land oder die Handwerker in den Städten, noch mit den Produktionsmitteln verbunden sind und über sie verfügen und wo die Nutzung dieser Produktionsmittel die Grundlage ihrer Existenzsicherung ist. Wie kam es dazu, daß schließlich - wie bei uns heute - der überwiegende Teil der Bevölkerung die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel verloren hat? Dieser Prozeß hängt zusammen mit der Auflösung der feudalen Produktionsweise, auf deren Hintergründe und Auswirkungen wir im folgenden kurz eingehen wellen.

5. Bauernbefreiung und Auflösung der feudalen Strukturen

In dem Maß, wie sich die feudale Klasse dem Luxuskonsum der über den Fernhandel hereingekommenen Waren hingab, mußte sie versuchen die Abgaben der leibeigenen Bauern immer weiter zu erhöhen, d.h. immer mehr aus ihnen herauszupressen und damit deren zunehmenden Widerstand zu provozieren. Die Bauernaufstände und Bauernkriege nahmen an Zahl und Schärfe zu, und die Forderungen der Bauern zielten auf ihre Befreiung aus der feudalen Abhängigkeit und Leibeigenschaft ab. Im Zuge dieser Befreiungskämpfe wurde schließlich die Möglichkeit durchgesetzt, daß sich die Bauern durch einmalige Geldzahlung an den Feudalherrn aus dessen Abhängigkeit loskaufen konnten. An die Stelle regelmäßig wiederkehrender Geldrenten trat eine einmalige Zahlung, die allerdings so hoch war, daß sich die Bauern zur Aufbringung dieser Summe verschulden mußten. Immerhin gehörte ihnen nach Zahlung der entsprechenden Summe das Stück Land, das sie bis dahin nur bewirtschaftet hatten und das mit regelmäßigen Abgaben verbunden war, nunmehr als Eigentum. Sie waren

freie Bauern geworden. (Abb. 14i will diese Abtrennung des Bodens aus dem Eigentum des Feudalherren und die Entstehung kleinen Privateigentums symbolisieren.)



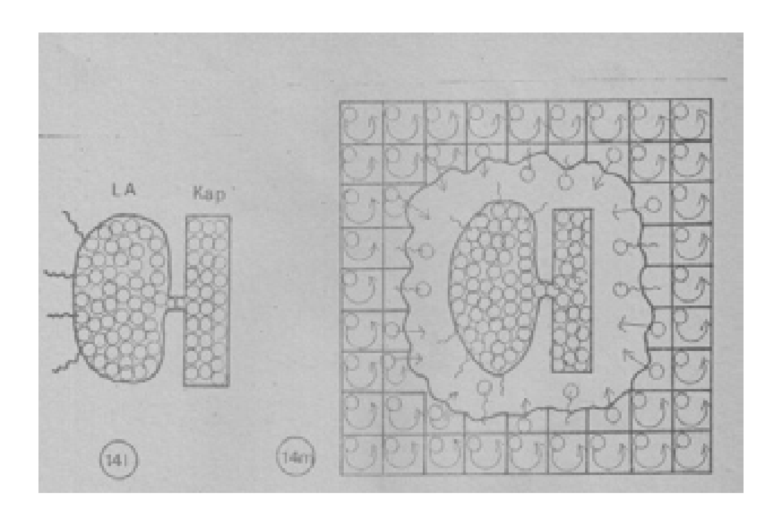
6. Die Trennung der Bauern von ihrem Boden und die. Entstehung von Lohnarbeit

a) Die Abhängigkeit vom Wucherkapital

Für die Masse der Kleinbauern war diese Befreiung allerdings nur trügerischer Schein. Denn sie waren in eine neue Abhängigkeit geraten, von den Kreditgebern. Hier waren es wesentlich die Geldmittel des Handelskapitals, die nunmehr zu hohen Zinsen an die Kleinbauern ausgeliehen wurden, und die Bauern waren nicht nur zu Kreditrückzahlung, sondern auch zur Zahlung der Wucherzinsen verpflichtet. In den meisten Fällen waren sie nicht in der Lage, aus ihrem kleinen Stück Land soviel tu erwirtschaften, daß sie ihre Zahlungsverpflichtungen hätten erfüllen können. Die Folge war daß sie schließliech ihr gerade erworbenes Eigentum an Grund und Boden an das Wuchererkapital verloren und nunmehr nicht nur befreit waren aus der feudalen Abhängigkeit, sondern auch frei von Produktionsmitteln. (Abb. 14k will diese Trennung der Bauern von ihren Produktionsmitteln symbolisieren.)

b) Landflucht und Arbeitslosigkeit

Diese ihrer ökonomischen Existenzgrundlage beraubten Kleinbauern strömten - auf der Suche nach einer neuen Existenzgrundlage - massenweise in die Städte, wo ihnen aber der Zugang zum zunftmäßig organisierten Handwerk verschlossen war. Was ihnen blieb, war die Arbeit in den aufkommenden Manufakturen, war der Verkauf ihrer Arbeitskraft an das in die Manufakturen fließende Kapital. Da die Manufakturen bei weitem nicht alle Arbeit Suchenden aufnehmen konnten, war der Arbeitsmarkt vollständig überschwemmt mit einem Überangebot an Arbeitskraft (symbolisiert in Abb. 14l, wo nur ein Teil als Lohnarbeiter vom Kapital beschäftigt wird und der andere Teil - dargestellt durch den Ballon - arbeitslos bleibt. Abb. 14m Soll darüber hinaus deutlich machen, daß sich der Prozeß der Verschmelzung von Lohnarbeit und Kapital in den Manufakturen herausbildet in einer noch weitgehend durch traditionelle Produktionsweisen geprägte Gesellschaft, deren Strukturen erst allmählich in Auflösung begriffen sind.



c) Die ursprüngliche Akkumulation in England

Wie sich historisch die Lostrennung der Masse der Bauern von ihren Existenzgrundlagen und ihre Verwandlung in eigentumslose Lohnarbeiter in England vollzogen hat, wo der Prozeß etwas anders verlaufen ist als auf dem europäischen Festland, faßt K. Oottomeyer in seinem Buch „Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen“ (Reinbek 1977, S.56f) wie folgt zusammen:

> „In England gab es bereits im 16. und 17. Jahrhundert große Kapitale in privater Hand. Diese waren aber zunächst keine industriellen, an die Fabrikarbeit gebundenen Kapitale, wie sie heute zum Kernstück des gesamtgesellschaftlichen Gebäudes geworden sind, sondern Handels- und Raubkapitale, die sich im Gefolge der Entdeckung Amerikas, der gewaltigen überseeischen Plünderungen, des Sklavenhandels zwischen Afrika und Amerika, und anderer neu-zeitlicher Abenteuer gebildet hatten. Da es in Holland - einem Land in dem die herrschende Klasse ebenfalls durch den weltweiten Raubhandel reich geworden war - bereits Tuch- und Textilfabriken gab, die einen lohnenden Absatzmarkt für Rohwolle boten, begannen viele jener reichen Engländer, ihr aufgehäuftes Kapital in großflächige Schafzuchten zu stecken. Diese für den Markt produzierenden gewinnorientierten Landwirtschaftsbetriebe, für welche man auch nur ein Minimum von Arbeitskräften benötigte war mit den kleinen, teils freien, teils feudal-abhängigen und weitgehend selbstversorgerischen Bauernwirtschaften, welche aus dem Mittelalter überkommen waren, völlig unvereinbar. Mit rechtlichen Tricks, Drohungen und nackter Gewalt verstanden es die neuen unternehmerischen Gruppen (in die sich ein Teil des alten Adels rechtzeitig eingepaßt hatte), die Bauern ihrer angestammten Rechte und des traditionellen Eigentums an Produktionsmitteln zu berauben. Dieser Prozeß, der sich zunächst gegen den Widerstand des Königshauses und des Staates, schließlich aber mit deren offener Unterstützung vollzog, führte, wie man den Schilderungen der verschiedenen Chronisten übereinstimmend entnehmen kann, zu unbeschreiblichen Formen des Massenelends...
>
> Es entstand ein immer größeres Heer von produktionsmittellosen und damit jeder Existenzsicherung beraubter Bettler und Vagabunden. Da es noch kaum kapitalistische Industriebetriebe bzw. Manufakturen gab, in denen diese Menschen hätten arbeiten können ..., stand die Gesellschaft vor fast unlösbaren Problemen. Die Herrschenden

wußten sich nicht anders zu helfen, als die arbeitslos gemachten Massen für ihre fremd verschuldete Arbeitslosigkeit auch noch zu bestrafen, zu verfolgen, ja schließlich massenhaft hinzurichten, Heinrich VIII. ließ während seiner Regierungszeit 12 000, die des Vagabundentums angeklagt waren, einfach aufhängen."

Die Bauern, die nicht nur ihrer Existenzgrundlagen beraubt, sondern unter Androhung brutalster Gewalt und unter panischer Angst vor massenhaften Abschlachtungen auf dem Land in die Städte geflohen waren, fanden sich hier einer neuen brutalen Verfolgung ausgesetzt, wenn es ihnen nicht gelang, irgendwo in den Manufakturen Arbeit zu finden. K. Marx, der den Prozeß der "ursprünglichen Akkumulation des Kapital" (d.h. der historischen Herausbildung der Voraussetzungen kapitalistischen Produktionsweise) eingebend am Beispiel untersucht hat, schreibt hierzu im 24. Kapitel seines „Kapitals":

„Die durch Auflösung der feudalen Gefolgschaften und durch die stoßweise gewaltsame Expropriation von Grund und Boden Verjagten, dies vogelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt ward. Andrerseits konnten die plötzlich aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuderten sich nicht ebenso plötzlich in die Disziplin des neuen Zustands finden. Sie verwandelten sich massenhaft in Bettler, Räuber, Vagabunden, zum Teil aus Neigung, in den meisten Fällen durch den, Zwang der Umstände. Ende des 15. und während des ganzen 16. Jahrhunderts daher in ganz Westeuropa eine Blutgesetzgebung wider Vagabundage. Die Väter der jetzigen Arbeiterklasse wurden gezüchtigt für die ihnen angetane Verwandlung in Vagabunden und Paupers. Die Gesetzgebung behandelte sie als „freiwillige" Verbrecher und unterstellte, daß es von ihrem gutem Willen abhänge in den nicht mehr existierenden alten Verhältnissen fortzuarbeiten.

In England begann jene Gesetzgebung unter Heinrich VII. Heinrich VIII., 1530: Alte und arbeitsunfähige Bettler erhalten Bettellizenz. Dagegen Auspeitschung und Einsperrung für handfeste Vagabunden. Sie sollen an einen Karren hinten angebunden und gegeißelt werden, bis das Blut von ihrem Körper strömt, dann einen Eid schwören, zu ihrem Geburtsplatz oder dorthin, wo sie die letzten drei Jahre gewohnt, zurückkehren und „sich an die Arbeit setzen" ... Bei zweiter Ertappung auf Vagabundage soll die Auspeitschung wiederholt und das halbe Ohr abgeschnitten, beim dritten Rückfall aber der Betroffene als schwerer Verbrecher, und Feind des Gemeinwesens hingerichtet werden.

Edward VI: Ein Statut aus seinen ersten Regierungsjahr, 1547, verordnet, daß, wenn jemand zu arbeiten weigert, soll er als Sklave der Person i zugeurteilt werden, die ihn als Müßiggänger denunziert hat. Der Meister soll seinen Sklaven mit Brot und Wasser ernähren, schwachem Getränk und solchen Fleischabfällen, wie ihm passend dünkt. Er hat das Recht, ihn zu jeder auch noch so eklen Arbeit durch Auspeitschung und Ankettung zu treiben. Wenn sich der Sklave für 14 Tage entfernt, ist er zur Sklaverei auf 1 Lebenszeit verurteilt und soll auf Stirn oder Backen mit dem Buchstaben S gebrandmarkt, wenn er zum 3. Mal fortläuft, als Staatsverräter hingerichtet werden. Der Meister kann ihn verkaufen, vermachen, als Sklave ausdingen, ganz wie anderes bewegliches Gut und Vieh. Unternehmen die Sklaven etwas gegen die Herrschaft, so sollen sie ebenfalls hingerichtet werden." K. Marx: Das Kapital, Marx-Engels-Werke (MEW) Bd.23, Berlin (DDR) 1969, S.761ff)

d) Gewalt als Geburtshelfer des Kapitalismus

Man kann Sich vorstellen, daß die Arbeitsuchenden unter solchen Bedingungen bereit waren, jede auch noch so menschenunwürdige Arbeit anzunehmen, und daß unter solchen Bedingungen die Löhne auf ein absolutes Minimum heruntergedrückt werden konnten. Daran wird deutlich, da die Freiheit des Unternehmertums, die Freiheit des Kapitals, hervorgegangen ist aus ökonomischen, politischen und sozialen Umwälzungen, die sich mit unglaublicher Gewalt vollzogen haben und die Millionen von Menschenleben gekostet und Millionen von Menschen durch materielle und psychische Verelendung verkrüppelt hat. Die Keimzellen der kapitalistischen Produktionsweise sind das Ergebnis gewaltsamer Prozesse: Das Handelskapital als Ergebnis brutaler Gewaltsamer weit nach außen, durchgesetzt in Form von Raubzügen und Plünderungen und einhergehend mit der Zerstörung hochentwickelter Kulturen und der massenhaften Liquidierung der eingeborenen Bevölkerung; die Lohnarbeit als Ergebnis der - durch ökonomische Zwänge oder durch offene Gewalt durchgesetzten - Entwurzelung der Bauern von ihren Produktionsmitteln.

Und einmal in Gang gekommen, hat die kapitalistische Produktionsweise immer neue Schichten der Bevölkerung ihrer ursprünglichen ökonomischen Existenzgrundlagen beraubt und sie in das Schicksal eigentumsloser Lohnarbeiter hineingeschleudert, so z.B. die Handwerker, die mit den billigeren Produkten der Manufakturen und Fabriken auf den sich herausbildenden Märkten immer weniger konkurrieren konnten und massenweise ökonomisch ruiniert und in die Abhängigkeit getrieben wurden.

Wir haben hier nur grob den historischen Prozeß dargestellt, der zur Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise führte. Es ist kein Zufall, daß sich dieser Prozeß zunächst in Europa vollzogen hat, als ein Produkt der Auflösung der feudalen Produktionsweise. In anderen Teilen der Welt gab es diese Produktionsweise nicht und entsprechend auch keine Tendenzen in Richtung einer solchen Auflösung. Die asiatische Produktionsweise z.B. schafft aus sich heraus keine solche Dynamik, sondern hat sich über Jahrhunderte oder gar Jahrtausende in relativ unveränderter Form erhalten. In Europa aus, den inneren Strukturen entstanden hat sich der Kapitalismus allerdings schließlich über die ganze Welt ausgebreitet die jeweiligen traditionellen Produktionsweisen und Gesellschaftsstrukturen einschließlich ihrer Kulturen im Zuge des Kolonialismus und Imperialismus von außen her zerstört und zersetzt. Auf diesen Prozess wollen wir hier allerdings nicht mehr eingehen. Er ist Gegenstand eines gesonderten Kurses über „Weltmarkt und Entwicklungsländer".

7. Privates Produktionsvermögen – Ergebnis von Sparsamkeit?

Wenn wir uns vor dem Hintergrund der gerade abgeleiteten Zusammenhänge noch einmal die Frage stellen, wie sich denn die ungleiche Verteilung des Vermögens, insbesondere des Produktivvermögens erklärt, so dürfte damit die Legende von den Prinzipiell gleichen Startchancen gründlich widerlegt sein. Es war nicht der subjektive Wille der Menschen, der sie zu Lohnabhängigen machte, sondern es waren gesellschaftlich-ökonomische Umwälzungen, durch die eine Masse von Menschen ihrer Produktionsmittel beraubt wurde. Es waren also äußere, objektive Bedingungen, die sie in das Schicksal als Lohnarbeiter hineingetrieben haben. Und das Kapital, aus dem die ersten Manufakturen und Fabriken entstanden sind, war nicht Ergebnis davon, dass einige Personen Teile ihres Lohnes gespart

und allmählich daraus ein Vermögen angesammelt haben, sondern war Ergebnis gewaltsamer Plünderungen und der Ausnutzung von Monopolmacht des Handelskapitals.

Die ungleichen Ausgangsbedingungen waren demnach in die Wiege des Kapitalismus gelegt und gehörten zu seinen notwendigen Voraussetzungen. Daß sich solche anfänglichen Ungleichheiten aus sich selber heraus verstärkten, haben wir ansatzweise schon herausgearbeitet. Aber was nun genau die treibenden Kräfte sind und wie genau die inneren Mechanismen funktionieren, die zu einer immer größeren Anhäufung von Kapital in immer weniger Händen und zu verschiedenen Krisenerscheinungen führen, haben wir im einzelnen noch nicht verstanden. Dies im einzelnen herauszuarbeiten, wird auch noch eine Menge theoretischer Arbeit erfordern, die wir erst in einem späteren Kurs Kurs über die „Politische Ökonomie des Kapitalismus" leisten können. An dieser Stelle kam es zunächst darauf an, ein grobes Verständnis dafür zu entwickeln, wie sich historisch die Märkte und die kapitalistische Warenproduktion herausgebildet haben und worin die historischen Wurzeln für das Privateigentum an Produktionsmitteln in den Händen der Unternehmen liegen.

Wenn aber die ungleichen Einkommen nicht Ergebnis von mehr oder weniger Leistungswillen bzw. von mehr oder weniger großem Sparwillen sind, sondern Ergebnis objektiver ökonomischer Strukturen (die nicht durch den subjektiven Willen des einzelnen beeinflusst werden können), so fällt auch die ganze Rechtfertigung der marktorientierten Produktion in sich zusammen. Selbst wenn die Marktmechanismen reibungslos für eine Marktorientierung der Produktion sorgen würden (was sie – wie wir gesehen haben – nicht tun), selbst im Modell also einer funktionierenden Konkurrenzwirtschaft mit freiem Wettbewerb wäre marktorientierte Produktion nicht gleichzusetzen mit einer Produktion orientiert an den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung im wesentlichen Ergebnis der objektiven ökonomischen Strukturen und nicht der individuellen Entscheidungen - macht den Markt und die Nachfragestruktur zu einem Zerrbild gesellschaftlicher Bedürfnisse. Und zwar auch dann, wenn sich die Individuen bzw. Haushalte innerhalb des Rahmens ihrer Einkommen bei der Auswahl der Konsumgüter rational verhalten und sich nicht manipulieren lassen.

Was besagt schon die "freie Konsumwahl", wenn der Rahmen, innerhalb dessen der einzelne frei entscheiden kann (nämlich das Einkommen) durch äußere Bedingungen weitgehend vorbestimmt und eingeengt ist? Immerhin erscheint natürlich eine freie Konsumwahl erstrebenswerter als (innerhalb des gleichen Rahmens beschränkter Einkommen) ein irgendwie gearteter Konsumzwang. Wir wollen uns deswegen im folgenden ausführlicher der Frage zuwenden, was es mit der freien Konsumwahl in unserem System auf sich hat. Diese Frage führt uns zur Diskussion der Rolle der Werbung, mit der wir uns im folgenden auseinandersetzen wollen.

III. Konsumfreiheit oder Konsumzwang?

1. Zur Bedeutung der Werbung

Wir werden mit der Werbung für Konsumgüter in so vielen Bereichen konfrontiert, daß wir es schon vielfach kaum noch wahrnehmen: Jede Illustrierte ist voll von Werbeanzeigen, der Rundfunk blendet in bestimmte Sendungen Werbespots ein, fast jedes Kino fängt seine Vorführungen mit Werbevorfilmen an, das Fernsehen enthält regelmäßige Werbesendungen,

und wenn man durch die Straßen geht, sieht man an allen Ecken Werbeplakate. Eine ganze Branche hängt mit der Produktion der Werbung zusammen, und die Unternehmen geben jährlich Milliarden aus, um für ihre Produkte zu werben. Was hat die Werbung für eine Funktion? Dient sie der besseren Information der Konsumenten, oder ist sie ein Instrument zur Manipulation der Käuferentscheidungen? Oder - wenn sie eine Mischung von beiden ist - welche der beiden Funktionen überwiegt?

Wir sollten uns einmal zur Diskussion dieser Fragen ein paar Illustrierte vornehmen und wahllos einige Werbeanzeigen unter folgenden Fragestellungen etwas genauer betrachten:

- Welche Gedanken und Gefühle kommen hier spontan beim betrachten der Anzeige?
- Welche Information über das Produkt ist in der Werbeanzeige enthalten?
- Was wird durch die Anzeige in erster Linie angesprochen: Verstand oder Gefühl?
- Sofern Menschen in der Anzeige vorkommen: Welche Stimmung strahlen sie aus? Vergleiche sie mit den Menschen, die dir so täglich begegnen.
- Mit welchen Assoziationen (gedanklichen und gefühlsmäßigen Verknüpfungen) wird in der Anzeige gearbeitet?
- Aus welchen Gründen könnte schließlich ein Konsument das angepriesene Produkt kaufen?

(Diese Fragen sind untereinander nicht scharf zu trennen und sollen nur ein grobes Raster bilden, um an die einzelnen Anzeigen heranzugehen.)

2. Die Mittel der Werbung

Wenn wir uns z.B. die Zigarettenwerbung ansehen, dann finden wir vielfach die Darstellung von sympathischen, strahlenden Menschen, sei es in einer gelockerten, entspannten Atmosphäre oder sei es in einer abenteuerlichen Situation. Tolle Typen auf jeden Fall - im Aussehen oder auch in dem, was sie machen. Und im Hintergrund oft die schönsten, wildesten Landschaften, eine Umgebung, in der man sich wohl fühlen könnte, wo man mal alles vergessen könnte, ganz abschalten und etwas Tolles unternehmen, irgend was ganz anderes, irgendein Abenteuer .... Solche und ähnliche Gefühle und Gedanken werden spontan aufkommen, wenn man - ohne groß darüber nachzudenken - solche Anzeigen sieht.

Und wie sieht es aus mit den Informationen über da angebotene Produkt? Da ist irgendwo eine Packung Zigaretten abgebildet, irgendwo ganz klein gedruckt ein paar Angaben über Nikotingehalt und Kondensat, vielleicht noch über die Größe der Packung und über den Preis, und ansonsten - viel größer gedruckt - finden wir Überschriften wie

- "Genuß im Stil der neuen Zeit - Leicht mit viel Geschmack"
- "Was einer nicht schafft, das fällt vielen leicht, der Geschmack unserer Generation"
- "Für das Echte gibt es keinen Ersatz"
- "Der Geschmack von Freiheit und Abenteuer"
- "Keine schmeckt besser. Dafür geh ich meilenweit"
-

usw. usw. Informationen also über das Produkt? Nicht im geringsten! Stattdessen irgendwelche Werbeslogans, die sich gut einprägen und in Verbindung gebracht werden mit einer bestimmten Zigarettenmarke.

Was dabei in erster Linie angesprochen wird, ist nicht der Verstand, ist nicht das rationale Abwägen für dieses oder jenes Produkt. Denn wie soll der Konsument abwägen, wenn ihm praktisch keine für die Auswahl wesentlichen Informationen über das Produkt gegeben werden? - Was hier angesprochen wird sind in erster Linie Gefühle.
Die ganze Anzeige versetzt den Betroffenen in eine bestimmte Stimmung, weckt bei ihm bestimmte Sehnsüchte, bestimmte Wünsche, die er sich schon immer erfüllen wollte, die Sehnsucht nach Freiheit und Abenteuer, die Sehnsucht nach lockerem Beisammensein mit anderen in entspannter Atmosphäre; die Sehnsucht, mit anderen gemeinsam etwas anzupacken; die Sehnsucht, mal richtig zu genießen usw.

Und wenn man sich die Menschen ansieht, die in den Anzeigen dargestellt werden, so handelt es sich fast immer nur entweder um strahlende, lockere, lebensfrohe Menschen; oder um tolle Abenteurer, die irgendwo in der Wildnis auch mit den größten Problemen fertig werden, die durch nichts aus der Ruhe zu bringen sind, die jeder Situation gewachsen sind, tolle Typen ganz einfach.

Sind das die Menschen, mit denen wir tagtäglich zusammenkommen? Finden wir in unserem Alltag überall nur strahlende Gesichter und Menschen, die mit allen Problemen fertig werden? Und vor allem: Sind wir selbst ungefähr so, wie die Menschen, die auf den Anzeigen dargestellt sind. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir. sagen, daß die uns umgebende Wirklichkeit ganz anders aussieht und daß wir selbst auch ganz anders sind als das, was uns von diesen Werbeanzeigen entgegenstrahlt. Wenn man die Straße entlang geht, wo begegnet man da schon strahlenden Gesichtern und Menschen, die locker miteinander zusammen sind? Das genaue Gegenteil ist doch die vorherrschende Realität: Hektische, vergrämte, verkrampfte Menschen, die aneinander vorbeirennen, die sprachlos nebeneinander in der U-Bahn sitzen, und sich hinter der Zeitung verstecken und ins Leere gucken - vereinsamt, vereinzelt. Und jeder einzelne von ihnen schleppt seine Last und seine Sorgen mit sich herum, quält sich mehr oder weniger über den Tag, hat Kopfschmerzen, Depressionen., Ängste, Schlafstörungen und andere Krankheiten. Die Welt der Werbung ist das genaue Gegenteil unseres Alltagslebens, sie ist nicht unsere Realität, sondern eine Traumwelt.

3. Der Wirkungsmechanismus der Werbung

a) Die Ausnutzung unbewußter Sehnsüchte

Aber wenn es nur eine Traumwelt ist, wie soll dann der Konsument mit diesen unrealistischen Bildern zum Kauf des Produkts gebracht werden? Dadurch, daß in ihm oft unbewußt bestimmte Sehnsüchte wachgerufen werden, die nach Befriedigung drängen, zu deren realer Befriedigung der einzelne aber gar nicht in der Lage ist. Oder wer ist schon so widerstandfähig gegenüber allen möglichen Problemen und Gefahren und kann sich so ohne weiteres dem Abenteuer hingeben. Die Tatsache, daß die Werbung massenhaft mit Traumbildern arbeitet, deutet darauf hin, daß solche Sehnsüchte massenweise in den Menschen verankert sind. Und das heißt auch, daß die davon angesprochenen Menschen gerade nicht in der Lage sind, diese Bedürfnisse und Wünsche in der Realität wirklich zu befriedigen, daß sie also in ihrem realen Leben weitgehend unfähig sind zu allem, was in der Traumwelt der Werbung dargestellt wird. Wer packt es schon, wirklich auszubrechen aus seinem alltäglichen Trott, der durch einen rigiden Tagesablauf und oft sinnentleerte Arbeit geprägt ist? Wer packt es schon, nach Feierabend noch etwas anderes anzustellen als passiv vor dem

Fernseher zu sitzen oder sich mit Alkohol volllaufen zu lassen? Wer ist wirklich noch in der Lage zur entspannten Kommunikation und zum Abenteuer?

Weil die meisten in der Wirklichkeit gerade dazu unfähig sind, werden sie zum Kauf des Produkts verleitet, was ihnen die Befriedigung dieser Wünsche verspricht. Natürlich läuft das nicht über den Verstand, sondern über unbewußte Prozesse. Dem einzelnen ist oft gar nicht klar, warum er nun gerade dieses und nicht ein anderes Produkt kauft. Aber für die Werbung würde nicht so viel von den Unternehmen ausgegeben, wenn sie nicht wirken würde. Das Raffinierte an der Werbung ist, daß sie gerade gezielt die Ebene des Verstandes unterläuft und das Unbewußte der Menschen anstachelt und für ihre Zwecke ausnutzt.

lm Unbewußten - das weiß man seit den Entdeckungen des Psychoanalytikers Sigmund Freud - laufen Prozesse ab, die einer anderen Logik folgen als der Verstand, eben einer "Psycho-Logik".

Wesentliches Element dieser Psycho-Logik sind die sog. "Assoziationen" des Unbewußten, d.h. gedankliche, bildhafte und symbolhafte Verknüpfung verschiedener sachlicher und emotioneller Inhalte, die dem Bewußtsein des einzelnen entzogen sind, aber dennoch über das Unbewußte auf die Handlungen und Entscheidungen eines Menschen Einfluß nehmen. Mit diesem psychischen Mechanismus der Assoziationen arbeitet die Werbung ganz gezielt. Sie knüpft an an bestimmte unbewußte Wünsche und Sehnsüchte und stellt eine Assoziation her zu der Marke des Produkts. Zum Beispiel dadurch, daß auf jedem Bild einer Anzeige immer auch die Marke dargestellt ist, oder dadurch, daß das Bild in einer Farbstimmung gehalten ist, die sich auf der Verpackung des Produkts wiederfindet; oder dadurch, daß der eingängige Werbeslogan verknüpft wird mit der Marke des Produkts ("Marlboro, der Geschmack von Freiheit und Abenteuer", "Stuyvesant, Geschmack unserer Generation" usw.). Ist die Verknüpfung erst mal im Unbewußten der Konsumenten verankert, ist erst einmal die Marke des Produkts gewissermaßen verlötet mit den ganzen Gefühlen, die durch die Werbeanzeige unbewußt aufgewühlt werden, dann erscheint auch der Kauf des Produkts unbewußt als eine Möglichkeit, die aufgewühlten Wünsche zu befriedigen. Der Verstand sagt zwar klar, daß man mit einer Zigarette nicht die Sehnsucht nach Freiheit und Abenteuer stillen kann, aber dennoch greift man schließlich zu der entsprechenden Marke.

b) Die Kanalisierung gehemmter Sexualität

Oder sehen wir uns die Werbung für Alkohol an: häufig findet man hier die Darstellung aufreizender verführerischer Frauen und die mehr oder weniger deutliche Anspielungen auf intime Situationen. Dadurch werden Assoziationen geweckt, daß man durch den Genuß dieser Marke in eine Stimmung kommt, aus der sich sexuelle Kontakte ganz von selbst ergeben, ohne jede Hemmung, Verkrampfung oder Angst. Das Produkt wird auf diese Weise im Unbewußten zu einer Art Garantie für erotische Anziehungskraft und unbeschwerten sexuellen Genuß. Und nicht nur in der Alkoholwerbung, sondern bei einer ganzen Reihe anderer Produkte spielt das Element der sexuellen Erregung eine ganz zentrale Rolle. Durch die erotisch aufgemachte Werbung werden sexuelle Sehnsüchte geweckt und wird die Verknüpfung zum Produkt hergestellt, dessen Kauf unbewußt als ein Mittel erscheint, um die durch die Werbung aufgewühlten sexuellen Bedürfnisse zu befriedigen. Auch hier gilt wieder, was wir vorhin schon in anderem Zusammenhang herausgearbeitet hatten: daß die Traumwelt der Werbung gerade die Umkehrung der Realität ist:

Die Freizügigkeit, mit der die Werbung sexuelle Reize ausstrahlt, um die Bedürfnisse der Konsumenten auf den Kauf des Produkts zu lenken, deutet auf die massenweise verbreitete Unfähigkeit zur sexuellen Befriedigung hin. Eben aus dieser Unfähigkeit heraus, aus den sexuellen Hemmungen und Verklemmungen, aus den Kontaktschwierigkeiten und der Unfähigkeit zum voll befriedigenden Orgasmus entstehen tiefe Wünsche und Sehnsüchte und unbewußte Illusionen, die Befriedigung über den Kauf von Waren erlangen zu können. Sei es über irgendwelche Waren, mit denen man die Begehrtheit gegenüber dem möglichen Sexualpartner vergrößern will. In einer Gesellschaft mit frei entfalteter Sexualität, in der die Befriedigung in dem realen Zusammensein mit dem jeweiligen Partner gefunden werden kann, würde eine sexuellorientierte Werbung vollkommen ins Leere stoßen. Denn eine Befriedigung, die man problemlos im realen Leben erlangen kann, braucht man sich nicht ersatzweise über den Kauf von Waren zu erhoffen (um dann doch – auch nach dem Kauf der Waren, unbefriedigt zurückzubleiben).

c) Die Ausbeutung von Versagensängsten

Oder nehmen wir das Beispiel der Waschmittelwerbung. Hier geht es vielfach darum, daß eine zufriedene Hausfrau dargestellt wird, die von ihrem Mann oder von ihren Kindern gelobt wird für ihre saubere Wäsche. Oder die von der Nachbarin deshalb bewundert wird. Oder eine junge Mutter, die einen strahlenden Säugling, eingewickelt in flauschige Wäsche, im Arm hält. Was wird durch solche Art von Werbung bewirkt? Daß sich die unzufriedenen Frauen, die Schwierigkeiten mit ihren Männern und Kindern haben und die unter der Angst vor dem Versagen als Hausfrau, Ehefrau und Mutter leiden, ihr schlechtes Gewissen unbewußt durch den Kauf eines bestimmten Waschmittels beruhigen. Damit schließlich auch ihr Mann strahlt und ihre Kinder glücklich sind, damit sie überhaupt - auch in den Augen der Nachbarn - die beste Ehefrau und Mutti ist...

Wir könnten die Beispiele beliebig fortsetzen und würden immer wieder auf ähnliche Mechanismen stoßen, mit denen die Werbung arbeitet. Worauf die Werbung abziehlt (und das sagen auch die Werbefirmen in ihren Magazinen, in denen sie ihre Werbemethoden den Unternehmen gegenüber anpreisen, ganz unverblümt), ist das Anknüpfen an tiefsitzenden, im Unbewußten verankerte Ängste und Sehnsüchte, um diese Gefühle aufzuwühlen und eine entsprechende Spannung zu erzeugen. Diese Spannung drängt nun nach Abfuhr, nach Spannungsminderung, zu der aber der einzelne aus sich heraus unfähig ist: Unfähig, gelöst und entspannt zu sein, unfähig zu Kontakten; unfähig, mit seinen Problemen fertig zu werden; unfähig, mal etwas ganz anderes als den täglichen Trott zu machen, d.h., unfähig zum Abenteuer und zum Risiko; unfähig zu lieben und geliebt zu werden...

Und da der einzelne aus sich heraus unfähig ist, die aufgewühlte Spannung abzubauen, drängt sich ihm eine Welt von Waren auf, die ihm die Illusion gibt, durch ihren Kauf die Unfähigkeit zu beseitigen. Aus der Unfähigkeit zur wirklichen Befriedigung wird der Kauf der Ware zur Ersatzbefriedigung, zum Mittel, um die aufgestauten Ängste abzubauen, um das angeschlagene Selbstbewußtsein notdürftig zu reparieren. Mit einem solchen Konsum werden die Ängste, das mangelnde Selbstwertgefühl, die Unfähigkeit zur Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung "kompensiert", (d.h. ihre tatsächliche Existenz wird durch einen schwachen Ersatz überdeckt). (Die Sozialwissenschaftler sprechen hier von "kompensatorischem Konsum").

Derart manipuliert, erfolgen die Kaufentscheidungen nicht aus einer rationalen Einsicht und Überlegung, sondern aus einem inneren, unbewußten Zwang, der durch die äußeren Impulse der Werbung in Bewegung gesetzt wird. Wenn man bedenkt, welche enorme Rolle bei uns diese Art von manipulativer Werbung, diese Art von "Konsummanipulation" spielt, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß in den Menschen dieser Gesellschaft massenweise Ängste und Sehnsüchte verankert sind. Sonst könnte eine solche Werbung nicht wirken. (Und daß sie im Großen und Ganzen wirkt, daran kann wohl kaum Zweifel bestehen angesichts der riesigen Werbeaufwendungen, die die Unternehmen nur dann auf sich nehmen, wenn sie sich davon einen Erfolg versprechen.

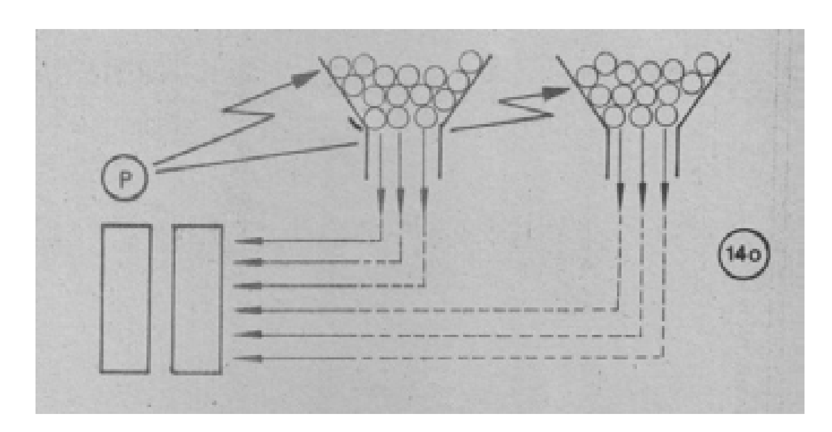
Sind derartige Ängste und Sehnsüchte naturnotwendig im Menschen vorhanden und erfüllt der Konsum insofern nur die Funktion, diese Ängste wenigstens etwas zu mindern und den ängstlichen Menschen wenigstens etwas mehr Selbstbewußtsein zu verleihen? Oder gibt es bestimmte Einflüsse, die diese Ängste und Sehnsüchte in den Menschen erst erzeugen, an denen dann die Werbung mit ihren Methoden ansetzen kann? (Siehe zu dieser Frage im einzelnen das sehr verständlich und anschaulich geschriebene Buch von D. Duhm: Angst im Kapitalismus, Hagen 1972) . Wir werden später auf diese Frage zurückkommen und in diesem Zusammenhang uns mit einigen Ergebnissen der S. Freud begründeten Psychoanalyse bzw. der darauf aufbauenden Charakteranalyse von W. Reich vertraut machen. Dies soll aber erst geschehen nach der Diskussion des Problembereichs "Arbeit und Produktion". Bevor wir zu diesem zweiten Problembereich übergehen, sollten wir das Ergebnis unserer Überlegungen der Werbung noch einmal im Gesamtzusammenhang unserer bisherigen Diskussion stellen.

6. Konsummanipulation und Produktion von Bedürfnissen

Es geht ja insgesamt um die Frage, inwieweit in einer Marktwirtschaft die Produktion über die Marktmechanismen in Bahnen gelenkt wird, die einer bestmöglichen Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse entsprechen. Nichts anderes steckt ja hinter dem Begriff der "optimalen Allokation der Ressourcen". Dabei hatten wir zunächst herausgearbeitet, daß die Marktmechanismen nicht in der Weise störungsfrei wirken, wie das in der klassisch-liberalen Theorie unterstellt wird, sondern daß sie aus sich heraus Krisen der verschiedensten Art (gesamtwirtschaftliche strukturelle) erzeugen können. Dann waren wir auf die Problematik der ungleichen und Vermögensverteilung gestoßen und hatten gesehen, daß selbst bei funktionierenden Marktmechanismen eine marktorientierte Produktion nicht gleichbedeutend mit einer an den Kaufbedürfnissen orientierten Produktion ist. Weil nämlich die Nachfragestruktur bei ungleicher Einkommensverteilung nur ein Zerrbild der gesellschaftlichen Bedürfnisstruktur ist. Unsere letzten Überlegungen zur Werbung setzten nun auf einer noch tieferen Ebene an, gingen gewissermaßen noch einen Schritt weiter hinter die Kulissen des Marktes und haben untersucht, wie überhaupt die Kaufbedürfnisse zustande kommen bzw. wie sie durch die Werbung beeinflußt werden können.

Selbst für den Fall, daß die Einkommen gleich verteilt wären (wie in Abb. 14o unterstellt), würde eine marktorientierte Produktion nichts darüber aussagen, inwieweit sich die Produktion an den Bedürfnissen der Menschen in einer Gesellschaft orientiert. Denn wenn es sich um Kaufbedürfnisse handelt, die unter Anwendung manipulativer Methoden und unter Ausnutzung bestimmter unbewußter Ängste und Sehnsüchte erst von den Unternehmern erzeugt worden sind, kann von "Konsumentensouveränität" nicht mehr die Rede sein. Unter solchen Bedingungen sind die Kaufentscheidungen, ist also insgesamt die Struktur der

Nachfrage nicht das Ergebnis der freien Konsumentenentscheidungen, sondern Ergebnis unbewußt ablaufender Zwänge, denen die Konsumenten von Seiten der Unternehmer ausgesetzt worden sind. (Dieser manipulative Druck der Unternehmer auf die Konsumenten soll in Abb. 14o durch den von der Produktion auf die Konsumbedürfnisse (Kugeln) ausgehenden Blitze symbolisiert werden.)



Zwar hatten wir gesagt, daß solche manipulativen Werbemethoden nur wirken können, wenn sie an einem massenweise in den Menschen verankerten Angstpotential anknüpfen können. Aber erstens sorgen die Methoden der Werbung für eine Aufpeitschung der Ängste und Sehnsüchte und wirken insofern aktiv auf die Konsumenten ein, und zweitens bewirken sie durch die Werbung für einzelne Waren eine Kanalisierung der Nachfrage auf ganz bestimmt Produkte. Sowohl die Konsumwünsche insgesamt als auch deren Struktur, aus der sich die Nachfragestruktur ableitet, sind insofern wesentlich Resultat der Absatzstrategien der Unternehmen.

Nicht die Konsumenten bestimmen also letztlich, was produziert wird, sondern die Unternehmen bringen mit ihren Absatzstrategien insbesondere mit der Werbung (aber auch mit der Produktgestaltung) erst bestimmte Bedürfnisse und eine bestimmte Nachfrage hervor, an der sie dann ihre Produktion ausrichten. Die Unternehmen produzieren damit nicht nur die Waren, sondern auch die Bedürfnisse und die Nachfrage nach diesen Waren. Und wenn die Produktionsmittel in wenigen Händen konzentriert sind, ist also auch die Entscheidungsgewalt darüber, in welche Richtung sich die Nachfrage und die Produktion einer Gesellschaft entwickeln, in wenigen Händen konzentriert. Wenn man sich die gerade diskutierten Mechanismen und das Ausmaß an wirtschaftlicher Konzentration in der BRD vor Augen führt, ist es nicht die Masse der Konsumenten und Lohnabhängigen, die die Richtung der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt, sondern es sind wesentlich die Unternehmen, und innerhalb der Unternehmen insbesondere die Großkonzerne, d. h, deren Spitzen.

Daß insbesondere sie ein Interesse daran haben, die Nachfrage auf ihre Produkte zu fixieren, von ihren Produkten abhängig zu machen, haben wir schon an früherer Stelle herausgearbeitet. Denn je mehr eine solche Abhängigkeit gegeben ist, um so eher sind wiederum überhöhte Preise durchzusetzen, ohne daß deswegen die Nachfrager abspringen. Was wir früher als Interesse der Konzerne herausgearbeitet hatten, haben wir jetzt etwas näher untersucht: Wie nämlich dieses Interesse mit dem Mittel der Werbung tendenziell durchgesetzt werden kann. In dem Maße, wie es gelingt, in den Konsumenten so etwas wie eine Konsumsucht, eine quasi suchtmäßige Abhängigkeit von bestimmten Produkten bzw.

Marken zu erzeugen, wird, nicht nur die Konsumnachfrage in der Volkswirtschaft insgesamt angehoben, sondern auch die Nachfrage nach den einzelnen Waren stabilisiert und auf diese Weise Marktmacht aufgebaut.

7. Gewinn als Prämie für psychische Ausbeutung der Konsumenten

Je besser einem einzelnen Unternehmen oder Konzern die Manipulation der Konsumbedürfnisse gelingt, je raffinierter und ausgeklügelter die Ebene des Verstandes bei den Konsumenten unterlaufen wird und deren unbewußte Emotionen aufgewühlt und auf den Kauf des Produkts gelenkt werden, je wirksauer demnach die Konsumenten unter einen in bestimmte Richtung gelenkten Konsumzwang gesetzt werden, dem sie sich kaum entziehen können, um so erfolgreicher steht ein solches Unternehmen im Markt da, um so größer wird sein Gewinn aus fallen. Anstatt ein Maßstab zu sein für eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Produktion, wird der Gewinn auf diese Weise zur Prämie für eine rücksichtslose psychische Ausbeutung, mit der die Ängste der Menschen massenweise aufgeputscht und ausgenutzt werden für private Gewinninteressen.,

8. Konsumzwang und Zwang zur Lohnarbeit

Nicht nur, daß die Einkommen (als der Rahmen, innerhalb dessen Konsumentscheidungen getroffen werden können) in unserer Gesellschaft außerordentlich ungleichmäßig verteilt sind; auch die innerhalb des Rahmens stattfindenden Konsumentscheidungen können nach diesen Überlegungen nicht mehr als "freie Konsumwahl" oder als "Konsumfreiheit" angesehen werden, sondern als Ergebnis massiv und unterschwellig wirkender Zwänge. Voraussetzung für die Erfüllung der Konsumwünsche - gleichgültig ob sie nun manipuliert sind oder nicht ist die Verfügung über eine entsprechende Kaufkraft.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

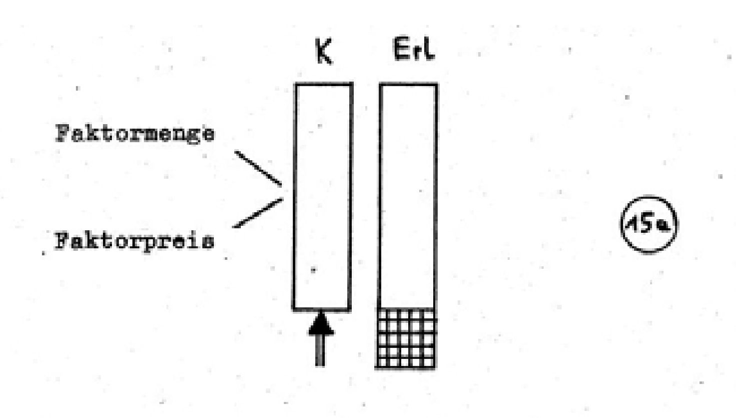
Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ZWEITER TEIL: Arbeit und Produktion

A. GEWINNORIENTIERUNG UND DRUCK AUF DIE KOSTEN

Erinnern wir uns daran, daß unsere durchgehende Fragestellung diejenige nach der Aussagekraft einzelwirtschaftlicher Gewinne und nach der Funktionsweise einer Marktwirtschaft war, in der sich die wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen an diesem einzelwirtschaftlichen Gewinn orientieren. Weil die Gewinne sich aus der Differenz zwischen Erlösen und Kosten ergeben, hatten wir zunächst die Erlösseite untersucht und waren von daher auf die Nachfrage, d. h. auf den Absatzmarkt und die dabei wirksamen Marktmechanismen gestoßen. Außerdem hatte uns die Untersuchung der Nachfragestruktur auf die Einkommensverteilung geführt und schließlich zur Diskussion von Absatzmethoden, die auf die Konsumwünsche Einfluß nehmen. Wir wollen nun im zweiten Teil die Aussagekraft der Gewinne von einer anderen Seite her durchleuchten, nämlich von der Seite der Kosten. Wir werden uns fragen, welche gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tendenzen sich daraus ergeben, daß die einzelnen Unternehmen aus dem Gewinninteresse heraus ihre Kosten relativ niedrig halten wollen bzw. unter dem Druck der Konkurrenz niedrig halten müssen. (In Abb. 15a ist der Druck auf die Kosten durch den Pfeil symbolisiert.) Dabei wird uns vor allem interessieren, welche Auswirkungen von dem Druck auf die Kosten ausgehen auf die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung, auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bzw. auf die Schaffung oder Vernichtung von Arbeitsplätzen.



I. Faktorpreis und Faktormenge

Rein rechnerisch ermitteln sich die Kosten eines Unternehmens zunächst einmal aus der Menge der eingesetzten Faktoren multipliziert mit ihrem jeweiligen Preis. Das gilt für alle Faktoren, die unmittelbar in der Produktion eingesetzt werden oder in der Lagerhaltung, in der Verwaltung oder im Vertrieb. Ob es sich um Arbeitskräfte handelt oder um Material oder um Energie, in jedem Fall wird in einem bestimmten Zeitraum eine bestimmte Menge dieses Faktors eingesetzt, und jeder dieser Faktoren hat einen bestimmten Preis (Faktorpreis). Die Faktorpreise hängen nun ihrerseits mit der Preisbildung auf den Bezugsmärkten zusammen, z.B. am Arbeitsmarkt oder am Markt für Rohstoffe oder für Halbfabrikate. Die Untersuchung dieser Preisbildungsprozesse würde wieder hineinführen in die Diskussion um die Marktmechanismen, die wir schon im ersten Teil geführt haben. Was uns in diesem zweiten Teil in erster Linie interessiert, ist die Untersuchung der Organisation des Produktions- und Arbeitsprozesses, von der der mengenmäßige Einsatz der Faktoren abhängt, oder besser gesagt: das Verhältnis zwischen mengenmäßigen Einsatz und mengenmäßiger Ausbringung, zwischen Input und Output.

Und es ist klar, daß bei gegebener Ausbringungs- und Absatzmenge und bei gegebenen Absatz- und Faktorpreisen der Gewinn der Unternehmen erhöht werden kann, wenn sich der mengenmäßige Faktoreinsatz vermindern läßt. Stehen für die Erstellung der gleichen Produkte unterschiedliche Einsatzfaktoren zur Auswahl (z.B. Kohle oder Erdöl), je nachdem welche Produktionsprozesse angewendet werden, so läßt sich der Gewinn auch dadurch steigern, daß der (in bezug auf eine bestimmte Leistungsabgabe) jeweils billigere Faktor eingesetzt wird. Welche Tendenzen ergeben sich also aus diesem Bestreben der Unternehmen, den Produktionsprozeß so zu organisieren, daß sich erstens eine mengenmäßige Einsparung an Einsatzfaktoren (im Verhältnis zur Ausbringungsmenge) ergibt und zweitens eine Verwendung relativ billiger Einsatzfaktoren (relativ im Verhältnis zu deren Leistungsabgabe)?

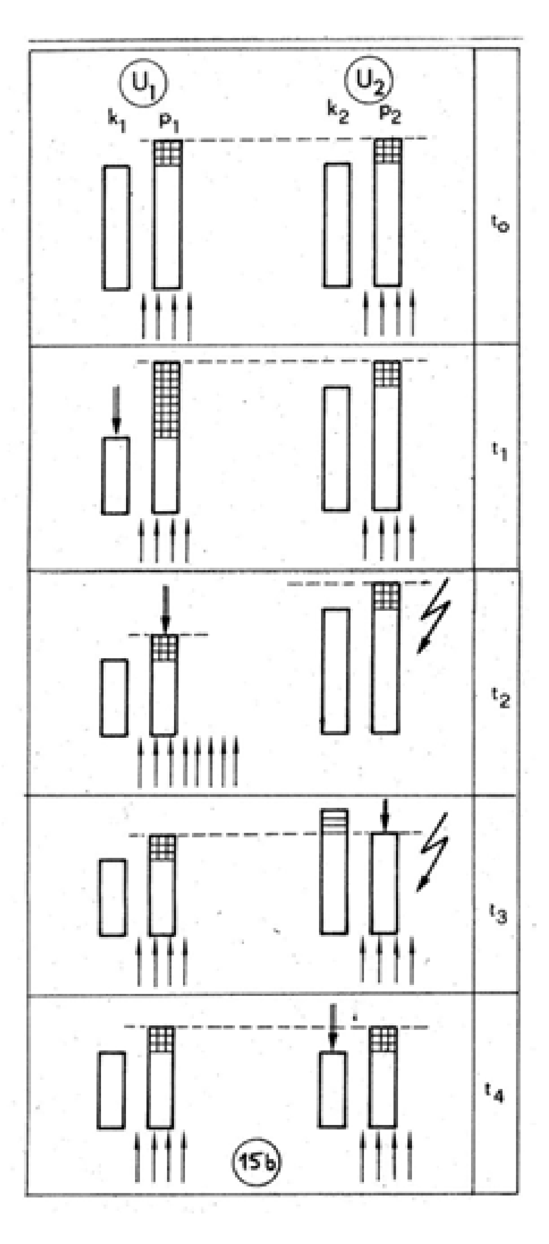
II. Sparsamer Faktoreinsatz, Effizienz und gesamtwirtschaftliches Wachstum

Wenden wir uns zunächst dem ersten Punkt zu: Wenn alle Unternehmen einer Volkswirtschaft dazu gebracht werden, sparsam mit ihren eingesetzten Produktionsfaktoren umzugehen, also z. B. keine Materialverschwendung zu betreiben und die Maschinen nicht ungenutzt herumstehen zu lassen, so scheint dies nicht nur den Unternehmen selbst zugute zu kommen, sondern auch der gesamten Volkswirtschaft. Die Erstellung einer bestimmten Menge an Produkten wird nämlich dann mit einem geringeren Einsatz von Faktoren möglich als im Fall von Nachlässigkeit und Verschwendung; oder aber mit dem gleichen Einsatz von Faktoren kann insgesamt eine größere Menge an Produkten hergestellt werden. Von daher erscheint es auch im Interesse der Gesamtwirtschaft sinnvoll, wenn Unternehmen mit relativ hohen Kosten aus dem Markt herausgeworfen werden, sobald deren Kosten über längere Zeit die Erlöse übersteigen, d. h. sobald die Unternehmen längere Zeit Verluste machen. Solche Unternehmen scheinen ganz einfach keinen hinreichenden Beitrag zum Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produkts zu leisten. Und die Sanktion des drohenden Konkurses wird auf diese Weise zu einer treibenden Kraft für die Unternehmen, mit dem Einsatz ihrer Faktoren nicht verschwenderisch umzugehen, sondern umgekehrt eine Organisation des Produktions- und Arbeitsprozesses durchzusetzen, in der ein möglichst günstiges Verhältnis zwischen Faktoreinsatz und Ausbringung erzielt wird. (Die Ökonomen sprechen hier von

einer möglichst hohen "Effizienz", d.h. einer möglichst hohen Wirksamkeit des Faktoreinsatzes.) Je effizienter der Faktoreinsatz in den einzelnen Unternehmen, desto größer wird - bei einem gegebenen Vorrat an volkswirtschaftlichen Ressourcen - das Sozialprodukt, die Summe der erstellten Güter und Dienstleistungen in einem Jahr und damit scheinbar auch der Lebensstandard der Bevölkerung.

III. Konkurrenzmechanismus Kostensenkung und technischer Fortschritt

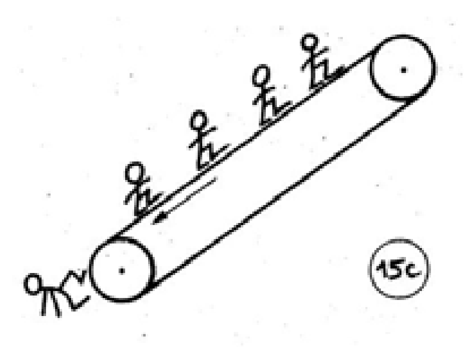
Wir wollen den Mechanismus der Konkurrenz, der die Unternehmen zu einem effizienten Faktoreinsatz zwingt, an einem Modell verdeutlichen. In Abb. 15b sind als Beispiel zwei (von vielen in Konkurrenz zueinander stehenden) Unternehmen U1 und U2 dargestellt, die die gleiche Ware produzieren.



k sind jeweils die Stückkosten und p die Absatzpreise der Ware. Für den Zeitpunkt t0 wird davon ausgegangen, daß sich beide Unternehmen weder in den Stückkosten noch im Absatzpreis voneinander unterscheiden und daß sie auch auf gleich hohe Nachfrage und damit gleiche Absatzmöglichkeiten treffen (symbolisiert durch die gleiche Anzahl der Nachfragepfeile). Während U1 nun in t1 dazu übergeht, die Stückkosten z.B. durch einen sparsamen Einsatz von Faktoren zu senken, bleibt U2 auf dem alten Stand stehen. U1 wird auf diese Weise in die Lage versetzt, seinen Absatzpreis p1 zu senken, um zusätzliche Nachfrage auf sich zu ziehen. Dem Unternehmen U2 wird auf diese Weise Nachfrage entzogen, und es gerät bei Aufrechterhaltung des bisherigen Preises p2 in eine Absatzkrise (symbolisiert durch den die Krise andeutenden Blitz). Ihm bleibt nichts anderes übrig, als zur Sicherung seines Absatzes ebenfalls den Preis zu senken. Ohne Veränderung der Kostensituation gerät U2 aber durch die Preissenkung in die Verlustzone: Der Preis pro Stück sinkt unter die Stückkosten ab. Spätestens in dieser Phase muß U2 erkennen, daß ihm gar keine andere Möglichkeit bleibt, als seinerseits ebenfalls die Stückkosten zu senken, z.B. durch ebenfalls sparsamen Einsatz von Faktoren. Auf dem bisherigen Stand der Produktionsverfahren stehen zu bleiben, würde für U2 den ökonomischen Untergang bedeuten. Stillstand bedeutet insofern einen Rückschritt innerhalb des Konkurrenzkampfes.

Das, Ergebnis dieses Prozesses läßt sich gut veranschaulichen anhand einer abwärts laufenden Rolltreppe (Abb. 15c): Wer auf einer solchen Rolltreppe stehen bleibt, fällt unweigerlich in den Abgrund (Konkurs). Um dieser drohenden Strafe zu entgehen, muß man immer schneller

treten, und am sichersten schützt man sich vor dem Zurückfallen, indem man dem anderen möglichst noch eine Nase voraus ist. Wenn wir davon ausgehen, daß das Tempo der Rolltreppe durch das Schritttempo der darauf Laufenden bestimmt wird, dreht sich die Treppe unter den Füßen der Leute umso schneller, je schneller sie treten. Indem also jeder der drohenden Strafe des Herunterfallens entgehen will und entsprechend schneller tritt (um möglicherweise den anderen sogar eine Nase voraus zu sein), trägt er mit dazu bei, daß sich die Rolltreppe schneller abwärts bewegt.



Das Tempo der Rolltreppe, obwohl durch die Summe der einzelnen Tretbewegungen hervorgerufen, wird auf diese Weise auf einmal für jeden einzelnen zu einem äußeren Zwang, dem er sich nicht entziehen kann, es sei denn bei Strafe des Untergangs. Die einzelnen sind zwar scheinbar frei, schneller oder langsamer zu treten, aber wenn sie dem Untergang entgehen wollen, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als sich dem durchschnittlichen und sich immer mehr verschärfenden Tempo anzupassen, wobei sie selbst - ohne es unter Umständen zu wissen oder zu wollen - mit zur ständigen Temposteigerung beitragen.

Auf den ökonomischen Mechanismus der Konkurrenz übertragen, brauchen wir die Figuren auf der Rolltreppe nur durch einzelne Unternehmen zu ersetzen und das Tempo der Tretbewegung durch das Tempo in der Veränderung der Produktionsmethoden und damit einhergehend der Stückkostensenkung. In der Konkurrenz bedeutet Stillstand in den Produktionsmethoden für die einzelnen Unternehmen ein Rückschritt. Wenn sie dem Untergang (Konkurs) entgehen wollen, sind sie gezwungen zu ständigen Veränderungen der Produktionsprozesse mit dem Ziel der Stückkostensenkung, sind sie gezwungen zur Durchsetzung des "technischen Fortschritts".

Nach liberaler Auffassung kommt deswegen die wirtschaftliche Konkurrenz allen zugute, weil sie über eine Durchsetzung des technischen Fortschritts zu einem ständigen Anwachsen der Produktion und des Lebensstandards führt. Die Liberalen sehen die treibende Kraft der Konkurrenz allerdings nicht in einem äußeren Zwang, der in der Struktur des Ökonomischen Systems angelegt ist, sondern in dem natürlichen egoistischen Streben des Menschen nach seinem eigenen Vorteil, d.h. in diesem Fall: in dem Streben der Unternnehmen nach Gewinn. Der Vorteil der Marktwirtschaft wird darin gesehen, daß sie dieses als natürliches angesehene egoistische Streben in einer Weise zur Entfaltung kommen läßt, die sich nicht gegen die Interessen anderer richtet, sondern der ganzen Gesellschaft zugute kommt.

Wir wollen an dieser Stelle nicht in eine Diskussion darüber einsteigen, ob der Egoismus des Menschen nun naturnotwendig ist oder ob er erst durch bestimmte gesellschaftliche Einflüsse und Strukturen entsteht. Auf diese Frage kommen wir später im Zusammenhang mit der

Diskussion des Konkurrenzverhaltens und der psychischen Mechanismen der Charakterbildung zurück. Worum es hier zunächst geht, ist die Frage, ob die Konkurrenz der Unternehmen untereinander und der dadurch erzeugte Druck auf die Kosten tatsächlich eine höhere Effizienz der Produktion und eine Durchsetzung des technischen Fortschritts zum Wohle aller bewirken; ob also der Konkurrenzdruck zum allgemeinen Wohlstand beiträgt. Wir wollen dieser Frage nachgehen, indem wir mögliche Methoden der Kostensenkung innerhalb der Unternehmen näher untersuchen und deren Auswirkungen nicht nur auf den Unternehmensgewinn, sondern auch auf die Arbeitssituation der Beschäftigten sowie auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung bzw. auf die Umwelt diskutieren. Hierzu wollen wir uns zunächst vertraut machen mit den Grundzügen des betriebswirtschaftlichen Denkens in bezug auf die gewinnmaximale Gestaltung des Produktionsprozesses. Im folgenden werden wir uns deshalb zunächst mit einem Optimierungsmodell der betriebswirtschaftlichen Produktions- und Kostentheorie auseinandersetzen.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ZWEITER TEIL: Arbeit und Produktion

B. DIE BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE OPTIMIERUNG DES PRODUKTIONSPROZESSES

I. Der betriebswirtschaftliche Begriff der Effizienz

Die Betriebswirtschaftslehre führt in ihrer Produktions- und Kostentheorie die unterschiedlichen Produktionsprozesse der einzelnen Unternehmen auf einen gemeinsamen Kern zurück und betrachtet - bei allen Unterschieden im einzelnen - jeden Produktionsprozeß als ein bestimmtes Verhältnis zwischen Input und Output, d. h. zwischen Einsatzfaktoren (Input), die in die Produktion eingehen und dort verarbeitet werden, und einem dabei herauskommenden Produkt (Output). Der denkbar, einfachste Fall eines Produktionsprozesses besteht darin, daß zwei Einsatzfaktoren (v1 und v2) im Produktionsprozeß miteinander in bestimmter Weise, d.h. nach einem bestimmten technischen Verfahren miteinander kombiniert werden (Faktorkombination), um auf diese Weise ein Produkt x herzustellen (dargestellt in Abb. 15b).

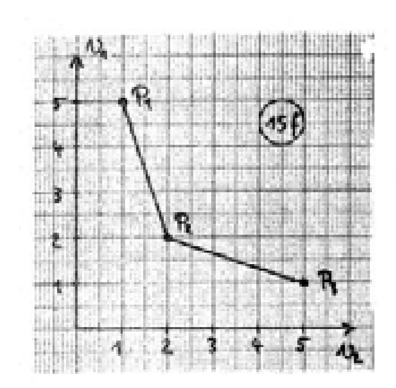
In der Realität sind die Produktionsprozesse in der Regel viel komplizierter: Die Zahl der angesetzten Faktoren ist meist viel höher, und oft entsteht im Produktionsprozeß einer Unternehmung auch nicht nur ein Produkt, sondern eine Vielzahl von Produkten, deren Produktionsprozesse mehr oder weniger miteinander zusammenhängen. Dennoch ist es sinnvoll, zunächst von dem denkbar einfachsten Fall auszugehen, um bereits an ihm gewisse Grundprobleme herauszuarbeiten zu können. (Die Übertragung der Überlegungen auf kompliziertere Fälle bereitet meist keine prinzipiellen Schwierigkeiten, sondern erfordert nur andere Methoden der Darstellung bzw. Berechnung, d.h. kompliziertere mathematische Verfahren.)

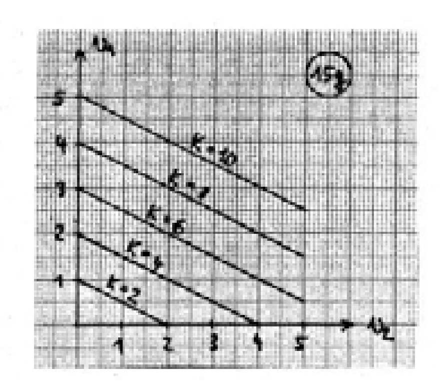
In Abb. 15: werden auf den beiden Achsen des Koordinatensystems die Mengen der beiden Einsatzfaktoren v1 und v2 abgetragen. Jeder Punkt innerhalb der Ebene stellt eine bestimmte mengenmäßige Kombination der beiden Faktoren dar (entsprechend den Koordinaten des Punktes), d.h. unterschiedliche Produktionsprozesse, die jeweils gleiche Mengen des Produkts x = 100 hervorbringen. Der Produktionsprozeß P1 z.B. erfordert 5v1 + 1v2, der Produktionsprozeß P2 beinhaltet eine Kombination von 2v1 +2v2 usw. (Zum Beispiel ist es denkbar, daß das gleiche Produkt mit unterschiedlichem Einsatzverhältnis zwischen Arbeitskraft und Maschinen hergestellt werden kann.) Die in der Graphik aufgeführten

Produktionsprozesse P1 bis P4 sollen die in dem Unternehmen technisch möglichen Produktionsprozesse für die Herstellung von 100 Einheiten des Produkts x darstellen. Für das Unternehmen stellt sich unter solchen Bedingungen die Frage, ob bestimmte Produktionsprozesse anderen vorzuziehen sind. Betrachten wir deshalb die einzelnen angegeben Produktionsprozesse etwas näher und vergleichen sie miteinander.

Wenn wir P1 mit P2 vergleichen, stellen wir fest, daß bei P2 weniger vom Faktor v1 und dafür mehr vom Faktor v2 eingesetzt wird. Genauer: 3v1 weniger und stattdessen 1v2 mehr. Ist deswegen der Produktionsprozeß P2 dem Produktionsprozeß P1 überlegen? Denn 3 weniger und 1 mehr scheint in der Summe ja 2 Einsatzfaktoren weniger zu ergeben, so daß P2 insgesamt ein sparsameres Produktionsverfahren zu sein scheint. Aber so einfach kann man natürlich nicht vorgehen. Denn möglicherweise ist eine Mengeneinheit von Faktor 1v1 zehnmal billiger als 1v2, und dann würde die Einsparung von 3v1 weniger Kosten vermindern als durch ein zusätzliches v2 an Kosten hinzukommt. Solange wir also über die Preise der Einsatzfaktoren nichts wissen, können wir nicht den einen Faktor mengenmäßig gegen den anderen aufwiegen. Ohne Kenntnis der Preise kann deswegen über eine Überlegenheit des einen oder anderen Produktionsprozesses nichts ausgesagt werden. Das Gleiche gilt, wenn wir P2 mit P3 vergleichen: P3 erfordert 1v1 weniger und dafür 3v2 mehr.

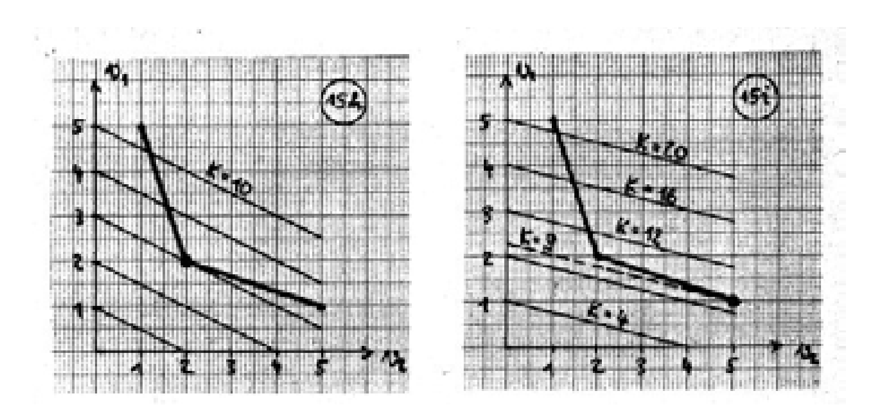
Wenn wir aber z.B. P2 mit P4 vergleichen, liegen die Dinge etwas anders: Denn beim Produktionsprozess P4 werden sowohl von v1 als auch von v2 größere Mengen benötigt, nämlich 1v1 und 1v2 mehr als bei P2. Ganz egal also, wie hoch die Faktorpreise von v1 und von v2 sind, in jedem Fall führt eine größere Einsatzmenge von beiden Faktoren zu höheren Kosten (solange die Faktoren überhaupt etwas kosten, wovon in diesem Modell ausgegangen wird). Der Produktionsprozeß P4 kann deswegen von vornherein als "ineffizient" ausscheiden, weil er von allen eingesetzten Faktoren eine größere Menge beansprucht. - Ähnlich liegt es beim Vergleich zwischen P2 und P5. Vom Faktor v1 benötigt P5 zwei Mengeneinheiten mehr, ohne dafür an Faktor v2 etwas einzusparen. Auch in diesem Fall sind die Kosten vom P5 ebenfalls höher als von P2. P4 und P5 scheiden deshalb beide als "ineffiziente Produktionsprozesse" aus der weiteren Betrachtung aus. Übrig bleiben P1, P2 und P3. In Abb. 15f sind diese drei Produktionsprozesse noch einmal gesondert dargestellt und mit einer Linie untereinander verbunden. (Diese Linie wird in der Betriebswirtschaftslehre "Isoquante" genannt, d.h. Linie gleicher Mengen, weil ihre Punkte die gleiche produzierte Menge x = 100 darstellen, die mit unterschiedlichen Faktorkombinationen hergestellt werden können.)





II. Die betriebswirtschaftliche Minimalkostenkombination

Welcher der drei Produktionsprozesse aber nun derjenige mit den geringsten Kosten ist, kann erst entschieden werden, wenn die Faktorpreise (q1 bzw. q2) bekannt sind. In Abb. 15g wird angenommen, daß q1=2 und q2=1 betragen. Hat das Unternehmen z.B. eine Kostensumme von 10 zur Verfügung, so könnte es davon entweder 5v1 kaufen (zum Preis von q1=2) oder 10v2 (zum Preis von q2=1) oder aber alle möglichen Kombinationen dazwischen: Für jedes v1 weniger können zwei zusätzliche v2 gekauft werden, was, in der entsprechenden Steigung der Kostengrade K=10 zum Ausdruck kommt. (Diese Gerade wird in der Betriebswirtschaftslehre "Isokostenlinie" genannt) Die anderen Kostengeraden K=8, K=6 usw. stellen entsprechend diejenigen Faktorkombinationen dar, die mit einer Kostensumme von 8 bzw. 6 usw. zu kaufen wären.



In Abb. 15h sind nun die beiden Darstellungen aus Abb. 15f und Abb. 15g zur Deckung gebracht. Es zeigt sich, daß für den Produktionprozeß P2 eine Kostensumme von K=6 anfällt; für P hingegen liegt die Kostensumme über K=10 und auch für P3 liegt sie über K=6. Unter den angegebenen Bedingungen, d.h. unter Kenntnis der unterschiedlichen Produktionsprozesse einerseits und der Faktorpreise andererseits, ergibt sich P2 als derjenige Produktionsprozeß mit den geringsten Kosten (die Ökonomen sprechen deshalb von der "Minimalkosten-Kombination".) Diese Faktorkombination mit den minimalen Kosten ergibt sich in unserm Beispiel an der Stelle, wo die Isoquante von einer Isokostenlinie berührt wird. (K=8 z.B. berührt in unserem Beispiel nicht die Isoquante, sondern schneidet sie, während K=4 die Isoquante gar nicht erreicht.)

Bei anderen Faktorpreisen kann sich hingegen ein anderer Produktionsprozeß als kostenminimal erweisen. In Abb. 15i hat sich z.B. der Preis des Faktors v1, nämlich q1, von 2 auf 4 verdoppelt. Graphisch macht sich das darin bemerkbar, daß sich die Schar der Kostenlinien um ihre jeweiligen Schnittpunkte mit der waagerechten Achse nach links dreht. Mit einer Kostensumme von K=10 z.B. lassen sich nicht mehr, wie vorher, 5v1 kaufen, sondern nur noch 2,5 v1 zum Preis von q1=4. Unter diesen veränderten Bedingungen wird P3 zum kostenminimalen Produktionsprozeß. P3 liegt dabei auf der (bisher nicht eingezeichneten) Isokostenlinie K=9.

So verwirrend zunächst die graphische Darstellung erscheinen mag, so simpel ist doch das Ergebnis: Wenn sich einer der Einsatzfaktoren verteuert (in unserem Beispiel v1), dann wird von den zur Auswahl stehenden Produktionsprozessen unter dem Gesichtspunkt der

Kostenminimierung derjenige ausgewählt, bei dem dieser teure Faktor in relativ geringen Mengen beansprucht wird. In unserem Fall ist das Produktionsprozeß P3, der vom Faktor v1 eine Mengeneinheit weniger beansprucht als P2 . Die Tatsache, daß er stattdessen 3v2 mehr benötigt, fällt deswegen nicht ins Gewicht, weil v2 relativ billig ist.

Verteuert sich z.B. der Faktor Arbeitskraft, d.h. die Löhne bei gleichbleibenden Maschinenkosten, so kann es für ein Unternehmen sinnvoll werden, sich von arbeitsintensiven Produktionsprozessen umzustellen auf mehr maschinenintensive Produktionsprozesse. Verteuert sich das Erdöl gegenüber der Kohle, so kann es sinnvoll werden, die Produktionsprozesse umzustellen von Erdöl auf Kohle. Ob die Umstellung auf den jeweils kostenminimalen Produktionsprozeß erfolgt, hängt selbstverständlich davon ab, ob die Produktion vom Technischen her ohne weiteres umzustellen ist bzw. mit welchen Kosten eine solche Umstellung verbunden wäre, und davon, wie groß im Verhältnis dazu die Faktorpreisveränderungen sind und als wie langfristig sie eingeschätzt werden. Eine Umstellung z.B. der Energieversorgung von Erdöl auf Kohle oder andere Energien würde die bisher verwendeten Benzinmotoren und Aggregate überflüssig machen und die Anschaffung anderer Kraftmaschinen erfordern. Es ist klar, daß es zu einer solch grundlegenden Umstellung des Produktionsprozesses, der mit hohen Umstellungskosten verbunden wäre, nur dann kommen wird, wenn die Verteuerung des Erdöls erstens erheblich ist und zweitens als von langer Dauer eingeschätzt wird.

III. Die Grundprinzipien betriebswirtschaftlicher Optimierung

Was wir anhand des einfachen Modells der Minimalkostenkombination herausgearbeitet haben, sind zwei zentrale Prinzipien gewinnorientierter Produktion:

- Erstens aus der Menge der technisch möglichen Produktionsprozesse die ineffizienten Produktionsprozesse auszusortieren und aus einer weiteren Betrachtung auszuklammern.
- Zweitens aus den verbliebenen effizienten Produktionsprozessen unter Berücksichtigung der jeweiligen Faktorpreise den kostenminimalen Produktionsprozeß auszuwählen.

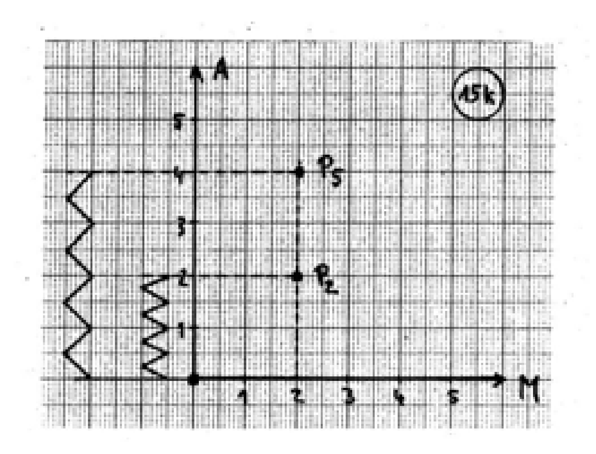
(Daß darüberhinaus die Berücksichtigung der Absatzseite hinzukommen muß, hatten wir im Kapitel "Markt und Konsum" bereits diskutiert.) Nach diesem Prinzip sind sämtliche betriebswirtschaftlichen Optimierungsmodelle der Produktionsplanung aufgebaut, auch wenn sie viel komplizierter sind als unser Beispiel. Was wir hier herausgearbeitet haben, ist - bezogen auf die Planung des Produktionsprozesses - der Inbegriff einzelwirtschaftlich rationalen Verhaltens. Wenn sich Unternehmen nach diesem Prinzip verhalten, scheint garantiert zu sein, daß sie ihren gesamtwirtschaftlich sinnvollen Beitrag zur sparsamen Verwendung von Resourcen, zur Produktivitätssteigerung, zum Wirtschaftswachstum und zum allgemeinen Wohlstand leisten. Und wir hatten bei der Diskussion des Konkurrenzmechanismus herausgearbeitet, daß sie in der Tendenz zu einem solchen Verhalten gedrängt werden.

Unternehmen, die im Wettlauf um die Kostenminimierung nicht mit der Konkurrenz mithalten können, fallen als erste die Rolltreppe hinunter, fallen aus der Konkurrenz heraus. Die Betriebswirtschaftslehre gibt ihnen lediglich die wissenschaftlichen Planungsmethoden an die Hand, mit deren Hilfe diese Aufgabe der Kostenminimierung rational gelöst werden kann. Die Betriebswirtschaftslehre selbst betrachtet sich dabei als neutrale Wissenschaft, als

wertfreie Wissenschaft, die nur die Planungsinstrumente liefert zur Erreichung bestimmter Ziele, die ihrerseits aber keine Bewertung der zugrunde liegenden Ziele (z.B. der Gewinnmaximierung) vornimmt. Ihre Vertreter heben immer wieder hervor, daß in ihre Theorien keinerlei besondere Interessen eingehen, es sei denn, sie werden als solche ausgesprochen.

IV. "Wertfreie" Betriebswirtschaftslehre und Unternehmerinteresse

Wir wollen uns mit dieser Behauptung nicht begnügen, sondern das Modell und die darin verankerte Denkweise etwas genauer untersuchen. Stellen wir uns z.B. vor, bei den beiden Einsatzfaktoren handele es sich um Arbeitskraft A einerseits und um Maschinen M andererseits, wobei die Mengeneinheit der beiden Faktoren in Arbeitsstunden bzw. Maschinenstunden gemessen wird (Abb. 15k). Wir waren vorhin bei dem Vergleich der beiden Produktionsprozesse P2 und P5 zu dem Ergebnis gekommen, daß P5 vergleichsweise ineffizient ist, weil er von Faktor v1 mehr beansprucht, ohne deswegen von Faktor v2 weniger zu verbrauchen. Betrachten wir die beiden, Produktionsprozesse noch einmal unter dem Gesichtspunkt, daß es sich bei v1 um Arbeitsstunden und bei v2 um Maschinenstunden handelt. Um die gleiche Menge x = 100 zu produzieren, scheint es auf jeden Fall sinnvoll, beim Einsatz von zwei Maschinenstunden nur zwei Arbeitsstunden anstatt vier Arbeitsstunden einzusetzen Vier Arbeitsstunden wären schließlich eine Verschwendung des Faktors Arbeitskraft. Es würde bedeuten, daß bei diesem Produktionsprozeß P5 die doppelte Arbeitszeit gebraucht würde wie bei P2. In der Tat kann nach dem gesunden Menschenverstand ein solch verschwenderischer Produktionsprozeß von vornherein nicht in Betracht kommen.



Überlegen wir uns aber einmal, was hinter der halben Arbeitsstundenzahl im Produktionsprozeß P2 stecken kann: Sie kann z.B. damit zusammenhängen, daß der Produktionsprozeß sinnvoller organisiert ist, daß viele unnötige Wege für den einzelnen Arbeiter innerhalb der Werkhallen wegfallen, daß Stockungen im Produktionsablauf beseitigt werden und eine bessere Koordinierung der einzelnen Teile des Produktionsprozesses stattfindet, so daß die Arbeiter nicht unnütz herumstehen müssen oder sich in überflüssigen Tätigkeiten verschleißen. Wer wollte dagegen etwas einwenden, wenn derartige. Stockungen ausgeräumt werden?

Aber hinter dem zahlenmäßig geringeren Einsatz des Faktors Arbeitskraft kann sich eben auch etwas ganz anderes verbergen, z. B. eine Verkürzung der Pausen für die Arbeiter, eine ununterbrochene Beanspruchung der Konzentration und Körperkraft der Arbeiter, eine Beschleunigung des ganzen Arbeitstempos bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Es kann sich dahinter verbergen eine verschärfte Überwachung und Kontrolle der Arbeiter, durch die sie ständig in ihrem Arbeitstempo angetrieben werden. Kurz: verschärfte Arbeitsbedingungen, die aus dem Arbeiter alles herausholen, was herauszuholen ist. Mit anderen Worten: Der Grund dafür, daß beim Produktionsprozeß P2 nur die halbe Zahl an Arbeitsstunden benötigt wird, kann in einer Verdoppelung der Arbeitsintensität, in einer Verdoppelung des Arbeitsrhythmus liegen. In der gleichen Zeit muß der einzelne Arbeiter die doppelte Anzahl von Handgriffen verrichten, läuft das Fließband doppelt so schnell usw. (in Abb. 15k ist der jeweilige Arbeitsrhythmus symbolisiert durch die Zacken links neben der A-Achse. Während sich bei P5 vier Arbeitsrhythmen auf vier Stunden verteilen, sind sie bei P2 in zwei Stunden hineingepreßt.)

Der Produktionsprozeß P2 kann also für die Arbeiter verbunden sein mit einer fast unerträglichen Anspannung und Hetze, bei der sie nach Feierabend vollends verausgabt sind und zu nichts anderem mehr fähig als sich vor den Fernseher zu hocken und mit Alkohol vollaufen zu lassen, um am nächsten Tag wieder dieselbe Tortur, anzutreten. Beim Produktionsprozeß P5 hingegen kann die größere Einsatzmenge des Faktors Arbeitskraft, d.h. der Einsatz der doppelten Anzahl von Arbeitsstunden, damit zusammenhängen, daß es sich um Arbeitsbedingungen handelt, bei denen kein Raubbau an psychischen und körperlichen Kräften der Arbeiter getrieben wird. Daß es sich um eine Gestaltung des Arbeits- und Produktionsprozesses handelt, bei der sich der Arbeiter nicht total verausgabt und gesundheitlich ruiniert wird, sondern wo er sich mit Spaß in die Arbeit einbringt, weil sie seinen körperlichen und psychischen Möglichkeiten entgegenkommt. Einen solchen humaneren Arbeitsprozeß von vornherein als "ineffizient" auszuschalten, wäre gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet und wäre eindeutig im Interesse der Unternehmen, die an maximalen Gewinn interessiert sind.

Die scheinbar wertfreie Betriebswirtschaftlehre, die angeblich über den Interessen schwebt, hat in ihrem Begriff der "Effizienz" demnach einseitig die Gewinninteressen der Unternehmen übernommen, ohne dies an einer einzigen Stelle auszusprechen. Diese einseitigen Unternehmerinteressen schleichen sich stillschweigend in die Begriffsbildung ein und schleppen sich durch die ganze Theoriebildung der Betriebswirtschaftslehre. Uns ist es ja vorhin fast selbst so gegangen: Man stolpert fast unmerklich in diese Begriffe hinein und es scheint voll dem "gesunden Menschenverstand" zu entsprechen, ineffiziente Produktionsprozesse auszuklammern, und es ist auch plausibel, solange es sich um totes Material handelt oder um tote Maschinen. Da scheint es in jedem Fall sinnvoll, mit möglichst geringen Mengen an Einsatzfaktoren auszukommen. Aber die lebendige Arbeit des Menschen ist eben nicht gleichzusetzen mit den toten Einsatzfaktoren, obwohl es die Betriebswirtschaftslehre tut!

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ZWEITER TEIL: Arbeit und Produktion

C. DIE DURCHSETZUNG DER INNERBETRIEBLICHEN ARBEITSTEILUNG

Was sind nun die wesentlichen Methoden, mit denen die Effizienz des Produktionsprozesses gesteigert werden kann bzw. im Zuge der Industrialisierung gesteigert worden ist? Vielleicht ist es sinnvoll, für die Diskussion dieser Fragen auszugehen von den Produktionsprozessen, wie sie vor Beginn der Industrialisierung vorherrschend waren, um den ganzen Prozeß der Veränderung in seiner inneren Logik nachvollziehen zu können. Dabei wollen wir nicht nur diskutieren, wie sich bestimmte Veränderungen des Produktionsprozesses auf die Effizienz und die gesamtwirtschaftliche Produktivität auswirken, sondern auch, welche Wirkungen davon auf die in den Produktionsprozeß beschäftigten Arbeiter ausgehen. (Die folgenden Ausführungen finden sich teilweise wörtlich wieder in B. Senf: Politische Ökonomie des Kapitalismus, Mehrwert 17, Berlin 1978, S. 113 ff.)

I. Die Überwindung der handwerklichen Produktionsweise

Vor Beginn der Industrialisierung im Frühkapitalismus waren die Produktionsprozesse im wesentlichen durch, die handwerkliche Produktionsweise bestimmt. Kennzeichen dieser Produktionsweise war es, daß der einzelne Handwerker nicht nur den Gesamtablauf der Produktion in seinen einzelnen aufeinanderfolgenden Schritten durchführte, sondern daß er auch die Planung der Produktion besorgte und vielfach sogar den Absatz seiner Produkte. Es bestand insofern eine Einheit zwischen planender und ausführender Tätigkeit, und die ausführende Tätigkeit bestand aus in sich zusammenhängenden einzelnen Arbeitsabläufen, deren Summe das fertige Produkt ergab.

1. Die Zusammenfassung einzelner Handwerker in der Manufaktur

Wenn wir modellhaft von einem Produktionsprozeß mit vier unterschiedlichen Arbeitsschritten ausgehen (z.B. Sägen, Hobeln, Bohren, Schleifen) und wenn wir die unterschiedlichen Arbeitsgänge durch unterschiedliche Dreiecke bzw. Vierecke symbolisieren, so kann das Prinzip der handwerklichen Produktionsweise wie in Abb. 16a dargestellt werden. Der waagerechte Block stellt das Gesamtprodukt, hervorgehend aus der Folge der unterschiedlichen Arbeitsschritte dar, während der Kreis links neben dem Block den

Handwerker andeuten soll, der die einzelnen Arbeitsschritte, nacheinander durchführt. Ursprünglich arbeiteten die Handwerker in einzelnen Werkstätten, räumlich mehr oder weniger voneinander entfernt. Erst zur Zeit des Frühkapitalismus und mit dem Aufkommen großer Manufakturen wurde eine große Zahl von Handwerkern unter einem Dach zusammgefaßt, wobei sich die Produktionstechnik der einzelnen zunächst noch nicht unterschied von der handwerklichen Produktionstechnik.

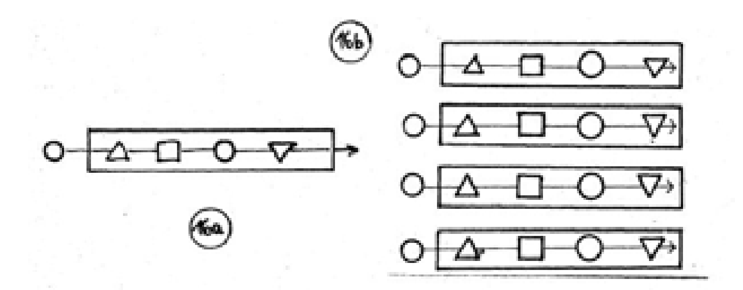


Abb. 16b will diese Zusammenfassung vieler Handwerker unter einem Dach am Beispiel von vier Handwerkern, die alle das gleiche Produkt fertigen, symbolisieren. Was die Handwerker in die Manufaktur trieb und woher das Geld kam, um überhaupt solche großen Fabrikationstätten aus dem Boden zu stampfen und für eine Masse von Arbeitern die Löhne vorzuschießen, wollen wir an dieser Stelle noch nicht diskutieren. Wir kommen später auf diese Frage zurück. Hier soll es erst einmal darum gehen, mit welchen Mitteln - ausgehend von der handwerklichen Produktionweise - die Effizienz des Produktionsprozesses gesteigert werden kann.

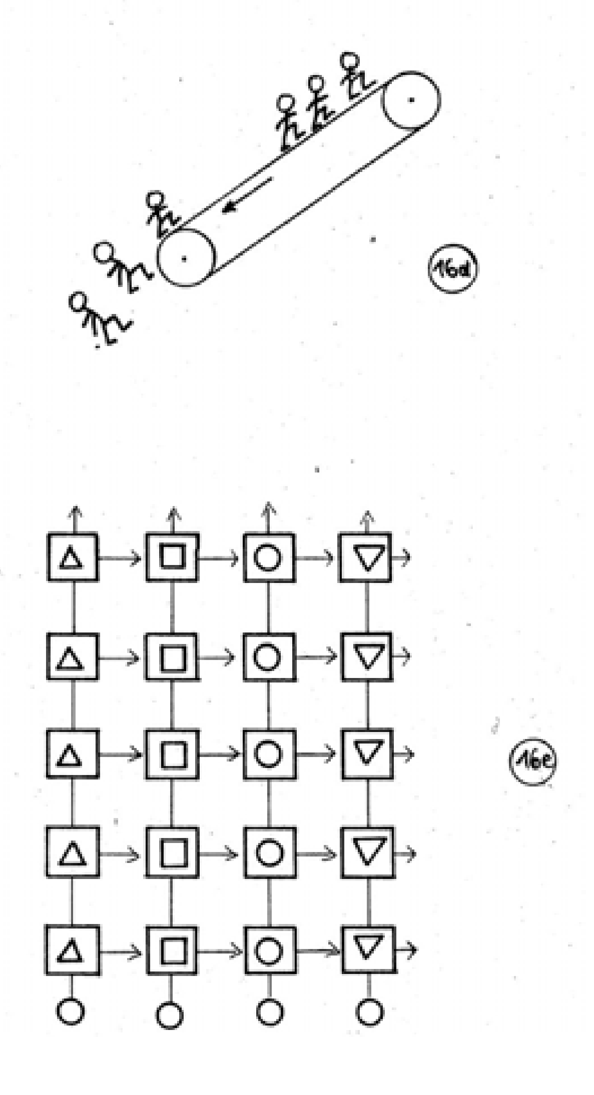
2. Kooperation und Produktivitätssteigerung

Zunächst einmal bedeutet ja bereits die Zusammenfassung vieler Handwerker unter einem Dach und deren Kooperation eine Effizienzsteigerung, verglichen mit der Summe der vorher in einzelnen Handwerksbetrieben versplitterten Produktionsprozesse: Statt vieler kleiner Werkstätten gibt es jetzt eine große Werkshalle. Anstatt daß jeder Handwerker mit allen Werkzeugen ausgestattet ist, von denen er immer nur jeweils eines benutzen kann (während die anderen ungenutzt herumliegen), kommt man in einer Manufaktur mit insgesamt weniger Werkzeugen aus. Wenn der eine die Säge benutzt, kann der andere hobeln, der dritte kann mit dem Bohrer arbeiten und der vierte mit den Schleifwerkzeugen, so daß im Extremfall bei bestmöglicher Organisation in unserem Beispiel nur ein Viertel der Werkzeuge gebraucht würde.

Das würde freilich voraussetzen, daß die nebeneinanderlaufenden Produktionsprozesse zeitlich untereinander so koordiniert würden, daß sich die Beanspruchung desselben Werkzeuges durch unterschiedliche Arbeiter nicht überschneidet. Die hier angedeutete Effizienzsteigerung durch Einsparung von Werkzeugen wäre also möglich durch eine bestimmte Organisation des Produktionsprozesses, die die einzelnen bisher nebeneinander laufenden Arbeitsgänge in einen inneren Zusammenhang, in eine bestimmte geordnete Struktur bringen.

3. Verschärfte Konkurrenz zwischen Handwerksbetrieben und Manufakturen

Allein schon durch einen derart organisierten Produtkionsprozeß, konnten die Manufakturen die Stückkosten senken und ihre Produkte billiger anbieten als die traditionellen Handwerksbetriebe, wodurch sich die Konkurrenzsituation der Handwerksbetriebe verschärfte und sie zunehmend in Konkurs gingen, d.h. auch das Eigentum an Produktionsmitteln und damit ihre ökonomische Existenzgrundlage verloren. Die in der Konkurrenz mit den Manufakturen ökonomisch ruinierten Handwerker wurden auf diese Weise gezwungen, ihren Lebensunterhalt auf andere Weise zu verdienen. Durch die verschärfte Konkurrenz des Eigentums beraubt, blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihre Arbeitskraft als Lohnarbeiter an die Eigentümer der Manufakturen zu verkaufen. Insofern war die ökonomische Vernichtung der Handwerksbetriebe eine wesentliche Quelle, um die Manufakturen mit immer neuen Lohnarbeitern zu versorgen. Auf andere Quellen kommen wir später noch zu sprechen. (Abb. 16d will das verschärfte Tempo der Konkurrenz zwischen den Manufakturen und den Handwerksbetrieben und das dadurch bedingte Herausfallen der letzteren symbolisieren.)



4. Innerbetriebliche Arbeitsteilung und Produktivitätssteigerung

Die verschärfte Konkurrenz hatte aber auch Auswirkungen auf die Manufakturen selbst, die nicht bei ihrer Form der Arbeitsorganisation stehen bleiben konnten. Überlegen wir uns, worin der nächste Schritt einer Effizienzsteigerung bestehen konnte. Darin, daß innerhalb der Manufakturen der einzelne Arbeiter das Produkt nicht mehr von Anfang bis Ende fertigte, sondern daß er sich auf bestimmte Teilverrichtungen spezialisierte. Abb. 16e symbolisiert die Durchsetzung der innerbetrieblichen Arbeitsteilung: Der eine Arbeiter ist nur noch mit Sägen beschäftigt (erstes Dreieck), der zweite nur noch mit Hobeln (Viereck) usw. Dadurch, daß sich jeder nur noch auf einen bestimmten Arbeitsablauf spezialisiert, kann er die entsprechenden Bewegungen nach einiger Zeit viel schneller durchführen, weil er sie schon fast automatisch macht, schon fast im Schlaf. Und wenn alle Arbeiter auf einmal ihre Arbeitsgänge schneller ausführen als vorher, kann in der Summe mehr produziert werden. In Abb. 16e ist angenommen, daß sich die Produktion auf diese Weise von vier auf sechs Stück, d.h. um 50% erhöht.

5. Kampf des Bürgertums um die wirtschaftlichen Freiheiten

Die Durchsetzung der Arbeitsteilung in den Manufakturen ermöglichte also eine sprunghafte Steigerung der Produktivität. Diese neuartige Organisation des Produktionsprozesses schien die Grundlage zu schaffen für eine gewaltige Steigerung der Produktion und für eine allgemeine Anhebung des Lebensstandards. Nicht umsonst schilderte der Hauptvertreter der liberalen Ökonomen, A. Smith, begeistert die produktivitätsmäßigen Vorteile der Arbeitsteilung (am Beispiel einer Stecknadelfabrik). Wenn nur die Bedingungen geschaffen würden, um die wachsende Produktion auch an den Märkten abzusetzen, d. h. wenn die Märkte und die Preisbildung keinerlei Reglementierungen mehr unterliegen würden und gleichzeitig jedem der Zugang zu jeder beliebigen Produktion ermöglicht würde (Gewerbefreiheit), dürften der allgemeinen Wohlstandssteigerung kaum noch Grenzen gesetzt sein. Das war die, euphorische Einschätzung der klassischen Liberalen von den Vorteilen der Arbeitsteilung; und um diese Vorteile voll zur Entfaltung kommen zu lassen, forderten sie die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung, den freien Zugang zu jedem Gewerbe (was bis dahin durch die Existenz der Zünfte nicht gegeben war), forderten sie ein Heraushalten des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen und aus der Bildung der Preise (die vielfach staatlich reglementiert waren), forderten sie auch den Abbau von Zöllen, damit sich die Märkte auch über größere Gebiete hin frei entfalten konnten. Die freie Konkurrenz der Unternehmen und die dadurch erzwungene Durchsetzung der produktivitätssteigernden Arbeitsteilung in den Manufakturen wurde als Segnung der Menschheit empfunden, deren Entfaltung keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden dürften.

Abbau aller Hemmnisse einer wirtschaftlich freien Entfaltung - so hieß die liberale Devise; Kampf gegen alle Beschränkungen, die der Feudalismus der wirtschaftlich freien Betätigung in den Weg stellte, z.B. gegen Gewerbeschranken und gegen Zollschranken. Der Kampf um die wirtschaftlichen Freiheiten und gegen die Fesseln des Feudalismus schien gleichbedeutend mit einem Kampf um die Freiheit der ganzen Gesellschaft. Die Ideale des aufsteigenden Bürgertums, d. h. der Kaufleute und der Unternehmer, schien identisch zu sein mit den Idealen aller Menschen. Wirtschaftliche Freiheit schien gleichbedeutend mit Freiheit überhaupt und mit wachsendem allgemeinem Wohlstand. "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" - mit diesen Idealen brachte das Bürgertum die Volksmassen hinter sich im Kampf gegen den Feudalismus und gegen den Feudalstaat und für eine bürgerliche

Revolution. Und hinter allem steckte die Begeisterung für die Möglichkeiten der neuen Produktionsweise, deren wesentliche Elemente die Freiheit der Märkte einerseits und die Durchsetzung innerbetrieblicher Arbeitsteilung andererseits waren.

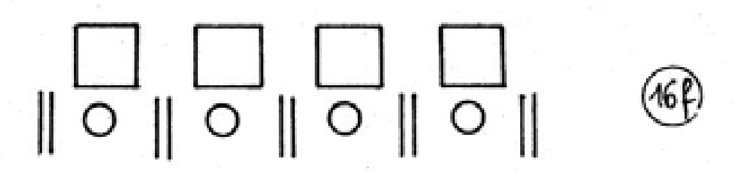
II. Arbeitsteilung, innerbetriebliche Hierarchie und Entfremdung

Kehren wir zur Diskussion der innerbetrieblichen Arbeitsteilung zurück und betrachten sie einmal aus der Sicht der Arbeiter. Wie verändert sich im Zuge der Arbeitsteilung die Arbeitssituation, und wie wirkt sich diese Veränderung auf die Arbeiter aus?

1. Monotonie und Verlust des Überblicks

Dadurch, daß der einzelne Arbeiter im arbeitsteiligen Produktionsprozeß immer nur ein und denselben Arbeitsgang ausführt, kann er in Bezug auf diesen Arbeitsgang zwar größere Fertigkeiten entwickeln, insgesamt aber verkümmern seine übrigen Fähigkeiten. Er verliert zunehmend den Überblick über den Gesamtzusammenhang des Produktionsprozesses (symbolisiert durch die "Scheuklappen" zwischen den Arbeitern in Abb. 16f) und weiß schließlich gar nicht mehr, welchen Beitrag er mit seiner Teilverrichtung im Gesamtzusammenhang der Produktion leistet. Entsprechend kann er sich auch immer weniger mit dem Produkt identifizieren, das durch die Summe der einzelnen Arbeitsgänge hergestellt wird. Seine Arbeit wird für ihn auf diese Weise immer sinnentleerter, stumpfsinniger, monotoner, er kann seine vielfältigen Fähigkeiten überhaupt nicht mehr in die Arbeit einbringen.

Nicht nur, daß er sich vom Produkt seiner Arbeit entfremdet, daß er dazu überhaupt keinen Bezug mehr hat, sondern auch die Arbeit selbst wird für ihn zur Qual. Nicht unbedingt, weil sie körperlich anstrengend ist, sondern vor allem wegen ihrer Eintönigkeit. Die Handgriffe verrichtet der Arbeiter nur noch mechanisch, immer dieselben, Stunde für Stunde, Tag für Tag, Jahr für Jahr, ohne innere Anteilnahme, ohne irgendeine Motivation außer derjenigen, auf diese Weise Geld zu verdienen zur Bestreitung seines Lebensunterhalts.

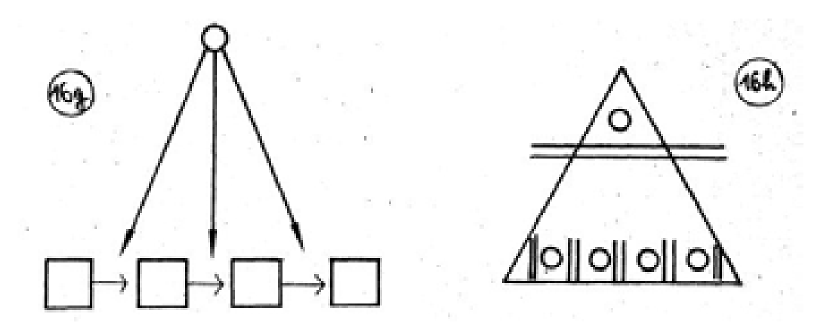


2. Die Trennung von Hand- und Kopfarbeit

Wenn aber die Arbeiter den Überblick über den Gesamtzusammenhang des Produktionsprozesses verlieren, würde es zu dem reinsten Chaos kommen, wenn dieser verlorengegangene Zusammenhang nicht durch andere wieder hergestellt würde, wenn es also nicht andere Leute gäbe, die die Koordinierung der einzelnen Teilverrichtungen übernehmen. Es bildet sich also eine spezielle Tätigkeit heraus, die den Produktions- und Arbeitsprozeß leitet (leitende Tätigkeit). Und auch die Planung des Produkts und des zu seiner Herstellung erforderlichen Produktionsprozesses kann nicht mehr von den Arbeitern selbst bewältigt

werden; wie sollten sie die Fertigung planen, wenn sie den Produktionsprozeß gar nicht mehr überschauen? Entsprechend bildet sich auch hierfür eine gesonderte Tätigkeit heraus (planende Tätigkeit). Diesen Tätigkeiten fällt die Aufgabe zu, die durch die Arbeitsteilung zersplitterten Teile des gesamten Produktionsprozesses wieder in einen inneren Zusammenhang zu, bringen (symbolisiert durch die Pfeile in Abb. 16g).

Die Spezialisierung auf planende und leitende Tätigkeiten einerseits und auf ausführende Tätigkeiten andererseits bringt auch mit sich, daß sich die Interessen beider Gruppen auseinanderentwickeln. Die Planenden und Leitenden wissen schließlich gar nicht mehr, welchen Belastungen ein Arbeiter im Produktionsprozeß ausgesetzt ist, ihnen fehlt die sinnliche Erfahrung der unmittelbaren Produktion. Stattdessen stehen sie unter dem Druck, den Arbeitsprozeß so zu organisieren, daß die Kosten möglichst niedrig gehalten werden. D.h. sie werden bemüht sein, möglichst viel aus den Arbeitern herauszuholen und sie zu größeren Leistungen anzutreiben. Die Arbeiter hingegen, die den motivationalen Bezug zu ihrer Arbeit verloren haben, für die also die Arbeit entfremdet ist, sträuben sich mehr oder weniger offen gegen eine erhöhte Arbeitsleistung. Auf diese Weise bildet sich ein Interessengegensatz zwischen planender und leitender, d.h. überwiegend geistiger Arbeit einerseits und ausführender, d.h. überwiegend körperlicher Arbeit andererseits heraus. (Sozialwissenschaftler sprechen hier verkürzt von der "Trennung von Hand- und Kopfarbeit".) (Der Interessengegensatz wird in Abb. 16h symbolisiert durch die Mauer, die zwischen Kopfarbeit und Handarbeit tritt.)



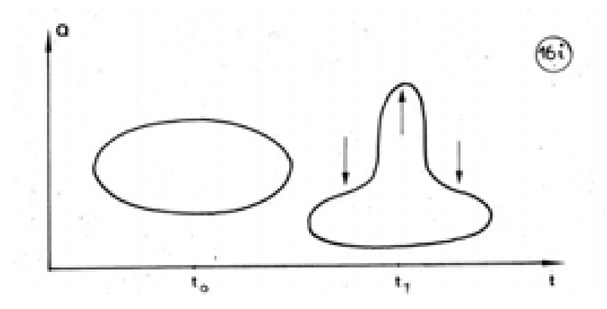
Die Aufsplitterung des gesamten Arbeitsprozesses in einzelne spezialisierte Teilverrichtungen bringt es also mit sich, daß sich auch eine Trennung von Handarbeit und Kopfarbeit herausbildet und damit verbunden ein Oben und Unten innerhalb des Arbeitsprozesses, eine innerbetriebliche Hierarchie. Die Leute an der Spitze der betrieblichen Hierarchie geben den Arbeitern an der Basis die Anweisungen, was sie zu tun haben, und überwachen die Ausführung dieser Anweisungen. Neben der "horizontalen Arbeitsteilung" auf der Ebene der ausführenden Tätigkeiten hat sich damit auch eine "vertikale Arbeitsteilung" herausgebildet, d.h. ein Oben und Unten im Arbeitsprozeß, wobei sich die einen innerhalb der betrieblichen Hierarchie nur auf die Tätigkeit "oben" spezialisiert haben und die anderen nur auf die Tätigkeit "unten".

3. Die Polarisierung der Qualifikationsstruktur

Eine weitere Folge der innerbetrieblichen Arbeitsteilung besteht darin, daß die Qualifikationsanforderungen für die Masse der Arbeiter in den ausführenden Tätigkeiten

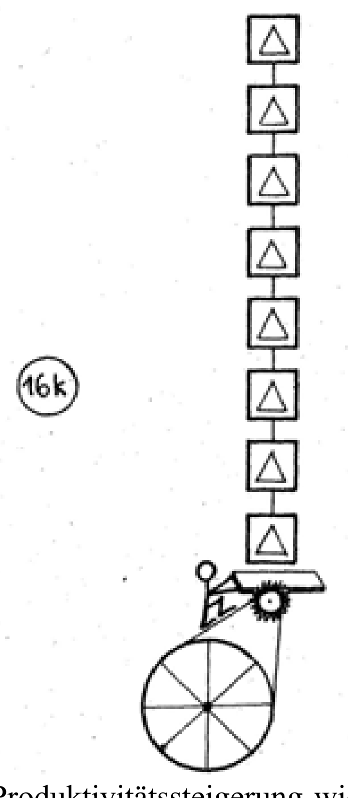
gegenüber der handwerklichen Produktionsweise absinken. War vorher eine jahrelange Fachausbildung erforderlich, um ein bestimmtes Handwerk zu lernen, so reichen jetzt oft schon wenige Tage oder gar Stunden, um sich in bestimmte mechanisch sich, wiederholende Handgriffe einzuarbeiten. Diejenigen, die bereits eine Fachqualifikation erworben haben, können diese Qualifikation im Produktionsprozeß nicht mehr einbringen, und entsprechend wird ihre Entlohnung auf das Niveau ungelernter Arbeit absinken. Durch die veränderte Organisation des Arbeitsprozesses wird ihre Qualifikation entwertet. Für die in die neuen Tätigkeiten nachströmenden Arbeiter ist erst gar keine spezielle Qualifikation erforderlich, so daß nunmehr auch ungelernte Arbeiter in der Produktion beschäftigt werden können. (Das Absinken der Qualifikationsanforderungen und damit auch die Entwertung bereits erworbener Qualifikationen wird von den Ökonomen als "Dequalifikation" bezeichnet.) Die Durchsetzung der innerbetrieblichen Arbeitsteilung bringt demnach für die Masse der Handarbeiter eine Dequalifikation mit sich.

Anders sieht es zunächst aus für die Kopfarbeiter. Die Planung, Leitung und Kontrolle eines immer komplizierter werdenden Produktionsprozesses macht den Einsatz wissenschaftlicher Methoden erforderlich, die für den einzelnen Kopfarbeiter eine entsprechende wissenschaftliche Ausbildung voraussetzt. Das bedeutet, daß sich für diese Teile der Arbeit die Qualifikationsanforderungen gegenüber früher, was die Ausbildungsdauer anlangt, sogar erhöhen. Bezüglich der Qualifikationsanforderungen ergeben sich insofern zwischen Handarbeitern und Kopfarbeitern entgegengesetzte Tendenzen. (Abb. 16i will diese Polarisierung der Qualifikationsstruktur noch einmal graphisch symbolisieren.)



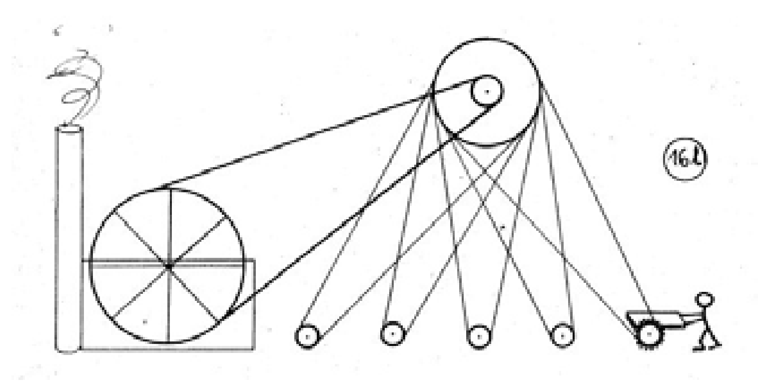
III. Arbeitsteilung, Mechanisierung und Automatisierung

Kommen wir zurück auf die technische Struktur des Produktionsprozesses. Wir hatten gesehen, daß durch Spezialisierung der einzelnen Arbeiter auf bestimmte Teilverrichtungen die Produktivität insgesamt angehoben werden kann. So gewaltig diese Veränderungen im Vergleich zur handwerklichen Produktionsweise auch sind, so eng sind doch wiederum ihre Grenzen. Durch die Spezialisierung kann der einzelne Arbeiter zwar das Werkzeug schneller führen als vorher, aber irgendwo - und zwar recht bald - sind die Grenzen seiner körperlichen Leistungsfähigkeit erreicht. Über ein bestimmtes Maß hinaus läßt sich die Geschwindigkeit seiner Bewegungen einfach nicht mehr wesentlich steigern. Der Druck der Konkurrenz zwingt aber die einzelnen Unternehmen zur beständigen Steigerung der Produktivität und zur Durchbrechung der Schranken, die durch die menschliche Körperkraft gesetzt sind. Die im Zuge der Arbeitsteilung erfolgte Zergliederung des Produktionsprozesses in einzelne mechanisch sich wiederholende Teilverrichtungen ermöglicht es, diese Bewegungen nicht mehr von Menschen, sondern von technischen Mechanismen, d.h. von Maschinen ausführen zu lassen.



Die Einführung von Maschinen im Produktionsprozeß verändert auch die Funktion des einzelnen Arbeiters: Hat er vorher selbst das Werkzeug geführt, so wird ihm diese Aufgabe nunmehr von der Maschine abgenommen, und seine Tätigkeit beschränkt sich auf den Antrieb des Mechanismus sowie auf das Hinführen des zu bearbeitenden Gegenstands zur Maschine. (Man denke z.B. nur an die alten Nähmaschinen, die mit den Füßen angetrieben wurden, während die Hände den Stoff unter der Nadel entlang führten.) Abb. 16k will diese Funktionsveränderung symbolisieren. - Zwar führt der Arbeiter das Werkzeug (z.B. die Nadel) nicht mehr selbst, aber durch den Antrieb des Mechanismus wird das Tempo des Arbeitsprozesses noch durch ihn bestimmt. In gewisser Weise ist er noch selbst Subjekt des Produktionsprozesses, wenngleich er schon der ganzen Kontrolle der betrieblichen Hierarchie unterliegt.

Die Maschinen konnten übrigens neben der menschlichen Körperkraft auch durch Tiere oder durch Ausnutzung von Naturkräften (Windmühle, Wassermühle usw.) angetrieben werden. Alle diese Formen setzen jedoch der ungehemmten Produktivitätssteigerung wiederum neue Grenzen: Menschen und Tiere sind - auch was den Antrieb der Maschinen anbelangt - in ihren Körperkräften beschränkt, Wasserfälle z.B. gibt es nur in bestimmten Gegenden, und der Wind ist eine zu unstetige Naturkraft, als daß er den ununterbrochenen Antrieb der Maschinen hätte gewährleisten können. Eine Unterbrechung des Produktionsprozesses nur wegen Windstille wäre unter kapitalistischen Verhältnissen aber untragbar: Denn den Produktionsausfall auf der einen Seite ständen die dennoch zu zahlenden Löhne auf der anderen Seite gegenüber. Von daher ist klar, daß die Energiezufuhr für Maschinen - sollte sie die Grenzen menschlicher und tierischer Körperkraft sprengen - nur durch eine systematische und stetige Ausnutzung von Naturkräften erfolgen konnte. Hier lag logisch die Geburtsstunde für die technisch-wissenschaftliche Revolution: Unter Erforschung und Anwendung physikalischer Gesetze wurde die Ausnutzung immer neuer Energiequellen und ihre Umsetztung für den Produktionsprozeß vorangetrieben: Dampfmaschinen, Verbrennungsmotor, Elektromotor, Atomreaktor. Abb. 16l will die damit verbundene technische Umwälzung des Produktionsprozesses am Beispiel der Dampfmaschine symbolisieren:

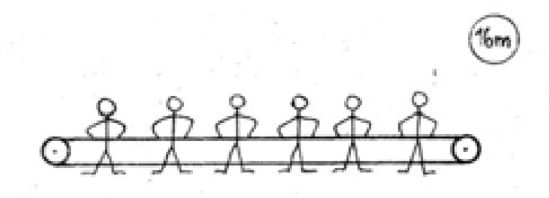


Nicht mehr eine einzelne Maschine wird durch die Antriebskraft in Bewegung gesetzt, sondern eine Vielzahl von Maschinen hängt nunmehr am gleichen Antriebsaggregat. Die hierdurch sprunghafte Ausweitung und, der dadurch bestehende massenhafte Bedarf an Maschinen schuf wiederum die Voraussetzung dafür, daß nunmehr auch Maschinen in Massenproduktion und maschinell hergestellt werden konnten.

Damit war die Grundlage der industriellen Revolution gelegt, die eine Produktivitätssteigerung von historisch nie dagewesenen Ausmaß hervorgebracht hat. Die stürmisch wachsende Produktion drängte zu immer weiterer Entfaltung der Märkte bis hin zum Weltmarkt, und umgekehrt ermöglichten die sich ausdehnenden Märkte die Produktion und den Absatz immer größerer Stückzahlen und dadurch die Anwendung immer größerer Produktionsanlagen. (Zum Prozeß der technischen Umwälzung des Produktionsprozesses siehe im einzelnen H. Braverman: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt/M. 1977)

IV. Methoden der Intensitätssteigerung

Für die Arbeiter brachte dieser gewaltige "technische Fortschritt" ebenso gewaltige Veränderungen der Arbeitsbedingungen mit sich. Indem nämlich dem Arbeiter auch noch der Antrieb der Maschine entzogen wird (und damit seine Arbeit scheinbar von körperlichen Anstrengungen befreit wird), wird er zum bloßen Anhängsel der Maschine bzw. eines riesigen Produktionsapparates, der durch die gewinnorientierte Produktion und den davon ausgehenden Druck auf die Kosten in Bewegung gehalten wird. Damit eröffnen sich für die Unternehmensleitung neue Möglichkeiten, das Arbeitstempo allmählich zu steigern und auf diese Weise die Produktion um ein weiteres Stück zu erhöhen. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer Steigerung der Intensität der Arbeit. (Während die Steigerung der Produktivität bedingt ist durch die technischen Veränderungen des Produktionsprozesses, erfolgt eine Intensitätssteigerung im Rahmen gegebener technischer Ausstattung allein durch ein gesteigertes Arbeitstempo.)



1. Die Fließbandarbeit

Am einfachsten läßt sich eine Steigerung der Arbeitsintensität mit Hilfe des Fließbandes durchsetzen (Abb. 16m). Hier wird das Tempo für alle Arbeiter einheitlich vorgegeben durch das Tempo des Bandes, und eine Intensitätssteigerung wird durch eine Steigerung der Bandgeschwindigkeit erreicht. Die Degradierung des Arbeiters zum Anhängsel der Maschinen tritt in der Fließbandarbeit in reinster Form hervor. Die Maschine - vom technischen her eine Möglichkeit, dem Menschen die Arbeit zu erleichtern - gerät unter dem durch Konkurrenz verursachten Druck auf die Kosten zum genauen Gegenteil: Sie wird zu einer äußeren, den Arbeiter beherrschenden Macht, die seine potentiellen Entfaltungsmöglichkeiten im Arbeitsprozeß immer mehr zerstört. (Zu den Auswirkungen der Fließbandarbeit auf den Arbeiter siehe G. Wallraff: Industriereportagen Reinbek 1972)

2. Stücklohnsystem und Konkurrenz zwischen den Arbeitern

Aber nicht jeder Produktionsprozeß läßt sich in Form von Fließbandarbeit organisieren. Wie läßt sich in anderen Fällen eine Intensitätssteigerung durchsetzen? Hier gewinnt die Form des Stücklohns entscheidende Bedeutung: Durch die Koppelung der Lohnhöhe an die Zahl der bearbeiteten Stücke soll für den einzelnen Arbeiter eine Motivation geschaffen werden, in gegebener Zeit möglichst viele Stücke zu bearbeiten, d.h. die Intensität seiner Arbeit zu steigern. Damit scheint es in der Hand des Arbeiters selbst zu liegen, seine Lohnhöhe individuell zu bestimmen: Arbeitet er schneller, bekommt er mehr.

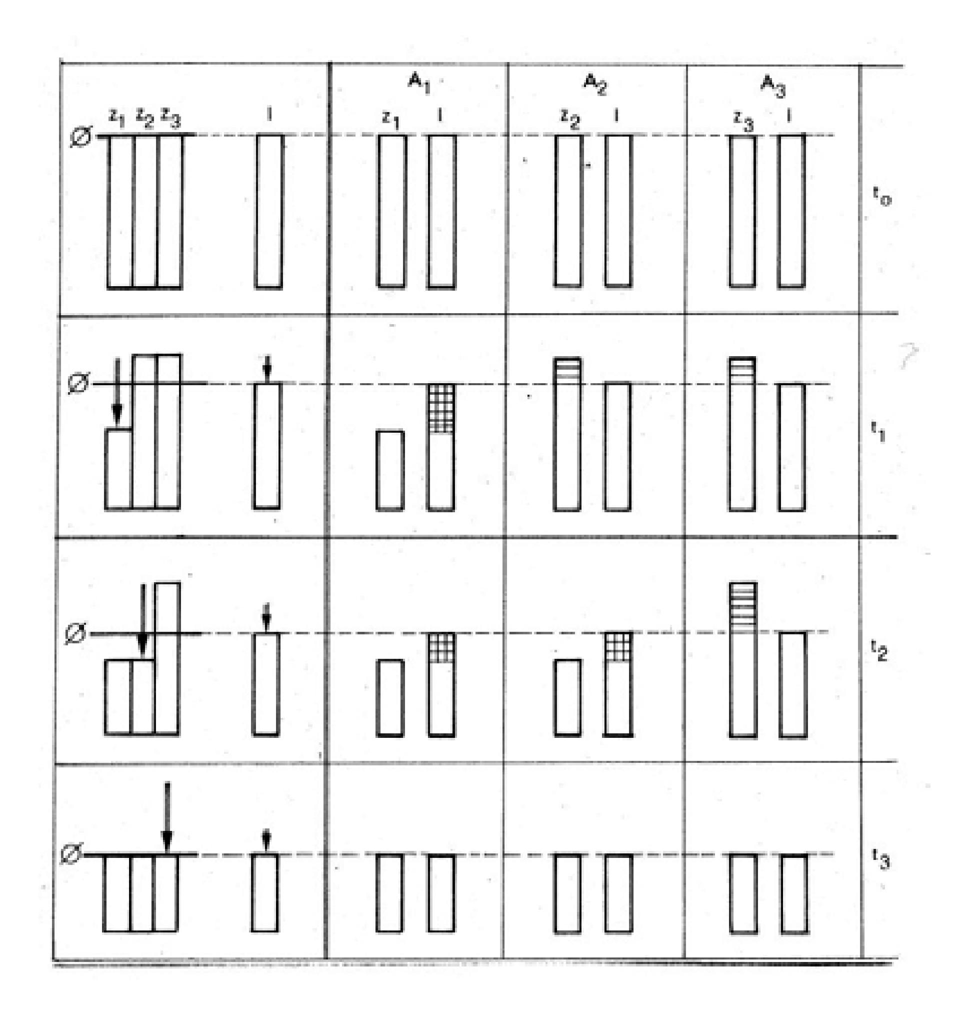
Was sich hier als individuelle Freiheit darstellt, wird allerdings wiederum zu einem äußeren Zwang. Denn der Stücklohn richtet sich in seiner Höhe danach, was durchschnittlich von den Arbeitern in einer bestimmten Zeit geschafft werden kann bzw. - was dasselbe ist - nach der durchschnittlichen Stückzeit. Indem nun einzelnen Arbeiter individuell schneller arbeiten, verdienen sie zunächst bei konstantem Stücklohn - zwar mehr Lohn, tragen aber gleichzeitig dazu bei, daß sich die durchschnittliche Stückzeit vermindert. Für das am Gewinn orientierte Unternehmen ist es nur eine Frage der Zeit, wann der Stücklohn diesen veränderten Durchschnittsbedingungen angepaßt, d.h. entsprechend gesenkt wird. in der Regel vollzieht sich diese Anpassung nicht fließend, sondern, sprunghaft, was aber an der Tendenz nichts ändert.

Mit dem Modell in Abb. 16n wollen wir den Zusammenhang zwischen individuellem Arbeitstempo, Stücklohn und längerfristiger Auswirkung auf individuelle und durchschnittliche Belohnung der Stücklohnarbeiter verdeutlichen. Beginnen wir mit der Ausgangssituation zum Zeitpunkt t0 : Drei Arbeiter (A1 , A2 , A3) benötigen für die Bearbeitung des gleichen Stücks jeweils die gleiche Stückzeit (z1 , z2 , z3). Aus der durchschnittlichen Stückzeit leitet sich der Stücklohn l ab. In der Zeile t0 sind unter A1 , A2 und A3 noch einmal die individuellen Stückzeiten einerseits und der einheitliche Stücklohn andererseits für jeden einzelnen Arbeiter gegenübergestellt.

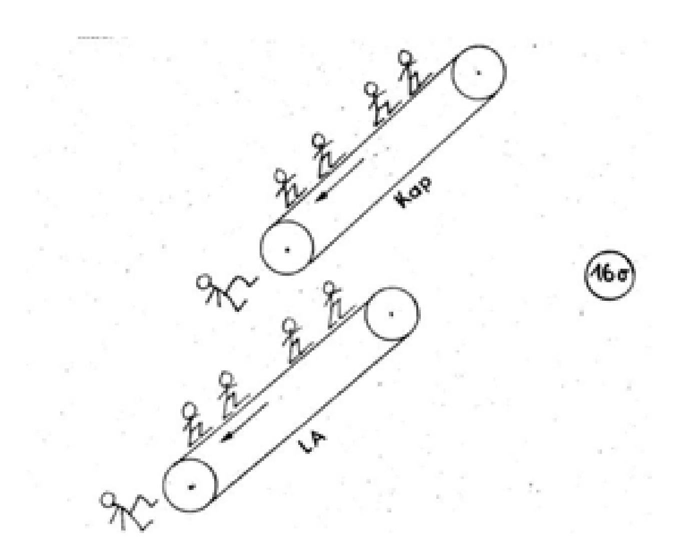
In t1 hat nun Arbeiter A1 sein Arbeitstempo gesteigert und dadurch sein individuelle Stückzeit z1 verkürzt. Dies drückt die durchschnittliche Stückzeit herunter, und unter der Annahme einer entsprechenden Anpassung des Stücklohns an den veränderten Durchschnitt sinkt auch der Stücklohn. Für A1 ergibt sich dennoch aus dem Verhältnis von individueller Stückzeit und durchschnittlichem Stücklohn ein Lohnvorteil, und zwar dadurch, daß A1 pro Stück eine geringere Zeit beansprucht und also innerhalb seiner Arbeitszeit mehr Stücke als der Durchschnitt produzieren kann. (Dieser Vorteil gegenüber dem Durchschnitt kommt in dem mit "Pluszeichen" schraffierten Block zum Ausdruck.) A2 und A3 erleiden durch die Senkung des Stücklohns eine Lohneinbuße (dargestellt durch die mit "Minuszeichen" schraffierten Blöcke).

In t2 hat nun auch der Arbeiter A2 sein Tempo vergrößert und drückt dadurch noch mehr auf die durchschnittliche Stückzeit und den Stücklohn. Beide, A1 und A2, haben zwar noch gegenüber der Ausgangssituation eine Lohnverbesserung, aber für A1 hat sie sich gegenüber t1 bereits reduziert. A3 hingegen hat über die zweimalige Stücklohnsenkung vergleichsweise ganz erhebliche Lohneinbußen. Die Senkung seines individuellen Lohns, aus dem er unter Umständen kaum mehr seinen gewohnten Lebensunterhalt decken kann, läßt ihm schließlich gar keine andere Wahl, als auch seinerseits das Arbeitstempo zu steigern. Der Anreiz des

Stücklohnsystems, seinen individuellen Lohn durch gesteigerte Arbeitsleistung, zu vergrößern, kehrt sich für A3 um in einen äußeren Zwang zu intensiverer Arbeit, um das Lebensniveau halten zu können und um in der ökonomischen Existenz nicht total abzurutschen.



Das Prinzip der abwärts laufenden Rolltreppe, auf der das Stehen bleiben in den Abgrund führt, setzt sich damit über die Form des Stücklohns auch unter den Arbeitern durch. Der ihnen drohende Abgrund sieht allerdings anders aus als für einen aus dem Konkurrenzkampf herausfallenden Unternehmer: Für den Arbeiter ist es das Herausschleudern aus den Mindestbedingungen menschenwürdigen Daseins, ist es ein Abdrängen in die Asozialität. Für den Unternehmer hingegen droht zunächst einmal nur das Schicksal, daß ohnehin die Masse der Bevölkerung in kapitalistischen Systemen teilt, nämlich Lohnabhängiger zu werden. (Symbolisiert durch Abb. 16o). (Zum Problem der Asozialität in der BRD siehe im einzelnen J. Roth: Armut in der BRD - Über materielle und psychische Verelendung, Reinbek 1974)



Kommen wir noch einmal auf unser Modell zurück: Im Zeitpunkt t3, wo nun auch Arbeiter A3 sich dem äußeren Zwangsstücklohnsystem gebeugt hat, um der Asozialität zu entgehen, ist der Stücklohn mittlerweile so weit gesunken, daß die ursprüngliche Lohnverbesserung bei A1 und dann auch bei A2 nunmehr gänzlich zusammengeschrumpft ist. A3 hat nicht einmal vorübergehend eine Lohnverbesserung zu verzeichnen, sondern hat gerade einmal seine Lohneinbuße wettgemacht

An diesem Modell zeigt sich, ganz deutlich der Charakter des Stücklohnsystems: Es treibt die Arbeiter gegeneinander in ein immer größeres Arbeitstempo, wobei einige - unter dem Anreiz ihre individuelle Entlohnung zu verbessern - zu den Vorreitern der Temposteigerung werden, während andere dadurch unter den Zwang geraten, im Tempo nachzuziehen. Abgesehen von vorübergehenden individuellen Lohnverbesserungen für die Vorreiter und individuellen Lohneinbußen für die Nachzügler hat sich im Endergebnis, wenn sich alle der Temposteigerung angepaßt haben, für keinen von ihnen die Lohnsituation verbessert. Was sich verändert hat, ist die Intensität der Arbeit.

Indem also einige Arbeiter - auf ihren kurzfristigen individuellen Vorteil bedacht - das Tempo antreiben und andere dadurch unter Zwang setzen, indem also die Arbeiter in die Konkurrenz gegeneinander gejagt werden, verbessert sich insgesamt nicht ihre Situation, wohl aber die des Unternehmers: Die gesteigerte Intensität der Arbeit vergrößert in der Tendenz den Gewinn des Unternehmens. Die von uns hier nur modellhaft dargestellten Methoden der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation, die auf eine Steigerung der Produktivität und Intensität der Arbeit zum Zweck der Gewinnsteigerung ausgerichtet sind, gehen zurück auf den Amerikaner Taylor und werden deshalb als Taylorismus bezeichnet. (Siehe hierzu im einzelnen P.Groskurth/W.Volpert: Lohnarbeitspsychologie, Frankfurt/Main 1975, insbes. S.11 - 78, sowie J.H. Mendner: Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß, Frankfurt/M. 1975, S.117 - 182)

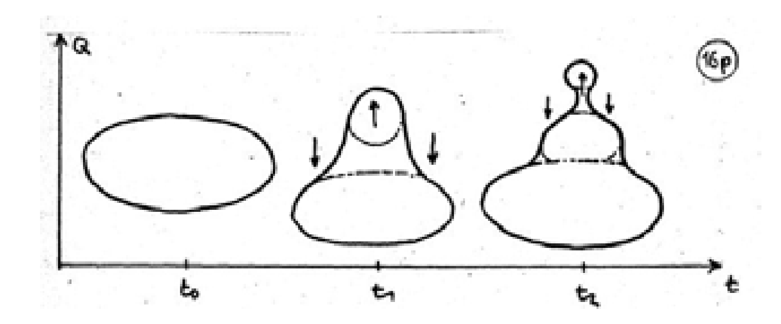
V. Automatisierung der Kopfarbeit

Was wir bisher an Veränderungen des Arbeitsprozesses und an Auswirkungen der Arbeitsteilung und Mechanisierung dargestellt haben, bezog sich im wesentlichen auf den Bereich der Handarbeit. Im Bereich der "Kopfarbeit", d.h. der planenden, leitenden und

kontrollierenden Tätigkeiten schien sich zunächst eine prinzipiell andere Entwicklung zu vollziehen. Wir hatten z.B. darauf hingewiesen, daß sich aufgrund der zunehmenden Verwissenschaftlichung des Produktions- und Leitungsprozesses wachsende wissenschaftliche Qualifikationsanforderungen für die Kopfarbeiter herausbilden, während andererseits die Qualifikationsanforderungen der Handarbeiter absanken. Mittlerweile haben sich allerdings auch im Bereich der Kopfarbeit, also im Bereich der Angestelltentätigkeiten, ganz ähnliche Veränderungen vollzogen wie ursprünglich im Bereich der Handarbeit. Gemeint ist die zunehmende Durchsetzung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) im Bereich der Verwaltungstätigkeiten. Wir wollen auf diese Entwicklung an dieser Stelle nicht näher eingeben, sondern nur grob einige Tendenzen andeuten. (Siehe hierzu im einzelnen Brödner/Krüger/Senf: Automatisierung der 'Kopfarbeit' - Ursachen, Bedingungen und Folgen der automatischen Datenverarbeitung, FHW-Forschung H.3, Berlin 1979)

Durch den Einsatz der EDV im Bereich der Angestelltentätigkeit werden bestimmte Funktionen, die bislang von Menschen ausgeführt wurden, nunmehr von Computern übernommen, insbesondere dort, wo bestimmte Verwaltungsvorgänge sich ständig und in großer Zahl wiederholen (z.B. Lohnabrechnung in Großunternehmen), kann der Einsatz von EDV zu erheblichen Kosteneinsparungen führen. Auf diese Weise werden bestimmte ursprünglich erforderliche Qualifikationen (z.B. Lohnbuchhalter) überflüssig, während eine Reihe neuer Tätigkeiten um den Computer herum entsteht die wesentlich geringere Qualifikationen erfordern (z.B. das Eingeben von Daten in den Computer: Datatypie). Auf der anderen Seite werden für die Erstellung der Computerprogramme bzw. für die computergerechte Umgestaltung des Verwaltungsablaufs vielfach Experten mit einer höheren Qualifikation benötigt (Systemanalytiker), so daß sich auch hier wiederum eine Polarisierung der Qualifikationsstruktur der Angestellten ergibt: Während die Masse der Angestellten in den an sie gestellten Qualifikationsanforderungen absinkt in die Nähe von ungelernter Arbeit (und sich ihre Tätigkeit qualifikationsmäßig von der der Arbeiter im Produktionsprozeß kaum mehr unterscheidet), steigen die Qualifikationsanforderungen von relativ wenigen Experten noch weiter an. (Abb. 16p will diesen Prozeß der Polarisierung im Bereich der Kopfarbeit symbolisieren.)

Für die Masse der auf diese Weise dequalifizierten Angestellten hat die Tätigkeit allerdings immer weniger mit "Kopfarbeit" zu tun, sondern nimmt - ebenso wie im Bereich der Handarbeit im Produktionsbereich - den Charakter einer stumpfsinnigen, monotonen, sinnentleerten Routinetätigkeit an, bei der der Kopf, d.h. das Denken weitgehend ausgeschaltet ist. Im Zuge dieses Prozesses lösen sich demnach die ursprünglichen Unterschiede zwischen Kopfarbeit und Handarbeit, zwischen Angestelltentätigkeit und Arbeitertätigkeit für die Masse der Beschäftigten immer weiter auf.



Wenn wir uns die Ergebnisse unserer Überlegungen zum Bereich "Arbeit und Produktion" noch einmal vor Augen halten, so können wir sagen, daß die Gewinnorientierung der Unternehmen und der davon ausgehende Druck auf die Kosten zwar eine ständige Produktivitätssteigerung hervorgebracht hat. Das heißt auch, daß bei einem gegebenen Einsatz volkswirtschaftlicher Ressourcen die materielle Produktion immer weiter anwächst. Die Gewinnorientierung scheint damit tatsächlich ein treibender Faktor des Wirtschaftswachstums zu sein, des Wachstums an materiellem Output, z.B. in Form von Konsumgütern oder von Investitionsgütern. Und selbst bei ungleicher Verteilung des Sozialprodukts (d.h. aller in einer Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen) scheint ein Wirtschaftswachstum im Interesse aller zu liegen. Denn aus einem größeren Kuchen kann auch mehr verteilt werden, kann also auch mehr konsumiert werden. Auf der anderen Seite haben wir aber herausgearbeitet, daß der Druck auf die Kosten seit den Anfängen des Kapitalismus und gegenüber der handwerklichen Produktionsweise eine grundlegende Veränderung des Produktions- und Arbeitsprozesses und damit der Arbeitsbedingungen mit sich gebracht hat; daß sich im Zuge dieser Entwicklung für die Masse der Lohnabhängigen Arbeitsbedingungen herausgebildet haben, in denen sie in ihrer Entfaltung gehemmt werden, in denen sie keinen Bezug zu ihrer Tätigkeit empfinden, in denen sie sich mit ihrer Arbeit nicht identifizieren können. Die Arbeit wird von den meisten als fremd empfunden, als ein äußerer Zwang, dem sie sich wohl oder übel fügen müssen, um Geld zu verdienen und existieren zu können. (Die Sozialwissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von "entfremdeter Arbeit", ein Ausdruck, der von Marx geprägt wurde. Zum Begriff der Entfremdung bei Marx siehe im einzelnen B. Senf: Politische Ökonomie des Kapitalismus - eine didaktisch orientierte Einführung in die marxistische politische Ökonomie, mehrwert 17/18, Berlin 1978, 8.12 - 22)

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

ZWEITER TEIL: Arbeit und Produktion

D. ENTFREMDETE ARBEIT UND SOZIALISATION

Wie wirken sich die entfremdenden Arbeitsbedingungen auf die psychische Situation der Lohnabhängigen und auf deren zwischenmenschliche Beziehungen im Arbeitsprozeß aus? Klaus Ottomeyer geht in seinem (inhaltlich sehr guten und relativ verständlich geschriebenen) Buch "Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen" (rororo 7055, Rein bek 1977) u.a. diesen Fragen nach. Aus dem Kapitel "Zwischenmenschlichkeit in der Arbeitswelt" wollen wir im folgenden einige Auszüge bringen.

I. Gleichgültigkeit, Isolierung und Unterordnung in der Arbeit

Ottomeyer arbeitet heraus, daß aus der Struktur des kapitalistischen Arbeitsprozesses auf Seiten der Lohnabhängigen eine subjektive Gleichgültigkeit gegenüber dem fremdbestimmten Produktionsgeschehen entstehen muß:

"Diese Gleichgültigkeit ist eine durchaus sinnvolle Überlebensstrategie im 'stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse', der sie umgibt. So wie dem Kapital der konkrete Arbeitsprozeß samt der dort stattfindenden Zwischenmenschlichkeit nur Mittel zum Zweck der Mehrwertproduktion, der Kapitalverwertung ist, so wird dem Arbeiter nur seine eigene produktive und gesellschaftliche Lebenstätigkeit zum bloßen Mittel für die Erhaltung einer möglichst großen Lohnsumme, die es ihm ermöglicht, sein Privatleben außerhalb des Arbeitsprozesses zu führen." (Ottomeyer, S.99f)

"Diese Überlegungen sind keine Sache, die nur im Gehirn von besonders menschenfreundlichen und versponnenen Marxisten existiert. Umfangreiche industriesoziologische Untersuchungen haben inzwischen eindrucksvoll genug nachgewiesen, daß eine gleichgültiginstrumentelle Einstellung zur Arbeit und zu den Arbeitskollegen, wenn auch in verschiedenen Ausprägungen, durchaus als ein grundlegendes und sozusagen normales Merkmal des Arbeiterbewusstseins anzusehen ist."(Ottomeyer S.100)

"Für die zwischenmenschlichen Beziehungen heißt das bisher Gesagte, daß die kooperierenden Individuen zunächst gegeneinander zutiefst gleichgültig und isoliert sind, d.h. primär ihr jeweiliges privates Lohninteresse in der Arbeit verfolgen. Zu der Gleichgültigkeit

und Isolation kommt noch erschwerend hinzu, daß sie als individuelle Verkäufer ihrer Ware Arbeitskraft einander als Konkurrenten um Arbeitsplatz und Aufstiegschancen wahrnehmen müssen. In der kapitalistischen Kooperation ist die Leistungsfähigkeit meines Kooperationspartners immer auch etwas, das mich bedroht, weil es mich unter dem Gesichtswinkel der ökonomischen Nutzung von Kapital der Tendenz nach überflüssig macht und, etwa im Fall sinkender Vorgabezeiten für die Herstellung eines bestimmten Produkts, meinen Lohnanteil schmälert. Durch die gleich-gültig-instrumentelle Arbeitseinstellung, die Isolierung im folge des egoistisch-privaten Lohninteresses und durch die Konkurrenzzwänge, die in den gemeinsamen Arbeitsvollzug hineinspielen - durch all dies, so läßt sich erst einmal festhalten, wird ein zwischenmenschliches 'Verstehen' oder gar Solidarität zwischen den kooperierenden Lohnarbeitern ganz außerordentlich erschwert." (Ottomeyer, S.100f)

Die hierarchische Struktur des kapitalistischen Arbeitsprozesses erzeugt darüber hinaus zwischen den Lohnabhängigen eine Spaltung in Vorgesetzte und Untergebene, wobei die Vorgesetzten auf einer Ebene der betrieblichen Hierarchie ihrerseits wiederum Untergebene sind gegenüber der nächst höheren Ebene. Die Untergebenen haben sich der Autorität der Vorgesetzten mehr oder weniger vorbehaltlos zu unterwerfen, gleichgültig, ob sie mit den Anweisungen einverstanden sind und deren Sinn durchschauen oder nicht.

II. Sozialisation und Anpassung an den Arbeitsprozeß

Innerhalb eines so strukturierten Arbeitsprozesses können sich die natürlichen menschlichen Strebungen nach kreativer Entfaltung und nach emotionell befriedigenden sozialen Kontakten für die Masse der Menschen nicht verwirklichen. Ihre spontanen und nach lebendiger Entfaltung drängenden Bedürfnisse würden aber in einen ständigen offenen Konflikt mit den ihnen aufgezwungenen Arbeitsbedingungen geraten, wenn nicht schon vor Eintreten in den Arbeitsprozeß eine Anpassung an die Strukturen des Arbeitsprozesses stattfinden würde. Diese Anpassung beginnt - das wissen wir seit den Entdeckungen der Psychoanalyse - bereits in frühster Kindheit (für die meisten innerhalb der Familie) und setzt sich fort in späteren Entwicklungsphasen, wesentlich geprägt durch die Einflüsse der Schule und der beruflichen Ausbildung. Dieser ganze Prozeß der Formung eines Menschen wird als "Sozialisation" bezeichnet. Ohne in diesem Rahmen auf Einzelheiten der familialen, schulischen und beruflichen Sozialisation einzugehen, wollen wir uns mit einigen Grundzusammenhängen bezüglich der psychischen Mechanismen vertraut machen, die bei der Formung von Charakterstrukturen und bei der Anpassung der Individuen an die vorherrschenden gesellschaftlichen Strukturen eine wesentliche Rolle spielen. Wir greifen dabei zurück auf einige Erkenntnisse der Freudschen Psychoanalyse und der charakteranalytischen Forschungen von Wilhelm Reich.

III. Frühkindliche Sozialisation und Charakterbildung

1. Die Entdeckung des Verdrängungsmechanismus

Sigmund Freud, der Begründer der Psychoanalyse, ist darauf gestoßen, daß an der Wurzel vieler psychischer und psychosomatischer (psychisch verursachter körperlicher) Erkrankungen die "Verdrängung" psychischer Konflikte aus der Kindheit liegt. Die ursprünglich spontanen Triebbedürfnisse waren bei den Patienten in Konflikt mit einer Triebversagenden Umwelt geraten und durch einen innerpsychischen Mechanismus ins Unbewusste abgeschoben worden. Im Unbewussten wühlten diese verdrängten Bedürfnisse

und die sie antreibenden psychischen Energien jedoch weiter und suchten sich – unter Umgehung der bewussten Kontrolle und Wahrnehmung des Individuums – andere Ventile der Entladung, z.B. in Form neurotischer Zwangssymptome oder auch in Form psychosomatischer Erkrankungen, aber auch in Träumen und sog. Fehlleistungen (Versprechen, Vergessen, Verlegen).

Die krankhaften Symptome standen in jedem Fall in Zusammenhang mit dem verdrängten Konflikt, aber der Zusammenhang war den Patienten nicht bewusst. Dennoch entdeckte Freud in den Trauminhalten sowohl wie in den Assoziationen (was den Leuten an Gedanken, Gefühlen und Bildern durch den Kopf schwirrte) verschlüsselte Informationen über den zugrunde liegenden und verdrängten psychischen Konflikt.

In den zunächst völlig unverständlichen Informationen entdeckte er eine innere Logik ("Psycho-Logik"), deren Anwendung in der psychoanalytischen Therapie es ermöglichte, den Patienten die verdrängten Konflikte bewußt zu machen. Das Bewußtwerden des Konflikts war jedesmal verbunden mit starker emotioneller Betroffenheit, wobei die frühere Konfliktsituation noch einmal durchlebt wurde. Bei gelungener Therapie bestand die Folge dieses Bewußtwerdungsprozesses in einer Auflösung der Verdrängung und damit auch des krankhaften Symptoms.

Wesentlicher Gegenstand der Entschlüsselung, der sog. Deutung, war das vom Patienten hervorgebrachte psychische "Material", d.h. die vom Bewußtsein nicht kontrollierten und zensierten Trauminhalte und Assoziationen. Die Patienten wurden angehalten, beim Erzählen ihrer Trauminhalte und Assoziationen die verstandesmäßige Kontrolle möglichst vollständig auszuschalten, d.h. alles zu erzählen, selbst wenn es ihnen vom Verstand her noch so unsinnig und unzusammenhängend erschien oder von der Moral her noch so schlimm und verboten. Freud nannte diese Methode der psychoanalytischen Therapie "freie Assoziation". (Siehe hierzu im einzelnen S. Freud: Darstellungen der Psychoanalyse, Fischer-Taschenbuch 6016, Frankfurt 1969)

2. Triebentfaltung und Triebunterdrückung in der Kindheit

Mit dieser Methode gelang es, die bis dahin verdrängten psychischen Konflikte und die darin enthaltene Konfrontation zwischen Triebbedürfnis und äußerer Triebversagung an die Oberfläche des Bewußtseins sprudeln zu lassen. Das auf diese Weise hochsprudelnde Material ließ seinerseits Rückschlüsse darauf zu, was an tieferliegenden Triebbedürfnissen schon im Kind angelegt war und welche konkreten Mechanismen im einzelnen wirksam waren, um das Ausleben dieser Bedürfnisse zu verhindern. Im Zuge dieser Forschungen hat sich immer klarer herausgeschält, daß jedes Kind mit spontanen Triebbedürfnissen auf die Welt kommt, die in den einzelnen Entwicklungsphasen nach je unterschiedlicher Entfaltung und Befriedigung drängen. Je nachdem, ob und in welchem Ausmaß diese lebendigen Triebbedürfnisse durch die soziale Umwelt befriedigt werden oder nicht, ergeben sich unterschiedliche Entwicklungen in der Charakterbildung des heranwachsenden Menschen. Die Psychoanalyse unterscheidet dabei zwischen drei Entwicklungsphasen in der frühen Kindheit: der oralen, der analen und der genitalen Phase.

In der oralen Phase (schwerpunktmäßig im ersten Lebensjahr) sind die körperlichen Lustempfindungen des Kindes und die emotionellen Bedürfnisse konzentriert auf das Saugen und die Nahrungsaufnahme. Das Saugen an der Brust der Mutter und der damit verbundene

körperliche Kontakt werden vom Kind als höchst lustvoll empfunden, wenn sie verbunden sind mit einer emotionellen Zuwendung von Seiten der Mutter. In der analen Phase verlagern sich die körperlichen Lustempfindungen schwerpunktmäßig auf den analen Körperbereich, d.h. stehen im Zusammenhang mit den körperlichen Entleerungsvorgängen. Die beginnende Kontrolle über diese Körperfunktionen wird - wenn sie sich spontan und ohne rigide Kontrolle entwickelt - vom als erste produktive Leistung empfunden und hat wesentlichen Einfluß auf die Herausbildung einer eigenen Identität im Verhältnis zur sozialen Umwelt. - In der genitalen Phase schließlich (beginnend etwa im vierten Lebensjahr) konzentrieren sich die körperlichen Lustempfindungen und Triebbedürfnisse wesentlich auf den Bereich der Geschlechtsorganen. Das Kind empfindet spontan genitale Bedürfnisse, die nach Befriedigung drängen, entdeckt durch Berührung und Reizung seiner Geschlechtsteile den eigenen Körper als Quelle höchster Lust und drängt nach körperlich-sexuellem Kontakt mit anderen Kindern oder Erwachsenen. Das zunehmende Interesse an der Entdeckung des eigenen Körpers und des Körpers anderer geht einher mit einem zunehmenden Interesse an der Entdeckung der natürlichen und sozialen Umwelt überhaupt. Das Kind beginnt, seine Umwelt (im wahrsten Sinne des Wortes:) zu "begreifen", d.h. alles anzufassen, umzuformen, zu bearbeiten. Diese Phase ist für das Kind eine einzige große Entdeckungsreise, und der Entdeckungs- und Bewegungsdrang kennt - wenn er nicht durch die soziale Umwelt eingeschränkt wird - nahezu keine Grenzen.

3. Gesellschaftliche Unterdrückung der Triebentfaltung

Schon die grobe Darstellung dieser natürlichen kindlichen Triebbedürfnisse läßt ahnen, daß in unserer Gesellschaft die große Masse der Kinder durch die sozialen Verhältnisse in ihrer Triebentfaltung mehr oder weniger stark gehemmt wird. Diese Hemmung kann schon damit beginnen, daß das Kind kurz nach der Geburt der Mutter entrissen und in eine Umgebung gesteckt wird, die ihm keinerlei Geborgenheit vermittelt. Sie kann damit weitergehen, daß das Kind von der Mutter entweder gar nicht gestillt, sondern stattdessen mit künstlicher Nahrung abgespeist wird und daß insgesamt der körperliche und emotionelle Kontakt zwischen Mutter und Kind mehr oder weniger stark blockiert ist - aufgrund der emotionellen Blockierung, die die Mutter selbst mit sich herumschleppt.

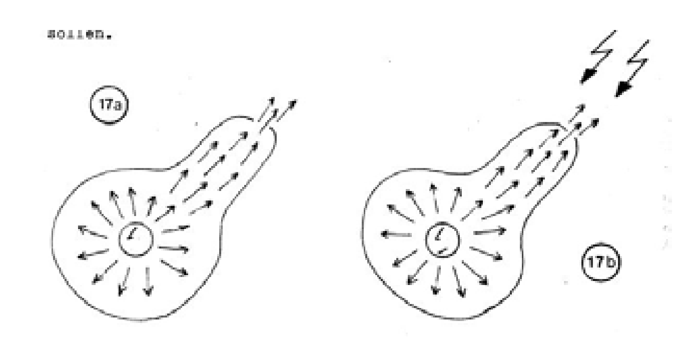
Die Triebentfaltung in der analen Phase kann u.a. durch eine rigide Reinlichkeitserziehung gehemmt werden. Wenn das Kind – entgegen der spontanen Regulierung seiner Körperfunktionen - in ein starres Schema eingezwängt und zu bestimmten, genau festgelegten Zeitpunkten auf den Topf gesetzt wird, um sein "Häufchen" zu machen, und wenn jede Abweichung von diesem Schema bestraft wird, wird es zu einer krampfhaften und angstbesetzten Selbstkontrolle gezwungen, das heißt auch zu einer Angst vor der eigenen Körperlust. Der Stolz auf das eigene Produkt den eigenen Haufen, und die damit verbundene Lust wird dem Kind auch dann ausgetrieben, wenn die Erwachsenen diesem Produkt gegenüber - ausgesprochen oder unausgesprochen einen Ekel erkennen lassen.

Die Unterdrückung der kindlich-sexuellen Bedürfnisse in der genitalen Phase kann schließlich die Form annehmen, daß die Erwachsenen den sexuellen Spielen der Kinder fassungslos und voller Entsetzen begegnen, die Kinder dafür bestrafen und ihnen auf diese Weise Angst vor der natürlichen Selbstbefriedigung oder vor körperlich-sexuellen Kontakten zu anderen und damit Angst vor genitalen Lustgefühlen überhaupt einjagen.

4. Triebunterdrückung und Verdrängung

So unterschiedlich die Triebbedürfnisse des Kindes in seinen einzelnen Entwicklungsphasen sind und so unterschiedlich auch die konkreten Formen der Triebunterdrückung im einzelnen sein können, so sind doch alle Formen verbunden mit einem im Wesentlichen gleichen psychischen Mechanismus, dem von der Psychoanalyse entdeckten Mechanismus der "Verdrängung". Die folgenden Abbildungen sollen dazu dienen, diesen Verdrängungsmechanismus und seine Folgen im einzelnen zu veranschaulichen.

Wir wollen uns die Psyche eines neugeborenen Kindes modellhaft vorstellen wie eine Art Luftballon, der von innen her aufgeblasen wird (durch eine innere Triebenergie). Als Folge davon wird vom Ballon eine Nase ausgeformt mit einem Ventil, durch das die Triebenergie entströmen und sich entladen kann. In Abb.17a wird die innere Triebquelle durch den eingekreisten Blitz symbolisiert, während die Pfeile symbolisch die nach Entfaltung drängende Triebenergie darstellen sollen.

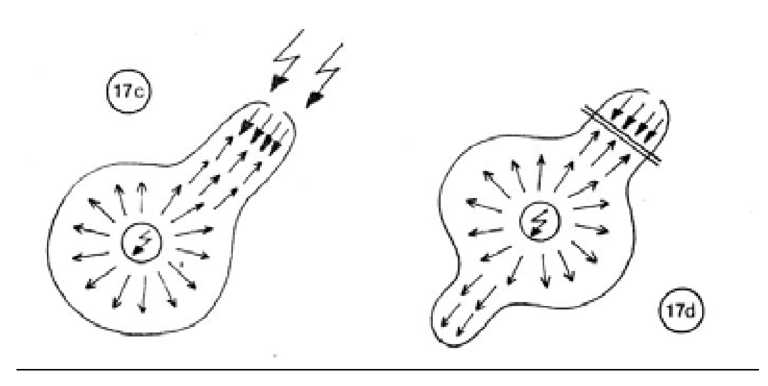


In der Nase des Ballons kommen die Triebbedürfnisse des Kindes (z.B. nach oraler Befriedigung) zum Ausdruck. In dem Maße, wie die innere Triebenergie durch das Ventil nach außen strömen kann, findet eine befriedigende und lustvolle Entspannung statt. - In Abb.17b ist nun angenommen, daß das Kind mit seinen nach Befriedigung drängenden Triebbedürfnissen in seiner Umwelt auf keine positive Resonanz trifft. Entweder stoßen seine emotionellen Bedürfnisse ins Leere, oder aber das Ausleben der Triebbedürfnisse ruft auf Seiten der Umwelt Ablehnung oder Strafe hervor. Dadurch geraten die Triebbedürfnisse des Kindes in einen offenen Konflikt mit der triebfeindlichen Umwelt, ein Konflikt, der für das Kind mit psychischen und/oder körperlichen Schmerzen verbunden ist.

(In Abb.17b ist die triebfeindliche Umwelt durch die zwei oberen Blitze symbolisiert.) Wiederholen sich solche schmerzhaften Situationen immer und immer wieder, so wird das Kind schließlich - zur Vermeidung von Strafe und Enttäuschung - seine Triebbedürfnisse nicht mehr ausleben. Das Zurückhalten der eigenen Triebimpulse gelingt allerdings nur unter erheblichem Aufwand an psychischen Energien: Ein Teil der ursprünglich nach Entfaltung drängenden Triebenergien wendet sich ins Gegenteil und bildet eine Staumauer gegen die natürliche Triebentladung (Abb. 17c).

Der ursprüngliche Konflikt zwischen Triebbedürfnis und triebversagender Umwelt wird auf diese Weise "verdrängt". Die Folge dieser Verdrängung besteht nun darin, daß sich die noch freiströmende, d.h. nicht in der Verdrängung gebundenen Triebenergien aufstauen und als Angst erlebt werden. Die gleich Triebenergie, die bei freier Entfaltung lustvoll erlebt wird,

kehrt sich im Fall ihrer Aufstauung um in Angst, allerdings nicht mehr Angst vor einer realen Gefahr, sondern Angst ohne erkennbaren äußeren Anlaß: "neurotische Angst". Die sich immer mehr aufstauenden Energien drängen nachdem der ursprüngliche Ausgang der natürlichen Triebentladung versperrt ist, nach einer Entladung und Spannungsminderung in anderer Form (dargestellt durch die neue Nase des Ballons in Abb. 17d). Diese Entladung (z.B. in Form von Aggression) erfolgt dabei zwanghaft und ist der bewußten Kontrolle des betreffenden Menschen entzogen. Er wird von ihr wie von einer äußeren Macht beherrscht, sie ist ihm selbst ganz fremd: der Mensch ist von sich, selbst entfremdet.



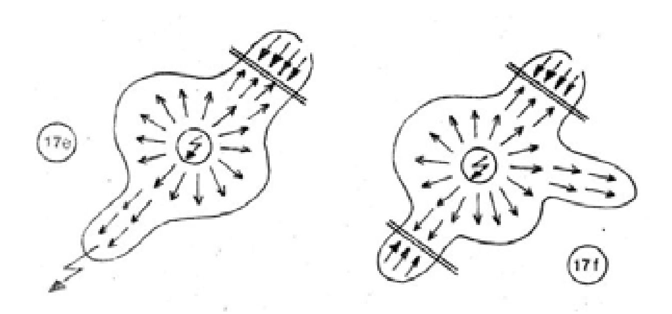
Durch die Verdrängung ist zwar der Konflikt zwischen den natürlichen Triebbedürfnissen und der triebfeindlichen Umwelt "beseitigt", aber die Triebbedürfnisse sind damit nicht verschwunden, sondern nur aufgestaut und umgelenkt, und zwar über unbewußt ablaufende Prozesse: Die Triebbedürfnisse und die sie treibenden Energien werden ebenso ins "Unbewußte" abgeschoben wie die "Erinnerung" an die frustrierenden Ereignisse (sog. traumatische Erlebnisse). Und im Unbewußten wühlen sie auf ganz eigenartige, der rationalen Logik unzugängliche Weise weiter. Z.B. können die ursprünglichen Triebbedürfnisse, an die sich der betreffende Mensch später nicht mehr erinnert, in symbolisch verschlüsselter Form in Träumen durchbrechen.

5. Verdrängung und Neurose

Die verdrängten Bedürfnisse und die die Verdrängung auslösenden traumatischen Erlebnisse wirken auch noch in anderer Form im Unbewußten weiter: Wird der betreffende Mensch später in einer bestimmten Situation durch unbewußte Assoziationen in irgendeiner Weise an die ursprüngliche traumatische Situation "erinnert", dann läuft emotionell noch einmal der gleiche "Film" ab wie seinerzeit; z.B. werden noch einmal die gleichen Ängste durchlebt wie damals, ohne dass für den Betreffenden der Zusammenhang zur damaligen Situation bewußt erkennbar ist.

Die unbewußten Assoziationen, d.h. die gedanklichen und symbolischen Verbindungen zur ursprünglichen Situation, können nämlich sehr verschlüsselt, sehr indirekt, sozusagen um x Ecken herum laufen, und der Betreffende ist sich in seinem Bewußtsein über diese oft komplizierten Assoziationsketten gar nicht im klaren. Ein Kind, das z.B. aus Angst gegenüber dem autoritären Vater seine eigenen Triebbedürfnisse verdrängt hat, wird später auch gegenüber anderen Autoritäten immer wieder die gleichen Ängste durchleben wie seinerzeit, auch wenn die späteren Autoritäten ganz anders aussehen mögen als der Vater. Allein die unbewußte Verknüpfung zweier autoritären Situationen läßt den früheren Film noch einmal ablaufen, auch wenn diese Reaktion in der gegenwärtigen en Situation (wo es sich nicht mehr

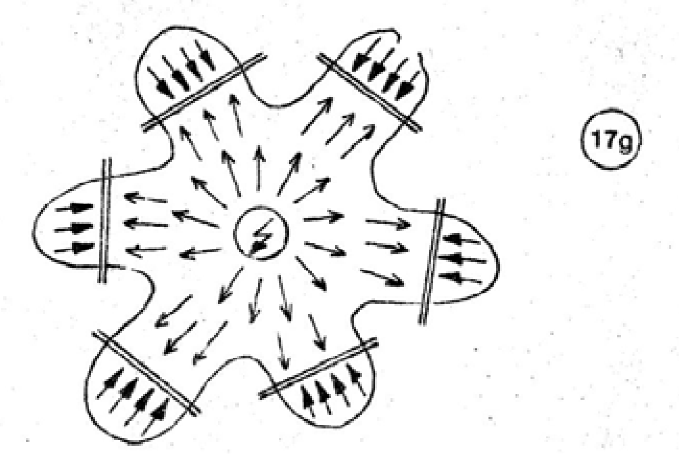
um ein wehrloses Kind handelt völlig unangebracht und zur Bewältigung der realen Situation völlig unangemessen ist. Der Betreffende wird von seinen eigenen "neurotischen Zwängen" überrollt. (Abb.17e will das durch den Blitz an der unteren Nase symbolisieren.) Die durch die Verdrängung eingeleitete "neurotische Struktur" macht den Menschen insoweit mehr oder weniger unfähig, angemessen auf die aktuelle Realität zu reagieren. Seine neurotischen Verhaltensweisen werden stattdessen bestimmt durch zurückliegende verdrängte und nicht bewältigte Konflikte.



6. Schichtweise Verdrängung und Charakterpanzer

Wir heben bisher der Einfachheit halber nur von einer einmaligen Verdrängung und dem daraus folgenden neurotischen Zwang gesprochen. Tatsächlich wird es in der Realität nicht bei der ersten Verdrängung bleiben. Wenn wir uns vorstellen, daß das durchbrechende zwanghafte Verhalten in der Umwelt wiederum auf Ablehnung und auf Strafe stößt, so wird eine weitere Verdrängung einsetzen. Wiederum müssen psychische Energien abgespalten werden und wird eine Staumauer errichtet, wiederum wird der Konflikt mit der Umwelt nur oberflächlich "beseitigt", indem der Keim für neue und andere Konflikte gelegt wird: Über die erste Schicht der Verdrängung wird eine zweite gelagert mit der Konsequenz, daß sich der Binnendruck der psychischen Spannung wiederum erhöht und nach einem neuen Durchbruch - an anderer Stelle und in anderer Form – drängt. (Abb. 17f)

Wir können uns dieses Modell der Psychodynamik einer Neurose beliebig fortgesetzt denken. Um in unserem Bild zu bleiben, ist das Ergebnis schließlich ein Ballon mit einer Fülle von Nasen, die durch den Aufbau von psychischen Staumauern mehr oder weniger erstarrt sind und aus denen kein lebendiger Impuls mehr ungebrochen nach außen dringen kann (Abb. 17g).



Jeder natürliche Triebimpuls, der sich beim gesunden Organismus unmittelbar nach außen wendet und sich Befriedigung verschafft, "rennt" im gepanzerten Organismus durch ein Labyrinth von "Panzerungen", prallt an ihnen ab, trifft ständig auf neue "Umleitungen" und kommt schließlich in völlig entstellter Form an die Oberfläche.

Wilhelm Reich spricht in diesem Zusammenhang von "Charakterpanzer" und meint damit die Summe der übereinander gelagerten Verdrängungen, die dem Individuum eine bestimmte - mehr oder weniger erstarrte - Reaktionsweise gegenüber seinen eigenen Gefühlen und gegenüber seiner sozialen und natürlichen Umwelt vermitteln. (Sieh hierzu im einzelnen W. Reich: Die Funktion des Orgasmus - die Entdeckung des Orgons, Fischer-Taschenbuch 6140, Frankfurt 1972) Je nachdem, in welcher Entwicklungsphase der Einzelne welche Art und Intensität von Frustrationen erleiden mußte, bilden sich unterschiedliche Charakterstrukturen heraus. Haben z.B. wesentliche Triebversagungen schon in der oralen Phase stattgefunden, so entwickelt sich daraus der sog. "orale Charakter", der u.a. dadurch gekennzeichnet ist, daß der Betreffende später zwanghaft alles in sich hineinschlingen will, sei es im wörtlichen Sinn von zwanghaftem Essen, Trinken, Rauchen usw., oder sei es im übertragenen Sinn des Aussaugens anderer Menschen, ohne selbst etwas geben zu können, oder des ständigen Konsumieren-Müssens, ohne eigentlich wirklich genußfähig zu sein.

Fallen die hauptsächlichen Triebversagungen in die anale Phase, so entwickelt sich daraus der "anale Charakter", der durch pedantische und zwanghafte Ordentlichkeit, Sparsamkeit, Pünktlichkeit und Sauberkeit und durch eine starke Blockierung gegenüber den eigenen Gefühlen und den Gefühlen anderer gekennzeichnet ist. Der anale Charakter entwickelt auch sadistische Tendenzen, sei es in Form sadistischer Zwangsphantasien oder in Form offener Brutalität. Er ist darüber hinaus in der sozialen Hierarchie nach oben hin autoritätsängstlich und nach unten hin zwanghaft autoritär.

7. Charakterpanzer und körperlicher Panzer

Die Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Triebunterdrückung und Charakterbildung wurde in wesentlichen Ansätzen schon von Freud entwickelt. Reich hat darüber hinaus herausgefunden, daß die psychischen Verdrängungen und die damit einhergehende psychische Erstarrung immer auch mit einer körperlich-muskulären Erstarrung verbunden ist. Was sich auf der psychischen Ebene als Charakterpanzer darstellt, läßt sich auf der körperlichen Ebene als muskulärer Panzer nachweisen, der je nach Charakterstruktur schwerpunktmäßig unterschiedliche Bereiche des Körpers betrifft. Was wir in unserem Ballon als Staumauern dargestellt haben, entspricht körperlich den muskulären Verkrampfungen, die der Organismus im Laufe seiner Entwicklung unter der Einwirkung äußerer Repressionen in sich verankert hat und die seine natürliche Lebendigkeit und spontane körperliche Ausdrucksfähigkeit mehr oder weniger stark blockieren.

8. Körperlicher Panzer, Triebstauung und Krankheit

Die Entdeckungen Reichs über den Zusammenhang zwischen gesellschaftlich bedingter Triebunterdrückung und individueller Erkrankung - die übrigens bis heute weitgehend unbekannt geblieben sind - gehen noch wesentlich weiter: In biologischen, medizinischen und physikalischen Grundlagenforschungen hat er nachgewiesen, daß den psychischen Prozessen tatsächlich biologische Triebenergien zugrunde liegen, die in den traditionellen Naturwissenschaften bis dahin noch nicht entdeckt worden waren und deren Existenz auch

von Freud nur vermutet, nicht aber nachgewiesen wurde. (Freud nannte die vermutete Energie "libido".) Sowohl die Erstarrung dieser lebendigen Triebenergie durch psychische und muskuläre Panzerungen als auch die dadurch bedingte Aufstauung der noch fließenden Triebenergie bilden nach Reich die Wurzel für alle psychosomatischen Erkrankungen:

Die aufgrund der Panzerungen gestörte Versorgung der Organe mit biologischer Energie führt zunächst zu Funktionsstörungen und schließlich zu organischen Veränderungen der entsprechenden Organe, d.h. zu funktionellen und schließlich organischen Erkrankungen. Organe in gepanzerten Körperbereichen tendieren zu einer Störung in Richtung Unterfunktion, Organe in gestauten Körperherbereichen zu einer Überfunktion mit den daraus folgenden jeweils spezifischen Erkrankungen. Sofern sich also gestaute psychische Energie nicht nach außen entlädt, etwa in Form destruktiver Aggression, führt sie tendenziell zur Selbstzerstörung des Organismus in Form von Krankheit. Gesellschaftlich betrachtet läuft beides auf das gleiche hinaus: auf eine tendenzielle Zerstörung des Lebendigen als Folge einer gesellschaftlich bewirkten Unterdrückung natürlicher Triebbedürfnisse.

9. Triebunterdrückung, Anpassung und Destruktion

Wenn wir uns die - hier nur grob dargestellten - Ergebnisse dieser Forschungen noch einmal vor Augen halten, lassen sich für unseren Zusammenhang daraus ganz wesentliche Schlüsse ziehen:

- Die in der frühkindlichen Erziehung beginnende gesellschaftliche Unterdrückung natürlicher Triebbedürfnisse und der dabei wirksam werdende Mechanismus der Verdrängung haben wesentlichen Einfluß auf die Formung individueller Chararakterstrukturen.

- Durch die Verdrängung tritt an die Stelle äußerer Herrschaft eine verinnerlichte Herrschaft über die eigenen - gesellschaftlich nicht geduldeten – Triebimpulse. Auf diese Weise bilden sich massenweise Charakterstrukturen heraus, die sich mehr oder weniger widerstandslos den äusseren Herrschaftsstrukturen der Gesellschaft unterwerfen.

- Die mit der Triebunterdrückung und Verdrängung einhergehende Abtötung natürlicher Lebendigkeit, Spontaneität und Kreativität schafft die charakterstrukturellen Voraussetzungen für die Anpassung der Individuen an einen rigiden, autoritär und hierarchisch strukturierten entfremdenden Arbeitsprozeß.

- Die Verdrängungen binden einen Grossteil der ursprünglich lebendigen und nach lustvoller kreativer und sinnlicher Entfaltung drängenden Energien in den erstarrten Strukturen des Charakterpanzers. Gleichzeitig werden die noch fliessenden Triebenergien aufgestaut, in destruktive Bahnen umgelenkt und als innere Destruktion (Krankheit) und/oder äussere Destruktion (Brutalität) wirksam.

Besinnen wir uns noch einmal auf den Zusammenhang, aus dem heraus wir auf den psychischen Mechanismus der Verdrängung gekommen sind: Wir hatten abgeleitet, dass sich unter dem Druck einer gewinnorientierten Produktion bestimmte Strukturen des Arbeitsprozesses herausgebildet haben, die durch fortschreitende innerbetriebliche Arbeitsteilung einerseits und durch hierarchisch-autoritäre Strukturen andererseits gekennzeichnet sind. Innerhalb dieser rigiden Strukturen und unter dem Einfluss der

Konkurrenz zwischen den Arbeitern sowie der wachsenden Intensität der Arbeit haben sich für die Masse der Lohnabhängigen extrem entfremdende Arbeitsbedingungen entwickelt, innerhalb deren für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit, für die Entfaltung der in ihnen steckenden Möglichkeiten und Bedürfnisse praktisch kein Raum bleibt. Damit es nicht zu einem ständigen offenen Konflikt zwischen den Entfaltungsbedürfnissen der Menschen und den rigiden Strukturen des kapitalistischen Arbeitsprozesses kommt, muss – so hatten wir gesehen – bereits vor Eintritt in den Arbeitsprozess für den Einzelnen eine Anpassung an diese Strukturen sattgefunden haben.

Diese Überlegungen führten uns in den Bereich der Sozialisation und hier insbesondere zur Diskussion der Mechanismen frühkindlicher Erziehung, wie sie von der Psychoanalyse und von Reich aufgedeckt worden sind. (Die Tatsache, daß wir den Verdrängungsmechanismus am Beispiel frühkindlicher Erziehung aufgezeigt haben, bedeutet übrigens nicht, daß dieser Mechanismus nicht auch in späteren Entwicklungsphasen (Pubertät, Erwachsenenalter) und vermittelt durch andere Sozialisationsinstanzen (Schule, Lehre, Uni, Beruf usw.) wirksam wird. Worum es ging, war lediglich aufzuzeigen, daß der Kern einer neurotischen, angepaßten, kranken Charakterstruktur bereits in der frühen Kindheit gelegt wird und die Charakterstruktur sich durch spätere Einflüsse selbstverständlich in der einen oder anderen Richtung hin in Grenzen verändern kann.)

Die Entdeckung des Verdrängungsmechanismus läßt verständlich werden, auf welche Art und Weise - vermittelt über die Unterdrückung spontaner Triebbedürfnisse - eine charakterstrukturelle Anpassung der Individuen an die gesellschaftlichen Strukturen erfolgt, wie sich äußere Herrschaftsverhältnisse innerpsychisch verankern und wie auf diese Weise der offene Widerstand der Massen gegenüber unmenschlichen gesellschaftlichen Bedingungen auch ohne Anwendung offener Gewalt gebrochen werden kann. Sie läßt darüber hinaus verständlich werden, daß eine solche Anpassung der Individuen notwendig einhergeht mit der Herausbildung destruktiver Charakterstrukturen, deren zerstörerische Tendenzen sich in den verschiedensten Formen ausdrücken können: Als Zerstörung der eigenen Psyche und des eigenen Körpers (psychische und psychosomatische Krankheit bzw. Selbstmord), als Zerstörung der Entfaltungsmöglichkeit und Lebendigkeit anderer (autoritäres Verhalten, Brutalität, Mord), als Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen und solidarischen Verhaltens.

IV. Destruktive Erscheinungsformen der kapitalistischen Wohlstandsgesellschaft

Wenn wir uns in unserer Gesellschaft umsehen, begegnen wir diesen destruktiven Tendenzen auf Schritt und Tritt, und es wird niemanden unter uns geben, der nicht mehr oder weniger darunter leidet. Denken wir nur an die psychischen und körperlichen Verkrampfungen, die wir selbst in uns tragen und die uns gegenüber unseren Gefühlen mehr oder weniger stark abgepanzert haben. Denken wir daran, wie oft wir uns in unserem Kontakt zu anderen Menschen blockiert fühlen (und diese Blockierung nur notdürftig mit Alkohol oder anderen Suchtmitteln auflockern können), wie oft wir von Ängsten überflutet werden, die uns in der Wahrnehmung unserer Interessen hemmen und die uns die Lebensfreude rauben. Denken wir an die entfremdeten, verkrampften Formen zwischenmenschlichen Kontakts, die wir um uns herum beobachten. Denken wir an die psychische Isolation, unter der so viele leiden und die zu einer Massenerkrankung geworden ist. Oder denken wir an die Krankheiten, von denen entweder wir selbst oder unsere Bekannten immer wieder befallen werden. Und dann die ganzen Ventile der Aggressionen, die darauf hindeuten, was an aggressivem Potential in den

Massen der Menschen aufgestaut ist. Überall werden wir mit den Erscheinungsformen dieser destruktiven Aggressivität konfrontiert: Im Straßenverkehr, bei Massenveranstaltungen wie dem Fußball, in Kriminalfilmen, bei Polizeieinsätzen und sonst noch überall.

Unsere Gesellschaft ist in nahezu allen Bereichen durchdrungen von den destruktiven Tendenzen, die das Lebensglück der Menschen zerstören und die zwischenmenschlichen Beziehungen zersetzen. Das geht hinein bis in die intimsten menschlichen Beziehungen, die immer kaputter werden und immer schneller auseinanderbrechen. Und das alles sind nur Erscheinungen, die sich sozusagen vor den Kulissen dieser Gesellschaft abspielen und die wir selbst tagtäglich in uns und in unserer Umgebung erfahren. Darüber hinaus gibt es noch Formen von Kaputtheit, von denen wir selbst in unserem Erfahrungsbereich gar nichts wahrnehmen, weil sie hinter die Kulissen dieser Gesellschaft verlagert sind: in die Krankenhäuser, die Elendsviertel, in die Gefängnisse, in die psychiatrischen Anstalten, wo die Einzelnen in eine mehr oder weniger total entmündigte Rolle gebracht werden und unter vielfach absolut unmenschlichen Bedingungen dahinvegetieren.

Obwohl die Statistik derartige destruktive Tendenzen nur quantitativ erfassen kann und dabei die mehr qualitativen Erscheinungsformen der Destruktion unberücksichtigt bleiben, ist die folgende Statistik krankhafter Symptome in der BRD, wie sie Jürgen Roth in seinem Buch "Armut in der Bundesrepublik - über psychische und materielle Verelendung" (Fischer-Taschenbuch, Frankfurt 1974) aufführt, schon erschreckend genug:

- Mindestens 30-40% aller Patienten, die eine ärztliche Praxis aufsuchen, sind an psychosomatischen Leiden erkrankt.

- mindestens 10-15% der Bevölkerung brauchen eine psychotherapeutische Hilfe. Andere Schätzungen sprechen von 20% der Bevölkerung. Das wären 12 Millionen Menschen.

- 2-4% der Bevölkerung erkranken an einer psychotischen Reaktion. Das sind für die BRD 1,2 – 1,8 Mill. Menschen.

- 1% der Bevölkerung erkrankt an Schizophrenie.

- 2,5 Mill. jugendliche, das sind 40% im Alter von 15 - 25 Jahren, sind drogengefährdet.

- 250 000 Jugendliche sind Drogenkonsumenten. 12 000 sind süchtig"

(Aus J.Roth: Armut in der Bundesrepublik , a.a.0. S.61)

Wir könnten die Aufzählung destruktiver Erscheinungsformen beliebig fortsetzen, aber es kommt er nicht auf Vollständigkeit an. Worum es geht, ist einfach die Augen zu öffnen gegenüber den destruktiven Tendenzen in den unterschiedlichsten Bereichen und sie nicht zu verkennen als ein über die Menschheit hereingebrochenes Schicksal, sondern als Ausdruck des repressiven, die lebendige Entfaltung der Massen unterdrückenden Charakter dieser "Wohlstandsgesellschaft". Was ist das für ein Wohlstand, der sich gründet auf die massenweise Zerstörung von Lebendigkeit? Was ist das für eine Denkweise, die Fortschritt der Menschheit ausschließlich am wachsenden Ausstoß an materiellen Gütern misst und die damit einhergehende Zerstörung des lebendigen Entfaltungspotentials der Menschen aus der Betrachtung ausklammert?

IV. Entfremdete Arbeit und Krankheit

Kommen wir noch einmal auf den Arbeitsprozeß selbst und dessen unmittelbare Auswirkungen auf die Beschäftigten zurück. J. Roth hat in der Neufassung seines Buches "Armut in der Bundesrepublik - Untersuchungen und Reportagen zur Krise des Sozialstaats", (Reinbek, 1979) unter anderem eine Fülle von Material darüber zusammengetragen, wie sich die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen auf die körperliche und psychische Situation der Beschäftigten auswirken.

1. Die zerstörerische Wirkung entfremdeter Arbeit

Um wenigstens einen groben Einblick in die zerstörerischen Wirkungen entfremdeter Arbeit zu vermitteln, bringen wir im folgenden einige längere Auszüge aus diesem Buch. J. Roth stellt seinen Untersuchungen zunächst eine zusammenfassende Einschätzung seiner Ergebnisse voran:

> "Die im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geleistete Arbeit führt bei einem großen Teil der bundesdeutschen Bevölkerung zu einem hohen Grad an Verelendung. Sie bewirkt nämlich physische und psychische Krankheit. Krankheit aber löst, wie materielles Elend, einen erheblichen Leidensdruck aus, der auf dem Menschen lastet, dem er nicht entkommen kann. Dieser Leidensdruck behindert ihn in seiner Lebensgestaltung, läßt ihn nicht am sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt teilnehmen. Nervenzusammenbrüche, Selbstmord, Aggressionen sind die Folgen dieser psychischen Verelendung. Aber auch die verkürzte Lebenserwartung vieler Arbeiter, im Vergleich mit denjenigen, die über befriedigende und humane Arbeitsplätze verfügen und die über sich und ihre Arbeit selbst bestimmen können." (Roth, 1979. Seite 142)
>
> "Der Produktionsprozeß wirkt sich auf das Leben direkt, aber auch mittelbar aus. Über die Vielzahl von psychischen und physischen Belastungen wie Akkordarbeit, Prämiensystem, Fließbandarbeit, Automation - Methoden, um die Leistungen des Einzelnen oder der Gruppe ständig zu erhöhen. Direkt sind auch die physikalisch-chemischen Einflüsse wie Hitze, Lärm oder Vergiftung. Folgen sind die Frühinvalidisierung des arbeitenden Menschen oder seine geringe Lebenserwartung. Mittelbare Auswirkung des Produktionsprozesses finden sich bei der Reproduktion der Arbeitskraft. Probleme, die in der Arbeit nicht bewältigt werden wirken sich massiv auf das Freizeitverhalten, auf die Beziehungen in der Familie und auf das Verhalten überhaupt aus. Schon allein durch Nacht- und Schichtarbeit wird das Zusammenleben in der Familie beträchtlich gestört." (Roth, 1979, Seite 144)
>
> "Insofern ist der oft verherrlichte technologische Fortschritt für die Lohnabhängigen keiner; er hat im Gegenteil zu einer Häufung von gesundheitlichen Schädigungen geführt. Der Fortschritt hat einer großen Gruppe von Arbeitnehmern nur Elend gebracht.
>
> - 61,1 % der Lohnabhängigen verrichten mittelschwere körperliche Arbeit im Stehen.
> - 19,3 % verrichten schwere körperliche Arbeit.
> - 33,3 % arbeiten ganztägig im Akkord und machen regelmäßig Überstunden.
> - 66,4 % haben am Arbeitsplatz unter betriebsbedingten Arbeitserschwernissen zu leiden.

- 65,4 % aller Arbeiter im Betrieb waren ständig harter psychischer Belastung ausgesetzt."

(Modell einer allgemeinen Vorsorgeuntersuchung im Jahre 1969-70. Hg. vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg, Schlußbericht, Stuttgart 1972) (Zitiert nach J. Roth, Seite 145) "

2. Arbeitsintensität und Arbeitsunfälle

Über die Belastung am Arbeitsplatz vermittelt auch die Zahl der Arbeitsunfälle einen Einblick, wenngleich es sich hierbei nur um die Spitze eines Eisbergs tatsächlicher Belastungen handelt. Roth:

> "In der BRD wurde 1975 alle 16 Sekunden ein leichter, alle 8 Minuten ein schwerer und alle 2 1/2 Stunden ein tödlicher Arbeitsunfall gemeldet." (Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung 1976) 1977 wurden 190.000 Lohnabhängige vor Erreichen des Rentenalters berufs- und erwerbsunfähig, man zählte 2 Mio Arbeitsunfälle mit schweren Folgen, 4.454 Menschen starben durch einen Unfall am Arbeitsplatz. (Unfallverhütungsbericht vom 29.11.78) Das Risiko, einem Arbeitsunfall zum Opfer zu fallen, ist für Arbeiter 5 x höher als für Angestellte und 6 x höher als für selbständig Erwerbstätige." (Roth, 1979, Seite 145)

Über den Zusammenhang zwischen Arbeitsunfällen und Arbeitsbelastungen schreibt Roth:

> "Hetze bei der Arbeit, gesteigerte Arbeitsintensität läßt eine genaue Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen - vorausgesetzt es gibt sie - nicht zu. Würde man die Sicherheitsbestimmungen einhalten, würde sich der Arbeitsablauf verzögern, der Akkord könnte nicht gehalten werden, was zu Lohneinbußen führen würde. Unternehmer und viele Arbeitswissenschaftler interessieren jedoch aus Prinzip die Zusammenhänge von Unfällen und Arbeitshetze bzw. Überbeanspruchung der Arbeitskraft nicht. Für sie sind Arbeitsunfälle "ein einmaliges, plötzliches, von außen her einwirkendes Ereignis mit erkennbaren Schädigungen des Körpers, das sich bei der Betriebsarbeit oder im Zusammenhang mit derselben ereignet hat. Betriebsunfälle werden überwiegend durch persönliche Ursachen hervorgerufen. Zu einem geringen Teil entstehen sie durch Ursachen, die in den Produktionsmitteln und dem Arbeitsablauf begründet liegen" (H. Petry: Arbeitsunfälle, in: Arbeitsmedizin, Lehrbuch für Ärzte und Studenten, hg. von H. Valentin, Stuttgart 1971, Seite 379). Eine solche Selbstverschuldungsideologie ist bekanntlich nicht auf das Arbeitsleben beschränkt. Gleiche Argumente werden benutzt, wenn nachgewiesen werden soll, dass auch das soziale Elend selbstverschuldet, also auf persönliches Versagen zurückzuführen sei." (Roth, 1979, Seite 146 f)

3. Arbeitsbelastung und Berufskrankheit

Neben den Arbeitsunfällen führt Roth auch Zahlen über sog. Berufskrankheiten auf, die nachweisbar aus den spezifischen Belastungen besonderer Tätigkeiten entstehen:

"1977 gab es insgesamt 48.189 angezeigte Fälle von Berufskrankheiten: (1975: 36.374), eine trotz jährlicher Steigerungsrate im Vergleich zu den Berufsunfällen niedrige Zahl. Da aber Berufskrankheiten erst im Laufe der Zeit ihre zerstörende Wirkung zeigen, sagt diese Zahl wenig aus. Zunehmend bei diesen Berufskrankheiten sind im wesentlichen die Lärmschäden, Hauterkrankungen, Silikose- und Infektionskrankheiten. Dauernde Nervosität bis hin zu Schäden am Gehörsystem sind die physischen wie psychischen Auswirkungen des ständig steigenden Lärms... dazu gehört auch Nachlassen der Konzentration, Gereiztheit unter den Kollegen, häufiges Unwohlsein und Mattigkeit, sexuelle Störungen und Magenkrankheiten." (Roth, 1979, Seite 159)

4. Arbeitsbelastung und Invalidität

Die Zahl der offiziell registrierten Berufskrankheiten vermittelt allerdings nur ein verzerrtes Bild von den tatsächlichen Belastungen durch den Arbeitsprozeß. Roth:

"Tatsächlich wird das Ausmaß der Berufskrankheiten ... erst deutlich wenn die Entwicklung der Frühinvalidisierung in der BRD untersucht wird. Hier existiert ein bisher kaum bekanntes Ausmaß an psychischer Verelendung. - Invalidisierung bedeutet: die Arbeitskraft wird durch die Arbeitsbedingungen und das allgemeine Arbeitsmilieu derart verschlissen, daß sie im Betrieb nicht mehr produktiv eingesetzt werden kann. Der Arbeitnehmer als psychisches und physisches Wrack mit einer am Existenzminimum orientierten Rente abgeschoben.

- 1970 erhielten mehr als die Hälfte aller Arbeiter - Neurentner eine vorzeitige Rente infolge psychischer und physischer Abnutzung durch die Arbeit.

- 1977 hat sich diese Zahl weiter erhöht: nur noch 22 aller Arbeitnehmer konnten so lange arbeiten, bis sie die reguläre Altersrente bezogen...

- 1977 mußten 103.000 Arbeiter vorzeitig wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit aus dem Arbeitsleben ausscheiden, aber nur 30.000 Angestellte. Ähnlich die Zahlen bei den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten:

- 91.000 Arbeiterfrauen und 42.000 Angestellte wurden "ausgemustert".

- So liegt heute das Durchschnittsalter der Rentenempfänger bei Arbeitern bei 59,5 Jahren, Angestellten 61,8 Jahren

(nach: Statistik der Deutschen Gesetzlichen Rentenversicherung, Rentenzugang und Rentenwegfall 1977, Frankfurt 1978, Seite 1)." (Zitiert nach Roth, 1979, Seite 161)

5. Krankheit durch Nacht- und Schichtarbeit

Besonders harte Belastungen gehen von der Nacht- und Schichtarbeit aus. Roth:

"Diese Nacht- und Schichtarbeit, auch die Sonntagsarbeit, haben in den letzten Jahren eher zugenommen. Allein der Anteil der Nacht- und/oder Schichtarbeiter und/oder Sonntagsarbeiter ist von 1960 bis 1972 auf 17,5 % gestiegen. Der Zuwachs war fast 4 x so

groß wie der Zuwachs der abhängig Beschäftigten überhaupt. 1972 war jede 5. männliche und jede 10. weibliche Arbeitskraft nachts und/oder sonntags beschäftigt. Im übrigen ist der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der in Nachtschicht eingesetzten abhängigen Erwerbstätigen übermäßig hoch: 64 % in der BRD. (Nach M. Osterland/W. Deppe u.a.: Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt 1973 Seite 72)..." (Zitiert nach Roth, 1979, Seite 168 f)

"Arbeitsmediziner und Gewerkschafter wissen (dagegen) sehr genau, daß die Gesundheitsgefahren für die Wechselschichtarbeiter so groß sind, daß diese Arbeitsform in der Tat nur dort zugelassen werden dürfte, wo eine echte Notwendigkeit besteht.

- In einer Fabrik mit 800 Arbeitern zählte man 3 x mehr Magengeschwür unter dem Schichtpersonal als bei den Arbeitern, die keine Schicht machen. Man kann den Anteil der Arbeiter, die die Wechselschicht schlecht vertragen, mit 70 % veranschlagen.

- Bei etwa 50 % der Drei-Schicht-Arbeiter finden sich Appetitmängel, Verdauungsstörungen und schlechter Schlaf. Gleiche Beschwerden treten dagegen nur bei ca. 5 % der Früh-, Spät- und Wechselschichtarbeiter ohne Nachtschicht auf. Drei-Schicht-Arbeiter zeigen außerdem eine höhere Belastung mit Herzinfarkten und Magengeschwüren.

- Nach einer Untersuchung von Anders klagten von 600 Wechselschichtarbeitern 33,9%, von 300 Tagesarbeitern ohne Nachtschichterfahrung nur 10,5 % über gastritische Beschwerden.

- Von 257 Arbeitern, die nach werkärztlichen Überprüfungen aus gesundheitlichen Gründen von der Wechselschicht zur Tagesschicht über wechselten, taten dies 39 % wegen Verdauungsstörungen (inklusiv Magengeschwüre), 32 % wegen nervöser Störungen, 8 % wegen Krankheiten der Kreislauforgane und 21 % wegen anderer Krankheiten.

- 66 % der Drei-Schicht-Arbeiter litten unter Schlafstörungen.

- Arbeiter in der Nachtschichtperiode schlafen im Mittel 4 bis 6 Stunden, bei Frühschicht 6 bis 7 Stunden, bei Mittagsschicht 8 bis 9 Stunden.

- Wechselschichtarbeiter leiden unter erhöhter Nervosität, vegetative Labilität, allgemeinen Störungen der Kontaktfähigkeit zur sozialen Umwelt und verminderter Leistungsfähigkeit.

- Die Unfallhäufigkeit ist bei ihnen höher und das Risiko der Frühinvalidität größer als bei vergleichbaren Berufsgruppen mit Tagesarbeit.

- Die höhere Belastung der Nacht- und Schichtarbeiter wie ihre geringe Erholung während des Schlafens deuten darauf hin, daß diese Belastung nur durch ein ständiges Überziehen der psychischen und physischen Leistungskapazitäten auf Kosten eines Verschleißes vor Leistungsfähigkeit und Gesundheit durch einen Abbau körperlicher Substanz erkauft werden kann." (F. Naschhold: Systemanalyse des Gesundheitswesens in Österreich, Band 2, Wien 1977, Seite 34 - 36 (Zitiert nach Roth, 1979, Seite 169 f)

6. Frauenarbeit und Mehrfachbelastung

Von den zerstörerischen Wirkungen entfremdeter Arbeit sind die Lohnabhängigen je nach konkreten Arbeitsbelastungen in unterschiedlicher Weise betroffen. Besonders hart sind die Arbeitsbedingungen und derer Auswirkungen für die Masse der lohnabhängigen Frauen. Roth:

> "Die besonderen Arbeitserschwernisse der erwerbstätigen Frauen, die nur in Ausnahmefällen ihre Berufswünsche erfüllen können, hängen eng mit ihrer sozialen Rolle und Funktion innerhalb der traditionellen bürgerlichen Familie zusammen. Die Frau hat diejenige zu sein, die neben ihrer Erwerbstätigkeit den Haushalt und die Kindererziehung übernimmt und schließlich auch noch den Mann befriedigen soll. Dies Mehrfachbelastung treibt unzählige Frauen an den Rand der Verzweiflung. In der BRD gibt es 1 Mio Mütter, die am Rand der totalen seelischen und körperlichen Erschöpfung stehen. Die meisten haben seit 8 oder 9 Jahren keinen Urlaub gehabt - und sind verschlissen wie Schwerstarbeiter. Und der Lohn ihres Gefügigseins, ihrer Selbstaufgabe und Aufopferung ist in der Regel, daß sie mißhandelt werden, wenn sie einmal nicht so funktionieren, wie es sich ihr Mann vorstellt." (Roth, 1979, Seite 179)

> "Die Mütterarbeit hat zwischen 1965 und 1972 um 60 % zugenommen (Familienbericht 1975). Die Gründe für diese Berufstätigkeit liegen aber nicht in der wünschenswerten Selbstentfaltung oder darin, daß die Männer die Hausarbeiten übernommen haben, sondern sie ist im erheblichen Umfang auf den Zwang zurückzuführen, im Haushalt mitzuverdienen. 87,1 % der Mütter gaben nach einer Repräsentativerhebung "Familie und Sozialisation" 1973 an, daß sie aus finanziellen Gründen eine Arbeit angenommen haben. Und je geringer dabei das Einkommen des Mannes, um so höher die Pflicht der Mütter, zu arbeiten. 87,4 % der Mütter, deren Ehegatten ein Einkommen unter 1.200 DM hatten, waren gezwungen zu arbeiten." (Roth, 1979, Seite 179)

> "Die Unzufriedenheit der arbeitenden Frauen resultiert nicht allein aus der Mehrfachbelastung. Noch immer hat sich nichts an dem Zustand geändert, daß Frauen in den Berufen mit geringer und/oder keiner Qualifikation und ohne Aufstiegsmöglichkeiten ihren mageren Lohn verdienen. 3,6 Mio Angestellte arbeiten als Verkäuferinnen in Kaufhäusern, als Stenotypistinnen, als Friseurin. 3,4 Mio Arbeiterinnen schuften als Montiererinnen in der Metallindustrie, als Stepperinnen in der Schuhfabrik, als Näherinnen im Textilgewerbe oder als Putzfrauen." (Roth, 1979, Seite 179 f)

> "In vielen Betrieben bitten die werdenden Mütter, weiter im Akkord bleiben zu dürfen und versuchen, durch Verschweigen ihrer Schwangerschaft bei erhöhter Akkordleistung auch zu höheren Arbeitslöhnen zu kommen. Grund ist die finanzielle Notlage der Familie. Andere Frauen haben Angst, daß sie entlassen werden, wenn ihre Schwangerschaft bekannt wird. Die Angst der schwangeren Frauen ist berechtigt. In vielen Fällen wurde den Frauen gekündigt, da sie wegen ihrer Schwangerschaft einige Zeit der Arbeitsstelle fernbleiben mußten. All das hat einen Einfluß auf die Häufigkeit von Früh- und Fehlgeburten." (Roth, 1979, Seite 182)

> "Die gesamte Belastungssituation der arbeitenden Frauen führt zu einer Vielzahl psychosozialer Krankheiten. Bei den meisten Frauen die die Doppelbelastung von Arbeit

und Haushalt zu ertragen haben treten nervöse Herzbeschwerden, Herzstechen, Rheuma, Kreislaufstörungen, Menstruationsstörungen und nervöse Magen- und Darmbeschwerden auf." (Roth, 1979, Seite 182)

"Frauen verdrängen die Unterdrückung, der sie bei der Arbeit und in der Familie ausgesetzt sind, weitaus häufiger als die männlichen Arbeiter. Hauptsächlich die älteren Frauen sind von einem neurotischen Pflichtbewußtsein geprägt, so daß sie alle Belastungssituationen geduldig ertragen, wobei sich die verdrängten Konflikte im psychosomatischen Bereich ausdrücken. Das Gefühl, als Frau und Mutter etwas leisten zu müssen, die Rolle der Hausfrau und Erzieherin zu bewältigen und die jahrzehntelange Überbeanspruchung im Beruf kollidieren und führen zu psychosozialen Behinderungen. Angst, stundenlanges Herzklopfen, Nervosität, Weinkrämpfe und Schlafstörungen sind regelmäßig auftauchende Symptome." (Roth, 1979, Seite 183)

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

DRITTER TEIL: Investition und Beschäftigung

A. ARBEITSLOSIGKEIT UND EXISTENZANGST

Während wir bisher bei der Untersuchung des Problembereichs "Arbeit und Produktion" im wesentlichen die qualitativen Veränderungen des Produktions- und Arbeitsprozesses und deren Auswirkungen auf die Beschäftigten diskutiert haben, soll es im folgenden um die Frage gehen, wie sich Veränderungen im Produktionsprozeß quantitativ auf die Zahl der Arbeitsplätze, d.h. auf die Beschäftigung auswirkt.

So gering der Entfaltungsspielraum am Arbeitsplatz auch sein mag, für die Lohnabhängigen ist nun einmal - aus Mangel an Alternativen - der regelmäßige Verkauf ihrer Arbeitskraft gegen Entlohnung die notwendige Voraussetzung ihrer ökonomischen Existenzerhaltung. Und solange diese Grundlage nicht gesichert ist, bedeutet Arbeitslosigkeit für die meisten nicht etwa Freiheit von rigiden Arbeitszwängen, sondern ständige Existenzangst, ganz zu schweigen von den sozialen und psychischen Belastungen, denen Arbeitslose in unserer leistungsorientierten Gesellschaft ausgesetzt sind.

Über die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Betroffenen schreibt K. Ottomeyer in seinem Buch "ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen" u.a.:

> "Die Arbeitslosigkeit zerstört schlagartig die zwar kärglichen, aber wichtigen Restbestände einer planvollen und solidarisch-kooperativen Lebenspraxis, die den Menschen im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Produktionsprozeß noch bleibt. Das gilt zunächst für den Verlust der tatsächlichen Kooperationsbeziehungen am Arbeitsplatz. Nicht nur die Einkommensminderung wird von den Arbeitslosen beklagt, sondern vor allem auch das Abgeschnitten werden von wichtigen sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz ... Verbunden mit dem Gefühl der sozialen Isolation ist das einer tiefen Nutzlosigkeit der eigenen Lebensaktivität und der Überflüssigkeit der eigenen Person ... Das Gefühl, über seinen eigenen produktiven Beitrag zur Gesellschaft nicht mehr gebraucht zu werden und andere wie ein Kind um Hilfe bitten zu müssen, löst fast immer Schamreaktionen und die Tendenz zum individuellen Rückzug auch aus den noch zur Verfügung stehenden zwischenmenschlichen Beziehungen aus. Dieser Rückzug wird durch die Demütigung der Arbeitssuche noch verstärkt." (K. Ottomeyer, Seite 120).

> "Auf das Privat- und Familienleben wirkt sich die Arbeitslosigkeit doppelt aus: Als Verlust der Arbeitstätigkeit und der übergreifenden Sozialbeziehungen und auch als Verlust oder Minderung des Lohnquantums, über dessen gemeinsame Anhäufung, Bewirtschaftung und Verwaltung zum Zweck des verbesserten Konsums im privaten Haushalt und in der Familie sich die Zukunftsperspektiven der Menschen im Kapitalismus wesentlich herausbilden und erhalten. Die ohnehin bescheidenen Planungsmöglichkeiten drohen nun vollends zusammenzubrechen.. Alle Untersuchungen über Arbeitslosigkeit betonen übereinstimmend den Zerfall der Zukunfts- und Zeitperspektiven in den betroffenen Familien. Das Handeln fällt zurück auf ein perspektivloses Sich-imKreis-drehen... Das Hinabgleiten in eine allgemeine Planungs- und Hoffnungslosigkeit vollzieht sich bei längerer Arbeitslosigkeit stufenweise und fast unausweichlich. Die Zerstörung der Hoffnung ist so ziemlich das Schlimmste, was man einem Menschen antun kann." (Ottomeyer, Seite 122 f)

Auch J. Roth geht in seinem Buch "Armut in der Bundesrepublik" auf die psychischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit ein:

> "Unzweifelhaft ist - und Beobachtungen in Familien, in denen die bisher Erwerbstätigen seit längerem arbeitslos sind, bestätigen das -, daß sowohl das psychische wie auch das soziale System von Individuum und Familie zusammenbrechen. Zunahme von Alkoholismus, Depressionen, Anstieg der Selbstmordrate bei Erwachsenen und Kindern, zunehmende Nervosität bei Familienmitgliedern, schwere psychische Störungen werden überall registriert. Psychische Folgeschäden korrelieren mit gesundheitlichen Schäden wie Magen-Darmstörungen, Herzerkrankungen, Fehlernährung." (Roth, 1979, Seite 209)

> "Unzufriedenheit mit der eigenen Situation führt zu einer massiven Häufung von Aggressionen innerhalb der Familie, gegen Frau und Kind. Die Angst, sozial abzusteigen, die Schulden nicht mehr bezahlen zu können, eine Räumungsklage zu erhalten, lähmen alle Aktivitäten. Der Betroffene verfällt in tiefe Depressionen. Der ungeheure Problemdruck, der sich bei vielen Arbeitslosen ansammelt, muß einen Ausweg finden. Entweder ist es ein individuell gegen sich selbst gerichteter Akt, oder er richtet sich gegen andere." (Roth, 1979, Seite 211)

In einem offenen Brief der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie, der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie und der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächstherapie an den Bundes minister für Arbeit und Sozialordnung heißt es u.a.:

> "Wir beobachten in der Beratungs- und Therapiepraxis heute ein enormes Anwachsen von psychischen Problemen, die als direkte oder indirekte Folge von Arbeitslosigkeit angesehen werden müssen:
> - Tendenzen zur Selbstaufgabe werden verstärkt, was sich insbesondere im Suchtbereich ausdrückt;
> - Selbsttötungsversuche und depressive Symptome nehmen zu;
> - Auch eine Vielzahl anderer psychischer Belastungen und Störungen werden durch die Folgen von Arbeitslosigkeit verschlimmert;
> - Zu diesen Folgen gehören finanzielle Engpässe aufgrund einer bis zu 50 % betragenden Einschränkung der Einkünfte, des Aufbrauchens von Ersparnissen, familiäre Belastungen, Selbstwertzweifel aufgrund von sozialem Abstieg und Verlust von Berufs- und Lebensperspektiven.

> Schon die Angst vor Entlassung und Arbeitslosigkeit und die erhöhte Konkurrenz am Arbeitsplatz haben psychohygienisch gefährliche Auswirkungen. Unmittelbar gesundheitsgefährdend werden sie dann, wenn berechtigte Krankmeldungen und notwendige Kuranträge zurückgestellt werden. Diese psychosozialen Belastungen werden noch dadurch verschärft, daß bisher in weiten Teilen der Presse und sogar von verantwortlichen Politikern Arbeitslosigkeit als individuell verschuldet, als Drückebergerei oder als Ergebnis psychischer Störungen beschrieben wird." (Zitiert nach Roth, 1979, Seite 209 f)

Eine Gesellschaft, die das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst hat kann von sich aus kaum beanspruchen, eine "Wohlstandsgesellschaft" zu sein. (Das soll nicht heißen, daß Vollbeschäftigung schon gleichzusetzen ist mit Wohlstand. Welches psychisches Elend sich dahinter verbergen kann, haben wir ja im letzten Abschnitt ausführlich diskutiert.)

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

DRITTER TEIL: Investition und Beschäftigung

B. VOLLBESCHÄFTIGUNG DURCH INVESTITIONEN?

Nachdem die BRD in den 50er und 60er Jahren eine längere Phase des fast ungebrochenen wirtschaftlichen Aufschwungs durchlaufen hat, in der die anfängliche Arbeitslosigkeit immer mehr abgebaut wurde und das Problem der Arbeitslosigkeit schließlich kaum mehr auf der Tagesordnung stand, brach 1966 die erste größere Wirtschaftskrise herein, der seitdem mehrere größere Krisen gefolgt sind. In den letzten Jahren ist sogar in Zeiten der Hochkonjunktur die Zahl der (registrierten) Arbeitslosen kaum mehr unter 1 Mio gesunken, und die Diskussion um die Schaffung und Vernichtung von Arbeitsplätzen hat einen immer breiteren Raum eingenommen.

Mittlerweile wird so ungefähr jede größere Investition und jede staatliche Maßnahme unter dem Gesichtspunkt diskutiert, ob durch sie zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen oder aber weitere Arbeitsplätze vernichtet werden. Das geht soweit, daß sogar der Bau von Atomkraftwerken mit dem Hinweis gerechtfertigt wird, dadurch würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und - über die Sicherung der Energieversorgung und des Wirtschaftswachstums - langfristig Arbeitsplätze erhalten. Der Einfluß von Investitionen auf die Beschäftigung ist in der Diskussion um die Ablehnung oder Rechtfertigung bestimmter Projekte zu einem entscheidenden Maßstab geworden, und wir werden im Fernsehen und in den Zeitungen tagtäglich mit entsprechenden Äußerungen konfrontiert, denen man nur allzu leicht recht hilflos gegenüber steht.

I. "Gewinne von Heute sind Investitionen von Morgen und Arbeitsplätze von übermorgen"

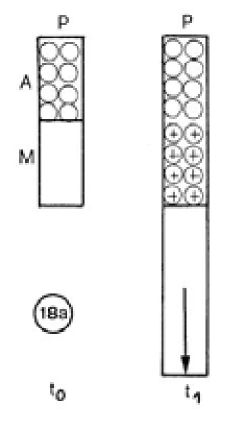
Bundeskanzler Schmidt hat vor Jahren die in dieser Diskussion vorherrschende Denkweise auf einen einfachen Nenner gebracht: "Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen." Es ist klar, was aus einer solchen Einschätzung abgeleitet wird. Zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze müssen die Investitionen erhöht werden und als Voraussetzung dafür die Gewinne der Unternehmen, so z.B. über Senkung der Unternehmensbesteuerung oder über Zurückhaltung in den Lohnforderungen usw. Demgegenüber hören wir von anderer Seite, daß die Investitionen der Unternehmen keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, sondern umgekehrt Arbeitsplätze vernichten und die Arbeitslosigkeit vergrößern.

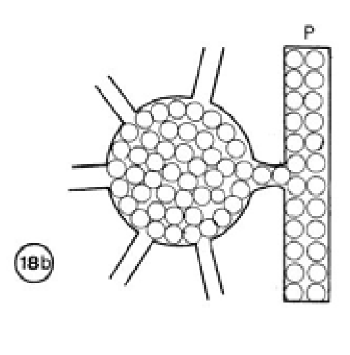
Welcher der beiden Standpunkte ist nun richtig? Oder gilt vielleicht der eine Standpunkt nur unter bestimmten Bedingungen, während unter anderen Bedingungen der andere richtig ist? Dies im einzelnen herauszuarbeiten, d.h. den Zusammenhang zwischen Investition und Beschäftigung sowohl innerhalb eines Unternehmens (einzelwirtschaftlich) als auch für die gesamte Volkswirtschaft zu diskutieren, soll Gegenstand der folgen den Überlegungen sein.

Von Investitionen spricht man ja dann, wenn Unternehmen zusätzliche Produktionsmittel anschaffen, sei es in Form von Maschinen und Materialien oder von Grundstücken und Gebäuden usw., wobei diese Investitionen entweder direkt aus früheren Gewinnen oder über Kredite oder über die Ausgabe von Aktien usw. finanziert werden können. Die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten sollen uns an dieser Stelle nicht weiter interessieren. Bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen hängen sie im übrigen alle davon ab, ob mit den Investitionen des Unternehmen langfristige Gewinnerwartungen verbunden sind. Nur wenn das der Fall ist, werden sich entsprechende Finanzierungsmittel locker machen lassen, und die Gewinnerwartungen hängen in den meisten Fällen nicht zuletzt mit den bisherigen Erfolgen des Unternehmens, d.h. den (offenen oder versteckten) Gewinnen der Vergangenheit zusammen. Insofern bleibt der Gewinn nach wie vor die zentrale Orientierungsgröße und Voraussetzung für die Durchführung und die Finanzierung von Investitionen. Der Satz "Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen", scheint da mit völlig plausibel. Gehen wir für die folgenden Überlegungen einmal davon aus, daß die entstandenen Gewinne dieser Unternehmen tatsächlich investiert werden. Welcher Zusammenhang besteht dann zwischen Investitionen und Beschäftigung?

II. Erweiterungsinvestitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen

Die Auswirkung von Investitionen auf die Beschäftigung hängt sicherlich davon ab, ob es sich um Erweiterungsinvestitionen handelt oder um Rationalisierungsinvestitionen. Bei der Erweiterungsinvestition werden die Produktionsanlagen unter Beibehaltung der bisherigen Technik, d.h. auch unter Beibehaltung eines bestimmten Verhältnisses zwischen Produktionsmitteln einerseits und Arbeitskraft andererseits, einfach nur aus geweitet. Z.B. wird neben einer Fabrikhalle, in der eine bestimmte Anzahl von Arbeitern an einer bestimmten Anzahl von Maschinen tätig ist, eine zweite Fabrikhalle mit den gleichen Bedingungen errichtet. Abb. 18a stellt einen solchen Fall dar: Über Investitionen werden die Produktionskapazitäten so ausgeweitet, daß sich die Kosten für Material und Maschinen und ebenso die Zahl der Arbeiter (symbolisiert durch die Kreise) verdoppelt.)





III. Die Quellen des Arbeitskräftereservoirs

Niemand wird unter solchen Bedingungen bestreiten, daß die Investition zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze geführt hat. Wenn alle Unternehmen einer Volkswirtschaft in dieser Weise investieren, muß man sich allerdings fragen, wo überhaupt die zusätzlichen Arbeitskräfte herkommen können. Eine mögliche Quelle (Abb. 18b) ist z.B. das Bevölkerungswachstum. Um eine wachsende Arbeitsbevölkerung zu beschäftigen, müßten demnach - bei gleichbleibender Produktionstechnik, d.h. bei unverändertem Verhältnis zwischen A und M - die Produktionskapazitäten entsprechend der Wachstumsrate der Bevölkerung anwachsen. Probleme können sich z.B. dann ergeben, wenn die Bevölkerungsentwicklung besondere Schwankungen unterliegt (z.B. Schwankungen zwischen geburtenstarken und geburtenschwachen Jahrgängen).

Nun haben sich im Zuge der Industrialisierung die Produktionskapazitäten allerdings viel stürmischer entwickelt als das Bevölkerungswachstum. Das war z.B. dadurch möglich, daß die Zahl der Lohnabhängigen viel schneller anwuchs als die Bevölkerung, und zwar im Zuge der Umwandlung von Bauern und Handwerkern in Lohnarbeiter. Für die Manufakturen und Fabriken gab es in den Anfängen des Kapitalismus insofern ein fast unerschöpfliches Reservoir an Arbeitskräften, die durch die geschilderten ökonomischen und gesellschaftlichen Umwälzungen auf den Arbeitsmarkt gespült wurden. Je weiter dieser Prozeß der Entwurzelung allerdings schon fortgeschritten ist, um so weniger kann er zur Quelle zusätzlicher Lohnarbeit werden. Eine weitere Quelle ist z.B. die Einbeziehung von Frauen, die bisher im Haushalt tätig waren, in die Lohnarbeit.

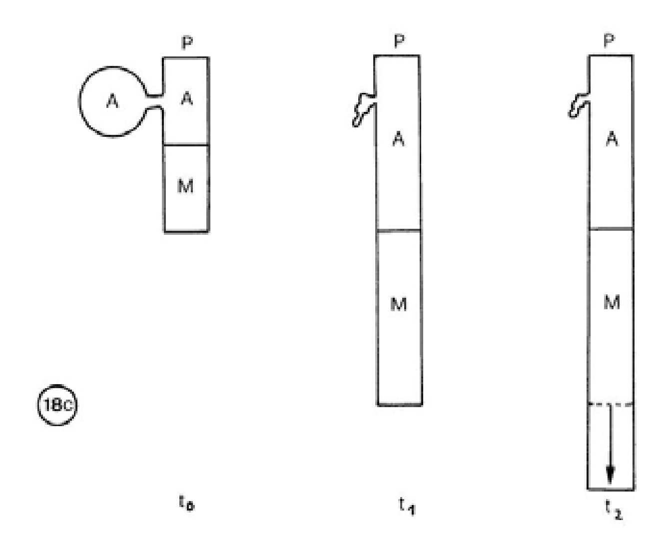
In der Entwicklung der BRD kamen zusätzlich zu diesen Faktoren eine Reihe weiterer Faktoren hinzu, die mit der besonderen historischen Situation zusammenhängen. Zum einen gab es in den Anfängen der BRD als Folge der Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen eine hohe Arbeitslosigkeit. So kamen z.B. zu den Kriegsheimkehrern noch große Flüchtlingsströme hinzu. Später, nach Erschöpfung dieser und der vorhin erwähnten Quellen wurde der zusätzliche Arbeitskräftebedarf durch Millionen von Gastarbeitern gedeckt. Die Ausdehnung der Produktionskapazitäten konnte sich deshalb ohne große technische Veränderungen im wesentlichen in Form von Erweiterungsinvestitionen vollziehen.

IV. Erschöpfung des Arbeitskräftereservoirs und Rationalisierung

Ein solches sogenanntes extensives Wachstum stößt aber in dem Maß auf Grenzen, wie sich die Quellen zusätzlicher Arbeitskräfte erschöpfen (t_1 in Abb. 18c). Bei ausgeschöpften Arbeitskraftreserven ist ein weiteres Wirtschaftswachstum nur noch dann möglich, wenn das quantitative Verhältnis zwischen Arbeitskräften und Produktionsmitteln verändert wird, wenn also Produktionsverfahren eingeführt werden, bei denen relativ weniger Arbeitskräfte erforderlich sind (Rationalisierungsinvestitionen). Anders ausgedrückt: Bei denen der Anteil der Produktionsmittel (Material und Maschinen M) gegenüber den Arbeitskräften A erhöht wird (Zeitpunkt t_2 in Abb. 18c) bzw. Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt werden. Findet das Wirtschaftswachstum auf der Grundlage von Rationalisierungsinvestitionen, d.h. veränderter und arbeitssparender Technologie statt, so sprechen die Ökonomen von einem "intensiven Wachstum".

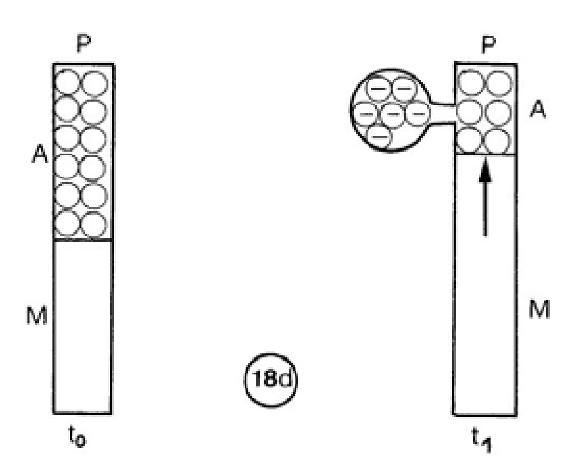
V. Rationalisierungsinvestitionen: Wirtschaftswachstum Oder Arbeitslosigkeit?

Rationalisierungsinvestitionen scheinen also die Voraussetzung für ein weiteres Wirtschaftswachstum zu sein, nachdem das Arbeitskräftereservoir einer Volkswirtschaft ausgeschöpft ist. Sie müßten demnach eigentlich im Interesse aller liegen. Auf der anderen Seite ist in den letzten Jahren - insbesondere auch von Seiten einiger Gewerkschaften – immer wieder zu hören, daß durch Rationalisierungsinvestitionen Arbeitsplätze vernichtet werden. Was hat es nun mit dem Für und Wider von Rationalisierungsinvestitionen im einzelnen auf sich? Wir wollen uns im folgenden an Hand einiger Modellüberlegungen zu dieser Frage eine Meinung bilden.



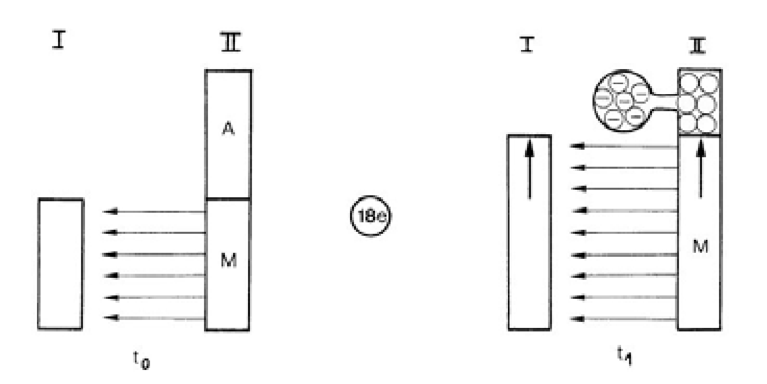
1. Rationalisierung und Vernichtung von Arbeitsplätzen

Gehen wir zunächst von einem einzelnen Unternehmen aus, dessen Produktionskosten sich in der Ausgangssituation t_0 zur Hälfte aus Arbeitskosten (A) und zur Hälfte aus Material- und Maschinenkosten (M) zusammensetzen (Abb. 18d). Bei den gegebenen Produktionsverfahren werden nun im Zeitpunkt t_1 6 Arbeiter durch Maschinen ersetzt. Wenn sich im Unternehmen nicht an anderer Stelle neue Arbeitsmöglichkeiten auftun, verlieren diese 6 Arbeiter ihre Arbeitsplätze. Wie kann man unter solchen Umständen davon reden, daß Investitionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen? Ist es nicht offensichtlich, daß Rationalisierungsinvestitionen genau den gegenteiligen Effekt vorbringen? Ist es nicht grobe Verdummung, wenn gesagt wird, daß Investitionen von morgen die Arbeitsplätze von übermorgen sind?



2. Investitionsnachfrage und Schaffung neuer Arbeitsplätze

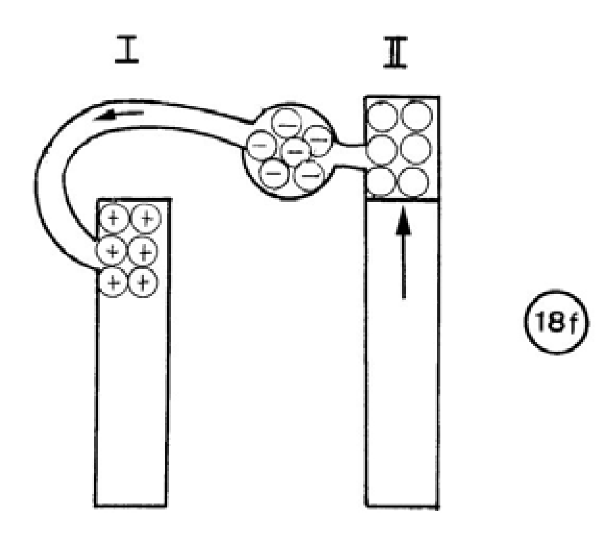
Auf den ersten Blick scheint diese Behauptung wirklich absolut absurd, mindestens was zur Rationalisierungsinvestition anlangt. Aber auf den zweiten Blick fällt uns ein, daß ja die vom Unternehmen gekauften zusätzlichen Produktionsmittel irgendwo anders hergestellt werden müssen (im Produktionsmittelsektor), daß also dort zusätzliche Nachfrage und damit zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind (t_1 in Abb.18e). Wenn wir diesen Beschäftigungseffekt mitberücksichtigen, der durch die Nachfrage nach zusätzlichen Investitionsgütern im Produktionsmittelsektor entsteht (und zwar auch im Falle von Rationalisierungsinvestitionen!), muß es unter Umständen gesamtwirtschaftlich betrachtet nicht zur Arbeitslosigkeit kommen, selbst wenn in einzelnen Unternehmen (z.B. der Konsumgüterindustrie II) Arbeitsplätze vernichtet werden. Unter Umständen ist die Zahl der im Produktionsmittelsektor neu entstehenden Arbeitsplätze genau so groß oder sogar größer als die Zahl der vernichteten Arbeitsplätze.



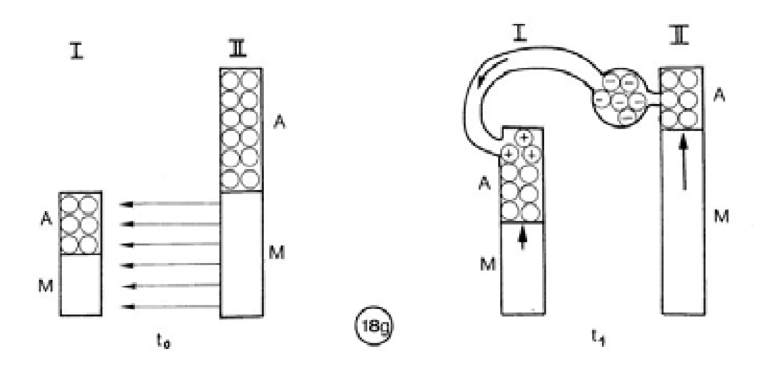
3. Gleichgewicht zwischen Schaffung und Vernichtung von Arbeitsplätzen'

Bei der Untersuchung des Beschäftigungseffekts von Investitionen müssen wir also unterscheiden zwischen denjenigen Unternehmen, in denen die Investitionen getätigt und die neuen Produktionsmittel eingesetzt werden, und den anderen Unternehmen, bei denen diese Produktionsmittel gekauft, d.h. bei denen Investitionsgüter produziert und nachgefragt werden. Nach unseren bisherigen Überlegungen führen Rationalisierungsinvestitionen bei dem

ersten Unternehmen zur Arbeitsplatzvernichtung, während bei dem zweiten Unternehmen eben diese Investitionen zu zusätzlichen Aufträgen und damit zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beitragen. Worum es bei der gesamtwirtschaftlichen Beurteilung der Beschäftigungswirkungen von Investitionen geht, ist zunächst einmal die Frage ob der Effekt der Arbeitsplatzvernichtung in dem einen Bereich der Volkswirtschaft (II) ausgeglichen wird durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Bereichen der Volkswirtschaft (I).



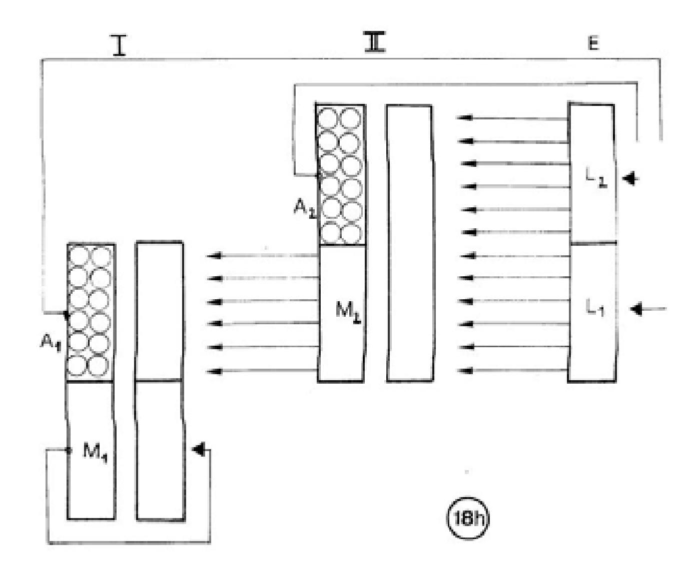
In Abb. 18f ist ein solcher Fall angenommen. Es sieht zunächst so aus, als müsse die Ausdehnung der Produktion in I immer gleich groß sein wie die zusätzlichen Material- und Maschinenkosten in II und als müßten insoweit auch die zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze in I zahlenmäßig genauso groß sein wie die vernichteten Arbeitsplätze in II.



4. Die Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Kreislaufzusammenhänge

Wir sehen, daß wir zur Diskussion der Beschäftigungswirkungen von Investitionen nicht darum herumkommen, auf unsere früher abgeleiteten gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhänge zurückzugreifen. In Abbildung 18h ist ein Modell zugrunde gelegt, in dem die Kreislaufzusammenhänge zwischen Produktionsmittelsektor I, Konsumtionsmittel Sektor II und Einkommen berücksichtigt sind (wobei der Einfachheit halber die Gewinneinkommen zunächst vernachlässigt werden). Aus dem angenommenen Verhältnis

zwischen Arbeitskräften und Produktionsmitteln (A : M = 1 : 1) ergeben sich in diesen Fall zufällig die gleichen Produktionskosten für I und II.



Erhöhen sich nun im Zuge der Rationalisierungsinvestitionen in Sektor II die eingesetzten Produktionsmittel M_2 und damit auch die Nachfrage nach Produktionsmitteln in Sektor I, so kann bei unveränderter Technologie (gleichbleibendes A zu M) in Sektor I diese zusätzliche Nachfrage nur befriedigt werden durch eine doppelt so große Kapazitätsausweitung. (Es muß eben nicht nur die zusätzliche Nachfrage aus Sektor II bedient werden, sondern auch die dadurch indirekt entstehende Nachfrage der Produktionsmittelunternehmen nach Produktionsmitteln.)

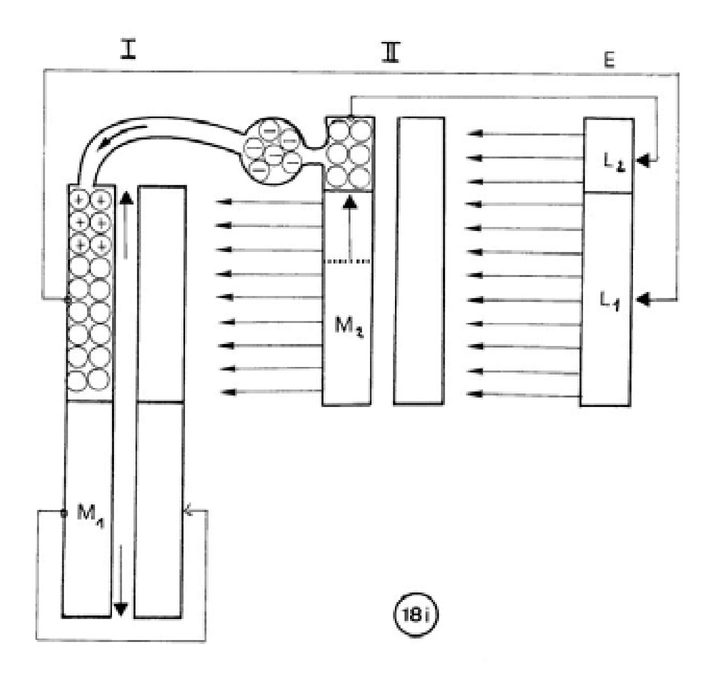


Abbildung 18i berücksichtigt diese zusätzliche indirekte Nachfrage im Produktionsmittelbereich. In unserem Modell führt das zu dem Ergebnis, daß nun doch - aufgrund der direkten

und indirekten Nachfrageeffekte - aus der zusätzlichen Investitionsnachfrage des Sektors I im Produktionsmittelsektor 6 neue Arbeitsplätze entstehen. Alle im Zuge der Rationalisierung in Sektor II freigesetzten Arbeitskräfte scheinen auf diese Weise Beschäftigung in Sektor I zu finden.

Wenn die einen davon reden, daß durch Rationalisierungsinvestitionen Arbeitsplätze vernichtet werden, und die anderen behaupten, durch derartige Investitionen würden Arbeitsplätze geschaffen, scheinen sich erst einmal beide Meinungen unvereinbar gegenüber zu stehen. Tatsächlich aber können beide Aussagen gleichzeitig richtig sein, wie wir an unserem Modell sehen. Die erste Behauptung ist richtig, wenn sie sich ausschließlich auf Sektor II bezieht, wo die Rationalisierung durchgeführt wird. Die zweite Behauptung ist richtig, wenn sie sich ausschließlich bezieht auf Sektor I, wo aufgrund der Rationalisierungen des Sektors II zusätzliche Nachfrage nach Produktionsmitteln entsteht. Solange allerdings keine Einigkeit darüber erzielt wird, auf welchen Bereich sich die Aussage beziehen soll, wird man immer wieder aneinander vorbeireden können.

Was für unsere Diskussion zunächst einmal im Vordergrund stehen soll, sind die quantitativen gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungswirkungen, d.h. die Summe aus Arbeitsplatzvernichtung in einigen Bereichen und Schaffungen von Arbeitsplätzen in anderen Bereichen. Und unter diesem Gesichtspunkt bleibt in unserem Modell - auch bei Rationalisierungsinvestitionen - der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsstand unverändert, weil sich beide Effekte gerade ausgleichen.

5. Strukturelle (mobilitätsbedingte) Arbeitslosigkeit

Wo dennoch die Probleme liegen können, haben wir schon an früherer Stelle im Zusammenhang mit der qualifikationsmäßigen und regionalen Mobilität diskutiert. Die bloß mengenmäßige Übereinstimmung von Arbeitsplatzvernichtung und Schaffung neuer Arbeitsplätze sagt selbstverständlich überhaupt nichts darüber aus, ob bzw. unter welchen Bedingungen für die Betroffenen die Wiederbeschäftigung tatsächlich gelingt. Wir wollen an dieser Stelle die ganze Diskussion um die Probleme der Mobilität und die für die Lohnabhängigen damit verbundenen Härten nicht wiederholen, sondern lediglich daran erinnern. Wenn wir hier nur die quantitativen gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungswirkungen diskutieren, dann nicht deshalb, weil wir die qualitativen mobilitätsmäßigen Gesichtspunkte für unwesentlich halten; sondern vielmehr, weil auch die größtmögliche Mobilität der Arbeitskraft oder die besten staatlichen Beihilfen zur Förderung von Mobilität nichts nützen können, wenn rein mengenmäßig nicht genügend neue Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Deshalb ist es wichtig, über die Probleme der Mobilität hinaus die Frage zu klären, ob bzw. unter welchen Bedingungen gesamtwirtschaftlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit dem Tempo der Arbeitsplatzvernichtung Schritt halten kann, ob also unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigung Rationalisierungsinvestitionen zu befürworten und evtl. auch staatlich zu fördern sind oder nicht. Nach unseren bisherigen Ableitungen scheinen die Rationalisierungsinvestitionen an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungssituation nichts zu ändern.

Hätte man dann aber - unter Beschäftigungsgesichtspunkten - nicht ganz auf sie verzichten können? Und wären den Arbeitskräften dann nicht die ganzen Probleme des Arbeitsplatzwechsels erspart geblieben und die ganzen damit verbundenen Probleme, etwa

der Entwertung erworbener Qualifikation, der notwendig werdenden Umschulung, der lohnmäßigen Herabstufung, des Ortswechsels und des Herausgerissenwerdens aus gewohnten sozialen Zusammenhängen usw.? Ist es so gesehen nicht voll verständlich, daß sich die Arbeiter und Angestellten in den Unternehmen sträuben, wenn sie im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen ihre Arbeitsplätze verlieren sollen, wenn teilweise ganze Betriebe stillgelegt werden? Was sollen überhaupt die Rationalisierungen, wenn sie gesamtwirtschaftlich die Beschäftigung nicht verändern, aber dafür den betroffenen Arbeitern die Last des mindestens vorübergehenden Arbeitsplatzverlustes und des Arbeitsplatzwechsels aufbürden?

6. Rationalisierung und Produktivität

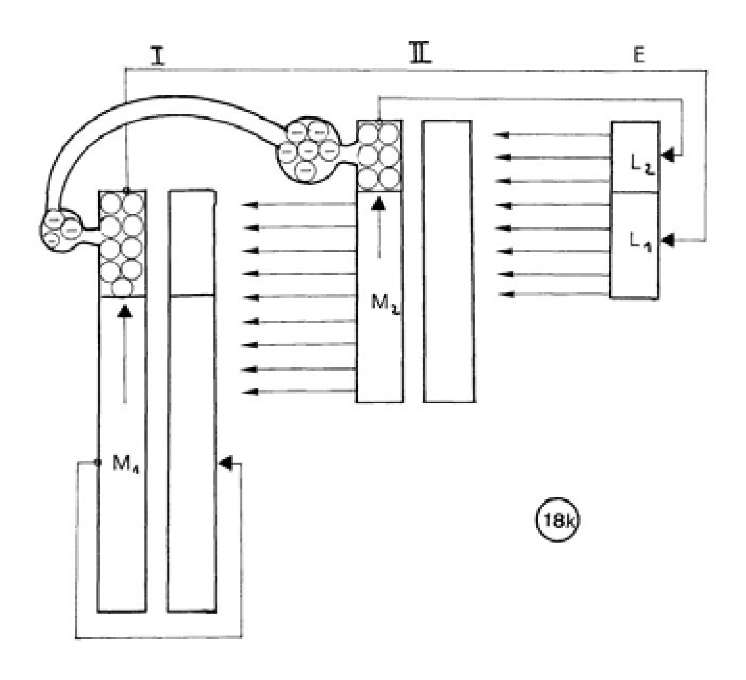
Die Argumente der Unternehmen laufen immer wieder darauf hinaus, daß sie sich ohne Durchführung von Rationalisierungsinvestitionen langfristig nicht mehr am Markt halten können, daß es ihnen nur über Rationalisierungen möglich sei, die Kosten zu senken und auch weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben. Ohne solche Investitionen würde langfristig der Konkurs drohen, und dann seien die Arbeitsplätze noch viel mehr gefährdet. Und im übrigen würden die Rationalisierungen dazu beitragen, über neue Produktionsverfahren kostengünstiger zu produzieren und damit auch billiger anbieten zu können, was nicht zuletzt auch den Arbeitern in ihrer Eigenschaft als Konsumenten zugute käme: Wenn nämlich viele Unternehmen rationalisieren und damit den technischen Fortschritt vorantreiben, kann mit den entstehenden Löhnen immer mehr gekauft werden, steigt die gesamtwirtschaftliche Produktivität und der allgemeine Wohlstand. (Die Diskussion um die Fragwürdigkeit einer bloß quantitativen Produktivitätsorientierung und um die Problematik eines nur am Konsum orientierten "Wohlstandes" soll an dieser Stelle nicht wieder aufgerollt werden. Worum es in diesem Zusammenhang gehen soll, ist die Stichhaltigkeit der Argumentation in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Investition und Beschäftigung.)

Steht also bei den Rationalisierungen das Allgemeininteresse gegen das spezielle Interesse der von den Entlassungen bedrohten Arbeiter; Schaden die Arbeiter (bzw. die entsprechenden Gewerkschaften), die sich gegen Rationalisierungsinvestitionen in ihren Betrieben sträuben, demnach dem Gesamtinteresse aller Arbeiter? Werden sie sozusagen zum Bremsklotz gegen die Durchsetzung des technischen Fortschritts? Bis jetzt muß es tatsächlich den Anschein haben, aber nur deshalb, weil wir in unserem Modell ganz spezielle Annahmen zugrunde gelegt haben, bei denen allerdings nichts dafür spricht, daß sie in der Realität tatsächlich immer in dieser Weise zutreffen. Wir wollen deshalb im folgenden die Annahmen unseres Modells verändern und untersuchen, welche Veränderungen sich daraus bezüglich des Zusammenhangs zwischen Investition und Beschäftigung ergeben.

7. Arbeitsplatzvernichtung überholt die Schaffung neuer Arbeitsplätze

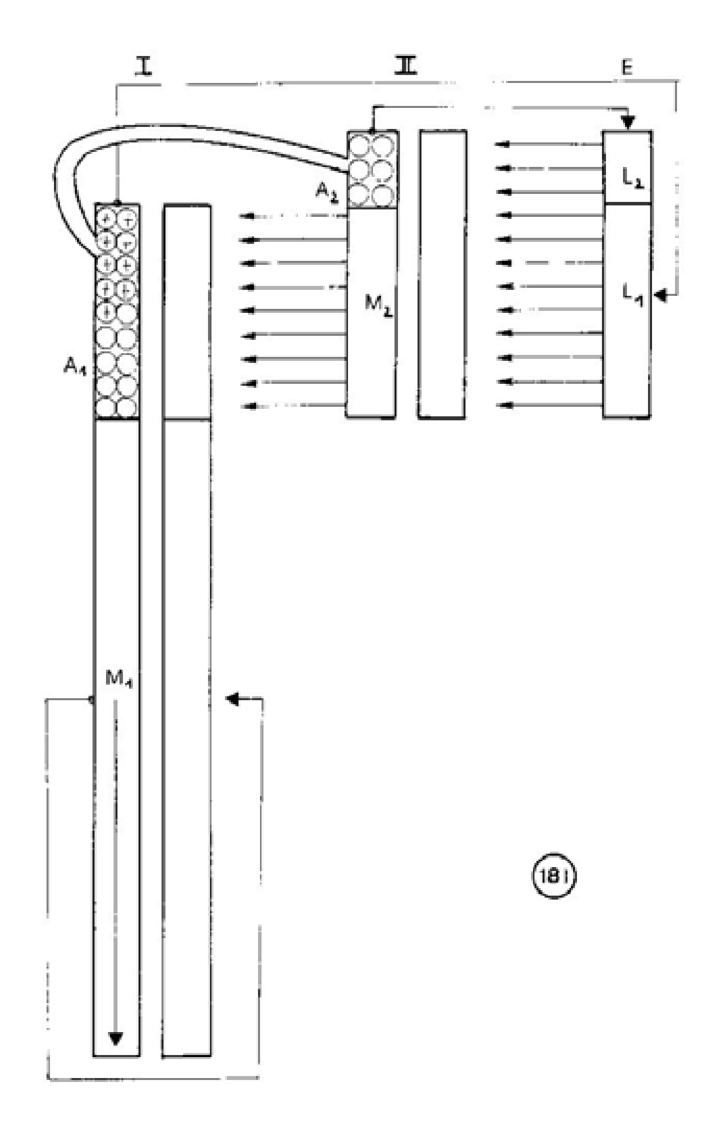
Wir hatten vorhin z. B. angenommen, daß zwar in Sektor II Rationalisierungsinvestitionen vorgenommen werden und sich entsprechend das Verhältnis zwischen Arbeitskräften und Maschinen (A : M) verändert, daß aber in Sektor I dieses Verhältnis und damit die angewendete Technologie unverändert bleibt. Eine solche Annahme ist natürlich in höchstem Maße unrealistisch und kann allenfalls als erster modellhafter Schritt verstanden werden, um sich dem Problem der Beschäftigungswirkungen anzunähern.

In einem zweiten Schritt müssen wir auch für den Produktionsmittelsektor annehmen, daß dort ebenfalls Rationalisierungsinvestitionen stattfinden. Unterstellen wir, daß auch die Produktionsmittelindustrie - ausgehend vom bisherigen Verhältnis A : M = 1 : 1 - Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt (Abbildung 18k) und sich dadurch wie in Sektor II ein Verhältnis A : M = 1 : 3 herausbildet.



Unter diesen Bedingungen würden in Sektor I von den 18 Arbeitsplätzen in Abbildung 18i 9 Arbeitsplätze vernichtet werden, d.h. Sektor I wäre nicht nur nicht in der Lage, die 6 entlassenen Arbeiter von Sektor II aufzunehmen, sondern würde darüber hinaus noch 3 weitere Arbeiter entlassen (Abbildung 18k). Die gesamtwirtschaftliche Folge der Rationalisierungen in beiden Bereichen wäre eine Arbeitslosigkeit mit entsprechenden Rückgängen in den Gesamteinkommen und in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Daran wird deutlich, daß der Vernichtung von Arbeitsplätzen in einem Bereich nicht automatisch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Bereichen in gleicher Höhe gegenüber stehen muß. Vielmehr kann sich die Vernichtung von Arbeitsplätzen entweder auf alle Bereiche der Volkswirtschaft erstrecken (wie in diesem Modell), oder aber die zusätzlichen Beschäftigungseffekte in einigen Bereichen reichen nicht aus, um die Entlassung von Arbeitskräften aus anderen Bereichen aufzufangen.

Allein diese Erkenntnis reicht aus, um den Rationalisierungsinvestitionen im Hinblick auf deren Beschäftigungseffekt auch gesamtwirtschaftlich kritisch gegenüber zu stehen. Eines können wir aufgrund dieser Überlegungen mit Sicherheit sagen: Die These, daß "die Investitionen von morgen die Arbeitsplätze von übermorgen sind, ist bezogen auf Rationalisierungsinvestitionen in dieser Allgemeinheit unhaltbar. Wir können dieser These als Ergebnis unserer Ableitungen gegenüber stellen: Rationalisierungsinvestitionen führen gesamtwirtschaftlich zu Arbeitslosigkeit, wenn die dadurch verursachte Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgeglichen wird. Ein Automatismus für einen solchen Ausgleich ist nicht gegeben.



8. Beschleunigtes Wirtschaftswachstum als Ausweg?

In unserem Modell scheint die Schaffung neuer Arbeitsplätze freilich dadurch möglich, daß entweder Sektor I seine Produktion noch stärker ausdehnt, als in Abbildung 18k dargestellt (was im übrigen schon deswegen notwendig erscheint, damit neben der Eigennachfrage nach Produktionsmitteln (M_1) auch noch die Nachfrage des Sektors II in Höhe von M_2 bedient werden kann). Abbildung 181 stellt diese Möglichkeit dar. Es zeigt sich, daß unter den zugrunde gelegten Bedingungen ein enormes Wachstum des Sektors I notwendig wäre, damit die durch Rationalisierung verursachte Arbeitsplatzvernichtung beider Sektoren aufgefangen werden kann.

Je stürmischer also der durch Rationalisierung bedingte Effekt der Arbeitsplatzvernichtung ist, umso stürmischer müsste das Wachstum der Produktion sein, um diesen Effekt durch Schaffung neuer Arbeitsplätze quantitativ aufzufangen. Woher soll aber das Wachstum der Produktion und also der Produktionskapazitäten herkommen? Auf dem Papier macht es sich sehr leicht, den Sektor I einfach größer zu zeichnen. Aber die Mittel für dessen Expansion müssen irgendwo herkommen, d.h. die entsprechenden Investitionen müssen finanziert

werden können. Und genau diese Frage haben wir bisher ausgeklammert, zunächst der Einfachheit halber, aber wir können sie an dieser Stelle unmöglich noch weiter zurückstellen.

9. Finanzierungsmäßige Grenzen des Wirtschaftswachstums

Wenn wir berücksichtigen, daß die Finanzierung der Investitionen direkt oder indirekt von den Gewinnen der Unternehmen abhängt, muß gesamtwirtschaftlich erst einmal eine ständig wachsende Summe von Gewinnen (bzw. Spargeldern) zur Verfügung stehen, um die Produktionskapazitäten durch Investitionen immer weiter auszudehnen. Sobald aber daß für die Erhaltung der Vollbeschäftigung notwendige Wirtschaftswachstum größer ist als die zu seiner Finanzierung bereitstehenden Mittel, muß es zum Durchbruch von Arbeitslosigkeit kommen. Und das nicht etwa deswegen, weil die einzelnen Unternehmen in Schwierigkeiten geraten sind und vor der Pleite stehen, sondern mitten in einer Hochkonjunktur, wo die Unternehmen mit ihren Rationalisierungsinvestitionen hohe Gewinne machen können. Es entsteht das scheinbar so widersprüchliche Phänomen, daß mitten in der Hochkonjunktur eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht, eine Erscheinung, die in den letzten Jahren die Wirtschaft der BRD immer mehr geprägt hat und vor der die traditionelle Wirtschaftstheorie relativ ratlos steht.

10. Lohnzurückhaltung als Voraussetzung für Vollbeschäftigung?

Ist es angesichts einer solchen Situation nicht konsequent, daß die Unternehmen und die Sachverständigen der Bundesregierung gegenüber den Gewerkschaften eine Zurückhaltung in den Löhnen fordern? Könnten nicht auf diese Weise die Gewinne der Unternehmen angehoben werden und dadurch auch die zur Finanzierung des Wirtschaftswachstums notwendigen Mittel? Und könnte nicht dadurch das für die Herstellung der Vollbeschäftigung notwendige Wirtschaftswachstum sichergestellt werden? Bei gleichzeitiger Wahrung der produktivitätsmäßigen Vorteile von Rationalisierungen? Oft sind ja derartige Forderungen in den letzten Jahren zu hören gewesen, und so gesehen scheinen es tatsächlich die hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften zu sein, die die ganze Arbeitslosigkeit verursachen: Nicht nur in dem sie die Unternehmen zwecks Einsparung von Lohnkosten zur Rationalisierungen zwingen, sondern auch dadurch, daß sie durch Schmälerung der Gewinne die Finanzierung des zur Vollbeschäftigung notwendigen Wirtschaftswachstums verhindern. Wir wollen uns im folgenden auch mit dieser Argumentationskette grob auseinandersetzen.

In ihr wird unterstellt, daß die Rationalisierungen der Unternehmen eine Folge zu hoher Lohnkosten seien. Das bedeutet auch, daß es bei zurückhaltenden Lohnforderungen nicht zu entsprechenden Rationalisierungen kommen würde. Wenn man sich allerdings die seit einigen Jahren in der BRD laufende Rationalisierungswelle vor Augen hält, wird man feststellen, daß es sich dabei in erster Linie um Rationalisierungen aufgrund enormer technischer Umwälzungen handelt insbesondere im Bereich der Computertechnik. Die technologischen Veränderungen in diesen Bereichen haben sich in den letzten Jahren derart stürmisch entwickelt, daß die Herstellungskosten von Computern enorm gesunken sind. Gleichzeitig haben sich die Möglichkeiten der Anwendung von Computern auf immer mehr Bereiche ausgeweitet und sind immer differenzierter geworden. (Siehe hierzu im einzelnen: Brödner/Krüger/Senf: Automatisierung der "Kopfarbeit", Ursachen, Bedingungen und Folgen der automatischen Datenverarbeitung, FHW-Forschung 3, Berlin 1979).

Der Einsatz von elektronischer Datenverarbeitung schafft für die Unternehmen in immer mehr Bereichen die Möglichkeit, Arbeitskräfte durch Computer zu ersetzen. Die Kosten für die immer billiger werdenden Computer stehen dabei in keinem Verhältnis mehr zu den dadurch möglichen Einsparungen an Lohnkosten. Daran würde sich auch dann nicht viel ändern, wenn die Lohnkosten um 10 oder 20 niedriger wären. Diese Größenordnungen spielen für die Entscheidung über den Einsatz von Computern praktisch keine Rolle. Lohnbeschränkungen würden selbstverständlich die Gewinne der Unternehmen um ein weiteres erhöhen; die Rationalisierungswelle und die damit einhergehende Vernichtung von Arbeitsplätzen könnte dadurch aber kaum aufgehalten werden und angesichts des Tempos der technologischen Veränderungen im Bereich des Computerbaus erscheint es auch illusorisch, daß durch Lohnzurückhaltung steigende Gewinne ein Wachstumstempo garantieren könnten, in dem die Arbeitsplatzvernichtung durch Schaffung neuer Arbeitsplätze aufgefangen würde. Zumal nicht einmal sicher ist, ob die entstandenen Gewinne tatsächlich auch wieder im Inland investiert werden.

VI. Gewinne von heute sind nicht immer Investitionen von morgen

Wir hatten den Satz "Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen" am Anfang stillschweigend als richtig unterstellt, aber schon hier hätte unsere Kritik ansetzen können. Gewinne können ebensogut gehortet werden, z. B. aus spekulativen Gründen, weil sich momentan keine lohnende Kapitalanlagemöglichkeit findet. Daß es riesige Summen solcher spekulativen, nicht in Produktionsanlagen gebundenen Gelder gibt, zeigte es sich in den letzten Jahren immer wieder aus Anlaß von Währungskrisen, wo mit diesen Geldern Währungsspekulationen in Milliardenhöhe betrieben wurden. Gewinne, die im Inland keine profitable Anlage mehr finden, können aber auch als Kapitalexport ins Ausland abwandern, z. B. in Billiglohnländer - eine Tendenz, die sich in der BRD seit einigen Jahren immer stärker abzeichnet. Gewinne von heute, sind also nicht notwendig Investitionen von morgen. Und insoweit sie tatsächlich investiert werden, tragen sie - wie wir gesehen haben - nicht automatisch zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei, sondern im Zuge der stürmischen Rationalisierungswelle zu deren Vernichtung.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

VIERTER TEIL: Wirtschaft und Staat

A. ARBEITSLOSIGKEIT UND STAAT

I. Weltwirtschaftskrise und Staatseingriffe

Das Problem der Massenarbeitslosigkeit, das in den letzten Jahren nicht nur in der BRD, sondern in allen westlichen Industrieländern aufgetreten ist, ist als solches nicht neu. Die bisher größte ökonomische Krise des Kapitalismus und das größte Ausmaß an Massenarbeitslosigkeit gab es Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre während der ersten Weltwirtschaftskrise. Das ungeheure ökonomische und soziale Elend großer Teile der lohnabhängigen Bevölkerung und die Masse von Firmenzusammenbrüchen ließen die Vorstellung von einer Selbststeuerung der Marktwirtschaft ohne staatliche Eingriffe immer unhaltbarer werden. Die bis dahin vorherrschende liberale Ideologie, nach der sich der Staat möglichst aus dem Wirtschaftsgeschehen heraushalten solle, war durch die Katastrophe der Weltwirtschaftskrise absolut brüchig geworden. Die tiefe Legitimationskrise des Kapitalismus hatte nicht nur Konsequenzen in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, die in Deutschland direkt zum Faschismus führte und in den USA massive staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf (New Deal) hervorbrachte; sie führte auch zu einer grundlegenden Neuorientierung im ökonomischen Denken, die wesentlich mit dem Namen Keynes verbunden ist.

Keynes hat mit seiner 1936 veröffentlichten "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" mit den klassisch-liberalen Vorstellungen einer Selbstregulierung der Marktwirtschaft so gründlich gebrochen, daß manche - wie schon erwähnt - von einer "Revolution im ökonomischen Denken" sprachen. Galt bis dahin als herrschende Doktrin, daß der Staat sich in seinen Ausgaben auf ein Minimum beschränken solle, so forderte Keynes drastische Erhöhungen der Staatsausgaben, um die Beschäftigung anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Galt bis dahin der Ausgleich des Staatshaushalts (d.h. die Abdeckung der Staatsausgaben durch entsprechend hohe Staatseinnahmen) als oberstes Prinzip öffentlicher Finanzpolitik, so forderte Keynes umgekehrt eine hohe Staatsverschuldung zur Finanzierung wachsender Staatsausgaben. Und galt bis dahin das Sparen nicht nur als individuelle Tugend, sondern auch gesamtwirtschaftlich als Voraussetzung für Investition und Wirtschaftswachstum, so sah Keynes im Sparen einen Grund für gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangel und forderte Maßnahmen zur Erhöhung

des Konsums. So ungefähr alles, was zu den Grundweisheiten klassisch-liberalen ökonomischen Denkens gehört hatte, schien durch Keynes auf den Kopf gestellt zu werden.

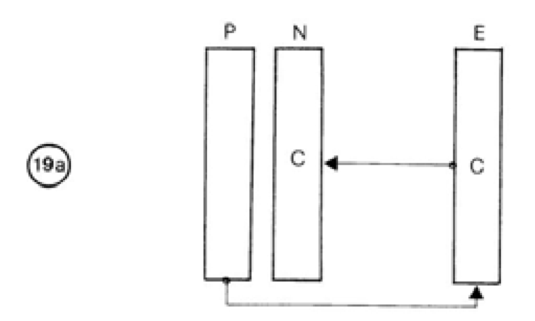
Wir brauchten uns mit diesen Gedanken nicht weiter auseinanderzusetzen, wenn sie nicht einen ungeheuren Einfluß auf das ökonomische Denken und auf die Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer seit der ersten Weltwirtschaftskrise gehabt hätten und heute noch haben. Die Auseinandersetzung mit der keynesschen Theorie und mit der daraus abgeleiteten staatlichen Vollbeschäftigungspolitik macht es notwendig, daß wir uns mit der Rolle des Staates im Wirtschaftskreislauf vertraut machen.

II. Der Staat im Wirtschaftskreislauf

In unseren bisherigen Modellen haben wir ja bewußt davon abgesehen, den Einfluß staatlicher Aktivitäten auf den Wirtschaftskreislauf zu diskutieren. Diese Beschränkung war auch notwendig, um erst einmal die Mechanismen einer Marktwirtschaft herauszuarbeiten, wie sie ohne staatliche Eingriffe funktionieren (bzw. nicht funktionieren) würden. Mittlerweile hat aber der Anteil des Staates am Sozialprodukt in den westlichen Industrieländern ein solches Ausmaß erreicht (zwischen 40 % und 50 %), daß wir die heutige Realität nicht annähernd verstehen können, wenn wir den Staat weiterhin aus unserer Betrachtung ausklammern. Deshalb wollen wir im folgenden unsere Modelle um die Rolle des Staates erweitern.

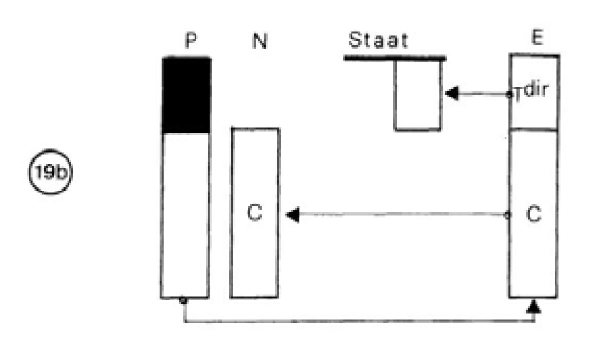
1. Direkte Steuer und Staatsausgaben

Der Staat (das sind in der BRD nicht nur der Bund, sondern auch die Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger usw.) benötigt zur Finanzierung seiner immer weiter anwachsenden Aufgaben entsprechende Mittel, die er sich über Steuern oder Kredite beschaffen kann. Betrachten wir zunächst einmal die Steuern. Ohne an dieser Stelle auf den Wust von Einzelsteuern einzugehen, die sich im deutschen Steuersystem herausgebildet haben, wollen wir uns darauf konzentrieren, die kreislaufmäßigen Auswirkungen von direkter Einkommensbesteuerung bzw. von indirekter (z.B. Umsatz-) Besteuerung zu verdeutlichen.



Das Modell in Abb. 19a, wo alle Einkommen konsumiert werden (C), soll uns als Ausgangsmodell dienen. Aus Abb. 19b wird dann deutlich daß die direkte Besteuerung der Einkommen (Gewinneinkommen oder Lohneinkommen) in Höhe von T^{dir} zu einer unmittelbaren Verminderung der Konsumnachfrage führt. Würde der Staat die Steuereinnahmen nicht oder nur zum Teil wieder ausgeben, so entstände in Höhe der

zurückbehaltenen Steuereinnahmen ein gesamtwirtschaftlicher Nachfragemangel. In beiden Fällen wäre das staatliche Budget (das Verhältnis zwischen Staatseinnahmen und Staatsausgaben) nicht ausgeglichen. Es handelt sich um einen Einnahmenüberschuß (Budgetüberschuß).



Der durch Besteuerung entstehende Nachfrageausfall würde nur dann wieder ausgeglichen, wenn die Ausgaben des Staates (A_{St}) die gleiche Höhe annehmen würden wie die Steuereinnahmen (so jedenfalls in dieser einfachen Modell).

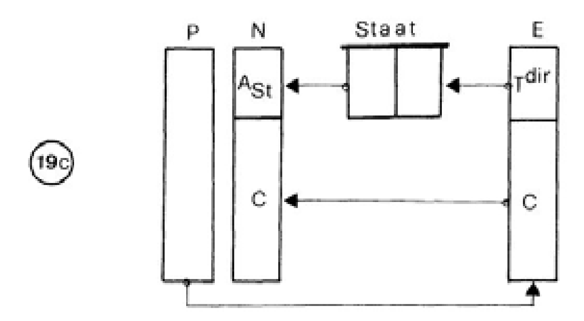
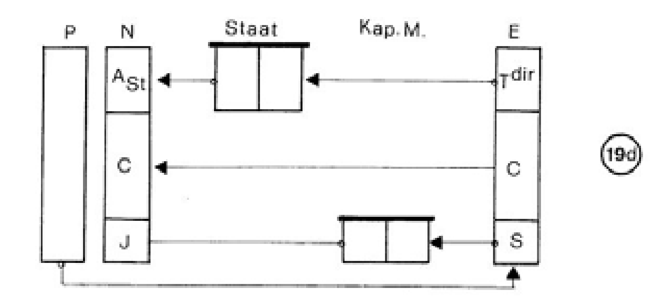


Abb. 19d berücksichtigt darüber hinaus, daß ein Teil der nach Steuerabzug verfügbaren Einkommen gespart wird und auf den Kapitalmarkt fließt, woraus in gleicher Höhe Investitionsnachfrage entsteht.

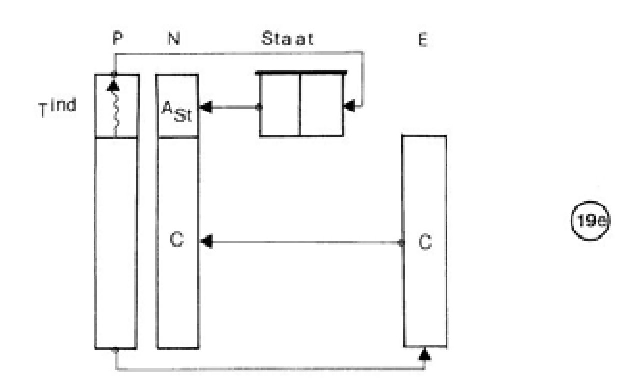


Bei ausgeglichenem staatlichem Budget (Staatsausgaben A_{St} = Steuereinnahmen T) und bei einem Gleichgewicht zwischen privatem Sparen (S) und Investieren (I) ergibt sich demnach ein marktökonomisches Gleichgewicht, d.h. eine größenmäßige Übereinstimmung zwischen Gesamtproduktion P und Gesamtnachfrage N:
$P = C + I + A_{St}$ *)

*) In den ökonomischen Lehrbüchern hat sich - in Anlehnung an die von Keynes verwendeten englischen Begriffe - folgende Schreibweise durchgesetzt: $Y = C + I + A_{St}$. (Y = Yield) s. hierzu und zur keynesschen Theorie im einzelnen Senf/Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, Band 1, Teil 2 - 4, Bonn Bad Godesberg 1971.

2. Indirekte Steuer und Staatsausgaben

Wie schlägt sich demgegenüber eine indirekte Besteuerung im Wirtschaftskreislauf nieder? Nehmen wir z.B. die Umsatzsteuer: Die Unternehmen schlagen auf den Preis, der sich aus den Kosten plus Gewinnaufschlag ergibt, noch einen bestimmten Prozentsatz drauf. Die Absatzpreise ergeben sich aus der Summe dieser drei Bestandteile, sind also um den Betrag der Umsatzsteuer höher als in Abb. 19a. Ohne daß mehr produziert wird, blähen sich die Preise auf diese Weise auf (was durch den geschlängelten Pfeil in Abb. 19e symbolisiert wird). Die Konsumenten, die vorher (in unserem Modell in Abb. 19a) das gesamte Sozialprodukt kaufen konnten, können angesichts der erhöhten Preise nunmehr nur noch einen Teil davon kaufen. Ihre Kaufkraft wird auf diese Weise indirekt über Preiserhöhungen (und nicht direkt über Einkommenbesteuerung) vermindert. Obwohl also die Unternehmen die indirekten Steuern an den Staat abführen, wird die eigentliche Steuerlast von den Konsumenten getragen.



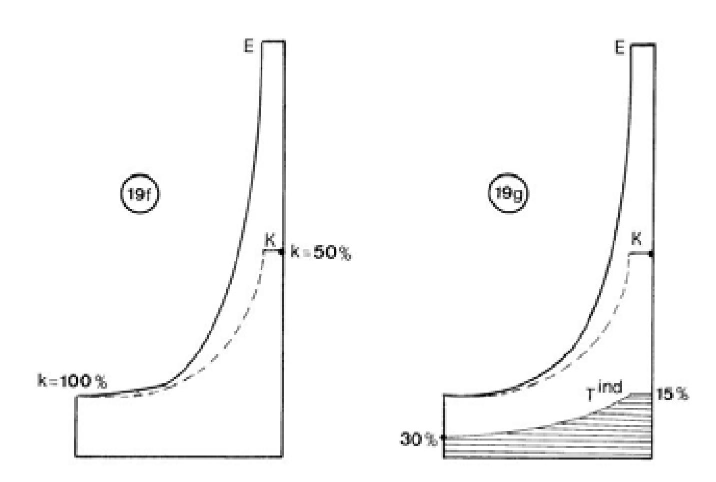
3. Die Steuerlast bei direkter und indirekter Steuer

In beiden Fällen, bei der direkten wie bei der indirekten Besteuerung, verschafft sich also der Staat die Verfügung über einen Teil des Sozialprodukts, die sonst den privaten Einkommensbeziehern zugestanden hätte. Dennoch gibt es einen Unterschied zwischen direkter und indirekter Steuer, nämlich in bezug auf die Verteilung der Steuerlast.

a) Die regressive Wirkung der indirekten Steuer

Dadurch nämlich, daß die indirekte Steuer auf die Preise draufgeschlagen und von den Unternehmen bis zum Endverbraucher weitergegeben wird, werden die Konsumausgaben aller Haushalte (gleichgültig welcher Einkommensschicht sie angehören!) gleichermaßen belastet. Egal, ob jemand 10.000 DM im Monat verdient oder nur 1.000 DM, in der gleichen Ware steckt für beide der gleiche absolute Betrag an indirekter Steuer (z.B. Mehrwertsteuer). Das heißt aber auch, daß beide im Verhältnis zu ihrer Einkommenshöhe ganz unterschiedlich stark mit Mehrwertsteuer belastet werden: Die gleichen 100 DM Mehrwertsteuer bedeuten für den einen 10 % seines Einkommens, für den anderen aber nur 1 %.

Nun wird derjenige mit den 10.000 DM-Einkommen freilich auch mehr konsumieren als der andere, vielleicht 5.000 DM, in denen dann (grob gerechnet) 500 DM Mehrwertsteuer enthalten sind. Aber diese 500 DM - bezogen auf 10.000 DM Einkommen - sind prozentual immer noch weniger als die 100 DM bezogen auf 1.000 DM Einkommen, nämlich nur 5 %. Je geringer also der Anteil der Konsumausgaben am Gesamteinkommen (die sog. Konsumquote), um so geringer ist prozentual die Belastung durch eine allgemeine indirekte Steuer (wie die Mehrwertsteuer). (Spezielle indirekte Steuern wie z.B. Alkoholsteuer, Tabaksteuer, Salzsteuer, Sektsteuer, Mineralölsteuer usw. belasten natürlich nur diejenigen, die auch die entsprechenden speziellen Waren kaufen. Aber auch hier handelt es sich ja im wesentlichen um Massenkonsumgüter, so daß hierfür - was die Steuerlastverteilung anlangt - im Prinzip das gleiche gilt wie für die Mehrwertsteuer.)



Zur Verdeutlichung dieses Prinzips wollen wir die folgenden Abbildungen heranziehen: In Abb. 19f wird von einer ungleichen Einkommensverteilung ausgegangen und von einer unterschiedlichen Konsumquote k (= K : E). Bei den niedrigsten Einkommen beträgt die Konsumquote 100 %, d.h. alles Einkommen wird vollkonsumiert, bei der höchsten Einkommensschicht soll sie 50 % betragen. In Abb. 19g ist darüber hinaus angenommen, daß die indirekte Steuer jeweils 30 % der Konsumausgaben ausmacht, was für die niedrigsten Einkommen auch 30 % ihrer Einkommen bedeutet, aber für die hohen Einkommensschichten nur 15 %. Die Zahlen sind hier willkürlich gewählt, und es sollte nur an einem möglichst einfachen Modell das Grundprinzip herausgearbeitet werden. In der Realität der BRD sind die ungleichen Belastungen durch indirekte Steuern zwischen den unterschiedlichen Einkommensschichten eher noch größer.

Wir können also als Ergebnis festhalten: Durch indirekte Steuern werden höhere Einkommensschichten relativ weniger belastet als niedrige Einkommensschichten. Es handelt sich also nicht um eine mit steigendem Einkommen prozentual ansteigende, "progressive" Besteuerung, sondern um das Gegenteil: um eine Besteuerung mit sogenannter "regressiver" Wirkung. (Regressiv = zurückgehend: je größer die Einkommen, um so mehr geht die relative Steuerbelastung zurück.)

Durch die indirekte Steuer werden also die ohnehin schon ungleich verteilten Einkommen nicht etwa einander angeglichen, sondern die ungleiche Verteilung der Kaufkraft wird auf diese Weise sogar noch verstärkt. Je größer die Einkommen, um so größer die Sparfähigkeit und entsprechend die Sparquote, um so größer also der Einkommensteil, der nicht von der indirekten Steuer erfaßt wird. (Und selbst dann, wenn diese Spargelder investiert werden, kommen sie praktisch um die Belastung durch Mehrwertsteuer herum. Auf den gekauften Produktionsmitteln liegt zwar auch jeweils Mehrwertsteuer, aber diese wird im Wege des sogenannten Vorsteuerabzugs von der Steuerschuld abgezogen. Und die auf der zusätzlichen Wertschöpfung lastende Mehrwertsteuer wird in die Preise einkalkuliert und auf die Abnehmer abgewälzt, bis hin zum Endverbraucher.)

b) Die Progression bei der direkten Steuer

Die dargestellte regressive Wirkung der indirekten Besteuerung kann allerdings durch eine progressive Gestaltung der direkten Besteuerung mehr oder weniger aufgehoben werden, d.h. durch eine relativ stärkere Belastung der höheren Einkommen mit direkter Steuer. So ist z.B. der Einkommensteuertarif im deutschen Steuerrecht so gestaltet, daß die Steuersätze mit wachsenden Einkommen ansteigen, bis zum Höchstsatz von 53 %. Auf diese Weise scheint die regressive Wirkung der indirekten Steuer mehr als ausgeglichen. Insgesamt scheint sich - aus der Summe von indirekter Steuer und direkter Steuer - eine progressive Belastung zu ergeben. Durch die inflationäre Aufblähung der Geldlöhne sind mittlerweile allerdings auch die mittleren und kleineren Einkommen zunehmend in die "Progressionszone" hineingewachsen, d.h. sie sind von steigenden Steuersätzen betroffen, die ursprünglich nur für die großen Einkommen gedacht waren.

Ohne an dieser Stelle auf Einzelheiten des deutschen Steuersystems einzugehen, soll mindestens kurz darauf hingewiesen werden, daß zwischen formalen Steuersätzen und tatsächlicher Steuerbelastung ein erheblicher Unterschied auftreten kann: Ganz abgesehen von den Möglichkeiten der Steuerhinterziehung, die sich für Selbständige viel eher bieten als für Lohnabhängige (denen die Steuer ja unmittelbar vom Bruttolohn abgezogen wird) bietet sich eine Vielfalt von legalen Möglichkeiten, um die tatsächliche Steuerbelastung zu reduzieren oder ihr ganz zu entgehen. Die Steuergesetzgebung ist derart undurchsichtig, daß es in erster Linie den Großverdienern unter Hinzuziehung von Steuerberatern bzw. den Unternehmen mit ihren Steuerberatungsabteilungen gelingt, die gegebenen Möglichkeiten voll auszunutzen.

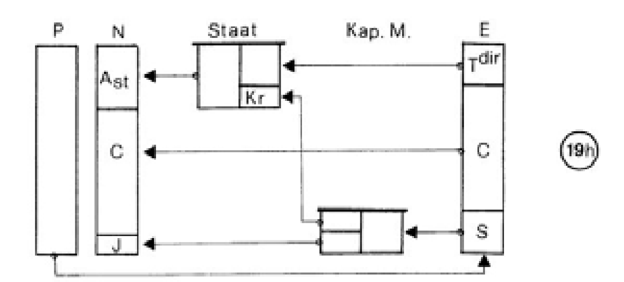
Wir hatten an anderer Stelle schon auf die Möglichkeit hingewiesen, mit dem Mittel der steuerlichen Abschreibung die ausgewiesenen Gewinne mehr oder weniger zu manipulieren und auf diese Weise die Gewinnbesteuerung mehr oder weniger zu umgehen. Eine weitere Möglichkeit ergibt sich insbesondere für Multinationale Konzerne. Diese Konzerne, die mit ihren Strategien über die nationalen Grenzen hinweg operieren, sind in der Lage, mit Hilfe der konzerninternen Verrechnungspreise die auszuweisenden Gewinne aus einem ihrer

Unternehmen in ein anderes zu verlagern - und damit auch aus einem Land mit hohen Gewinnsteuersätzen in ein anderes Land mit niedriger Gewinnbesteuerung. Eine solche Gewinnverlagerung wird z.B. dadurch erreicht, daß ein Konzernunternehmen im Ausland die Rohstoffe oder Halbfabrikate zu gezielt überhöhten Preisen an ein Unternehmen desselben Konzerns in der BRD liefert. Auf diese Weise werden die Kosten des deutschen Unternehmen künstlich in die Höhe getrieben und damit der ausgewiesene Gewinn tendenziell geschmälert, während der Gewinn im Ausland entsprechend höher erscheint. Wenn es sich bei diesem Land um ein "Steuerparadies" handelt, ist der Konzern durch diese Manipulation einer höheren Besteuerung ausgewichen.

Die Liste der Möglichkeiten für die höheren Einkommensschichten und für die Großunternehmen, einer hohen Steuerbelastung auszuweichen, ließen sich beliebig fortsetzen. Es kommt an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten an, sondern zunächst einmal nur darauf, deutlich zu machen, daß die formal ansteigenden Steuersätze bei der direkten Besteuerung nicht gleichzusetzen sind mit einer tatsächlich steigenden Steuerbelastung. Die Umgehungsmöglichkeiten sind derart vielfältig, daß die tatsächliche Belastung der hohen Einkommen durch direkte Steuern mit Sicherheit wesentlich geringer ist, als dies in den progressiven Steuersätzen erscheint. Daß die hohen Einkommen außerdem durch die indirekte Steuer relativ weniger belastet werden, als die unteren Einkommensschichten, hatten wir ausführlich abgeleitet.

4. Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben

Die Ausgaben des Staates können nicht nur über Steuern finanziert werden, sondern auch über Kredite. In Abb. 19h ist unterstellt, daß die Hälfte der Staatsausgaben über Kredite finanziert wird, die am Kapitalmarkt aufgenommen werden. Wenn wir davon ausgehen, daß das Kreditangebot am Kapitalmarkt gleich groß ist wie in Abb. 19d, so ist eine Kreditaufnahme des Staates nur möglich, wenn sich die Kreditaufnahme der Privatwirtschaft um den gleichen Betrag vermindert. Der Staat müßte also am Kapitalmarkt bessere Kreditbedingungen anbieten (z.B. bei sonst gleichen Bedingungen höhere Zinsen zahlen) als die privaten Kreditnehmer. In diesem Fall würde der Staat in Konkurrenz zu den privaten Investoren treten und deren Kreditaufnahme und damit auch Investitionsnachfrage zurückdrängen.



Es kann aber auch sein, daß die Ausstattung der Staatsanleihen so günstig ist, daß von den bisher konsumierten oder gehorteten Einkommen zusätzliche Gelder zum Kapitalmarkt strömen. In beiden Fällen würde das makroökonomische Gleichgewicht, von dem wir in

unserem Modell ausgegangen sind, nicht gestört. Lediglich die Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, d.h. das Verhältnis zwischen Staatsausgaben, Konsumnachfrage und Investitionsnachfrage, würde sich verändern und damit die Verwendung des Sozialprodukts für staatliche Aufgaben, für Konsum bzw. für private Investitionen.

Was spricht nun eigentlich dafür, daß der Staat seine Ausgaben über Kredite anstatt über Steuern finanziert? Kredite müssen ja irgendwann einmal zurückgezahlt werden (einschließlich der Zinsen), und um diese Gelder aufzubringen, muß der Staat in Zukunft entweder seine Ausgaben senken oder mehr Steuern einnehmen. Ist die Kreditfinanzierung des Staatshaushalts insofern letztendlich nicht teurer, als wenn die Ausgaben vollständig über Steuern gedeckt würden?

Bei der Beantwortung dieser Frage muß bedacht werden, daß der Staat vielfach Projekte finanziert, deren Nutzung sich über viele Jahrzehnte hinstreckt (z.B. Straßen, Schulen, Verwaltungsgebäude usw.). Würden diese langfristigen Projekte ausschließlich aus Steuern finanziert, dann wäre ausschließlich die gegenwärtige Generation der Steuerzahler belastet, während die Nutzung der Projekte auch von der nächsten oder übernächsten Generation in Anspruch genommen wird. Werden diese Projekte hingegen über Kredite finanziert, so werden dadurch auch die späteren Generationen belastet, indem sie die zur Kreditrückzahlung notwendigen Steuern aufbringen müssen.

Würde dieser Grundsatz durchgehalten, so müßte die Art der Finanzierung der Staatsausgaben und die Laufzeiten der Kredite abgestimmt werden auf die Laufzeit der Nutzung öffentlicher Projekte: Laufende öffentliche Ausgaben müßten über Steuern gedeckt werden, längerfristige Projekte über entsprechende Kredite. So ungefähr jedenfalls waren die erklärten Grundsätze öffentlicher Haushaltsführungen, bevor Keynes mit seiner Theorie alles über den Haufen warf.

III. Die Grundgedanken des Keynesianismus

1. Das Plädoyer für ein staatliches Budgetdefizit

Keynes vertrat nämlich die Auffassung, daß sich der Staat in Zeiten einer wirtschaftlichen Depression und Massenarbeitslosigkeit verschulden müsse - und zwar nicht in erster Linie, um damit irgendwelche längerfristigen Projekte zu finanzieren, sondern vor allem, um die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. In Zeiten wirtschaftlicher Depression die früher aufgenommenen Staatsschulden zurückzuzahlen und dafür die Steuern zu erhöhen, sah er als groben wirtschaftspolitischen Fehler an. So etwa war nämlich die Regierung des Deutschen Reiches unter Brüning Ende der 20er Jahre vorgegangen und hatte damit unglaublichen Schaden angerichtet: Um die Kriegsschulden (Reparationszahlungen) gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkriegs abzutragen, wurden die Staatsausgaben gekürzt und die Steuern immer weiter erhöht und auf diese Weise die gesamtwirtschaftliche Nachfrage immer mehr gedrosselt. Fehlt es aber an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, so ergeben sich daraus Absatzkrisen, Entlassungen, Einkommensrückgänge, weitere Einschränkungen der Gesamtnachfrage, als Folge davon weitere Absatzkrisen, Firmenzusammenbrüche usw.

In einem Mangel an volkswirtschaftlicher Gesamtnachfrage sah Keynes den Hauptgrund für die langanhaltende Weltwirtschaftskrise der Dreissiger Jahre. Und er war der Meinung, daß eine Wirtschaft - mit ihrer Konjunktur einmal am Boden liegend - aus sich heraus auch keine Impulse für einen Wiederaufschwung hervorbringen müsse. Vielmehr könne sich alles auf ein makroökonomisches Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung, d.h. bei Massenarbeitslosigkeit einpendeln: Es wird weniger produziert, es entstehen wenig Einkommen und damit auch wenig Nachfrage, und entsprechend gibt es auch keine Impulse für eine Ausdehnung der Produktion.

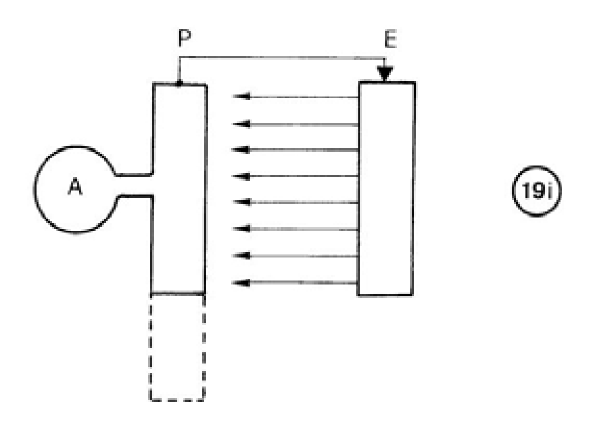


Abb. 19i stellt eine solche Situation dar: Ein Großteil der Produktionskapazitäten bleibt ungenutzt und liegt brach (symbolisiert durch den gestrichelten Block unter P), während auf der anderen Seite eine Masse von Arbeitskräften nicht beschäftigt wird (symbolisiert durch den Ballon). Zwar werden in diesen Fall alle entstandenen Einkommen nachfragewirksam, aber eben auf niedrigem Niveau von Produktion und Nachfrage.

In einer schweren wirtschaftlichen Depression kann es sogar sein, daß die Entwicklung immer weiter abwärts geht: Auch der niedrigste Zins nutzt nichts, um die Investitionsnachfrage anzutreiben. Sind die Absatzmöglichkeiten und Gewinnerwartungen der Unternehmen erst einmal miserabel, so werden auch bereitliegende Spargelder bzw. Gewinne nicht investiert, sondern - in Erwartung besserer Zeiten bzw. besserer Spekulationsmöglichkeiten - lieber gehortet und damit den Wirtschaftskreislauf entzogen (Abb. 19k). Die Folge wäre eine weitere Verminderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung.

2. Finanzierung des Budgetdefizits über Staatsverschuldung und Geldschöpfung

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung machte Keynes den Vorschlag, der Staat solle in Zeiten der Krise seine Ausgaben drastisch erhöhen und auf diese Weise zusätzliche Nachfrage schaffen. Wofür der Staat seine Gelder ausgebe, sei im Grunde ziemlich egal, Hauptsache, er erteile zusätzliche Aufträge an die Privatwirtschaft. Und die Mittel sollte er sich nicht über zusätzliche Steuern beschaffen, weil dadurch nur die verfügbaren Einkommen und damit indirekt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vermindert würden. Stattdessen solle sich der Staat am Kapitalmarkt verschulden und über günstige Anleihebedingungen die gehorteten Gelder mobilisieren (d.h. die Geldbesitzer zum Kauf von Staatsanleihen motivieren). Oder aber - noch besser – sollte er sich bei der Zentralbank verschulden, was nichts anderes heißt,

als daß sich der Staat zusätzlich gedruckte Gelder beschafft. Werden die Staatsausgaben über eine zusätzliche Geldschöpfung der Zentralbank (ZB) finanziert, so brauchen an keiner anderen Stelle der Volkswirtschaft Gelder aus dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf abgezogen zu werden.

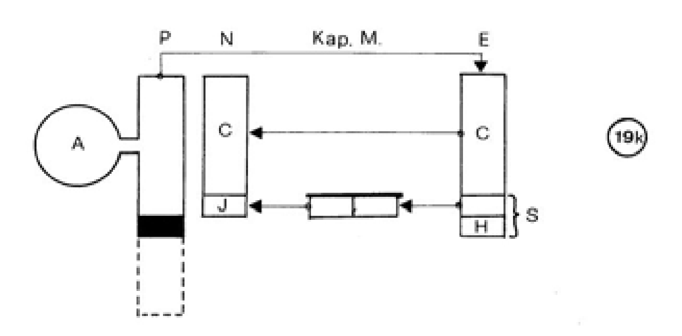


Abb. 191 will diesen Fall symbolisieren: Die zusätzlichen Staatsausgaben (ΔA_{St}) werden dadurch finanziert, daß der "Geldhahn" aufgedreht wird, d.h. zusätzliches Geld in die Wirtschaft fließt. ΔA_{St} ("delta A_{St}") bedeutet dabei die Differenz zwischen den jetzigen und den früheren Staatsausgaben, bezeichnet also die Veränderung der Staatsausgaben.

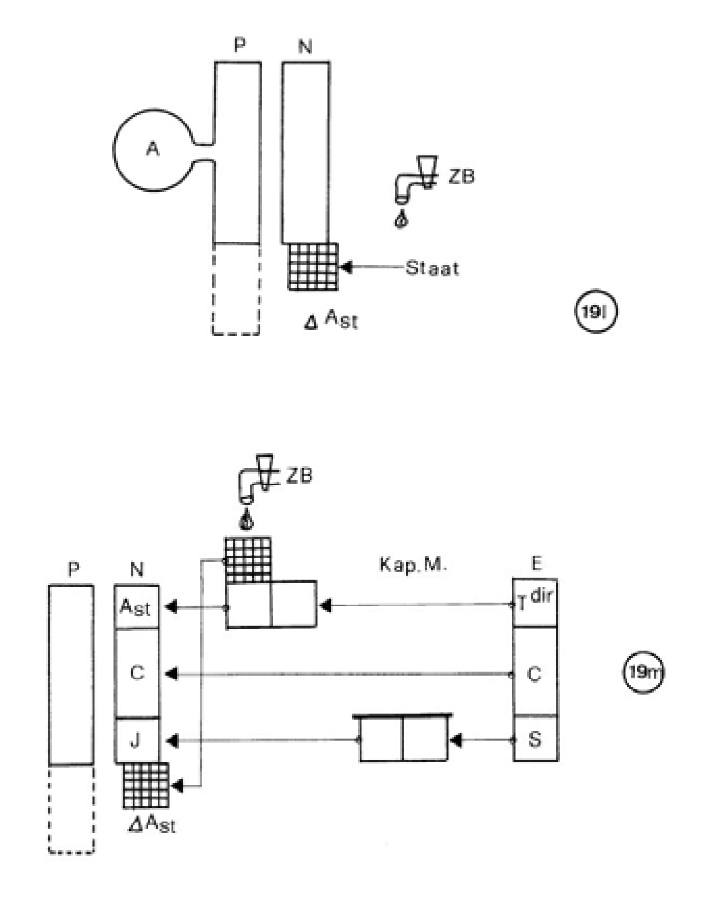


Abb. 19m stellt diesen Fall noch einmal im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf dar, und zwar unter der Annahme, daß vor Tätigung der zusätzlichen Staatsausgaben makroökonomisches Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung vorlag.

3. <u>Kreditschöpfung der Geschäftsbanken</u>

Die zusätzlichen Staatsausgaben könnten auch finanziert werden über eine zusätzliche Kreditschöpfung von Seiten der Geschäftsbanken, eine Möglichkeit, die wir bisher überhaupt noch nicht erwähnt haben und die sich fast abenteuerlich anhört: Die Geschäftsbanken sind nämlich in der Lage, über den Betrag der Spareinlagen hinaus zusätzliche Kredite zu vergeben, die sie nicht von der Zentralbank bekommen, sondern selbständig - scheinbar aus dem Nichts - schöpfen können. Die Möglichkeit zur Kreditschöpfung der Geschäftsbanken hängt zusammen mit den bargeldlosen Zahlungen (durch Scheck bzw. Banküberweisungen) zwischen Inhabern von Girokonten. Die Inhaber von Girokonten können zwar prinzipiell jederzeit an ihre Konten heran und den Betrag in bar abheben (darin liegt der Unterschied zu den Sparkonten mit Kündigungsfristen), aber nur der kleinste Teil der Beträge wird tatsächlich in bar abgehoben. Über den größten Teil wird bargeldlos verfügt. Auf der Grundlage einer bestimmten Bargeldsumme kann das Geschäftsbankensystem deshalb ein Vielfaches an Krediten vergeben, und zwar um so mehr, je größer der Anteil an bargeldlosen Zahlungen im Zahlungsverkehr ist. (Einzelheiten hierzu siehe Senf/Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, a.a.O. Band 2, Kapitel 7.)

4. <u>Die keynessche Provokation: wachsender Reichtum durch staatliches Budgetdefizit</u>

Kommen wir zurück zu dem keynesschen Vorschlag, die Arbeitslosigkeit durch zusätzliche - am besten über Geldschöpfung finanzierte - Staatsausgaben zu beseitigen. Wofür der Staat diese zusätzlichen Ausgaben verwendet, ist in der Auffassung von Keynes ziemlich egal. Hauptsache, er schafft mit seinen Aufträgen an die Privatwirtschaft zusätzliche Nachfrage. Um diesen Standpunkt pointiert hervorzuheben, brachte Keynes einige provozierende Beispiele. Um die Beschäftigung anzukurbeln, könne der Staat seine Gelder für die nutzlosesten Projekte ausgeben, z.B. für den Bau von Pyramiden, oder noch krasser für das Auf- und Zuschaufeln von Löchern im Erdboden. So nutzlos diese Projekte auf den ersten Blick schienen, so sehr seien sie doch zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und zur Steigerung des materiellen Reichtums einer Gesellschaft geeignet. Keynes:

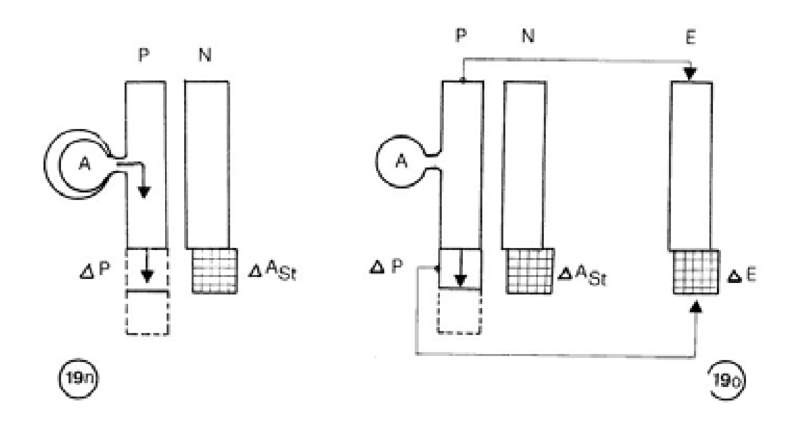
> "Das Graben von Löchern im Erboden ... wird nicht nur die Beschäftigung, sondern auch das Realeinkommen der Volkswirtschaft an nützlichen Gütern und Dienstleistungen vermehren." (J.M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 1936, Nachdruck Berlin 1955, Seite 114)

Wenn man diese These zum ersten Mal hört, sträuben sich einem wohl erst einmal die Haare. Wie soll das Auf- und Zuschaufeln von Gruben den materiellen Reichtum einer Gesellschaft vergrößern? Ohne daß in die Gruben eine U-Bahn gebaut wird oder eine Kanalisation? Wenn die Gruben wieder zugeschaufelt sind, sieht doch alles genauso wie vorher aus, es sind keine sinnvolle Produkte hinzugekommen. Irgendwie scheint es, daß der Keynes total gesponnen haben muß. Aber wie kann sich eine solche Theorie dann durchsetzen? Irgendwas muß doch daran sein ...

a) Staatsaufträge und wachsende Produktion

Wenn der Staat bestimmte private Bauunternehmen damit beauftragt, Gruben auszuschaufeln, dann entstehen dadurch doch tatsächlich zusätzliche Aufträge an die Privatwirtschaft. Die Bauunternehmen werden vom Staat für die Durchführung der Aufträge bezahlt, und es können für die Durchführung dieser Arbeiten zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden. Auf diese Weise stehen doch tatsächlich gegenüber der Ausgangssituation zusätzliche Löhne und Gewinne. Und wenn der Staat die Aufträge ordentlich bezahlt, sind den Unternehmen die Gewinne sicher, die Übernahme der Staatsaufträge ist ohne jedes Risiko. Und darin liegt - gerade in Zeiten der Krise und schlechter oder unsicherer Gewinnerwartung - ein enormer Anreiz für private Unternehmen.

Derartige gewinnbringende Staatsaufträge werden also die Produktionstätigkeit um den Betrag der zusätzlichen Staatsausgaben ausweiten und zum Abbau von Kurzarbeit oder zur Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte führen. In Abb. 19n kommt es darin zum Ausdruck, daß die bisher unausgelasteten Produktionskapazitäten (dargestellt durch den gestrichelten Block) teilweise durch die Ausdehnung der Produktion wieder ausgelastet werden und gleichzeitig aus dem Ballon der Arbeitslosen zusätzliche Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß hineingesaugt werden, so daß sich der Ballon entsprechend verkleinert (wir können uns den Produktionsblock wie einen Zylinder mit Kolben vorstellen, wobei sich in dem hier erörterten Fall der Kolbenraum nach unten hin ausdehnt und dadurch zusätzliches Gemisch (aus Arbeitskräften und Materialien) angesaugt wird..)

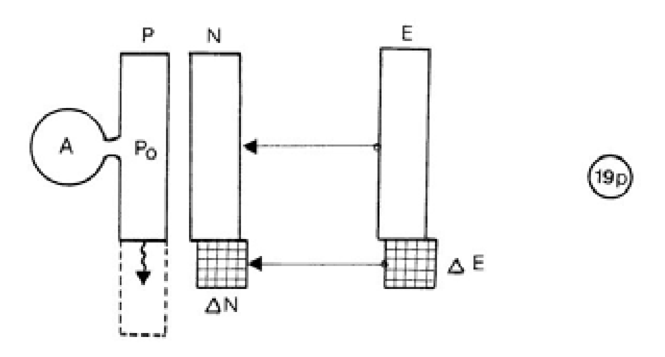


b) Wachsende Produktion und wachsende Einkommen

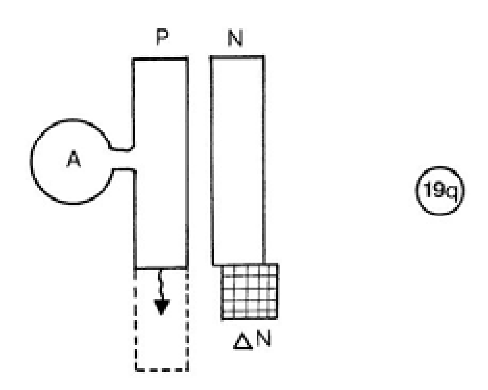
In Abb. 19o wird deutlich, daß aus der zusätzlichen Produktion, ΔP in Höhe der zusätzlichen Staatsaufträge ΔA_{St} entsprechend zusätzliche Einkommen ΔE entstehen. Das Volkseinkommen, die Summe aller in einem Jahr entstandenen Einkommen in einer Volkswirtschaft, ist damit tatsächlich angestiegen. Und wenn das Volkseinkommen ein Ausdruck ist für den materiellen Reichtum einer Gesellschaft, dann ist auch dieser Reichtum angestiegen. Hat Keynes also doch recht, daß auch die sinnloseste Produktion den Reichtum einer Gesellschaft erhöht, wenn sie über geldschöpfungsfinanzierte Staatsaufträge angekurbelt wird?

c) Anwachsen des Reichtums durch sinnlose Produktion?

Aber was ist das für ein merkwürdiger Begriff von materiellem Reichtum? Wenn auf der Produktionsseite gar nichts wirklich Neues entstanden ist, gar keine Waren, die sich die Einkommensbezieher kaufen können? Egal, ob die zusätzlichen Einkommen nun von den Lohnempfängern oder den Gewinnbeziehern wieder verausgabt werden, mit auf- und wieder zugeschaufelten Gruben kann keiner von ihnen etwas anfangen. Auf der einen Seite ist also das (von den privaten Einkommensbeziehern) kaufbare Warenangebot gleichgeblieben, auf der anderen Seite haben sich über die Staatsaufträge die Einkommen um ΔE erhöht. Werden diese Einkommen nun vollständig wieder verausgabt, so entsteht gegenüber dem kaufbaren Warenangebot P_0 ein Nachfrageüberhang in Höhe von ΔN = ΔE (Abb. 19p). Mit anderen Worten: die Nachfrage kann gar nicht in voller Höhe bedient werden.



Die Folge wird sein, daß die Preise der Waren in die Höhe gehen, daß sich die kaufbare Produktion nur nominell, d.h. in den Preisen aufbläht, in der realen Menge aber auf dem alten Stand bleibt (dargestellt durch den geschlängelten Pfeil in Abb. 19q). Anders ausgedrückt: die Folge besteht in einer Inflation.



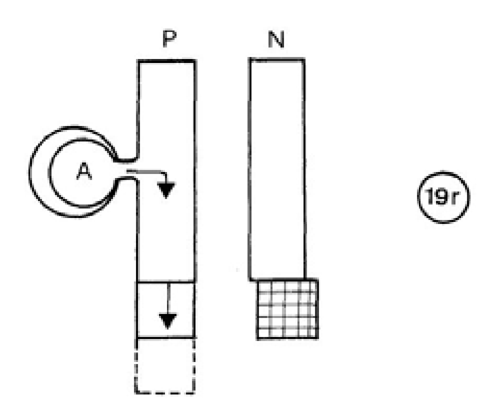
Ist etwa das gemeint, wenn bei Keynes von wachsendem Reichtum die Rede ist? Daß das Sozialprodukt zahlenmäßig ansteigt, indem sich die Preise inflationär aufblähen? Ist das nicht pure Augenwischerei: erst den Leuten mehr Einkommen zufließen lassen und ihnen dann über gestiegene Preise das Geld wieder aus der Tasche ziehen? So daß sie im Endeffekt auch nicht mehr kaufen können als vor der Einkommenserhöhung? Mit einem Unterschied vielleicht: vor der Erteilung der Staatsaufträge waren es die Arbeitslosen, die - wenn wir mal

von Arbeitslosenunterstützung absehen - gar nichts kaufen konnten. Nach Tätigung der Staatsausgaben verfügen hingegen die neu eingestellten Arbeitskräfte auch über ein Einkommen und können sich etwas kaufen. Aber nur deshalb, weil die durch Nachfrageüberhang entstandene Inflation die reale Kaufkraft der übrigen Einkommensbezieher vermindert hat. Diese werden sozusagen in ihrer Kaufkraft von den neu hinzugekommenen Beschäftigten zurückgedrängt.

Der Kuchen, der zur Verteilung ansteht, hat sich zunächst einmal nicht vergrößert, nur die Zahl der Esser ist größer geworden, und alle erheben mit ihrem Geld Anspruch auf ein Stück, und deswegen wird jedes Stück teurer. Wo bleibt da die angebliche Steigerung des materiellen Reichtums? Daß zwar mehr Leute beschäftigt werden und dadurch auch mehr Einkommen entstehen, aber daß sich mit einem gegebenen Einkommen aufgrund der Inflation immer weniger kaufen läßt? Wäre das im Grunde nicht reiner Betrug? Und hat das der Keynes wirklich gemeint?

d) Nachfrageüberhang und Ausweitung der Konsumgüterproduktion

Zu dieser Auswirkung würde es ja nur dann kommen, wenn der Nachfrageüberhang sich ausschließlich in Preiserhöhungen niederschlagen würde. Besteht aber nicht eine andere Möglichkeit darin, daß sich als Folge des Nachfrageüberhangs die Produktion z.B. in der Konsumgüterindustrie ausweitet, weil sich wieder genügend Gewinne machen lassen? Und daß die Preiserhöhungen vielleicht nur eine vorübergehende Erscheinung sind, die zwar zunächst bei gleichbleibender Produktion zu erhöhten Gewinnen führt, aber eben dadurch den Anreiz zur erhöhten Produktion schafft? Und wenn tatsächlich der Nachfrageüberhang schließlich zu einer entsprechenden Produktionsausweitung führt, werden wiederum zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, wird die Arbeitslosigkeit abgebaut, entstehen wiederum zusätzliche Einkommen. Und dies alles, indem in der Konsumgüterindustrie tatsächlich Waren produziert worden sind, die das kaufbare Warenangebot vergrößern (Abb. 19r).



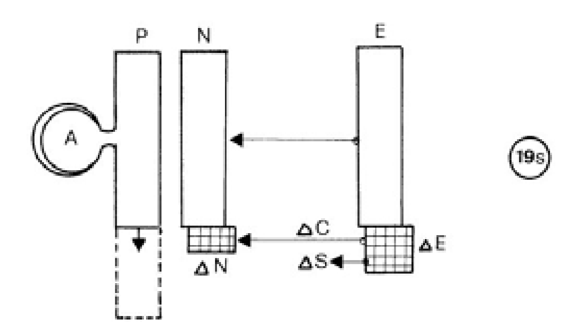
Insofern ist das in erster Runde zusätzlich entstandene Einkommen ΔE und die daraus folgende Nachfrage ΔN zunächst einmal dem gesamtwirtschaftlichen Angebot vorausgeeilt und hat die Produktion sozusagen mitgerissen. Der Nachfrageüberhang erscheint insofern notwendig, um eine krisenhafte Marktwirtschaft aus ihrer Lethargie herauszureißen und die Produktion und Beschäftigung anzukurbeln. Je größer dieser Nachfrageüberhang, um so

größer der Impuls in Richtung weiterer Steigerung der Produktion, der Beschäftigung und der Einkommen. Diese indirekten Effekte zusätzlicher Staatsausgaben hat Keynes wohl mit seiner provozierenden These gemeint. Nicht, daß die auf- und zugeschaufelten Gruben selbst eine Erhöhung des materiellen Reichtums mit sich bringen, sondern der über zusätzliche Einkommen entstehende Nachfrageüberhang in der Konsumgüterindustrie, der dort eine Ausweitung der Produktion und des Warenangebots nach sich zieht.

e) Konsumquote und Multiplikatereffekt

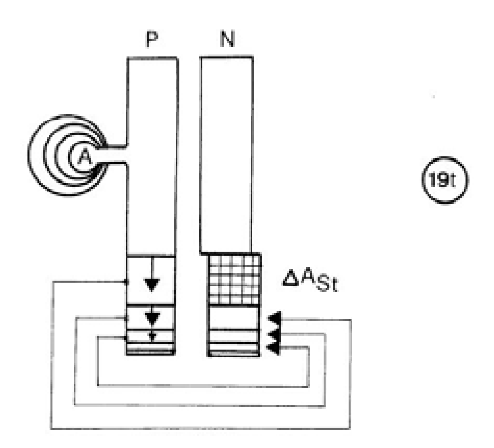
Nun ist klar, daß der produktions- und beschäftigungssteigernde Effekt zusätzlicher Staatsausgaben um so größer ist, je mehr die zusätzlich entstandenen Einkommen wieder verausgabt werden, d.h. als Nachfrage in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Wir hatten bisher der Einfachheit halber unterstellt, daß sämtliche Einkommen wieder vollständig nachfragewirksam werden. Aber diese Annahme ist sicherlich unrealistisch. Denn Teile der Einkommen sind Gewinneinkommen, und solange die Wirtschaft noch in der Krise steckt, ist überhaupt nicht sicher, ob diese zusätzlichen Gewinne wieder investiert oder ob sie nicht lieber spekulativ gehortet werden. Und auch bei den Lohneinkommen kann es sein, daß ein Teil gespart wird, und es ist gerade in Krisenzeiten unsicher, ob die Spargelder automatisch und in voller Höhe zu Investitionskrediten und damit zur Investitionsnachfrage werden.

Im Grunde ist nur sicher, daß die Konsumausgaben voll nachfragewirksam werden. Je größer also die Konsumquote der zusätzlich entstandenen Einkommen (die sogenannte "marginale Konsumquote" $c = \Delta C : \Delta E$), um so größer der produktionssteigernde Impuls zusätzlicher Staatsausgaben (in einer Formel ausgedrückt: $\Delta N = c \cdot \Delta A_{St}$), Bei der Konsumquote von c = 50 % (Abb. 19s) z.B. entsteht entsprechend auch nur ein halb so starker Nachfrageimpuls wie in unserem bisherigen Modell in Abb. 19 p.



Die aus diesem Nachfrageimpuls hervorgehenden zusätzlichen Einkommen werden wiederum nur teilweise konsumiert und damit nachfragewirksam, was wiederum einen - wenn auch geringeren - Impuls zur Steigerung von Produktion und Beschäftigung hervorbringt usw. Die in den folgenden "Runden" entstehende Nachfrageimpulse ebben gegenüber den ursprünglichen Impulsen entsprechend immer mehr ab (dargestellt in Abb. 19t). Die Summe aller Impulse und damit die Steigerung von Einkommen und Beschäftigung beträgt dabei schließlich ein Vielfaches der ursprünglichen Staatsausgabenerhöhung. Keynes nennt diesen Effekt "Multiplikator-Effekt". Dieser Multiplikator-Effekt, d.h. die direkte und indirekte

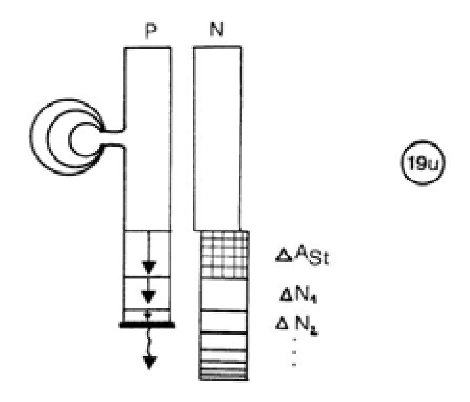
beschäftigungssteigernde Wirkung zusätzlicher Staatsausgaben ist um so größer, je mehr von den neu entstandenen Einkommen wieder nachfragewirksam vorausgabt werden (je größer also die marginale Konsumquote ist).



Jetzt wird auch verständlich, was wir am Anfang dieses Kapitels erwähnt hatten: Daß nämlich in der Auffassung von Keynes in Krisenzeiten das Sparen eine gesamtwirtschaftliche Sünde sei und das Konsumieren eine Tugend - entgegen allen klassisch-liberalen Auffassungen, die das Sparen als Tugend und als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum betrachte hatten. Das beste, was für die Ankurbelung der Produktion und der Beschäftigung, d.h. auch für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit getan werden kann, ist nach Keynes ein möglichst vollständiges Konsumieren. Denn Sparen bedeutet zunächst einmal Nachfrageausfall, und es ist in Krisenzeiten überhaupt nicht sicher, ob daraus auch Investitionsnachfrage wird.

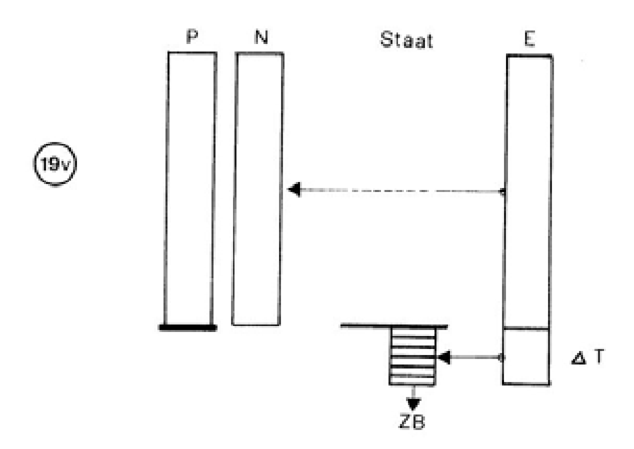
f) Unbegrenztes Wachstum durch Geldschöpfung?

Wenn nun die Steigerung von Nachfrage, Produktion, Beschäftigung und Einkommen durch zusätzliche Staatsaufträge so einfach ist, müßte es dann nicht möglich sein, das Wirtschaftswachstum durch immer mehr Geldschöpfung beliebig zu steigern? Wobei das Gelddrucken den Staat ja praktisch nichts kostet? Hat Keynes mit der Idee der geldschöpfungsfinanzierten Staatsaufträge tatsächlich ein wirtschaftspolitisches Wundermittel erfunden, dessen Einsatz zu immer größerer materieller Produktion führt?



Ganz so unkompliziert ist der Einsatz der Geldschöpfung wiederum nicht. Sind die zusätzlichen Staatsausgaben und die davon ausgehenden Multiplikator-Wirkung so groß, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage die Produktionkapazitäten übersteigt, so muß es zur Inflation kommen. Sobald die Kapazitäten voll ausgelastet sind (symbolisiert durch den Querbalken in Abb. 19u), kann eine darüber hinausgehende Steigerung der Nachfrage nur noch durch Preissteigerungen aufgefangen werden (geschlängelter Pfeil in Abb. 19 u).

Spätestens ab dem Moment, wo die gesamtwirtschaftliche Nachfrage das gesamtwirtschaftliche Angebot bei voll ausgelasteten Kapazitäten über steigt, müßten Maßnahmen zur Abschöpfung der überhängenden Nachfrage ergriffen werden, z.B. auf dem Wege über Steuererhöhungen (ΔT in Abb. 19v). Oder durch entsprechende Verminderung der Staatsausgaben. Oder durch Beeinflussung der übrigen Nachfragegrößen, z.B. Verteuerung der Kredite zur Drosselung privater Investitionsnachfrage. Steuererhöhungen wirken natürlich nur dann nachfragemindernd, wenn die Steuereinnahmen nicht wieder verausgabt werden, wenn sie nicht wieder in den Wirtschaftskreis zurückfließen. Entweder werden sie vom Staat stillgelegt (gehortet), oder aber sie werden dazu benutzt, die von der Zentralbank (ZB) zur Konjunkturankurbelung aufgenommenen Gelder wieder zurückzuzahlen (wie in Abb. 19v). Auf diese Weise müßte ein überschwappen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage über die Produktionskapazitäten und damit eine Inflation verhindert werden können.

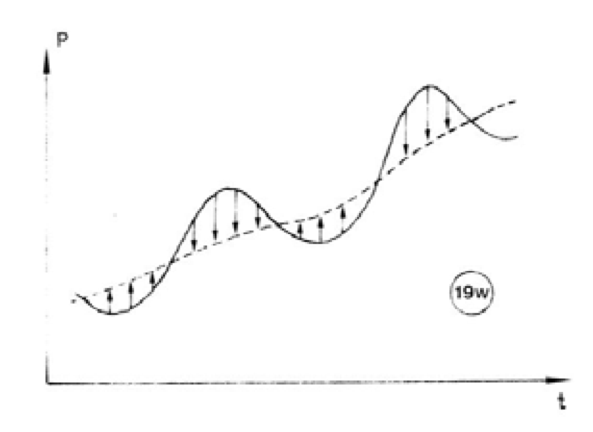


g) Die Konzeption einer antizyklischen Konjunkturpolitik

Was wir bisher abgeleitet haben, ist das Idealbild einer keynesschen Vollbeschäftigungspolitik: In Zeiten von Wirtschaftskrise , Arbeitslosigkeit und unausgelasteten Kapazitäten soll die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über ein staatliches Budgetdefizit (einen Überhang der Staatsausgaben über die Einnahmen) erhöht werden und einen Multiplikatoreffekt auslösen in Richtung einer Steigerung von Produktion, Beschäftigung, Einkommen und Nachfrage (Politik des "defecit spending"). Und zwar möglichst so lange, bis Vollbeschäftigung und Vollauslastung der Kapazitäten erreicht sind. Auf diese Weise sollte die Wirtschaft aus der Depression heraus und in die Hochkonjunktur geführt werden. Um ein Überschwappen der Nachfrage über die Produktionskapazitäten und die daraus folgenden Inflationstendenzen zu vermeiden, sollte in der Hochkonjunktur umgekehrt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit wirtschaftspolitischen Mitteln (z.B. durch

die Bildung eines staatlichen Budgetüberschusses) gedrosselt werden. (In einem Fall, wo die Nachfrage zwecks Konjunkturankurbelung ausgedehnt wird, sprechen die Ökonomen von einer "expansiven Konjunkturpolitik", im anderen Fall von einer "kontraktiven" oder "restriktiven Konjunkturpolitik".)

Der Einsatz einer expansiven Konjunkturpolitik soll bewirken, daß eine Wirtschaft aus einer Depression und Arbeitslosigkeit herausgeführt wird (bzw. - vorbeugend angewendet - gar nicht erst in sie hineingleitet), der Einsatz einer kontraktiven Konjunkturpolitik soll verhindern, daß sich die Konjunktur "überhitzt" und eine Inflation hervortreibt. Die keynesianische Wirtschaftspolitik soll also gerade die zyklischen Schwankungen zwischen Wirtschaftskrise und Konjunkturüberhitzung glätten ("antizyklische Konjunkturpolitik") und auf diese Weise zu einem gleichmäßigen, stetigen Wirtschaftswachstum beitragen (symbolisiert durch die Pfeile in Abb. 19w).



h) Warum nicht gleich das Geld den Leuten schenken?

So absurd die keynessche Beschäftigungstheorie auf den ersten Blick erschien, so sinnvoll scheint sie doch bei näherer Betrachtung zur Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit bzw. zur Dämpfung einer überhitzten Konjunktur zu sein. Wenn es allerdings für die Beschäftigungswirkung in erster Linie um die aus den Staatsaufträgen zusätzlichen entstehenden Einkommen und deren Vorausgabung geht, kann man sich fragen, warum der Staat den Leuten nicht gleich das Geld auf die Hand gibt. Warum soll er sie erst noch Gruben aus- und zuschaufeln oder Pyramiden bauen lassen, mit denen letztendlich doch niemand etwas anfangen kann?

In bezug auf die Nachfrageimpulse und die daraus folgende Beschäftigungswirkung ist tatsächlich anzunehmen, daß die Wirkung die gleiche wäre. Aber einen Unterschied würde es dennoch geben: in einem Fall würden die Arbeitslosen unmittelbar durch die Staatsaufträge beschäftigt, wenn auch in unserem Beispiel für vollkommen sinnlose Produktion. Aber sie wären eben beschäftigt. Und vielleicht würden sich auch gar nicht merken, wie sinnlos tatsächlich ihre Tätigkeit ist, wenn sie nur ihren Lohn dafür bekommen. Vielleicht schaufeln ja nicht dieselben Arbeiter die Gruben auf und zu, sondern das Aufschaufeln wird von der einen Bauunternehmung und das Zuschaufeln von einer anderen übernommen. Und auf diese Weise hat - aus Mangel an Überblick über die Gesamtzusammenhänge - vielleicht jeder sogar das Gefühl, etwas Sinnvolles zu verrichten. Auch wenn es aus übergeordneter Sicht absolut

sinnlos ist, was da produziert wird. Und mindestens haben die Beschäftigten subjektiv das Gefühl, mit ihrer Arbeitskraft gebraucht zu werden, und empfinden wahrscheinlich innerhalb einer Leistungsgesellschaft weniger Unzufriedenheit, als wenn sie arbeitslos sind und in ihrer sozialen Anerkennung und in ihrem Selbstwertgefühl abrutschen.

Von daher scheint sogar die sinnloseste Produktion einen Sinn zu bekommen, wenn durch sie eine Masse sonst arbeitsloser Menschen eingebunden, integriert wird. Im anderen Fall könnte sich aus der Masse von Arbeitslosen - selbst bei gleicher finanzieller Situation - ein Potential von Unzufriedenen entwickeln und unter Umständen ein nicht mehr kalkulierbares Risiko für die Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung". Sind die Leute erst einmal beschäftigt, egal womit und wofür, dann kommen sie unter Umständen nicht so schnell "auf dumme Gedanken". Von daher ist es eben doch ein Unterschied, ob man den Arbeitslosen das Geld so auf die Hand gibt oder ob sie an das Geld nur herankommen über Arbeit. Im übrigen würde langfristig wahrscheinlich auch die Arbeitsmoral der Beschäftigten untergraben, wenn sich das gleiche Geld auch ohne Arbeit durch staatliche Unterstützungszahlungen beziehen ließe (zumal in einer Gesellschaft, in der die entfremdete Arbeit vorherrscht).

Aber sind das nicht alles recht absurde Überlegungen, die wir hier angestellt haben? Sind das nicht alles Spitzfindigkeiten, die mit der Realität unseres Wirtschaftssystems nicht viel zu tun haben? Sind das nicht absolut künstliche und konstruierte Beispiele, die nur auf Effekthascherei hinauslaufen? Welcher Staat wird denn tatsächlich Gruben auf- und zuschaufeln lassen und dafür noch Geld ausgeben? In welchem Staat werden denn wirklich sinnlose Projekte in Auftrag gegeben, nur um die Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu halten?

IV. Keynesianismus und Rüstungsproduktion

Das Beispiel mit den Gruben ist vielleicht wirklich unrealistisch und an den Haaren beigezogen. Aber verhält es sich nicht ganz ähnlich, wenn der Staat Rüstungsaufträge an die Privatwirtschaft vergibt? Handelt es sich nicht auch hier um eine Produktion, die von den Einkommensbeziehern gar nicht gekauft werden kann? Wer kann sich schon - außer als Spielzeug - Panzer und Raketen kaufen? Und werden solche Aufträge nicht häufig mit dem Hinweis gerechtfertigt, daß dadurch Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden? (Eine ganz ähnliche Argumentation erleben wir ja seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der Diskussion um die Atomkraftwerke.)

1. Überwindung der Weltwirtschaftskrise durch Rüstungsproduktion und Krieg

Tatsächlich haben Rüstungsaufträge immer wieder einen solchen beschäftigungssteigernden Effekt gehabt. Die USA zum Beispiel haben die tiefe Depression der Dreißiger Jahre erst mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs überwunden, wo die amerikanische Wirtschaft - wesentlich bedingt durch die steigenden Rüstungsaufträge - in einem Wirtschaftsaufschwung ohnegleichen hineingesteuert ist. (Siehe hierzu im einzelnen Baran/Sweezy: Monopolkapital, Frankfurt 1970, Abschnitt 7) Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es zunächst der Koreakrieg und dann der Vietnamkrieg, die der amerikanischen Wirtschaft enorme Impulse gaben. Diese Zusammenhänge zwischen Kriegsproduktionen und Wirtschaftsaufschwung sind den Experten an der Börse hinlänglich bekannt: Mit steigenden Rüstungsaufträgen steigen die Profite wesentlicher Industriezweige an, was sich "belebend" auf die Gesamtwirtschaft

auswirkt und die Aktienkurse in die Höhe treibt. Das Sterben von Menschen und die Zerstörung von Städten oder die militärische Verwüstung ganzer Landstriche durch Bombeneinsatz wirken sich belebend (!) auf die Wirtschaft aus! Und die Börsenexperten wissen, daß mit "Ausbruch des Friedens" der Zusammenbruch des Booms, der Hochkonjunktur droht. Nicht umsonst gibt es unter Börsenleuten den Ausdruck von der "Friedenspanik" ...: und wenn schon Frieden, dann muß alles unternommen werden, um dennoch die staatlichen Rüstungsausgaben nicht absinken, sondern immer weiter ansteigen zu lassen. Und diese Politik mit dem Hinweis auf die daran gebundenen Arbeitsplätze abzusichern. Und ist es nicht logisch, daß diejenigen, die an den Rüstungsaufträgen Interesse haben, auch interessiert sind an einer Politik, die die internationalen Konflikte immer wieder anheizt? Und daß sie versuchen werden, auf die Politik der Regierung direkt oder indirekt Einfluß zu nehmen - direkt durch personelle Verflechtung zwischen Rüstungsindustrie und staatlicher Administration (besonders stark ausgeprägt in den USA), oder indirekt durch Mobilisierung der öffentlichen Meinung - über ein Hochpeitschen der Angst vor der Arbeitslosigkeit oder vor dem äußeren Feind.

Was ist das für ein Wirtschaftssystem, das zur seiner eigenen "Belebung" der Hervorbringung von Zerstörung bedarf, oder mindestens der Produktion von Zerstörungspotential? Hat das noch etwas zu tun mit der Vorstellung von einer Produktion, die sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft, d.h. an den Lebensbedürfnissen der Menschen orientiert? Hat sich hier nicht alles auf den Kopf gestellt und wird nicht das als "wirtschaftlich rational" bezeichnet, was für die Lebensbedürfnisse der Gesellschaft in höchstem Maße irrational, das heißt tendenziell lebenszerstörend ist?

2. <u>Keynesianismus als Legitimation für Destruktion</u>

Unser Beispiel mit den Gruben auf- und zuschaufeln war sehr absurd und unrealistisch. Aber es handelte sich dabei wenigstens nur um sinnlose Produktion, und das allein schon fanden wir absurd genug: Staatsaufträge zu erteilen und Menschen zu beschäftigen für etwas Sinnloses, nur um ihnen auf diesem Weg Einkommen und damit die Grundlage für ihrer Lebensunterhalt zukommen zu lassen und weitergehende Multiplikatoreffekte in Gang zu setzen. Ist es aber nicht viel absurder, wenn diese Staatsaufträge anstatt für sinnlose Produktion für zerstörerische Projekte vergeben werden, mit dem gleichen Hinweis, daß dadurch Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden? Rechtfertigt sich denn auf einmal alles - auch die Produktion von Zerstörung - allein schon mit dem Hinweis auf die Beschäftigung? Und wenn die Vollbeschäftigung wirklich nur auf solchem Wege sichergestellt werden kann, ist es denn wirklich eine Rechtfertigung für solche Staatsaufträge? Oder muß das nicht vielmehr zu ganz schweren Anklage gegen die Struktur des ökonomischen Systems führen, das einen solchen Wirkungszusammenhang hervorgebracht hat? Und gegen eine Denkweise, die diesen Zusammenhang auch noch rechtfertigt, wie das der Keynesianismus tut?

Gewiß, Keynes selbst hat nicht empfohlen, die Staatsaufträge für Rüstungszwecke zu vergeben. Aber er hat - nicht zuletzt durch seine zynischen Beispiele wie das mit dem Löcher graben oder das mit den Pyramiden bauen - eine Denkweise gefördert, die die Frage nach dem "konkreten Gebrauchswert" der öffentlichen Aufträge vollkommen verdrängt; d.h. die Frage danach, was - neben dem Beschäftigungseffekt - ansonsten von diesen Staatsaufträgen an Auswirkungen auf die Gesellschaft ausgeht. Und in der Tat hat die keynessche

Beschäftigungstheorie in der Geschichte des Kapitalismus ihre wirksamste Anwendung bisher in den staatlichen Rüstungsaufträgen gefunden.

Der erste Keynesianer in der wirtschaftspolitischen Anwendung war übrigens - bevor noch Keynes seine Theorie veröffentlicht hatte - Hitler mit seiner staatlichen Beschäftigungspolitik zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Wobei der Bau der Autobahnen von vornherein militärstrategische Ziele verfolgte und neben dem Autobahnbau der wesentliche Teil der Staatsausgaben alsbald in die unmittelbare Rüstungsproduktion geflossen ist. Die Massenarbeitslosigkeit konnte auf diese Weise tatsächlich abgebaut werden, aber um den Preis des Aufbaus einer Zerstörungsmaschine von historisch noch nie dagewesenem Ausmaß.

In den USA hingegen wurde unter Roosevelt Anfang der Dreißiger Jahre im Rahmen des sogenannten New Deal eine Beschäftigungspolitik betrieben, die stärker an der Ankurbelung der Friedensproduktion und dem Ausbau von Sozialprogrammen orientiert war und die nicht annähernd die "belebenden" Effekte für Produktion und Beschäftigung mit sich brachte. Auch in den USA wurde eine Überwindung der großen Depression - wie schon erwähnt - erst im Zuge der steigenden Rüstungsaufträge mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erreicht. (Siehe zum diesbezüglichen Vergleich der beiden Länder F. Vilmar: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Frankfurt 1972)

3. Staatliche Sozialprogramme statt Rüstungsaufträge?

Die erwähnten Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsaufschwung und Rüstungsaufträgen sind deprimierend genug. Aber müßte es nicht dennoch möglich sein, zur Überwindung einer Wirtschaftskrise und zur Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit zusätzliche Staatsausgaben auf gesellschaftlich sinnvolle Projekte zu lenken, z.B. in den Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens, in den Wohnungsbau, in die Lösung der Verkehrsprobleme, in den Umweltschutz usw.? Gibt es nicht genügend soziale Probleme in dieser Gesellschaft, die auf eine Lösung warten und wo der Staat mit seinen Aufträgen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen könnte: einmal die Arbeitslosigkeit beseitigen bzw. verhindern, zum anderen zur einer Lösung dieser gesellschaftlichen Probleme beitragen?

Nehmen wir z.B. den Bildungsbereich: Der Staat könnte Schulen und Universitäten bauen lassen und zusätzliches Lehrpersonal usw. einstellen. Würden nicht auch auf diese Weise zusätzliche Einkommen in Höhe der Staatsausgaben geschaffen? Müßte nicht auch hier in der zweiten Runde die Nachfrage nach Konsumgütern ansteigen und ein Multiplikatoreffekt zustandekommen? Oder wo liegt da der Unterschied zu den Rüstungsausgaben?

Ein Unterschied liegt schon einmal darin, daß sich eine Steigerung der Rüstungsausgaben erfahrungsgemäß immer leichter durchsetzen läßt als eine Steigerung der Bildungsausgaben oder der Sozialausgaben. Was kann dahinter stecken? Zum einen werden im Falle von Rüstungsaufträgen andere Bereiche der Wirtschaft von der staatlichen Nachfrage betroffen als im Fall von Bildungsausgaben. Im einem Fall sind es die großen Rüstungskonzerne, d.h. Bereiche der Wirtschaft, die mit den höchsten Grad an Kapitalkonzentration aufweisen, so etwa die Stahlindustrie, die Elektronische Industrie, die Flugzeug- und Automobilindustrie, die Mineralölindustrie usw. Und das, was sie vom Staat unmittelbar an Aufträgen bekommen, ist ihnen sicher und profitbringender als irgendwelche indirekten Effekte, die auf x Umwegen vielleicht durch den Bau von Schulgebäuden oder durch zusätzliche Nachfrage nach

Konsumgütern (und daraus folgende Nachfrage in vorgelagerten Sektoren) hervorgehen. Hinzu kommt, daß im Verhältnis zwischen Staat und Rüstungskonzernen kein wirklicher Markt existiert, sondern die Preise für die Rüstungsgüter direkt zwischen Staat und Konzernen ausgehandelt werden. Die Erfahrungen zeigen, daß die Rüstungskonzerne gegenüber dem Staat überdurchschnittliche Profitspannen einkalkulieren, die sich am Markt so ohne weiteres nicht durchsetzen ließen. Bei der Rüstungsnachfrage handelt es sich schließlich um eine völlig unelastische Nachfrage, deren Menge auch bei höheren und überhöhten Preisen nicht zurückgeht. Bessere Bedingungen für die Ausnutzung monopolistischer Macht lassen sich aus der Sicht der Konzerne kaum denken. Und bei entsprechender Anheizung der politischen Spannungen handelt es sich um eine schier unerschöpfliche Absatzmöglichkeit, zumal wenn die Rüstungsgüter durch ihren Einsatz im Krieg oder durch das schnelle Veralten von Waffensystemen immer wieder neu ersetzt werden müssen. Beim Einsatz der Staatsaufträge im Bereich von Bildungs- und Sozialausgaben lassen sich ähnlich günstige Profitmöglichkeiten nicht annähernd herstellen.

Ein anderer Aspekt kommt hinzu, und zwar derjenige des konkreten Gebrauchswerts der öffentlichen Aufträge. Wenn die Masse der Bevölkerung tatsächlich eine umfassende Ausbildung durchlaufen würde, unter guten Lern- und Entfaltungsmöglichkeiten für alle, dann würde es wahrscheinlich immer mehr Menschen geben, die die Struktur dieser Gesellschaft und dieser Wirtschaft durchschauen und auf eine Veränderung hin drängen würden. Immer weniger Menschen wären bereit, die Irrationalität dieses Systems und den vom Arbeitsprozeß und von der Erziehung ausgehenden Druck kritiklos und widerstandslos hinzunehmen. Die umfassende Bildung der Massen könnte zu einem Pulverfaß werden, das zu einer explosiven Entladung in Richtung einer Veränderung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse hindrängt. Das ist freilich keine zwingende Notwendigkeit, weil es ganz auf die Bildungsinhalte ankommt, die da vermittelt werden. Aber die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Massen ihrer eigenen Existenzbedingungen und Struktur der Gesellschaft zunehmend durchschauen, wäre sicherlich größer.

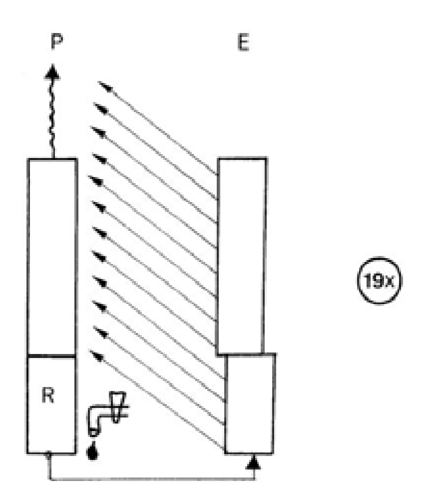
Werden hingegen die Rüstungsausgaben ausgeweitet, so geht davon auch eine Tendenz zur Militarisierung der Gesellschaft nach innen aus, mit einem entsprechenden Freund-Feind-Denken, mit dem schon immer von inneren gesellschaftlichen Konflikten abgelenkt wurde; und mit der Durchsetzung von Prinzipien wie "Zucht und Ordnung", d.h. von autoritären Denk- und Verhaltensmustern. Und derartige Vorstellungen und Verhaltensweisen dienen der Stabilisierung des Systems sicherlich mehr als die Herausbildung emanzipatorischer Tendenzen.

Diese und ähnliche Punkte machen es mindestens verständlich, daß insbesondere die großen Konzerne wenig Interesse an einer emanzipatorischorientierten breiten Ausbildung der Massen haben, statt dessen aber großes Interesse an staatlichen Rüstungsaufträgen. Die Tatsache, daß sich bisher eine Steigerung der Rüstungsausgaben immer leichter durchsetzen ließ als eine Steigerung der Sozialausgaben, deutet darauf hin, daß von diesen Interessen ein gewaltiger Einfluß auf die staatliche Politik ausgegangen ist - auch wenn die Regierung formal-demokratisch von der Mehrheit der Bevölkerung gewählt ist. Abstrakt wäre es schon denkbar, daß die Wirtschaft auch über steigende staatliche Sozialausgaben angekurbelt wird. Aber unter den konkreten Bedingungen des Kapitalismus und der konzentrierten Macht der großen Konzerne werden sich solche Programme und die gleichzeitige Einschränkung von Rüstungsprogrammen wohl nur wirksam durchsetzen lassen, wenn gleichzeitig die Macht der Konzerne eingeschränkt oder gebrochen wird.

4. Wachsender Militärhaushalt und Inflation

Kommen wir noch einmal zurück auf unser Modell in Zusammenhang mit der keynesschen Theorie. Dort hatten wir herausgearbeitet, daß von zusätzlichen (über Geldschöpfung finanzierten) Staatsausgaben A_{St} ein Multiplikatoreffekt ausgeht, der auch auf die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft, insbesondere auch auf die Konsumgüterindustrie übergreift und dort eine Steigerung der Produktion nach sich zieht. Selbst wenn der erste Impuls zusätzlicher Staatsausgaben sich auf sinnlose (oder destruktive) Produktion bezieht, gingen doch davon weitere Folgewirkungen aus, die zu einer Steigerung der kaufbaren Warenproduktion führten. Den steigenden Einkommen stand infolge dessen - wenn auch mit einiger Verzögerung und mit vorrübergehenden Preissteigerungen - schließlich ein steigendes Warenangebot gegenüber. Diesen indirekten Effekt meint ja Keynes, wenn er vom steigenden Reichtum einer Volkswirtschaft durch zusätzliche Staatsausgaben spricht.

Bei diesem Modell waren wir allerdings davon ausgegangen, daß die zusätzlichen Staatsausgaben ΔA_{St} nur einen ersten Impuls zur Ankurbelung der Konjunktur liefern und daß sich der Prozeß des Wirtschaftsaufschwungs schließlich von selbst trägt. Wenn wir demgegenüber die Rüstungsausgaben betrachten, so sind sie längst zu einer Dauereinrichtung geworden, die jährlich einen großen und ständig wachsenden Teil des Staatshaushaltes verschlingt, und dies im wesentlichen unabhängig vom konkreten Konjunkturverlauf. Krisenzeiten und Arbeitslosigkeit werden allenfalls zur Rechtfertigung steigender Rüstungsausgaben herangezogen, aber in Zeiten überhitzter Konjunktur werden diese Ausgaben deswegen noch lange nicht wieder eingeschränkt. Dann sind es eben auf einmal politische und militärisch-strategische "Notwendigkeiten", die als Begründung herhalten müssen. Läßt sich unter diesen Bedingungen, d.h. angesichts der Dauerhaftigkeit der Rüstungsausgaben, die These vom steigenden Reichtum einer Volkswirtschaft aufrechterhalten, wenn darunter nicht nur das nominelle Anwachsen der Einkommen, sondern der Zuwachs an realer, gesellschaftlich nützlicher Produktion verstärkt wird?



Was die Rüstung anlangt, so kommt man um die Erkenntnis nicht herum, daß hiermit dauerhaft eine Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen verbunden ist. In dem Maße,

wie diese Ressourcen in die Rüstungsproduktion (R) geflossen sind, können sie nicht mehr in andere Produktion fließen. Diese in Rüstung gebundene Ressourcen fehlen, wenn es um eine Erhöhung des kaufbaren Warenangebots in anderen Bereichen, etwa im Bereich des Konsums geht. Auf der anderen Seite entstehen aber im Zuge der Rüstungsproduktion Einkommen (des Rüstungssektors und der vorgelagerten Sektoren), die sich - wenn sie nicht z.B. über Steuern abgeschöpft bzw. gehortet werden - als Nachfrage auf die übrigen Bereiche der Wirtschaft lenken. Sind in den übrigen Bereichen die Kapazitäten schon ausgelastet (Querbalken in Abb. 19x), so kommt es in diesen Bereichen notwendig zur Inflation (geschlängelter Pfeil in Abb. 19x). Zur Inflation kommt es freilich auch dann, wenn die staatlichen Sozialausgaben oder irgendwelche anderen Staatsausgaben über Geldschöpfung finanziert werden (symbolisiert durch den "Geldhahn"). Das Krisensymptom der Arbeitslosigkeit mag auf diese Weise abgebaut worden sein, an seine Stelle tritt ein anderes Symptom: eben die Inflation.

Wenn die Beseitigung von Arbeitslosigkeit mittels Geldschöpfung und Staatsausgaben eine Inflation hervortreibt, so erinnert das an die Symptombehandlung in der Medizin, wo mit starken Mitteln zwar die Kreislaufstörungen beseitigt werden, aber dafür z.B. Magenschmerzen entstehen. Und wo gegen die Magenschmerzen weitere Mittel verabreicht werden, die den Organismus schließlich immer kranker machen. Ist es mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Kapitalismus ähnlich? Ist die keynessche Vollbeschäftigungspolitik auch nur ein Mittel der Symptombekämpfung, das den Patienten Kapitalismus immer kranker macht?

V. Die Durchsetzung des Keynesianismus in der BRD

1. Die Erschütterung des "Wirtschaftswunders" durch die Krise 66/67

Als sich der Keynesianismus in der BRD auch in der Wirtschaftspolitik durchsetzte (das war im Zuge der ersten größeren Krise mit Massenarbeitslosigkeit 1966/67), wurde er jedenfalls nicht nur vorgestellt als ein Mittel der Symptombekämpfung, sondern als ein Wundermittel, bei dessen richtiger Anwendung die schon für tot geglaubte Krisenanfälligkeit des Kapitalismus ein für allemal in den Griff zu bekommen sei. Der Durchbruch der Krise 66/67 hatte ja das Vertrauen in die "soziale Marktwirtschaft" der BRD, die bis dahin mit dem Mythos des "Wirtschaftswunders" umgeben war, gründlich erschüttert.

In dieser krisenhaften Situation schien sich wiederum die marx'sche Theorie zu bestätigen, daß der Kapitalismus aus sich heraus mit Notwendigkeit immer wieder Krisen hervorbringen müsse, und das lange fast ungebrochene Wirtschaftswachstum der BRD schien mit der historischen Ausnahmesituation der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus zusammenzuhängen - eine Phase, die nun endgültig abgeschlossen schien. Die marxistischen Kritiker des Kapitalismus, die in der Phase des "Wirtschaftswunder" nur ausgelacht oder als "weltfremde Spinner" belächelt wurden (sofern man sie nicht vollständig ignorierte), schienen auf einmal wieder recht zu bekommen. Und das Interesse an der marxistischen Theorie wuchs mindestens in der Studentenbewegung Ende der 60iger Jahre und "drohte" auf breitere Kreise der Bevölkerung überzugreifen.

Die ökonomischen und sozialen Konflikte spitzten sich in einem Maße zu, daß sich die großen Parteien CDU und SPD zu einer "großen Koalition" zusammenschlossen, um

gemeinsames Krisenmanagement zu betreiben. Dies bedeutete gleichzeitig das Ende des ordo-liberalen Epoche und die Ablösung von deren Symbolfigur L. Erhard als Bundeskanzler.

2. Stabilitätsgesetz und Krisenmanagement

In der Regierung der großen Koalition (Kiesinger/Brandt) wurde die Wirtschaftspolitik wesentlich bestimmt durch Wirtschaftsminister Karl Schiller, einen überzeugten und engagierten Keynesianer. Von ihm stammt der Ausspruch, der sich polemisch gegen die marxistischen Kritiker des Kapitalismus richtete und in dem er die keynesianische Auffassung in einem Satz zuspitzte: "Nicht Marx, sondern Keynes regiert die Stunde".

Mit anderen Worten: Seitdem es Keynes gibt und eine aus seiner Theorie abgeleitete Vollbeschäftigungspolitik, braucht es in der Marktwirtschaft keine Krisen mehr zu geben. Die marx'sche Theorie ist deshalb überholt und hat - wenn überhaupt - allenfalls für die Analyse des frühen Kapitalismus eine Bedeutung. Worauf es ankommt, ist lediglich, die Öffentlichkeit und die Politiker von den Möglichkeiten der keynesschen Politik zu überzeugen und für deren richtige Anwendung zu sorgen. Dies hatte sich Schiller selbst zur Aufgabe gesetzt: Den theoretischen und praktischen Nachweis zu führen, daß der Einsatz keynesianischer Wirtschaftspolitik im gemeinsamen Interesse aller Parteien und aller Gruppierungen einschließlich der Gewerkschaften liege. (Siehe hierzu im einzelnen J. Hufschmid: Die Politik des Kapitals, Frankfurt 1971)

Mit dieser Begründung forderte Schiller eine gemeinsame "konzertierte Aktion" aller gesellschaftlich-relevanten Gruppen, in der eine gemeinsame Strategie der "Stabilitätspolitik" abgesprochen werden sollte: Expansive Konjunkturpolitik bei wirtschaftlicher Depression, restriktive Konjunkturpolitik bei drohender konjunktureller Überhitzung. Ergebnis dieses Zusammenwirkens war die Verabschiedung des "Stabilitätsgesetzes", mit dem die Möglichkeit antizyklischer Konjunkturpolitik im keynesianischen Sinn erstmals gesetzlich gesichert wurde. Die BRD verfügt seitdem über das "modernste konjunktur-politische Instrumentarium der westlichen Welt", und mit dessen Anwendung schien den Kritikern des Systems ein für allemal der Boden entzogen zu sein.

Tatsächlich konnte - unter Einsatz einer expansiven Konjunkturpolitik und zusätzlicher Staatsausgaben in Höhe von zunächst ca. 5 Milliarden DM - die Krise 66/67 relativ schnell überwunden werden, so schnell, wie es vorher kaum jemand erwartet hatte. Und die BRD-Wirtschaft steuerte in einen starken Boom. Aber die Euphorie über die Wirksamkeit keynesianischer Wirtschaftspolitik hielt nicht lange an. Zwar war die Arbeitslosigkeit fürs erste beseitigt, aber an ihre Stelle trat im Laufe der folgenden Jahre eine sich immer mehr beschleunigende Inflation. Und die Diskussion um die Gefahren einer Inflation nahmen immer breiteren Raum in der theoretischen und politischen Auseinandersetzung ein. Wir wollen uns im folgenden etwas näher mit der Einschätzung der Inflation und der von ihr ausgehenden Wirkungen befassen.

B e r n d   S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

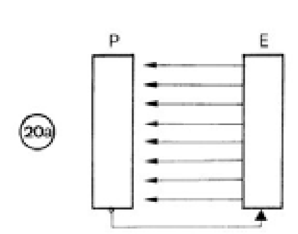
VIERTER TEIL: Wirtschaft und Staat

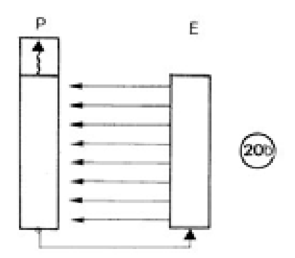
B. INFLATION UND STAAT

I. Auswirkungen einer schleichenden Inflation

Was ist an einer Inflation eigentlich so schlimm, daß sie immer wieder als Gefahr hingestellt wird? Wenn es zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation zu wählen gäbe, müßte die Entscheidung dann nicht ganz klar für die Inflation ausfallen, selbst wenn damit gewisse Nachteile verbunden sind? "Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit" - wie es Bundeskanzler Schmidt einmal formuliert hat?

Eine jährliche Inflationsrate von 5 % bedeutet zunächst einmal nichts anderes, als das die Warenpreise um durchschnittlich 5 % ansteigen, und damit auch - bei gleichem mengenmäßigem Absatz - die Erlöse der Unternehmen. Für die Bezieher fester Einkommen bedeutet das, daß sie sich für ihre Einkommen mengenmäßig weniger kaufen können: Die Kaufkraft ihrer Einkommen, ihr "Realeinkommen" vermindert sich. Ähnlich geht es den Sparern. Ein Sparguthaben von 100 DM, das im Jahr 5 % Zinsen bringt, wächst zwar in einem Jahr auf 105 DM an, aber wenn die Inflationsrate ebenfalls 5 % beträgt, kann man sich für die 105 DM nicht mehr kaufen als vorher für die 100 DM. Die Sparzinsen werden in diesem Fall also von der Inflationsrate gerade aufgefressen. Wer sich auf der anderen Seite z.B. als Unternehmer mit einem Kredit verschuldet hat, dem kommt die Inflation zugute: Die durch die Inflation steigenden Erlöse und Gewinne machen die Rückzahlung des Kredites und der Zinsen leichter. Nutznießer einer Inflation scheinen demnach die Gewinnbezieher und die Kreditnehmer zu sein, Leidtragende sind offenbar die Bezieher fester Einkommen bzw. die Sparer. Die folgenden Abbildungen wollen diesen Zusammenhang noch einmal im einzelnen verdeutlichen.



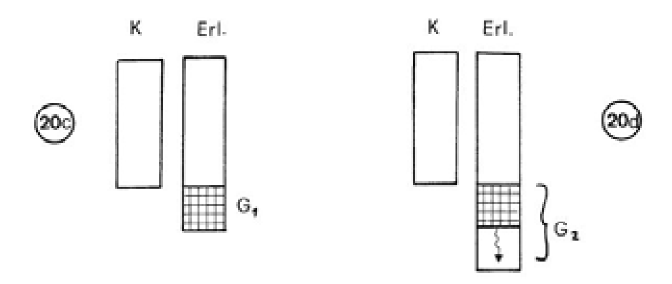


1. Inflation und Kaufkraftminderung

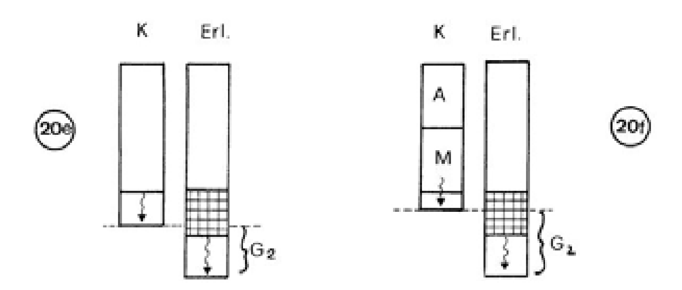
Abb. 20a stellt zunächst einmal eine Ausgangssituation dar, bei der die bei der Produktion entstandenen Einkommen das gesamtwirtschaftliche Warenangebot kaufen können. Bei einer Inflationsrate von 25 % (wo sich nur die Preise aufblähen, ohne daß die produzierten Mengen vergrößert werden, Abb. 20b) können die gleichen Einkommen nur noch einen Teil des Gesamtprodukts kaufen (in unserem Beispiel nur noch 80 %).

2. Inflation und steigende Gewinne

Betrachten wir die Inflation einzelwirtschaftlich aus der Sicht der Unternehmen, so ergibt sich zunächst eine Aufblähung der Erlöse um 25 %. In unserem Beispiel steigt dadurch der Gewinn um 100 % (Abb. 20d gegenüber Abb. 20c).



Allerdings muß berücksichtigt werden, daß für die Unternehmen ja nicht nur die Erlöspreise steigen, sondern auch die Faktorpreise (und damit bei gleichem mengenmäßigem Faktoreinsatz die Kosten). Es scheint, als würde auf diese Weise der gewinnsteigernde Effekt wieder aufgehoben: Erlöse und Kosten würden gleichmaßen um 25 % steigen, und damit auch die Gewinne (Abb. 20e). Diese nominelle Gewinnsteigerung wäre keine tatsächliche (reale) Gewinnsteigerung, wenn sich alle Preise (ein schließlich der Faktorpreise) ebenfalls um 25 % erhöht hätten. Für die nominell gewachsenen Gewinne könnten dennoch nur die gleichen Mengen an Einsatzfaktoren bzw. an Konsumgütern gekauft werden. Ist es also für die Unternehmen im Prinzip egal, ob Inflation herrscht oder nicht? Und wie läßt sich das vereinbaren mit unserer Überlegung von vorhin, daß die Unternehmen die Nutznießer der Inflation sind und die Bezieher fester Einkommen die Leidtragenden?

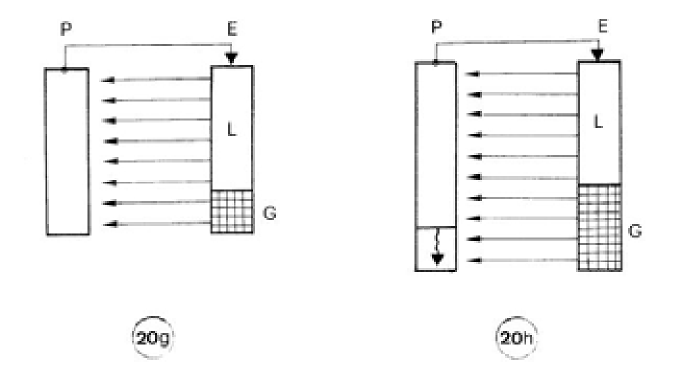


Wenn wir von Beziehern fester Einkommen geredet haben, haben wir stillschweigend unterstellt, daß sich sie Lohneinkommen im Laufe eines Jahres nicht verändern. Dann müssen

wir natürlich konsequenterweise auch unterstellen, daß die Lohnkosten trotz Inflation unverändert bleiben. Die Inflation würde sich demnach nicht auf alle Faktorpreise niederschlagen: Die Arbeitskosten A blieben vielmehr davon ausgenommen, und es gäbe eine inflationäre Aufblähung nur bei den übrigen Kosten M (für Material, Maschinen usw.). In unserem Beispiel würden sich die Gesamtkosten auf diese Weise nur um 12,5 % erhöhen, die Erlöse aber um 25 %. Der Gewinn steigt entsprechend um mehr als 25 % (Abb. 20f).

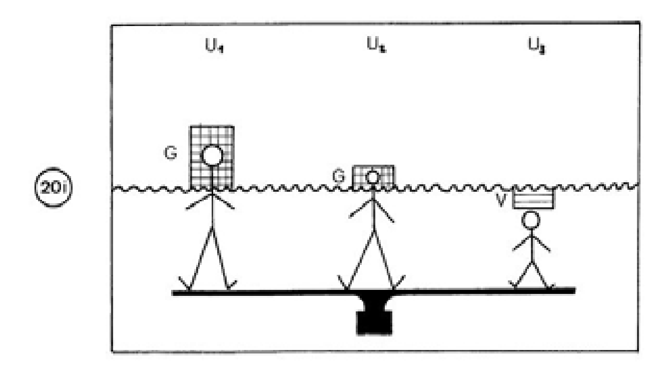
Daraus folgt allgemein: Bei gleichbleibenden Löhnen führt eine Inflation zu steigenden Gewinnen, zu sog. Inflationsgewinnen. Ohne daß die Unternehmen irgendwelche Veränderungen im Produktionsprozeß vornehmen, ohne daß sie irgendwo produktiver wirtschaften, fällt ihnen allein aufgrund der Inflation ein zusätzlicher Gewinn in den Schoß. Und die Lohnabhängigen, obwohl sie nominell die gleichen Einkommen beziehen wie vorher, können sich bedingt durch die Inflation für ihre Einkommen weniger kaufen. Ihre Löhne werden auf diese Weise in ihrer realen Kaufkraft gemindert, es findet eine "Real-Lohnsenkung" statt, das Gegenstück der Inflationsgewinne.

Unter diesen Bedingungen führt eine Inflation also zu einer Umverteilung des Sozialprodukts auf Kosten der Lohnabhängigen und zugunsten der Unternehmen bzw. Gewinnbezieher. Haben sich die Einkommen z.B. in einem Verhältnis 75 % Löhne zu 25 % Gewinne in das Sozialprodukt geteilt (Abb. 20g), so sind es jetzt 60 % Löhne zu 40 % Gewinne (Abb. 20h). Ist das kaufbare Sozialprodukt auch mengenmäßig nicht angewachsen (und das war der Ausgangspunkt unserer Überlegungen im Modell in Abb. 19x), so haben sich dennoch die Unternehmen auf Kosten der Lohnabhängigen durch die Inflation saniert.



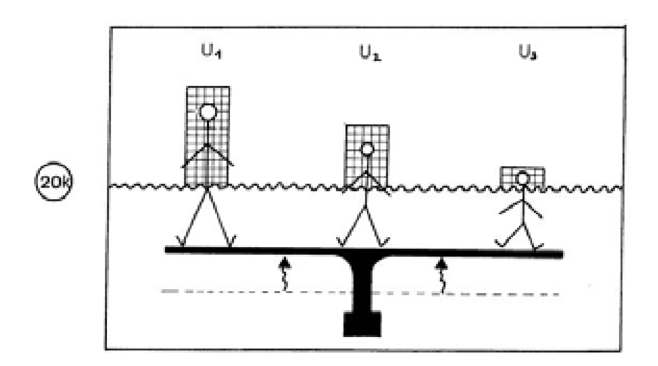
3. Die Konzeption der Globalsteuerung

Eine inflationäre Politik führt unter den genannten Bedingungen also zu einem allgemeinen Anstieg der Gewinne. Für Unternehmen, die schon vorher Gewinne gemacht haben, wachsen die Gewinne an, und Unternehmen, die zwischenzeitlich in die Verlustzone geraten, können wieder gewinnbringend produzieren. Wenn wir die unterschiedliche Gewinnsituation einzelner Unternehmen vergleichen mit unterschiedlich grossen Personen, die auf einem unter Wasser befindlichen Podest stehen, dann können wir die Auswirkungen der Inflation wie in Abb. 20 i, k symbolisieren.



Während in der Ausgangssituation Unternehmen U_1 relativ große Gewinne macht im Vergleich zu U_2 (dem das Wasser schon bis zum Hals steht), ersäuft U_3 bei länger anhaltenden Verlusten, wenn ihm die Luft (d.h. die flüssigen Geldmittel: die Liquidität) ausgeht.

In Abb. 20k hat sich die Gewinnsituation aller Unternehmen verbessert: Bildlich gesehen hat sich der Podest, auf dem sie stehen, durch die Inflation wie ein hydraulischer Wagenheber angehoben, wobei nunmehr auch U_3 aus dem Wasser, d.h. aus der Verlustzone herausgehoben wird und wieder Luft holen kann.



Die keynesianische Wirtschaftspolitik der "Globalsteuerung" die u.a. von Wirtschaftsminister Schiller für die BRD propagiert wurde, besteht - bildlich gesehen - in nichts anderem als einem Anheben bzw. Senken des Podestes, d .h. in einer allgemeinen globalen Beeinflussung des Gewinn-Niveaus der Volkswirtschaft, und zwar über eine Beeinflussung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage durch expansive bzw. kontraktive (restriktive) Konjunkturpolitik.

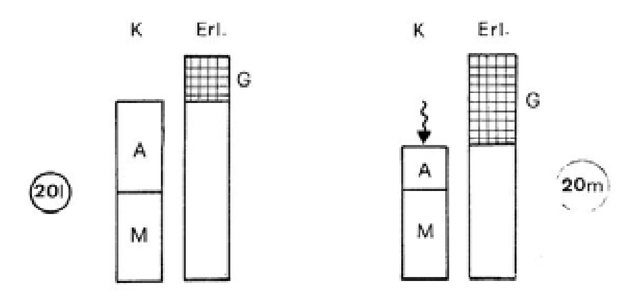
An der Struktur der Gewinnverteilung zwischen den Unternehmen (bildlich: an den Größenverhältnissen zwischen den Figuren) soll sich dadurch nichts verändern. Denn in der Konzeption der Globalsteuerung wird dem einzelwirtschaftlichen Gewinn - wenn auch nicht in seiner absoluten Höhe, so doch im Verhältnis zu den Gewinnen anderer Unternehmen - nach wie vor eine zuverlässige Aussagekraft zugesprochen.: Unternehmen mit höherer Rentabilität werden als leistungsfähiger im Interesse von Gesamtwirtschaft und Gesellschaft angesehen als weniger rentable oder gar unrentable Unternehmen.

Die Problematik der Aussagekraft einzelwirtschaftlicher Gewinne, die wir an früherer Stelle ausführlich diskutiert haben, wird demnach im Rahmen der Konzeption keynesianischer Globalsteuerung vollständig verdrängt! Ohne nach der gesellschaftlichen Aussagekraft einzelwirtschaftlicher Gewinne zu fragen, wird die Größe "Gewinn" im Rahmen der Globalsteuerung zum zentralen Ansatzpunkt wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Expansive Konjunkturpolitik soll – über eine globale Anhebung des volkswirtschaftlichen Gewinn-Niveaus – die Unternehmen zu mehr Produktion anreizen und die Beschäftigung anheben. Was dabei produziert wird, mit welchen Methoden, mit welcher Organisation des Arbeitsprozesses, mit welcher Technologie, mit welchem Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Maschinen usw. und wie die Gewinne verwendet werden, all das bleibt im Rahmen der Globalsteuerung unangetastet in der Entscheidungsbefugnis der Unternehmen, die sich - wenn man von den unmittelbaren Staatsaufträgen absieht - am Markt orientieren sollen. Und dieser Markt wird nach wie vor als der rationale Ausdruck gesellschaftlicher Bedürfnisse betrachtet.

In diesem Glauben an die gesellschaftliche Aussagekraft einzelwirtschaftlicher Gewinne hat sich im Keynesianismus gegenüber dem klassischen Liberalismus nichts geändert. Der Unterschied liegt lediglich darin, daß die klassische Ökonomie die Möglichkeit gesamtwirtschaftlicher Kreislaufstörungen unterschätzt hat, während der Keynesianismus diese Möglichkeit erkannt und Mittel zu ihrer Behebung ausgearbeitet hat. An der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise ändert sich bei Anwendung der Globalsteuerung wenig. Lediglich ein Krisensymptom, nämlich die Arbeitslosigkeit, scheint mit dieser Politik behoben werden zu können, aber eben um den Preis einer Inflation.

4. Inflation als Mittel der Reallohnsenkung

Nun hat Keynes durchaus vorausgesehen, daß der Einsatz einer Vollbeschäftigungspolitik mit Inflation verbunden sein würde. Aber darin sah er nichts weiter negatives. Und auch nicht in der Umverteilungswirkung der Inflation. Im Gegenteil! In dieser Umverteilung zugunsten der Unternehmen und zu Lasten der Lohnabhängigen liegt das eigentliche Geheimnis für die Wirksamkeit keynesscher Politik. Natürlich wäre eine solche Umverteilung theoretisch auch auf anderem Wege herzustellen, nämlich über eine Senkung der Geldlöhne (Abbildung 20m gegenüber Abbildung 20 l).



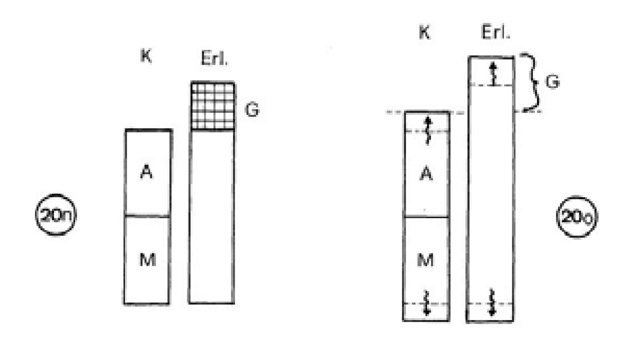
Aber dadurch wären erstens die Lohneinkommen und die daraus folgende Konsumnachfrage zurückgegangen, unter Umständen mit negativen Auswirkungen auf den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf. Und zweitens ließen sich nominelle Lohnsenkungen aufgrund der Stärke der Gewerkschaften nach Keynes Einschätzung nur noch schwer oder überhaupt nicht

durchsetzen. In einer inflationären Politik sah Keynes hingegen ein geeignetes Mittel, um diesen Widerstand der Arbeiter bzw. der Gewerkschaften gegen Lohnsenkungen zu brechen. Die Arbeiter würden sich nämlich in ihren Lohnforderungen am Geldlohn orientieren und würden gar nicht merken, wenn sie sich schließlich für ihren Lohn aufgrund gestiegener Preise weniger kaufen könnten. Sie hätten dann immer noch die Illusion, das gleiche zu verdienen. Keynes nannte dies "Geldillusion". Und mit dieser Täuschung der Lohnabhängigen wollte Keynes in seiner Vollbeschäftigungspolitik bewußt arbeiten, um auf diese Weise den Unternehmen Inflationsgewinne und den entsprechenden Anreiz zur Ausdehnung von Produktion und Beschäftigung zu verschaffen.

Was sich also offen gegen die Gewerkschaften nicht durchsetzen ließ, sollte nun auf verstecktem Wege, durch ein Täuschungsmanöver, indirekt durchgesetzt werden: Eine Senkung der Reallöhne und eine Steigerung der realen Gewinne, d.h. eine Umverteilung zugunsten des Kapitals. Ob eine solche Politik auch langfristig wirksam sein kann, daran hat Keynes selbst gezweifelt. Aber er wollte sich nicht um langfristige Perspektiven kümmern, sondern um das kurzfristige Beheben des Symptoms der Massenarbeitslosigkeit. "Auf lange Sicht sind wir eh alle tot" (in the long run we are all dead) war sein zynischer Kommentar auf die Frage nach der längerfristigen Perspektive des Kapitalismus. Aber von den späteren Keynesianern (wie zum Beispiel Karl Schiller) wurde dennoch immer wieder der Eindruck erweckt, als sei mit Keynesianischer Wirtschaftspolitik ein für alle Mal ein stabiles, störungsfreies Wachstum bei Vollbeschäftigung sicherzustellen.

5. Nachziehen der Löhne und Überwälzung auf die Preise

Was passiert aber, wenn die Arbeiter nach einer Weile merken, daß sie aufgrund steigender Preise für ihre Löhne immer weniger kaufen können? Diese Erfahrung wird - wenn auch mit einiger zeitlicher Verzögerung - in der Tendenz dazu führen, daß sie eine Erhöhung der Geldlöhne fordern werden, um den inflationsbedingten Kaufkraftverlust auszugleichen. In unserem Modell blähen sich damit neben den Erlösen nicht nur die Material- und Maschinenkosten um 25 % aus, sondern auch die Löhne (Abbildung 20 n, o). Und sobald dies der Fall ist, sind die realen Inflationsgewinne der Unternehmen wieder verschwunden.



Wenn sich alle Erlöspreise und alle Kosten um den gleichen Prozentsatz inflationär aufblähen, hat sich in Bezug auf die Verteilung des Gesamtprodukts nichts verändert. Der einzige Effekt kann nur noch darin bestehen, daß die Lohnerhöhungen den Preiserhöhungen hinterherhinken. Auf jeden Fall ist klar, daß in dem Moment, wo die Nominallöhne entsprechend nachgezogen sind, der ankurbelnde Effekt der Inflationsgewinne nicht mehr vorhanden ist. Insofern droht

die Wirtschaftskrise von neuem auszubrechen. Die Unternehmen können sich allerdings dadurch behelfen, daß sie ihrerseits die Nominallohnerhöhungen wieder auf die Preise draufschlagen, und vielleicht sogar noch mehr.

Eine solche Preiserhöhung auf der ganzen Linie nützt natürlich insgesamt wenig, wenn nicht genügend gesamtwirtschaftliche Nachfrage vorhanden ist, die dieses inflationär aufgeblähte Warenangebot kaufen könnte. Um also von neuem Inflationsgewinne bei den Unternehmen zu ermöglichen, müßte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage um ein weiteres Mal mit Mitteln der inflationären Politik aufgebläht werden. D.h. nichts anderes, als daß die bisherige Inflationsrate weiter ansteigen würde. Dies wiederum wird abermals steigende Lohnforderungen nach-sich-ziehen, die wieder auf die Preise überwälzt werden usw. - das, was üblicherweise "Lohn-Preis-Spirale" genannt wird, ein Ausdruck mit dem suggeriert wird, es seien letztlich die hohen Lohnforderungen die eigentliche Ursache der Inflation.

6. Die Tendenz zur beschleunigten Inflation

Aus diesen Überlegungen wird deutlich, daß der ankurbelnde Effekt der Inflation nicht aufrecht erhalten werden kann mit einer konstanten Inflationsrate, weil früher oder später die Nominallöhne nachziehen werden, um den realen Kaufkraftverlust wieder wettzumachen. Der Effekt kann nur dann wieder hergestellt werden, wenn die Inflation immer weiter verstärkt wird. Und auch das Anwachsen der Inflationsrate werden die Gewerkschaften schließlich im vorhinein in ihre Lohnforderungen übernehmen, so daß nur eine Beschleunigung der Inflation den Effekt wieder herstellen könnte usw. Die ursprünglich schleichende Inflation geht auf diese Weise in eine sogenannte galoppierende Inflation über.

Um also eine Belebung der Wirtschaft zu erreichen, muß die Dosis der inflationären Geldschöpfung immer weiter gesteigert werden, und das Mittel, das ursprünglich die Konjunktur in so verblüffender Weise ankurbeln konnte, wird schließlich - selbst bei steigender Dosierung immer weniger wirksam. Diese Problematik gleicht derjenigen bei der medizinischen Symptombehandlung: Um das Symptom der Schmerzen zu beseitigen, werden dem Patienten Drogen verabreicht, die wie ein Wunder wirken. Aber nach einer Weile kommen die Schmerzen wieder, und die Dosis der Drogen muß gesteigert werden, um den gleichen Effekt zu erzielen. Die steigenden Dosierungen machen den Organismus des Patienten dabei immer mehr kaputt

II. Auswirkungen einer galoppierenden Inflation

Daß eine immer stärker werdende Inflation für die Ankurbelung einer Wirtschaft immer weniger nützt, haben wir herausgearbeitet. Aber muß sie deshalb eigentlich dem ökonomischen System schaden? Kann man sich nicht vorstellen, daß wir auch mit Inflationsraten von 10, 20, 50, 100 % usw. leben können? Wenn sich dadurch doch einfach nur sämtliche Preise gleichermaßen aufblähen? - Wenn dem mal wirklich so wäre, wenn also wirklich sämtliche Preise (einschließlich Löhnen und Zinsen) durch die Inflation in jedem Jahr, in jedem Monat, an jedem Tag oder in jeder Stunde die gleiche prozentuale Aufblähung erfahren würden, bliebe das Verhältnis der Preise zueinander jeweils unverändert. Aber schon jeder Vergleich von Preisen und Kosten über die Zeit hinweg würde aussagelos und könnte nur noch vorgenommen werden, indem alle Preise unter Abzug der jeweiligen inflationären

Aufblähung auf einen gleichen Zeitpunkt zurückgerechnet werden. Sicherlich wären das zunächst einmal "nur" rechentechnische Probleme, aber sie würden das betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rechnungswesen erheblich komplizieren und sicherlich auch zu einer zunehmenden Desorientierung in Bezug auf die Aussagekraft von Preisen, Löhnen, Gewinnen, Zinsen usw. führen.

1. Der Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs

Problematisch wird aber eine galoppierende Inflation vor allem dadurch, daß sich eben nicht sämtliche Preise in jeder Sekunde gleichermaßen dem Inflationstempo anpassen, sondern in unterschiedlichem Maße, mit mehr oder weniger Vorsprung bzw. Verzögerung gegenüber der durchschnittlichen Inflationsrate. Während z. B. für die Laufzeit eines Kreditvertrags die Zinsen konstant bleiben, können die Preise und damit die Erlöse der Unternehmen stürmisch ansteigen, und für den zurückgezahlten Kredit kann sich der Kreditgeber schließlich nur noch unverhältnismäßig wenig kaufen. Wer wird unter solchen Bedingungen überhaupt noch Kredite vergeben? Oder für die Laufzeit eines Tarifvertrages sind die Löhne konstant, während die Preise davonlaufen, so daß die Kaufkraft der Löhne immer geringer wird. Welche Gewerkschaft wird sich auf die Dauer unter solchen Bedingungen noch an den Tarifvertrag halten oder überhaupt noch einen abschließen? Wie sollen Unternehmen untereinander heute Lieferverträge vereinbaren mit Preisen, bei denen völlig unklar ist, welche reale Kaufkraft sie zum Zeitpunkt der Lieferung verkörpert?

Der gemeinsame Nenner, auf den sich im kapitalistischen System sämtliche Verträge im Bereich des Warenaustausches beziehen, sei es auf dem Gütermarkt, auf dem Arbeitsmarkt oder auf dem Kapitalmarkt, nämlich das Geld, käme in seiner allgemein anerkannten Aussagekraft im Bewußtsein der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten immer mehr ins Wanken. (Daß die Aussagekraft von Geldgrößen wie etwa die des Gewinnes auch bei stabilen Preisen außerordentlich problematisch ist, haben wir ausführlich herausgearbeitet. Aber diese Problematik ist aus dem allgemeinen Bewußtsein vollständig verdrängt.) Und in dem Ausmaß, wie die Erschütterung des Vertrauens in das Geld um sich greift, wie sich eine allgemeine Unsicherheit ausbreitet in Bezug auf jeden über Geld sich vollziehenden Warenaustausch, wird schließlich der Zahlungsverkehr immer mehr zusammenbrechen.

Anstatt seine Waren für das unsichere Geld hinzugeben, werden immer mehr Warenverkäufer dazu übergehen, reale Gegenwerte im Austausch zu fordern. Der Warenaustausch fällt schließlich in der Tendenz zurück auf die Stufe des Naturaltausches und wird dadurch in einer so komplexen Wirtschaft wie der kapitalistischen unendlich kompliziert. Und in dem Maße, wie der Warenaustausch durch immer mehr Reibungsverluste erschwert wird und tendenziell zusammenbricht, muß auch - in einer warenproduzierenden Gesellschaft wie der kapitalistischen - die Produktion zusammenbrechen. Denn wie soll produziert werden, wenn sowohl die Beschaffung wie auch die Finanzierung und der Absatz, wenn also die gesamte "Zirkulation" der Waren und des Geldes blockiert sind? Die Folge wäre eine wirtschaftliche Katastrophe.

2. Die deutsche Inflation von 1923

Deutschland hat eine solche Entwicklung ja schon einmal durchgemacht, mit der galoppierenden Inflation von 1923. Als Folge der inflationären Kriegsfinanzierung bzw. der

Kriegsschulden hatte sich ein Prozeß herausgebildet, in dem sich das Tempo der Inflation in unvorstellbarem Ausmaß immer mehr beschleunigte. Der Wochenlohn, den ein Arbeiter am Ende der Woche mit nach Hause brachte, war auf dem Höhepunkt der Inflation absolut nichts mehr wert. Die Preise stiegen schließlich täglich und stündlich auf schwindelnde Höhen an, und wer sein Geld nur bis zum Abend liegen ließ, konnte sich nur noch einen Bruchteil dessen kaufen, was er dafür am Morgen bekommen hätte. Ein Brot kostete schließlich Billionen von Reichsmark, Zahlen in einer Größenordnung, unter der wir uns absolut nichts mehr vorstellen können. Diese Inflation führte schließlich zu einem totalen Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs und einer entsprechenden Lähmung der gesamten Produktion. Eine Tendenzwende trat erst mit der Währungsreform von 1923 und mit der Wiederherstellung des Vertrauens in eine neue Währung ein.

Wir wollen an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten dieser Entwicklung eingehen. In unserem Zusammenhang ist nur wichtig, daß eine galoppierende Inflation zur Zersetzung des auf Geld beruhenden Warenaustausches führt und damit auch zum Zusammenbruch des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs. Wenn wir diese Überlegungen berücksichtigen, wird deutlich, daß eine ständig stärker werdende Inflation in der Tendenz zu einer immer größeren Gefahr für die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems wird, ganz ähnlich wie die wachsende Dosierung der Droge den Organismus des Patienten immer mehr zersetzt.

3. Inflation und Verschlechterung der Weltmarktposition

Lange bevor die Inflation ein systembedrohliches Ausmaß erreicht, kann noch ein anderer Grund bestimmend dafür sein, daß eine Inflation in einem Land gebremst wird: Nämlich die Konkurrenzposition eines Landes am Weltmarkt. Wir können auf diesen Punkt hier nur ganz grob hinweisen, ohne ihn im einzelnen abzuleiten, weil wir in unseren Modellen die Einbettung einer Volkswirtschaft in den Weltmarkt und die damit zusammenhängenden Probleme bisher ausgeklammert haben. (Siehe hierzu im einzelnen Senf/Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, a.a.0. Band 2, Kapitel 9). Immerhin kann soviel gesagt werden, daß sich (bei festen Wechselkursen zwischen den Währungen einzelner Länder) die Exportpreise des inflationierenden Landes am Weltmarkt entsprechend erhöhen und sich auf die Weise die Konkurrenzposition gegenüber weniger inflationierenden Ländern tendenziell verschlechtert. Davon können negative Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz ausgehen, deren Bedeutung wir an dieser Stelle nicht diskutieren wollen.

4. Die Notwendigkeit einer Anti-Inflations-Politik

Sei es nun aus außenwirtschaftlichen Gründen der verschlechterten Weltmarktposition und der damit zusammenhängenden Zahlungsbilanzprobleme oder sei es aus binnenwirtschaftlichen Gründen einer zunehmenden Zersetzung des Geldsystems - in jedem Fall wird es im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit bzw. der Funktionsfähigkeit des ökonomischen Systems notwendig, die Inflation in den Griff zu bekommen, d.h. ihr Tempo zu bremsen und die Inflationsraten zu reduzieren. Der Zeitpunkt, wann ein solcher Bremskurs eingeschlagen wird, ist dabei nicht abstrakt und genau zu bestimmen, sondern hängt von vielen konkreten Faktoren ab, z. B. wie es sich mit der Inflation in anderen Ländern verhält, welche Regierung gerade unter dem Druck welcher Interessengruppen steht usw. Aber es kommt uns auch nicht auf die Bestimmung eines genauen Zeitpunktes an, sondern auf

die langfristige Tendenz, die in dieser Entwicklung angelegt ist. Und diese Tendenz beinhaltet die schließliche Notwendigkeit, von einer inflationären Politik abzukehren und Maßnahmen zur Dämpfung der Inflationsrate einzuleiten.

Vor dieser Notwendigkeit sahen sich seit Anfang der Siebziger Jahre so ziemlich alle Regierungen der Westlichen Industrienationen gestellt, einschließlich der Regierung der Bundesrepublik. Mit einem Mal stand nicht mehr auf der Tagesordnung die Beseitigung von Arbeitslosigkeit mittels Staatsaufträgen und Geldschöpfung, sondern ein Anti-Inflations-Programm.

5. Die Grundgedanken des Monetarismus

Vor dem Hintergrund dieser realen Entwicklung begann sich allmählich eine theoretische und wirtschaftspolitische Richtung durchzusetzen, die dem Keynesianismus sozusagen den Kampf ansagte und die mit dem Namen des Amerikaners Milton Friedman verbunden ist: Der sogenannte "Monetarismus". Die Grundgedanken des Monetarismus haben mittlerweile in der Bundesrepublik nicht nur Eingang in die offizielle wissenschaftliche Politikberatung gefunden (verkörpert im "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", der mit seinen "Jahresgutachten" die Bundesrepublik in ihrer Wirtschaftspolitik berät), sondern auch in die tatsächliche Wirtschaftspolitik. Was sind die wesentlichen Inhalte des Monetarismus?

- Zunächst einmal sieht der Monetarismus in der Inflation eine langfristige Gefahr für die Funktionsfähigkeit des ökonomischen Systems, und er begründet dies mit ganz ähnlichen Argumenten, wie wir sie in unseren Überlegungen herausgearbeitet haben. Um die Funktionsfähigkeit des Systems aufrecht zu erhalten bzw. wiederherzustellen, betrachtet er als wichtigste wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe eine Bekämpfung der Inflation.

- Zum zweiten sieht er die wesentlichen Ursachen der Inflation in der Geldschöpfung, d.h. in einer ständigen Ausweitung des Geldvolumens über das Wachstum der realen Produktion hinaus.

- Zum dritten betrachtet er den Versuch mittels staatlicher Konjunkturpolitik stabilisierend auf den Konjunkturverlauf einzuwirken, als undurchführbar. In der Realität hätte diese Politik mehr zur Entstehung und Verstärkung von gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten beigetragen als zu deren Bekämpfung. Eine richtige Dosierung antizyklischer Konjunkturpolitik sei prinzipiell unmöglich.

- Entgegen dem keynesianischen Modell sei eine Kürzung der Staatsausgaben zwecks Nachfragedämpfung politisch viel schwerer durchsetzbar als eine Staatsausgabenerhöhung. Die Folge sei ein langfristig ständig wachsender Staatshaushalt mit inflationären Tendenzen.

- Die ständige Ausweitung der Geldmenge und damit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ermögliche den Unternehmen ein Überwälzen der Löhne auf die Preise und bewirke, daß sie den Lohnforderungen der Gewerkschaften kaum Widerstand entgegen setzen.

- Die dadurch bewirkte Inflation würde von den Gewerkschaften wiederum zum Anlaß für höhere Lohnforderungen genommen, usw.

Aus diesen Einschätzungen kommt der Monetarismus grob zu folgender wirtschaftspolitischer Konsequenz:

- Um die Regulierung der Geldmenge dem politischen Kräftespiel zu entziehen und die Möglichkeit zur inflationären Geldschöpfung zu unterbinden, soll die Geldmenge nur in dem Maß wachsen wie die reale Produktion, am besten mit einer langfristig konstant gehaltenen Rate.

- Der Staat soll seine Ausgaben stark reduzieren und insgesamt dem "freien Spiel der Kräfte" und dem "freien Unternehmertum" wieder mehr Raum geben, die er mit seinen Eingriffen nur gelähmt habe.

- Die Gewerkschaften sollten zu einer Zurückhaltung in den Lohnforderungen gebracht werden, um die Gewinnsituation der Unternehmen zu verbessern und auf diese Weise die Wirtschaft in gang zu halten.

Grundtenor des Monetarismus ist die Auffassung, daß die Krisen, zu deren Bekämpfung der Staat mit Mitteln des Keynesianismus angetreten ist, vom Staat selbst verursacht worden seien und von den Gewerkschaften, die mit ihren überzogenen Forderungen die Gewinnsituation der Unternehmen unzumutbar beeinträchtigt hätten. Damit einher geht ein unerschütterlicher Glaube in die störungsfreie Selbstregulierung der Marktwirtschaft mittels Marktmechanismen und in die Vernünftigkeit einer am Markt orientierten Produktion. Die Bedingungen dieser Selbstregulierung müssten allerdings erst wieder hergestellt werden, nachdem die Funktionsfähigkeit des ökonomischen Systems durch Geldschöpfung, übermäßige Staatstätigkeit und durch die Macht der Gewerkschaften jahrzehntelang untergraben worden sei. Was der Monetarismus anbietet, ist gewissermaßen eine Entwöhnung der Wirtschaft und der Gesellschaft von der Inflation durch Rücknahme der Geldschöpfung und unter Inkaufnahme der dabei notwendig auftretenden Entwöhnungserscheinungen.

6. Durchsetzung des Monetarismus in der BRD

Die Anwendung einer monetaristisch orientierten Wirtschaftspolitik in der BRD seit Mitte der siebziger Jahre durch Einsatz einer stark restriktiven Wirtschaftspolitik hat ihre Wirkung nicht verfehlt: Die Inflationsrate konnte tatsächlich reduziert werden, aber gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit schlagartig auf über eine Millionen an und zieht sich nun schon - anders als 1966/67 - über mehrere Jahre hin. In der Konzeption des Monetarismus ist die Massenarbeitslosigkeit ein kalkuliertes Mittel und hat die Funktion, die Gewerkschaften in ihren Lohnforderungen zu disziplinieren.

Und auch auf einer anderen Ebene wird die Verschärfung sozialer Konflikte bewußt in Kauf genommen: Auf der Ebene verminderter Staatsausgaben. Nicht der Rüstungshaushalt wurde in der BRD gekürzt, sondern die Ausgaben in den Bereichen der sozialen Versorgung, des Gesundheitswesens, des Bildungswesens usw. Auf der ganzen Linie wurden die von der sozial-liberalen Koalition eingeleiteten oder versprochenen Reformen - soweit sie mit

zusätzlichen Ausgaben verbunden waren - zurückgenommen und eine Politik der Demontage von sozialer Versorgung durchgesetzt.

Um zu verhindern, daß sich die verschärfenden ökonomischen und sozialen Konflikte in politische Unruhen entladen und unter Umständen die erfolgreiche Durchsetzung der Konzeption gefährden, geht der Einsatz monetaristischer Politik konsequent einher mit der Verschärfung politischer Disziplinierung und Repression - ein Prozess, wie er sich in der BRD seit Mitte der siebziger Jahre immer mehr durchgesetzt hat. Daß im Zuge einer solchen Entwicklung demokratische Rechte immer mehr unterhöhlt werden, ist mindestens für den Hauptvertreter des Monetarismus, M. Friedman, nicht weiter bedrückend: Er selbst hat sich zum wirtschaftspolitischen Berater des Pinochet Regimes in Chile machen lassen, das die dort erkämpften demokratischen Freiheiten gewaltsam zerschlagen hat ...

Wenn wir uns nach den Hintergründen für die zunehmende Durchsetzung des Monetarismus fragen, so liegen diese sicherlich nicht in der theoretischen Überlegenheit oder in der Neuartigkeit der Argumente gegenüber dem Keynesianismus. Die grundlegenden Argumentationsstränge greifen vielmehr zurück auf eine Sichtweise, die seit Keynes längst überwunden zu sein schien, nämlich auf das klassischliberale Weltbild. Mit seiner Vorstellung von der störungsfreien Selbstregulierung der Marktwirtschaft fällt der Monetarismus sogar noch hinter die Einsichten des Ordo-Liberalismus zurück, der die tendenzielle Selbstzerstörung der Marktmechanismen als Problem erkannt und daraus seine Konzeption einer staatlich zu sichernden Wettbewerbsordnung abgeleitet hatte. Im Monetarismus scheinen diese ordo-liberalen Erkenntnisse über die Tendenz zur Marktvermachtung und deren Gefahren ebenso vergessen zu sein wie die keynes'schen Erkenntnisse über die innere Tendenz einer sich selbst überlassenen Marktwirtschaft zu Krise und Arbeitslosigkeit.

Daß sich der Monetarismus immer weiter durchgesetzt hat, kann nur schwer mit der Güte seiner Argumente erklärt werden, die weder neu noch theoretisch überzeugend sind. Seine Durchsetzung ist vielmehr nur verständlich vor dem Hintergrund der veränderten ökonomischen Situation des Kapitalismus in der BRD und des Bedürfnisses, eine grundlegende Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "wissenschaftlich" zu legitimieren. Der Keynesianismus hatte zwar in seiner wirtschaftspolitischen Anwendung zunächst scheinbare Wunder bewirkt: Er hatte die Arbeitslosigkeit schnell beseitigt und einen neuen Aufschwung eingeleitet. Aber an die Stelle der Arbeitslosigkeit war die Inflation getreten, deren Raten sich immer mehr erhöht und schließlich ein bedrohliches Ausmaß angenommen hatten (in der BRD vor allem im Hinblick auf die Exportchancen, d.h. die Konkurrenzposition am Weltmarkt). Und die gewinnsteigernden Effekte der Inflation mussten immer mehr nachlassen, je weniger die Gewerkschaften der "Geldillusion" verfielen und stattdessen die Inflationsrate in die Lohnforderungen einkalkulierten.

Ließ sich eine Reallohnsenkung nicht mehr auf indirektem Weg über eine Inflation wirksam durchsetzen, so blieb im Interesse der langfristigen Stabilisierung von Gewinnen nur noch der direkte Weg: Der offene Ausbruch von Krisen und Arbeitslosigkeit, herbeigeführt durch systematische Drosselung der Geldschöpfung: "Stabilisierungskrise". Die ideologische Rechtfertigung für eine solche Politik lieferte der Monetarismus, und deswegen konnte er sich gerade zu dieser Zeit - und nicht 10 Jahre vorher - als "neue wissenschaftliche Erkenntnis" in der BRD durchsetzen. Der Monetarismus entpuppt sich somit als eine Ideologie zur Rechtfertigung bestimmter Herrschaftsinteressen, die sich mit den überkommenen Mitteln des Keynesianismus nicht mehr hinreichend durchsetzen lassen.

B e r n d S e n f

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

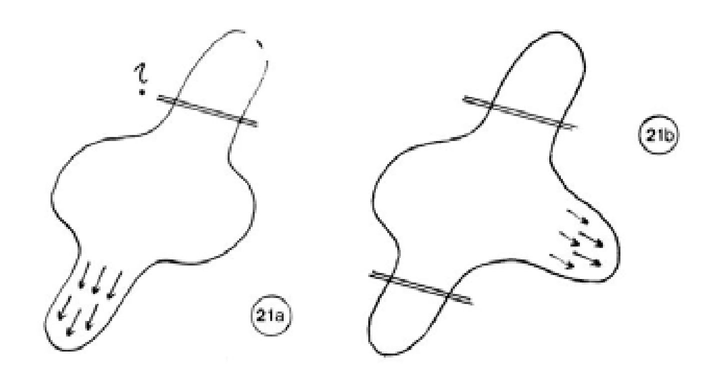
(Berlin 1980)

VIERTER TEIL: Wirtschaft und Staat

C. KEYNESIANISMUS, MONETARISMUS UND VERDRÄNGUNG ÖKONOMISCHER KONFLIKTE

I. Inflation als verschobenes Krisensymptom

Wir wollen uns das Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation sowie zwischen Keynesianismus und Monetarismus noch einmal anhand eines Bildes verdeutlichen. Wir hatten gesehen, daß durch den Einsatz des Keynesianismus das Krisensymptom der Arbeitslosigkeit beseitigt werden konnte, aber nur um den Preis eines neuen Symptoms: der Inflation. Offenbar handelt es sich also nicht um eine Lösung des dem Symptom zugrunde liegenden Konflikts, sondern um eine "Symptomverschiebung", ein Vorgang, den wir bereits aus der Dynamik psychischer Systeme im Zusammenhang mit dem Verdrängungsmechanismus kennengelernt haben.

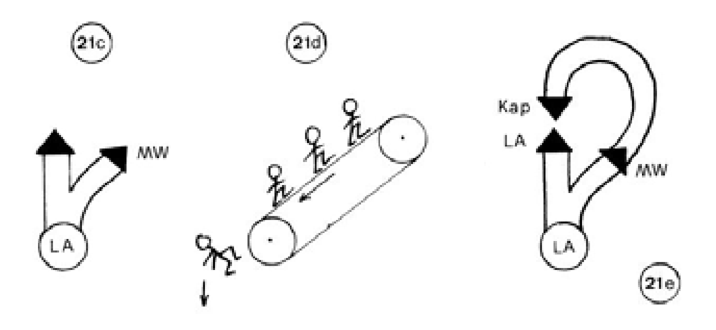


In Abbildung 21a symbolisiert die untere Nase des Luftballons den Durchbruch des Krisensymptoms der Arbeitslosigkeit. Wird dieses Symptom durch den Einsatz von Geldschöpfung (und der darüber finanzierten Staatsausgaben) an seinem Durchbruch gehindert, so kommt es zur Symptomverschiebung in Richtung Inflation (Abbildung 21b). Rein formal sieht das Bild ähnlich aus wie dasjenige, das wir zur Veranschaulichung des psychischen Verdrängungsmechanismus herangezogen hatten (was nicht heißt, daß die ökonomischen Abläufe aus psychischen Bewegungsgesetzen erklärt werden sollen). Während wir bei der Diskussion des psychischen Systems herausgearbeitet hatten, daß das neurotische

Symptom Folge einer tieferliegenden Verdrängung und einer innerpsychischen Spaltung ist, läßt sich für das ökonomische System des Kapitalismus das Krisensymptom Arbeitslosigkeit ebenfalls deuten als Folge einer tieferliegenden Spaltung der Gesellschaft: Der Spaltung in Lohnabhängige einerseits und Eigentümer von Produktionsmitteln andererseits, in "Lohnarbeit und Kapital". Wir können diese These hier nur in den Raum stellen und grob andeuten, was damit gemeint ist. Ihre genauere Begründung erfordert Kenntnisse der marxistischen politischen Ökonomie, die im Rahmen eines weiteren Kurses im einzelnen zu erarbeiten wären. (Siehe hierzu B. Senf: Politische Ökonomie des Kapitalismus, a.a.0.) An dieser Stelle sollen nur einige für diesen Zusammenhang wesentliche Erkenntnisse der Marx'schen Theorie zusammengefasst werden.

II. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus: Die Spaltung in Lohnarbeit und Kapital

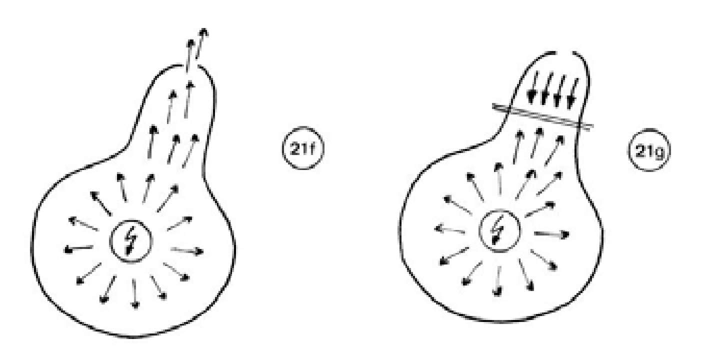
Für das psychische System hatten wir - in Anlehnung an Reich - herausgearbeitet, daß der Charakterpanzer eine Erstarrung ursprünglich lebendiger Triebenergie ist, die eine lustvolle Triebentfaltung verhindert und die die noch strömenden Energien aufstaut und in destruktive Bahnen umlenkt. Für das ökonomische System des Kapitalismus können wir - in Anlehnung an Marx ganz ähnliche formale Strukturen beobachten: Das Kapital kann nämlich - entsprechend der Marx'schen Mehrwerttheorie - aufgefasst werden als hervorgegangen aus der Arbeit der Lohnabhängigen, aus der "lebendigen Arbeit", die neben den Konsumgütern auch die Produktionsmittel einer Gesellschaft produziert. In diesen Produktionsmitteln ist demnach ursprünglich lebendige Arbeit eingegangen und findet sich in ihnen in erstarrter Form wieder: Kapital als erstarrte, vergegenständlichte Arbeit. Und im Rahmen der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse findet sich diese erstarrte Arbeit im Eigentum und in der Verfügungsgewalt der Kapitalisten.



Marx hat mit seiner Mehrwerttheorie die ökonomischen Gesetze aufgedeckt, die dazu führen, daß im Kapitalismus ein Teil der von den Arbeitern produzierten Werte von den Kapitalisten angeeignet wird; daß also die Lohnarbeiter nicht nur Werte produzieren, die ihrer eigenen Existenzerhaltung dienen, sondern darüber hinaus noch einen "Mehrwert", der ihrer Kontrolle und Verfügungsgewalt entgleitet und in der Hand der Kapitalisten zu Kapital wird. Wie es im einzelnen dazu kommt, können wir an dieser Stelle nicht ableiten. Abbildung 21c soll lediglich das Ergebnis dieser Theorie symbolisieren: Sie stellt die Lohnarbeit (LA) als Quelle der in einer Gesellschaft produzierten Werte dar, und von dem Strom der produzierten Werte (die wir uns als Konsumgüter und Produktionsmittel vorstellen können) fließt den Lohnarbeitern nur ein Teil zu, der andere Teil (Mehrwert MW) geht an die Kapitalisten.

Der Mehrwert, der z.B. in Form von Profiten angeeignet wird, kann zwar von den Kapitalisten beliebig verwendet werden, aber tatsächlich stehen sie unter dem Druck der ökonomischen Konkurrenz: Wer die Profite nicht wieder großenteils in die Produktion steckt, kann in der Konkurrenz gegen andere nicht mithalten und fliegt heraus (Rolltreppenprinzip in Abbildung 21d). Wir haben diesen Zwang, dem die einzelnen Unternehmen (die einzelnen Kapitale) unterliegen, ja ausführlich diskutiert. Und wir haben auch diskutiert, welche Folgen sich aus diesem "Kapitalverwertungszwang" für die Lohnabhängigen ergeben: Arbeitsteilung, innerbetriebliche Hierarchie, entfremdete Arbeit, Arbeitslosigkeit. Denn unter dem Zwang der Kapitalverwertung orientiert sich der Einsatz des Kapitals nicht an den Interessen der Lohnabhängigen, sondern an den Profitinteressen der Unternehmen. Und daß beide zueinander in Widerspruch geraten können, haben wir im Rahmen dieses Kurses auf den verschiedensten Ebenen herausgearbeitet.

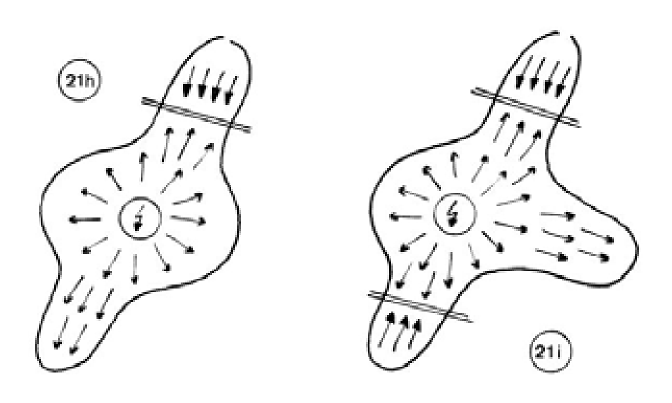
Abbildung 21e will diesen Widerspruch, diesen grundlegenden Interessenkonflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital, noch einmal symbolisieren. Aus dem Bild geht gleichzeitig hervor, daß das Kapital, obwohl es sich gegen die Entfaltung der lebendigen Arbeit richtet, letzlich selbst aus der lebendigen Arbeit hervorgegangen ist. Aber in den Händen der Kapitalisten, unter dem Zwang zur Kapitalverwertung, unter dem Druck der ökonomischen Konkurrenz der Einzelkapitale hat es sich gegenüber der lebendigen Arbeit "verselbständigt". Die lebendige Arbeit wird unter den kapitalistischen Bedingungen der Lohnarbeit an ihrer lebendigen, produktiven Entfaltung gehindert und in destruktive Bahnen der entfremdeten Arbeit bzw. der Arbeitslosigkeit umgelenkt - destruktiv vor allem auch für die Träger der lebendigen Arbeit: die Lohnabhängigen. (Wie sich die Zwänge des kapitalistischen Arbeitsprozesses in den Individuen innerpsychisch verankern und zu Krankheit führen, haben wir ja im Zusammenhang mit dem psychischen Verdrängungsmechanismus herausgearbeitet.) (Abbildung 21f, g symbolisieren diesen Zusammenhang noch einmal mit dem Bild des Luftballons. Die Pfeile in Abbildung 21f stellen in diesem Fall die nach produktiver Entfaltung drängende lebendige Arbeit dar, die Blockierung in Abbildung 21g symbolisiert das Kapital.)



Daß auch die Arbeitslosigkeit die Folge einer am privatwirtschaftlichen Profit orientierten Produktion ist, haben wir am Beispiel der Rationalisierungsinvestitionen ableiten können. Aber auch die Krisen und die Arbeitslosigkeit, die nicht unmittelbar mit Rationalisierungen zusammenhängen, gehen entsprechend der Marx'schen Theorie mit Notwendigkeit aus der widersprüchlichen Struktur der kapitalistischen Produktionsweise hervor. Sie sind nach Marx kein Zufall und keine irgendwie von außen oder durch eine falsche Wirtschaftspolitik verursachte Störung, sondern hängen untrennbar zusammen mit der Spaltung der kapitalistischen Gesellschaft in Lohnarbeit und Kapital und mit den Eigengesetzmäßigkeiten,

denen das Kapital in seinem Verwertungszwang unterliegt. Dies im einzelnen abzuleiten, erfordert eine eingehendere Auseinandersetzung mit der marxistischen politischen Ökonomie. Wir wollen an dieser Stelle nur das Ergebnis dieser Ableitungen anführen.

Wenn dieses Ergebnis stimmt, wäre also die Massenarbeitslosigkeit im Kapitalismus sozusagen ein Symptom eines im System des Kapitalismus angelegten tieferliegenden Konflikts - der Spaltung der Gesellschaft in Lohnarbeit und Kapital. (Abbildung 21h) Während der Liberalismus die Möglichkeit solcher Krisensymptome weitgehend geleugnet hat, hat der Keynesianismus die Tendenz zu solchen Symptomen durchaus erkannt. Ohne aber die Grundstruktur der kapitalistischen Produktionsweise als tieferliegende Krisenursache zu erkennen, hat er vorgegeben, mit seiner Politik die Arbeitslosigkeit beseitigen zu können.



III. Staatsapparat und Konfliktverdrängung

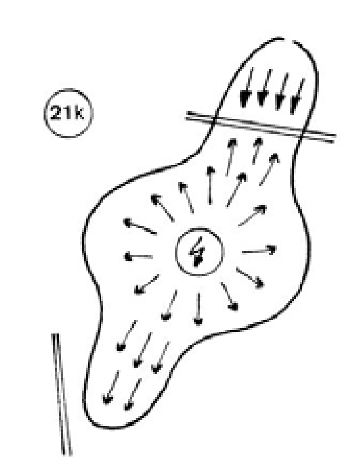
Tatsächlich wurde das Symptom der Arbeitslosigkeit mit Geldschöpfung und staatlicher Beschäftigungspolitik nur verdrängt mit der Folge, daß sich die Inflation als neues Symptom herausbildete (Abbildung 21g). Und um diese Verdrängung (nicht im psychischen, sondern im ökonomischen Sinn!) zu leisten, ist wiederum die Bindung lebendiger Arbeit erforderlich, in diesem Fall durch den Staat. Nicht nur dessen Apparat (die staatliche Bürokratie) wächst immer mehr an, sondern die indirekt vom Staat über Staatsaufträge gebundene lebendige Arbeit, die in vielen Bereichen (am deutlichsten in der Rüstungsproduktion) einer produktiven gesellschaftlichen Verwendung entzogen ist. Nicht nur das Kapital, sondern nun mehr auch der Staatsapparat (einschließlich seiner Verwaltung, dem Justizapparat, Militär und Polizeiapparat, dem Verfassungsschutz usw.), der die Krisen des Kapitalismus in den Griff zu bekommen versucht, ist insofern erstarrte Arbeit, die sich der Emanzipation der lebendigen Arbeit entgegen stellt.

Solange sich allerdings die staatlichen Maßnahmen nur auf die Bekämpfung von Krisensymptomen beschränken und die grundlegende Spaltung der Gesellschaft unangetastet lassen, produzieren sie - wenn unser Bild stimmt - immer nur neue, verschobene, andere Krisensymptome, platzen die verdrängten Konflikte der Gesellschaft sozusagen aus immer mehr Nähten. Und selbst die Bindung von immer mehr Ressourcen, von immer mehr lebendiger Arbeit im Staatsapparat und durch den Staatsapparat könnte zu keiner grundlegenden Lösung der Konflikte führen, sondern vielmehr zu einer zunehmenden

Erstarrung des ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Systems - einer Erstarrung, die sich den Emanzipationsbewegungen der Gesellschaft immer mehr entgegen stellt. Auch wenn an der Oberfläche der Gesellschaft auf diese Weise Ruhe und Ordnung hergestellt werden, so handelt es sich doch um eine trügerische Ruhe, hinter der sich ein Prozess der zunehmenden Destruktion vollzieht, die sich entweder - gesellschaftlich - nach innen entlädt (als zunehmende Erkrankung der Individuen oder zunehmende Brutalisierung untereinander) oder nach außen: Als Brutalität gegen andere Gesellschaften (Krieg) oder gegen (aus der Gesellschaft ausgegliederte) Minderheiten, die zum "inneren Feind" gemacht werden.

IV. Monetarismus und Keynesianismus: Ablenkung vom Grundwiderspruch

Wie läßt sich der Monetarismus in diese Überlegungen einordnen? Der Monetarismus hat die Gefahren einer Inflation erkannt und die Unfähigkeit des Keynesianismus, den Krisenerscheinungen langfristig wirklich beizukommen. Aber was fordert er stattdessen? Nicht etwa eine Rückbesinnung auf die tieferliegenden strukturellen Ursachen der Krisen des Kapitalismus oder gar eine grundlegende Veränderung der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse und der damit zusammenhängenden Spaltung der Gesellschaft, sondern einfach nur ein Absetzen des Wundermittels Geldschöpfung (dargestellt in Abbildung 21k durch die Beseitigung der "Barriere"). Und weil dies die alten Konflikte (in Zusammenhang mit der Massenarbeitslosigkeit) wieder durchbrechen läßt, schreckt er auch vor der offenen ökonomischen und politischen Disziplinierung der Lohnabhängigen und vor der Unterdrückung von Emanzipationsbewegungen nicht zurück, sondern macht sie umgekehrt zum notwendigen Bestandteil seiner Politik.



Eine solche Therapie gleicht derjenigen des Arztes, der die starken Kreislaufmittel deswegen absetzt, weil sie immer weniger wirken und den Organismus des Patienten nur immer mehr ruinieren. Aber hat der Arzt deswegen die tieferliegenden Ursachen der Kreislaufstörungen entdeckt? Mitnichten! In der Verabreichung starker Mittel zeigt sich im Grunde ebenso wie in der Absetzung dieser Mittel eine Leugnung der bzw. ein Unverständnis gegenüber den tieferliegenden Krankheitsursachen. Und beide Therapien - so sehr sie geeignet sind, kurzfristige Illusionen über die Heilungsmöglichkeiten bzw. über die Beseitigung der negativen Folgewirkungen zu erzeugen - lenken durch das Hervorbringen solcher Illusionen nur systematisch von der Untersuchung der tieferliegenden strukturellen Ursachen der Krankheit ab.

Eine ähnliche Funktion haben Keynesianismus und Monetarismus in Bezug auf das ökonomische System des Kapitalismus. Durch Keynes schien Marx überholt, aber nun ist der Keynesianismus selbst am Ende, und der Monetarismus bringt alles andere als eine grundlegende Veränderung der ökonomischen Struktur des Kapitalismus. Beide Ansätze, so sehr sie scheinbar gegeneinander gerichtet sind, haben doch eines wesentlich gemeinsam: Daß sie beide dazu beitragen, die widersprüchliche Struktur des kapitalistischen Systems, den grundlegenden ökonomischen Konflikt, die Spaltung der Gesellschaft in Lohnarbeit und Kapital und deren Bedeutung für die Krisen dieser Gesellschaft aus dem allgemeinen Bewußtsein zu verdrängen.

Die ideologische Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse und die daraus folgende Desorientierung gegenüber den grundlegenden Problemen dieser Gesellschaft sollte für uns Anlaß sein, uns eingehender mit denjenigen Theorien zu befassen, die den tieferliegenden Konflikten auf den Grund zu gehen versuchen: Im Bereich des ökonomischen Systems die Theorie von Marx, im Bereich des psychischen Systems diejenige von Reich. Das Studium von Marxismus und Psychoanalyse und deren produktive Weiterentwicklung und wechselseitige Ergänzung scheinen uns eine wesentliche Grundlage zu sein, für die Auflösung der ideologischen Nebel, die unser Bewußtsein und unser Unbewußtes umgeben und die uns den Blick (und das Gefühl) versperren für die Herrschaftsstrukturen dieser Gesellschaft und für die Möglichkeiten einer Befreiung.

VERZEICHNIS DER ZITIERTEN LITERATUR:

P. Baran/P. Sweezy	Monopolkapital Frankfurt 1967
H. Braverman	Die Arbeit im modernen Produktionsprozess, Frankfurt 1977
P.Brödner/D.Krüger/B.Senf	Automatisierung der Kopfarbeit – Ursachen, Bedingungen und Folgen der automatischen Datenverarbeitung, Reihe FHW-Forschung, H.3, Berlin 1979
S. Freud	Darstellung der Psychoanalyse, Frankfurt 1969
B. Gahlen u.a.	Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl. München 1971
W. Hofmann	Wert- und Preislehre, Berlin 1964
J. Huffschmid	Die Politik des Kapitals – Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1971
J.M. Keynes	Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Nachdruck Berlin 1955
A.Mahr	Der unbewältigte Wohlstand - Probleme der modernen Industriegesellschaft, Berlin 1964
K. Marx	Das Kapital, Marx-Engels-Werke 23, Berlin (DDR) 1969
M. Osterland u.a.	Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt 1973
K. Ottomeyer	Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen Reinbek 1977
U. Reich	Die Funktion des Orgasmus - Die Entdeckung des Orgons, Frankfurt 1972
J. Roth	Armut in der Bundesrepublik - Über materielle und psychische Verelendung, 1.Aufl. Reinbek 1974
	Armut in der Bundesrepublik - Untersuchungen und Reportagen zur Krise des Sozialstaats, Reinbek 1979
B. Senf / D.Timmermann	Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen – eine kritische Einführung, 3 Bände, Bonn-Bad Godesberg 1971

B. Senf	Politische Ökonomie des Kapitalismus - eine didaktisch orientierte Einführung in die marxistische Politische Ökonomie, mehrwert 17 und 18 Berlin 1978
-	Politische Ökonomie des Sozialismus - eine didaktisch orientierte Einführung in die Struktur und Dynamik sozialistischer Systeme, Reihe "Diskussionsbeiträge zur Politischen Ökonomie" Nr.25, Berlin 1979
-	Weltmarkt und Entwicklungsländer - eine didaktisch orientierte Einführung in die Politische Ökonomie der Unterentwicklung, Reihe "Diskussionsbeiträge zur Politischen Ökonomie" Nr.26, Berlin 1979
G. Wallraff	Industriereportagen, Reinbek 1972
"emotion"	(Wilhelm-Reich-Zeitschrift über Triebenergie, Charakterstruktur, Krankheit und Gesellschaft, Parallel-Verlag Berlin)